

125,1

## Die Transferunion ist Realität

**Athen wird frisches Geld bekommen. Auch der Bundestag wird sich nicht verweigern. Längst leben wir in einer Transferunion. Es gibt nur keiner zu, was zu kruden ökonomischen Verrenkungen führt.**

Von [Jan Dams](#) Stellv. Ressortleiter Wirtschaft und Finanzen

Vermutlich hat sich Alexis Tsipras sein erstes Regierungsjahr anders vorgestellt: Rausschmiss der Troika. Mehr Geld, weniger Auflagen. Ein Ende des deutschen Finanzdiktats in seinem Land. Dann der sozialistische Umschwung in der Euro-Zone. Später die Weltrevolution, ausgehend von Griechenland. Syriza, seine Partei, verändert den Lauf der Geschichte.

Nun ist alles ganz anders gekommen für den griechischen Ministerpräsidenten. Die Troika bleibt, von ihm gebeten. Europa diktiert Bedingungen. Und von der Rebellion ist auch nichts zu spüren – außer vielleicht in der eigenen Partei.

Denn die linke Syriza zerreißt es gerade, weil die eigene Regierung Maßnahmen beschließen lässt, für die man die Vorgänger der konservativen Nea Dimokratia beschimpft hat. Politisch schadet das seiner Partei. Er selbst aber wird mit aller Wahrscheinlichkeit auch nach Neuwahlen weiterregieren. Die Deutschen mögen es nicht verstehen. Aber in seiner Heimat ist der Premier beliebter als die Politiker der Altparteien.

Tsipras hatte – aus seiner Sicht – die Wahl zwischen zwei beln. Dem Euro-Austritt auf der einen und der Annahme des dritten Rettungsprogramms auf der anderen Seite. Er hat sich [für Letzteres entschieden](#). Damit ist er nicht allein. Denn auch die deutsche Bundeskanzlerin hatte diese Wahl. Griechenland mit weiteren Milliarden im Euro halten – oder die Nervensgen im Süden Europas endlich rausschmeißen. Und wie Tsipras hat sich Angela Merkel für das aus ihrer Sicht kleinere Risiko entschieden. Den Verbleib des Landes in der Währungsunion. Verantwortungsbewusste Politiker sind meist risikoavers. Sie hassen Brüche, weil sie die unberechenbaren Folgen fürchten.

### Entscheidung liegt bei Merkel

Für normale Menschen mag das unverständlich sein. Am Stammtisch, bei der Diskussion im Büro, im wissenschaftlichen Diskurs, ja selbst beim Streit innerhalb einer Partei ist es einfach, starke politische Forderungen aufzustellen. Man weiß ja, dass man sie nicht exekutieren muss. Man muss nicht für die Folgen geradestehen, dem Whler nicht erklären, warum der Grexit nun doch viel schlimmere Auswirkungen hat, als alle Analysen ergaben. Warum der Euro auseinanderbricht, in Griechenland Chaos herrscht, nordafrikanische Flüchtlinge in noch viel größerer Zahl über den Balkan in die Mitte Europas drängen. Es sagt sich leicht, schmeißt die Griechen raus, wenn man sich in einer Masse Gleichgesinnter verstecken kann, falls das Ganze schiefgeht – oder einfach negieren kann, dass man jemals dafür war. Etwas ganz anderes ist es, diese Entscheidung zu treffen, wenn man die Verantwortliche ist, deren Gesicht mit diesem Weg verbunden wäre.

Man muss sich den Grexit nur mal vorstellen. Wenn alles gut ginge, Griechenland bald auf die Beine käme, wäre CDU-Chefin Merkel die Heldin. Was aber, wenn nicht? Die, die sie am Anfang dafür feiern, würden sie später am liebsten aus dem Amt jagen, wenn die deutsche Exportwirtschaft schwächelt und die Arbeitslosigkeit steigt, weil der Euro bröckelt. Viele der harten Grexit-Vertreter würden später behaupten, sie hätten schon immer auf die Risiken des Ernstfalls hingewiesen. Am Ende verantwortet diese Entscheidung die Kanzlerin allein. Beneiden sollte man sie darum nicht. Bedauern allerdings auch nicht.

Angela Merkels Problem liegt darin, dass sie Entscheidungen in einem derart verworrenen Geflecht von wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten treffen muss. Otto Normalbürger kann und will das oft nicht verstehen. Krisen dauern zu lange, Lösungen scheinen nicht in Sicht. Kein Wunder, dass der Wunsch nach einfachen Lösungen so groß ist. Endlich den gordischen Knoten durchschlagen. Das Problem mit ein, zwei machtvollen Entscheidungen ein für allemal beenden. Kraftvoll handeln und nicht durchlavieren. Man kann die Sehnsucht verstehen.

### Euro-Zone ist zur Transferunion geworden

Den Erfordernissen der Realität aber wird eine Schwarz-Weiß-Politik nicht gerecht. Das Zusammenleben vieler Nationalstaaten in einer Währungsunion, die sich in einem globalisierten Wettbewerb behaupten muss, ist kompliziert. Anpassungsprozesse dauern ewig. Das dritte Hilfspaket für Griechenland in einem Volumen von über 90 Milliarden Euro ist eine Entscheidung von enormer Tragweite. Diese Entscheidung bestätigt, dass die Euro-Zone sich zu einer Transferunion gewandelt hat. Etwas, was wir Deutschen nie wollten.

Selbst das Schuldengutachten der immer optimistischen EU-Kommission bestätigt nun, dass Griechenland aus eigener Kraft in einem von uns überschaubaren Zeitraum niemals in der Lage sein wird, seine Verbindlichkeiten bei den Geldgebern zu begleichen. Griechenland wird mit dem dritten Hilfspaket zum Ostdeutschland der Euro-Zone. Und der Bundestag wird diesen Weg in der kommenden Woche mit großer Wahrscheinlichkeit absegnen. Mit Unterstützung der widerwilligen Fraktion der Kanzlerin.

Merkels Fehler in der griechischen Schuldenkrise liegt nicht darin, dass sie die Griechen drin hält. Gleiches glte für den anderen Weg. Für beides fänden sich nachvollziehbare Begründungen. Merkels Schwäche ist ihr Unwille, große, vielleicht sogar dramatische Zusammenhänge dem Whler auch zu erklären. Angela Merkel wird im übertragenen Sinne oft als die Technikerin der Macht beschrieben, als Kanzlerin, die ganz geschickt an den kleinen und großen Schrauben in der europäischen Politik dreht. Oft sogar ganz erfolgreich. Wie viele Techniker auch redet die Kanzlerin allerdings nicht gern über das, was sie macht. Und schon gar nicht, warum sie es macht.

### Ohne Schuldenschnitt wird es nicht gehen

Dass sie damit die Zweifler in der Bevölkerung und inzwischen sogar in der eigenen Partei nicht überzeugt, nimmt sie in Kauf. Wenn die da draußen erst verstnden, was alles auf dem Spiel steht, wäre es noch schwerer, das Richtige zu tun, scheint Angela Merkel zu denken. In der politischen Realität aber führt das zu ökonomischen Verrenkungen. Wer Griechenland tatsächlich in der Euro-Zone halten will, kommt angesichts der aufgelaufenen Verbindlichkeiten um irgendeine Art von Schuldenschnitt nicht mehr herum. Das gehört zur Wahrheit dazu. Merkel weiß das, es wurde ihr inzwischen mehrfach von Experten erklärt. Weil die Bundeskanzlerin aber nicht noch mehr Rebellen in- und außerhalb der Union wecken will, verweigert sie sich zumindest öffentlich dieser Einsicht. Und vergrzt damit immer mehr Bürger, die einfach nicht verstehen, was sie da tut.

## Lagarde will sich nicht festlegen

Auch nach der Einigung über das Rettungspaket hält sich die IWF-Chefin eine weitere Beteiligung offen und fordert weitere Schuldenerleichterungen. Schäuble hatte sich vor dem Treffen ein „klares Commitment“ des Fonds gewünscht. Ifo-Chef Sinn kritisiert die Vereinbarungen als schwammig.

15.08.2015



© DPAlWF-Chefin Christine Lagarde beharrt weiter auf einen Schuldenschnitt

Der **Internationale Währungsfonds** (IWF) besteht auch nach der Einigung über das Griechenland-Hilfspaket auf erhebliche Schuldenerleichterungen für Athen. IWF-Chefin Christine Lagarde meinte am Freitag, das Hilfsprogramm sei „ein sehr wichtiger Schritt“ vorwärts. Die Schuldenlast sei aber „untragbar“ für Griechenland, hieß es in einer schriftlichen Stellungnahme. Sie erwarte, dass die Europäer bei einer ersten Überprüfung des Programms konkrete Zusagen und „entscheidende Schuldenerleichterungen machen“, die über bisherige Überlegungen deutlich hinausgingen. Lagarde war bei den Beratungen Griechenlands und der Euro-Staaten am Freitag in Brüssel per Videolink zugeschaltet.

Schäuble hatte kurz vor dem Treffen der Euro-Finanzminister in Brüssel gesagt, er sei zuversichtlich, dass man ein Ergebnis erzielen werde. Ein möglichst klares „Commitment“ (Engagement, Verpflichtung) **des IWF sei wünschenswert und auch erreichbar.**

Vom IWF hieß es nun, man werde in den nächsten Monaten mit den Europäern und Griechenland zusammenarbeiten, um Lösungen zu finden, damit sie der IWF-Führung „eine weitere finanzielle Unterstützung Griechenlands“ empfehlen kann. Dabei komme es darauf an, dass „alle notwendigen Elemente“ der Hilfen berücksichtigt werden, meinte sie offenbar mit Blick auf Schuldenerleichterungen.

Der IWF besteht seit längerem auf Schuldenerleichterungen für Athen, da das Land sonst nicht aus der Krise herauskomme. In einer internen Studie wurden Maßnahmen bis hin zum Schuldenschnitt („Haircut“) ins Spiel gebracht.

Die Euro-Finanzminister hatten am Freitag **den Weg für das dritte Griechenland-Hilfspaket geebnet.** Nach dem Parlament in Athen stimmte auch die Eurogruppe für die Vereinbarung, mit der Griechenland im Gegenzug für zahlreiche Reformen bis zu 86 Milliarden Euro an Finanzmitteln erhalten soll. Die Freigabe der Gelder ist noch abhängig von der Zustimmung des Bundestages kommende Woche. Eine Ablehnung gilt aber als unwahrscheinlich.

### **Kritik von Hans-Werner Sinn**

Der Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, kritisiert die Vereinbarungen zwischen Geldgebern und griechischer Regierung über das dritte Rettungspaket scharf. „Die Vereinbarungen sind eine schwer verständliche Mischung aus Detailvielfalt und Schwammigkeit bei den Formulierungen“, sagte Sinn zu „Bild“. Harte Ausgabenkürzungen gebe es nur wenige, „dafür aber viel Hoffnung, dass der griechische Staat in Zukunft seine Steuern wird eintreiben können, obwohl ihm das in den zurückliegenden Jahren nicht gelungen ist“.

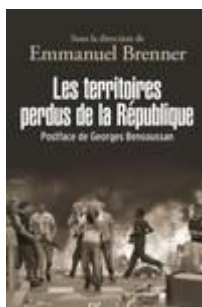
Als größte Risiken nannte Sinn die Vorgaben für Wirtschaftswachstum und den Primärüberschuss. „Diesem Programm fehlt die Wahrhaftigkeit.“ Mit dem Rettungspaket würden weitere Mittel der Steuerzahler in ein Fass ohne Boden geschüttet. Sinn: „Der Bundestag weiß hoffentlich, was er hier abnicken soll.“

## Des territoires perdus de la République aux territoires perdus de la nation (1/2)

Par [Alexandre Devecchio](#) Mis à jour le 14/08/2015 à 21:18

FIGAROVOX/GRAND ENTRETIEN - En 2002, Georges Bensoussan a dirigé *Les territoires perdus de la République*. A l'occasion de la republication de ce livre controversé, il analyse le phénomène de déliquescence de la nation que des politiques, conscients mais impuissants, ne réussissent pas à endiguer.

---



*Georges Bensoussan est historien, spécialiste d'histoire culturelle de l'Europe des XIXe et XXe siècles, et en particulier des mondes juifs. Il a dirigé l'ouvrage **Les Territoires perdus de la République** (Mille et une nuits, 2002) rassemblant les témoignages d'enseignants et chefs d'établissements scolaires.*

---

**FIGARO.** - La première édition des *Territoires perdus de la République* date de septembre 2002. Vous y dénonciez les maux qui rongent l'école, mais aussi la société française: la violence, l'islamisme, l'antisémitisme. A l'époque, le livre avait été accueilli par un long silence médiatique. Rétrospectivement, comment expliquez-vous cette omerta?

**Georges BENSOUSSAN.** - L'omerta fait partie des problèmes dénoncés dans le livre. Il y a peur de dire ce que l'on voit comme si dire le réel, c'était le faire exister. A l'époque, nous constatons que l'intégration d'une partie des populations de banlieues, progressivement reléguée dans des cités et frappée par le chômage de masse, était en panne. Après avoir fonctionné jusque dans les années 80, l'intégration s'est bloquée à la fin des années 90, ce que l'on constate aujourd'hui avec la hausse des unions endogames. Or, il semblait difficile en France de faire ce simple constat car on risquait d'être accusé de racisme, de stigmatiser et d'amalgamer des populations. C'est d'ailleurs l'accusation qui nous fut d'emblée imputée. Une culture d'une partie de la gauche dominante (à distinguer de la gauche antitotalitaire dans la lignée d'Orwell) nous a enfermés dans la frilosité. Il est devenu presque impossible de dénoncer certains périls sans être accusé d'appartenir au camp du mal. Pourtant, les sept auteurs de la première édition, tout comme les treize de la seconde, venaient tous, quasiment sans exception, des rangs de la gauche. Le silence médiatique autour de ce livre, puis sa stigmatisation, était révélateur d'un climat de terrorisme intellectuel qui n'a d'ailleurs rien de nouveau. Les réactions qui ont entouré *Les territoires perdus de la République* sont de même nature que celles qui ont entourées les débats politiques français des années 50-60, quand une pensée antitotalitaire était accusée de faire le jeu de la bourgeoisie. Pour s'en convaincre, il faut relire les joutes qui opposèrent Albert Camus, Raymond Aron ou Arthur Koestler à toute une partie de la gauche. Une gauche qui était à l'époque dominée culturellement par le Parti communiste. Nombre d'intellectuels se posaient moins la question de la vérité que celle de savoir de qui «on faisait le jeu». Aujourd'hui, certains intellectuels de gauche n'entendent pas, disent-ils, pas faire le jeu du FN, comme leurs aïeux autrefois, communistes ou proches du PC (les «compagnons de route»), ne voulaient pas faire le jeu du grand capital. Pour un intellectuel, une seule question devrait se poser: les faits sont-ils avérés ou non? Dans les années 1940 en Angleterre, Orwell avait été confronté au même problème. Bien que venant des rangs de la gauche travailliste, il se voyait reprocher de faire le jeu des conservateurs anglais. Les blocages auxquels nous nous sommes heurtés avec ce livre sont les mêmes que ceux qui ont marqué le XXe siècle, c'est le débat entre totalitarisme et antitotalitarisme.

**Vous écrivez que nous sommes passés des territoires perdus de la République aux territoires perdus de la nation ... Du 11 septembre 2002 aux attentats de janvier 2015, avons-nous perdu une décennie?**

La République est d'abord une forme de régime. Elle ne désigne pas un ancrage culturel ou historique. La nation, elle, est l'adhésion à un ensemble de valeurs et rien d'autre. Ce n'est pas le sang, pas le sol, pas la race.

En 2002, nous étions encore habités par le mot «République», agité comme un talisman, comme un sésame salvateur. Or, la République est d'abord une forme de régime. Elle ne désigne pas un ancrage culturel ou historique. La nation, elle, est l'adhésion à un ensemble de valeurs et rien d'autre. Ce n'est pas le sang, pas le sol, pas la race. Peut être Français, quelle que soit sa couleur de peau ou sa religion, celui qui adhère au roman national selon la définition bien connue d'Ernest Renan: *«Une nation est une âme, un principe spirituel. Deux choses qui, à vrai dire, n'en font qu'une, constituent cette âme, ce principe spirituel. L'une est dans le passé, l'autre dans le présent. L'une est la possession en commun d'un riche legs de souvenirs ; l'autre est le consentement actuel, le désir de vivre ensemble, la volonté de continuer à faire valoir l'héritage qu'on a reçu indivis.»* Nous avons un peu délaissé cette définition pour mettre en avant les valeurs de la République. Nous avons fait une erreur de diagnostic. Nous n'avions pas vu que la nation, et non seulement la République, était en train de se déliter. Une partie de la population française, née en France, souvent de parents eux-mêmes nés en France, a le sentiment de ne pas appartenir à celle-ci. Alors qu'ils sont français depuis deux générations pour beaucoup, certains adolescents dans les collèges et lycées, comme aussi certains adultes, n'hésitent plus à affirmer que la France n'est pas leur pays. Ajoutant: «Mon pays c'est l'Algérie...» (ou la Tunisie, etc...). Les incidents lors de la minute de silence pour les assassinés de Merah comme pour ceux de janvier 2015 furent extrêmement nombreux. On a cherché comme toujours à masquer, à minimiser, à ne pas nommer. Dans la longue histoire de l'immigration en France, cet échec à la 3<sup>e</sup> génération est un fait historique inédit. Certains historiens de l'immigration font remarquer, à juste titre, qu'il y eut toujours des problèmes d'intégration, même avec l'immigration européenne. Mais pour la première fois dans l'Histoire nous assistons à un phénomène de désintégration, voire de désassimilation. C'est pourquoi, ce n'est pas la République seule qui est en cause, mais bien la nation française: notre ancrage historique, nos valeurs, notre langue, notre littérature et notre Histoire. Toute une partie de la jeunesse de notre pays se reconnaît de moins en moins dans notre culture. Elle lui devient un code culturel étranger, une langue morte et pas seulement pour des raisons sociales. Nous sommes en train d'assister en France à l'émergence de deux peuples au point que certains évoquent des germes de guerre civile. Dans le cadre de la préparation d'un nouvel ouvrage, j'ai été frappé en écoutant plusieurs de mes interlocuteurs de voir que l'expression «guerre civile», qui aurait fait ricaner il y a dix ans ou surpris il y a cinq ans, est aujourd'hui dans les bouches d'un grand nombre, tant d'élus de terrain, de policiers, de médecins hospitaliers (service des urgences par exemple) ou de banlieue. Le sentiment que deux peuples sont en train de se former, côte à côte, et qui se regardent souvent avec hostilité, ce sentiment-là est aujourd'hui partagé par beaucoup.

### **Pourquoi, selon vous, personne n'est descendu dans la rue au moment de l'affaire Merah?**

Les spécialistes du déni de réalité étaient convaincus que l'assassin était un néo-nazi, un Breivik à la française. Le fait que Mohammed Merah fût musulman en a gêné plus d'un. Ainsi, l'ennemi n'était pas le bon. Pour descendre dans la rue, il fallait qu'il soit conforme, breveté d'extrême droite et blanc.

En mai 1990, après la profanation du cimetière juif de Carpentras, des centaines de milliers de Français étaient descendus dans la rue, y compris le président de la République. En 2012, une génération plus tard, pour Ilan Halimi en 2006, en mémoire aux victimes de Merah en 2012, de Nemmouche en 2014, il n'y avait plus personne, sauf des juifs. La montée du communautarisme, du repli sur soi et de l'indifférence sont patents, signe d'un morcellement de la société française, d'un repli sur soi moins hédoniste que désespéré est en train de l'emporter qui multiplie les gestes et les mots du découragement: «on ne peut rien y faire», «ça ne changera jamais», «c'est trop tard», etc.... Mais aussi, hélas, et le fait n'est pas nouveau, le massif «ce n'est pas notre affaire». Cela posé, la raison essentielle de cette désaffection est peut être ailleurs: l'affaire Merah témoignait d'un antisémitisme qui ne venait pas d'où on l'attendait, l'extrême droite. De là un malaise général. Souvenons-nous de la période qui sépare les meurtres de la mort de Merah sous les balles du GIGN. Il s'est écoulé une semaine durant laquelle un grand nombre des bien-pensants de ce pays, et en particulier les spécialistes du déni de réalité, étaient convaincus que l'assassin était un néo-nazi, un Breivik à la française. Le fait que Mohammed Merah fût musulman en a gêné plus d'un. Ainsi, l'ennemi n'était pas le bon. Pour descendre dans la rue, il fallait qu'il soit conforme, breveté d'extrême droite et blanc. Une certaine instrumentalisation de l'histoire, mais pas cette histoire elle-même évidemment, a paralysé la réflexion politique. On n'a cessé de rejouer les années noires en télescopant les situations jusqu'à voir dans tout immigré clandestin un Juif du Val d'Hiv en 1942, comme s'il fallait racheter la mollesse et l'indifférence des aïeux. De surcroît, troublant était le fait que Merah était français, né en France... et qu'il était au collège au moment de la première édition des *Territoires perdus de la République*. Je veux dire par là que cela interroge

L'Education nationale, et notamment cette idée un peu simple selon laquelle un bon enseignement de la Shoah ( ce qui est le cas en France) suffirait à endiguer racisme et antisémitisme.

### **Aujourd'hui, les politiques et les médias ont-ils suffisamment ouvert les yeux?**

Les élus de terrain, tant de droite que de gauche, sont conscients des réalités. Mais beaucoup ont peur de parler. *A fortiori* du côté des hommes politiques dont le courage n'est pas la qualité première à l'exception de quelques-uns. Comme s'ils craignaient, en parlant, de faire sauter un baril de poudre tant la situation leur paraît (et ici ils ont raison) dangereuse. La France est en effet l'un des pays d'Europe parmi les plus exposés au risque de conflits internes.

La peur d'être taxé de racisme joue son rôle dans la paralysie française. Et la désespérance du plus grand nombre dont la parole est d'emblée invalidée au nom d'un antiracisme dévoyé. Cette crainte va jusqu'à reprendre un discours concocté par l'adversaire sans s'interroger sur la pertinence des «mots». Ainsi du mot «islamophobie», un terme particulièrement inepte en effet qui réintroduit en France la notion de blasphème. On peut s'opposer à la religion, qu'elle soit juive, catholique ou musulmane, sans être raciste. Le combat laïque c'est le refus qu'une religion quelle qu'elle soit prévale sur la loi civile. Ce combat difficile a finalement été gagné en France entre 1880 et 1905. Céder sur ce plan c'est détricoter deux siècles de Révolution française pour parler comme François Furet et plus d'un siècle d'une histoire de France qui a fait de la République non seulement un régime mais une culture. Il nous faut comprendre que le mot islamophobie, forgé par des associations musulmanes, crée à dessein de la confusion pour culpabiliser les tenants du combat républicain. Pour faire entendre, en bref, que ce seraient des racistes à peine dissimulés. En invoquant à contre-emploi le racisme et en usant d'un antiracisme défigurés ( celui-là même qu'on a vu à Durban en 2001 où l'on entendait le cri de «One Jew, one bullet»), il s'agit de faire taire toute voix dissidente. En instrumentalisant l'histoire au passage, c'est ce que Leo Strauss appelait la *Reductio ad Hitlerum*.

L'un des premiers soucis de la classe médiatique et politique après les crimes de Merah et les attentats de janvier 2015 fut d'éviter les «amalgames». Comme si les premières victimes des violences étaient les Français d'origine maghrébine ou les musulmans. Près de soixante-dix ans plus tôt, en novembre 1945, après les terribles pogroms qui venaient d'ensanglanter la communauté juive de Tripoli en Libye (plus de quarante assassinats dans des conditions atroces), les dignitaires musulmans de la ville estimaient que les premières victimes étaient moins les juifs qu'eux-mêmes, car disaient-ils, ils risquaient d'être désormais «montrés du doigt». En revanche, il n'y eut pas condamnation publique de ces actes. Comme aujourd'hui. Quand en avril 2012 l'imam Chalghoumi organisa une manifestation de protestation contre les agissements de Merah, il ne réunit qu'une cinquantaine de personnes.

### **Vous faites référence au monde imaginé par Orwell dans son roman d'anticipation 1984. Notre système peut-il vraiment être qualifié de totalitaire?**

Le XX<sup>e</sup> siècle français, jusqu'à nos jours même, paie l'énorme saignée de la Grande Guerre. De ce désastre-là, la France ne s'est jamais remise. Elle avait gagné la guerre mais perdu ses hommes et à long terme son vouloir vivre national.

Nous ne sommes pas dans un système totalitaire, mais dans un système d'avachissement de la démocratie que Tocqueville avait annoncé. Cet avachissement est marqué par le triomphe de l'intérêt individuel et le désintérêt pour la chose publique. Dans le contexte historique particulier qui est celui de la France, cela se traduit par une pensée a-critique et frileuse, même si cette frilosité, voire cette lâcheté ne sont pas chose nouvelle. On n'en finirait pas de faire la généalogie du déclin de ce qui fut jadis la «Grande Nation». Nul doute qu'à cet égard le XX<sup>e</sup> siècle français, jusqu'à nos jours même, paie l'énorme saignée de la Grande Guerre. De ce désastre-là, la France ne s'est jamais remise. Elle avait gagné la guerre mais perdu ses hommes et à long terme son vouloir vivre national. Toutes les campagnes françaises se font l'écho d'une tragédie qui naturellement appelait dans son sillage une immigration de peuplement qui, chaque jour plus nombreuse, a atteint un seuil tel que la machine à intégrer s'est finalement enrayée. Un pays est capable d'intégrer des minorités par capillarité. C'est moins vrai quand il s'agit depuis 40 ans de flux démographiques de masse.

### **Vous reprochez à l'Etat et notamment à l'école d'avoir fait trop de concession aux revendications communautaires. Que pensez-vous du débat actuel sur les menus de substitution?**

Il est posé de manière caricaturale car on voit bien la volonté de certains politiques de surfer sur la polémique. Il pose cependant une question de fond comme il est symptomatique aussi d'un danger qui guette la société française. Il faut rappeler d'abord que la cantine n'est pas obligatoire. Introduire les menus de substitution dans les écoles, c'est donner

prise à des pratiques communautaires qui n'auront dès lors aucune raison de s'arrêter. Là est le risque, c'est ce premier pas qui permettra tous les autres et qui conduira à détricoter le tissu laïque et à nous engager sur un chemin contraire à celui qui depuis deux siècles a fait la nation française.

### **Le terreau des réalités que vous décrivez est-il social ou culturel?**

Les deux. Les causes sociales sont une évidence. Mais celui qui y réduirait son analyse se condamnerait à ne rien entendre à la complexité de la situation comme l'a bien montré Hugues Lagrange. En banlieue, le taux de chômage des moins de 25 ans avoisine parfois les 40- 50%. L'arrivée d'une immigration de masse à partir de 1975, au moment où les Trente Glorieuses s'achevaient, est un premier jalon dans cette histoire. On peut d'ailleurs se demander pourquoi, sept ans seulement après Mai 1968, la bourgeoisie française a favorisé cette immigration de masse à laquelle le PCF s'opposait dès 1980, ce qu'on a souvent oublié. Pourquoi est-ce sous la présidence de Valéry Giscard d'Estaing, l'homme du retour au pouvoir de la droite libérale non gaulliste, qu'a été mis en place le regroupement familial alors que les emplois se faisaient de plus en plus rares? Dès lors qu'il ne s'agissait plus d'une immigration de travail, mais d'immigration familiale progressivement reléguée dans des cités, l'intégration était compromise. Conjugué au chômage, à la pauvreté, au confinement géographique des mêmes cultures et des mêmes nationalités, le facteur culturel, dégradé en repli identitaire, ne pouvait que jouer sur fond de frustration et de ressentiment.

Un repli identitaire qui a d'abord concerné des populations jeunes et nombreuses, venues d'un monde musulman en expansion et qui, au même moment, trouvait son expression politique dans l'islamisme et non plus dans le nationalisme arabe qui avait échoué. Ajoutez à cela l'environnement médiatique, la télévision par câble, satellite et internet qui a favorisé la diffusion des thèses islamistes et d'un antisémitisme virulent qui viennent du Moyen-Orient. La conjonction de ces facteurs, démographiques, sociaux, culturels et médiatiques a divisé le pays. La réaction aux attentats de janvier 2015, loin de montrer une nation unie, a mis en lumière deux pays cote à cote mais qui ne font plus nation. Ce phénomène, je le redis, est nouveau dans la longue histoire de l'immigration en France. Pour certains, ce fossé pourra se combler demain. J'en suis moins convaincu, il semble que la situation ait atteint un seuil d'irréversibilité.

### **Le risque n'est-il pas de sombrer dans une forme d'essentialisation?**

C'est effectivement le principal reproche qui nous est fait. Cependant, la culture est tout sauf une essence. Ce qui est essence s'appelle «la race». Lorsqu'on est né dans un groupe ethnique, on n'en sort pas. On restera toujours ethniquement parlant Juif du Maroc ou Sénégalais peul. En revanche, la culture s'acquiert. Elle est dynamique. On peut être Juif du Maroc ou Sénégalais peul, lorsqu'on vit en France et qu'on finit par aimer ce pays, on devient français. La culture est le contraire absolu de l'essence. L'histoire culturelle, c'est l'histoire des mentalités, des croyances, de la mythologie, des valeurs d'une société qui permet de comprendre l'imaginaire des hommes d'un temps donné. Cette histoire n'est pas fixe. Il suffit pour s'en convaincre de réfléchir à la conception de l'enfant dans la culture occidentale, à l'image qu'on s'en faisait au Moyen-Age, au XVIIIe siècle, au XXe siècle. Il s'agit là d'un processus dynamique, rien d'un fixisme.

Est-ce faire du racisme que constater dans la culture musulmane, le Coran et les hadiths sont présents des éléments qui rendent impossible la coexistence sur un pied d'égalité avec les non musulmans. Je ne parle pas de la tolérance du dhimmi. Je parle d'égalité et de culture du compromis et de la négociation.

Mais si la culture est le contraire de la race, pourquoi une telle frilosité à faire de l'histoire culturelle, une telle peur de nommer les problèmes culturels par leurs noms? Dans un domaine moins polémique, pourquoi certains ont-ils encore peur de dire que le nazisme est un enfant de l'Allemagne et pas seulement de l'Europe? Qu'il y a dans le nazisme des éléments qui n'appartiennent qu'à la culture allemande traditionnelle depuis Luther et même bien avant. Les grands germanistes français du XX<sup>e</sup> siècle le savaient, depuis Edmond Vermeil jusqu'à Rita Thalmann et plus près de nous Edouard Husson. Est-ce faire du racisme anti-allemand que le dire? Est-ce faire du racisme que constater dans la culture musulmane, le Coran et les hadiths sont présents des éléments qui rendent impossible la coexistence sur un pied d'égalité avec les non musulmans. Je ne parle pas de la tolérance du dhimmi. Je parle d'égalité et de culture du compromis et de la négociation. Travaillant plusieurs années sur l'histoire des juifs dans le monde arabe aux XIXe et au XXe siècle (pour juifs en pays arabes. *Le grand déracinement*, 1850-1975, Tallandier, 2012), j'avais constaté l'existence d'une culture arabo-musulmane, du Maroc à l'Irak, entachée d'un puissant antijudaïsme, et ce bien avant le sionisme et la question d'Israël et de la Palestine. Il existe en effet, et de longue date, une culture arabo-musulmane anti-juive, souvent exacerbée par la colonisation ( mais qui n'en fut toutefois jamais à l'origine). Il fallait faire de l'histoire culturelle pour comprendre comment, pourquoi et quand la minorité juive qui s'était progressivement émancipée grâce à l'école, s'était heurtée à une

majorité arabo-musulmane aux yeux de laquelle l'émancipation des juifs était inconcevable et irrecevable. Il n'était question alors ni de sionisme, ni d'Israël ni de Gaza. Et encore moins de «territoires occupés» qui, pour les ignorants et les naïfs, constituent le cœur du problème actuel. Ce conflit entre une majorité qui ne supporte pas que le dominé de toujours s'émancipe, et le dominé de toujours qui ne supporte plus la domination d'autrefois, se traduit par un divorce, et donc un départ. Il s'agit là d'histoire culturelle. Où est le racisme?

## **Georges Bensoussan : «Nous assistons à l'émergence de deux peuples» (2/2)**

**Dans *Les territoires perdus de la République*, vous évoquiez pour la première fois l'antisémitisme des banlieues. En quoi se distingue-t-il de l'antisémitisme traditionnel?**

L'antisémitisme traditionnel en France est originellement marqué par l'Eglise, l'extrême droite et le nationalisme: c'est l'antisémitisme de l'affaire Dreyfus qui connaît son acmé sous Vichy. L'antisémitisme nouveau est un antisémitisme d'importation. Il est lié à la fois à la culture traditionnelle des pays magrébins, à l'islam et au contexte colonial. En Algérie, le décret Crémieux qui permit aux juifs de devenir Français dès 1870 attise la jalousie des musulmans. En Tunisie et au Maroc, les juifs n'étaient pas français mais leur émancipation par le biais de l'école leur a donné une large avance sur le plan scolaire et social sur la majorité musulmane. Cela s'est terminé par le départ de la minorité juive. Cet antisémitisme-là s'est transposé sur notre territoire par le truchement de l'immigration familiale (c'est cela qui a été importé et pas le conflit israélo-palestinien comme le répètent les médias). Un antisémitisme qui préexistait toutefois auparavant (mais en mode mineur) comme le rappellent les affrontements survenus à Belleville en juin 1967 ou le Mouvement des Travailleurs arabes au début des années 1970.

Paradoxalement, cet antisémitisme ne s'est pas dilué, mais enkysté. C'est dans les familles qu'il se transmet et s'apprend. Arrivé à l'école, l'affaire est déjà jouée. Nouveau par les formes et l'origine, il épouse parfois le vocabulaire de l'antisémitisme traditionnel. Par exemple, le mot «youpin», qui avait tendance à disparaître en France, est réutilisé dans des milieux de banlieues qui ne le connaissaient pas. Bref, les différentes branches de l'antisémitisme sont en train de se conjuguer. L'extrême droite traditionnelle qui connaît un renouveau, une certaine ultra gauche qui par le biais de l'antisionisme a parfois du mal à maquiller son antisémitisme (l'enquête Fondapol d'octobre 2014 menée par Dominique Reynié était édifiante à cet égard). On a oublié que l'antisémitisme plongeait de longues racines à gauche, depuis Proudhon jusqu'aux propos de Benoît Frachon en juin 1967, secrétaire général de la CGT. Mais la branche la plus massive, et de loin, est la branche arabo-islamiste. Celle-là seule passe aux actes, elle insulte, frappe et tue. Elle n'est d'ailleurs pas seulement arabo-islamiste car elle déborde aujourd'hui dans les banlieues. Nombre de jeunes qui ne sont pas issus de l'immigration arabo-musulmane adoptent pourtant le code culturel de l'antisémitisme, lequel est devenu un code d'intégration dans les cités. Ainsi, ici, l'intégration à la France se fait-elle à rebours, en chassant la part juive de la société française. Adopter ces clichés et ce langage c'est se donner plus de chances d'être intégré dans l'économie sociale des banlieues. Et pour parler comme la banlieue, il faut parler «anti-feuj».

**Certains vont jusqu'à comparer les sort des musulmans aujourd'hui à celui des juifs hier. La sacralisation de la Shoah nous empêche-t-elle de comprendre le présent?**

En tant qu'historien, je suis frappé par la stupidité d'une telle comparaison. Je n'ai pas souvenir dans l'histoire des années 30 d'avoir entendu parler de l'équivalent juif de Mohammed Merah, de Mehdi Nemmouche ou des frères Kouachi se mettant à attaquer des écoles françaises, des boutiques ou des Eglises. Assistait-on dans les années 1930 à un repli communautaire des juifs? Tout au contraire, s'agissait-il d'une course éperdue vers l'intégration et l'assimilation. Les juifs cherchaient à se faire le plus petit possible. Ils étaient 330 000, dont 150 000 juifs étrangers qui vivaient dans la crainte d'être expulsés. Beaucoup étaient des réfugiés de la misère, d'autres fuyaient le nazisme et les violences antisémites d'Europe orientale. **Aujourd'hui, place Beauvau, on estime la minorité musulmane entre six et dix millions de personnes.** Ils n'ont pas été chassés par un régime

qui veut les exterminer mais sont venus ici, dans l'immense majorité des cas, pour trouver des conditions de vie meilleures. Les situations sont incomparables, ne serait-ce qu'au regard des effectifs concernés: **en Europe, aujourd'hui, un musulman sur quatre vit en France.**

**Cette question est toutefois intéressante à un autre titre: pourquoi une partie de la population française d'origine maghrébine est-elle habitée par un mimétisme juif, une obsession juive, voire une jalousie sociale comme si l'histoire du Maghreb colonial se perpétuait ici?**

Le discours de la repentance a pu stériliser la pensée et frapper de silence des questions jugées iconoclastes.

L'histoire de la Shoah est-elle en cause? Elle n'a pas été surestimée, il s'agit bien de la plus profonde coupure anthropologique du siècle passé, et elle dépasse de loin la seule question antisémite. En réalité, c'est la trivialisation de cette tragédie historique qui a produit des effets pervers. Car la Shoah, elle, au-delà de toutes les instrumentalisation, reste une question d'histoire cardinale qui interroge politiquement toutes les sociétés. Qu'est-ce qu'un génocide? Comment en est-on arrivé-là? Pourquoi l'Allemagne? Pourquoi l'Europe? Pourquoi les juifs? Comment une idéologie meurtrière se met-elle en place? Comment des hommes ordinaires, bons pères de famille, deviennent-ils parfois des assassins en groupe? Cette césure historique, matrice d'un questionnement sans fin, a été rabaissée à un catéchisme moralisateur («Plus jamais ça!») et à une avalanche assez naïve de bons sentiments qui, pédagogiquement, ne sont d'aucune utilité. Et qui fait que nous passons parfois à côté des mécanismes politiques qui régulent des sociétés de masse d'autant plus dangereuses qu'anonymes. Le discours de la repentance a pu stériliser la pensée et frapper de silence des questions jugées iconoclastes. Comme les questions d'histoire culturelle évoquées tout à l'heure. Comme si invoquer le facteur culturel à propos de minorités dont l'intégration est en panne serait emprunter le «chemin d'Auschwitz». Cet affadissement a paralysé la réflexion politique, enté sur la conviction erronée que les situations se reproduisent à l'identique. Or, si les mécanismes sont les mêmes, les situations ne le sont jamais. **Le travail de l'historien illustre sans fin le mot d'Héraclite: «On ne se baigne jamais deux fois dans le même fleuve...»**

**De même, les lois mémorielles ont-elles entraîné la concurrence victimaire?**

Sur le plan juridique, la loi Gayssot n'est pas une mauvaise réponse car il n'y pas débat en effet sur le fait que Auschwitz ait existé, de même qu'il n'y a pas débat sur le fait que la bataille de Verdun ait eu lieu. La loi mémorielle désencombre les prétoires. Elle permet d'éviter des procès de plusieurs années mobilisant inutilement les historiens. Et de voir aussi plus clairement que le négationnisme est une variante de l'antisémitisme.

Les lois mémorielles ont des effets pervers. Dans des sociétés de masse animées par la passion de l'égalité, toute différence, est perçue comme une injustice. La Shoah étant perçue comme le summum de la souffrance, le peuple juif aux yeux de certains est devenu le « peuple élu de la souffrance ». De là une concurrence des mémoires alimentée plus encore par un cadre de références où la victime prend le pas sur le citoyen. Comme s'il fallait avoir été victime d'une tragédie historique pour être reconnu. Second élément de la dérive, la transgression qui permet d'échapper à l'anonymat. Et dans une société qui a fait de la Shoah (contre les historiens) une «religion civile», la meilleure façon de transgresser est de s'en prendre à cette mémoire soit dans le franc négationnisme hier, soit dans la bêtise de masse (qui se veut dérision) type Dieudonné aujourd'hui. Sur ce plan, tous les éléments sont réunis pour favoriser la transgression qui canalise les frustrations innombrables d'un temps marqué au sceau du «désenchantement du monde». C'est d'ailleurs pourquoi on a tort de réagir à chacune des provocations relatives à la Shoah. C'est précisément ce qu'attend le provocateur, notre indignation est sa jouissance.

**Que vous inspire la polémique autour de la plage de Tel-Aviv sur Seine?**

Cela met en lumière les fractures que nous évoquons. Pour une journée de jumelage avec Tel-Aviv, il a fallu déployer 500 CRS. L'ampleur de la polémique me paraît disproportionnée. Israël n'est pas un Etat fasciste et le



conflit avec les Palestiniens est de basse intensité. Il y a pratiquement tous les jours entre cinquante et cent morts par attentats dans le monde arabo-musulman dans l'indifférence générale. La guerre civile en Syrie a fait à ce jour, et en quatre ans, 240 000 morts. Le conflit israélo-palestinien en aurait fait 90 000 depuis 1948. La disproportion est frappante. Peu importe que des Arabes tuent d'autres Arabes. Tout le monde s'en moque. Les juifs seuls donnent du prix à ces morts. Dès qu'ils sont de la partie, on descend dans la rue. Cette passion débordante, disproportionnée, n'interroge pas le conflit. Elle interroge ce que devient la société française. Les menaces sur Tel Aviv sur scène sont venues des mêmes milieux qui ont laissé faire les violences de Barbès en juillet 2014, la tentative d'assaut contre la synagogue de la rue de la Roquette à Paris et une semaine plus tard contre celle de Sarcelles. Bref, je le redis, ce n'est pas le conflit qui a été importé, c'est l'antisémitisme du Maghreb. Les cris de haine d'aujourd'hui sont l'habillage nouveau d'une animosité ancienne.

**A la sortie du livre, vous aviez beaucoup insisté sur cet antisémitisme des banlieues. Avec le recul, regrettez-vous de ne pas avoir davantage évoqué le sort des classes populaires, victimes du racisme anti-blanc?**

Absolument. Nous n'avions pas vu alors cette réalité émerger. Un certain nombre d'études sociologiques comme celle de Christophe Guilluy sur les fractures françaises, celle de Laurent Bouvet sur l'insécurité culturelle ou celle d'Hugues Lagrange sur le déni des cultures n'étaient pas parus. Les territoires perdus de la République ne sont pas un livre de sociologie, juste le fruit d'un travail de terrain empirique. Nous n'avons jamais prétendu faire un panorama. De surcroît, en 2002, le phénomène ne faisait que débiter. Et nombre de professeurs qui avaient participé à la rédaction étaient eux-mêmes tétanisés à l'idée d'évoquer un racisme anti-blanc ou anti-Français. Cette réalité est aujourd'hui bien connue. A la lecture de Christophe Guilluy, on comprend d'ailleurs **qu'il n'y a pas deux France, mais trois**. La France périphérique méprisée par les élites, qui souffre et est tenue de se taire. Elle constitue le gros du vivier FN. La France des biens nés, intégrée socialement, plus aisée et qui regarde avec condescendance la France populaire qui «pense mal». Enfin, une troisième France, tout aussi en souffrance que la première, en voie de désintégration sous l'effet de la relégation géographique, sociale, scolaire, et dont une frange se radicalise. Mais l'erreur, ici, serait de lier la poussée islamiste à la seule déshérence sociale: dès lors que des jeunes intégrés, et diplômés basculent vers la radicalité islamiste, on comprend que le facteur culturel a été longtemps sous-estimé.

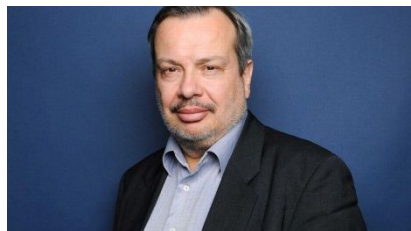
**Dans ces conditions, doit-on continuer à mettre sur le même plan la menace FN et celle de l'islamisme et de l'antisémitisme des banlieues?**

**A force de nier le réel, on a fait le lit du FN.** Les millions de Français qui sont aujourd'hui sympathisants du Front national n'ont pas le profil de fascistes. Beaucoup d'entre eux votaient jadis à gauche, et le FN authentiquement parti d'extrême droite, est aussi aujourd'hui le premier parti ouvrier de France. Comment en est-on arrivé-là? Quelle responsabilité ont les classes dominantes dans ce naufrage et, notamment la classe intellectuelle? Voilà les questions qui importent vraiment. En revanche, la question rhétorique du «plus grand danger», FN ou islamisme, vise à nous faire taire. Avec à la clé ce chantage: «A dénoncer la poussée de l'islamisme, du communautarisme, la désintégration d'une partie de l'immigration de masse, vous faites le jeu du Front national!». Tenter de répondre à la question ainsi formulée, c'est tomber dans ce piège rhétorique. Il faudrait, au contraire, retourner cette question à ceux qui la posent: n'avez-vous pas fait le jeu du FN en invalidant la parole d'une partie du peuple français, en le qualifiant de «franchouillard», de raciste, de fasciste? Et en sous estimant le sentiment d'abandon et de mépris vécu par ces dominés de toujours?

## Périco Légasse : «Notre indépendance alimentaire est menacée»

Par [Alexandre Devecchio](#)

Mis à jour le 15/08/2015 à 01:11



**FIGAROVOX/GRAND ENTRETIEN - Pour Périco Légasse, la crise du porc n'est qu'un début et la France pourrait voir l'ensemble de son patrimoine agricole se désagréger. Selon lui, il faut sortir d'urgence du modèle productiviste européen.**

*Périco Légasse est rédacteur en chef de la rubrique vin et gastronomie à l'hebdomadaire [Marianne](#).*

**PROPOS RECEUILLIS PAR ALEXANDRE DEVECCHIO [@AlexDevecchio](#)**

**La crise du porc se poursuit. La cotation est suspendue après le refus de deux des principaux acheteurs, Cooperl et Bigard/Socopa de payer le prix demandé par le gouvernement. Qui sont les principaux responsable de cette crise: les éleveurs, les industriels, la grande distribution, le gouvernement?**

**Périco Légasse:** Il faut remonter assez loin pour trouver les responsables de cette ubuesque gabegie. En tout premier lieu ceux qui ont expliqué, du principal syndicat agricole jusqu'aux pouvoirs publics, et ils furent nombreux, que surproduire dans l'intensif au détriment de la qualité, pour rester le plus compétitif, serait toujours payant. Le mensonge, en ce sens que tout le monde savait qu'il conduisait droit dans le mur, a entraîné l'agriculture française vers l'impasse. S'il est un coupable à désigner en premier, c'est bien la Fnsea, surtout celle dirigée par Luc Guyau, un monsieur qui a fait beaucoup de mal à la France, je dis bien à la France, avec la complicité active de Jacques Chirac, à tous les échelons de ses mandats politiques, en expliquant aux éleveurs que plus ils entreraient dans une logique de production industrielle, plus ils s'enrichiraient. S'il est un deuxième coupable, c'est la grande distribution, qui s'est évertuée à expliquer à ses fournisseurs que, s'ils souhaitaient conserver le référencement de leur marque, il fallait du bas de gamme pour proposer le prix le plus bas à la clientèle. On a fait passer à l'époque ces deux entités qui se tapaient sur l'épaule pour de grands stratèges et l'agriculture française a cru à ce mensonge. Bien entendu je ne dédouane pas François Guillaume, ancien président de la Fnsea devenu ministre de l'Agriculture (un pléonasme puisque ce syndicat cogère ce ministère depuis 1964), ni ses successeurs, tous partis confondus, Pierre Méhaignerie, Edith Cresson, Henri Nallet, Jean-Pierre Soisson, Jean Puech, Dominique Bussereau ou Bruno Lemaire, fossoyeurs irresponsables et inconscients, parmi d'autres gouvernants, de notre patrimoine agricole. Et pour bien montrer que je ne jette pas l'anathème sur la classe politique dans son ensemble, je rends hommages, même s'ils ont aussi une part de responsabilité, à Michel Rocard, à Philippe Vasseur, à Jean Glavany, à Hervé Gaymard et à Michel Barnier pour certaines dispositions qu'ils ont eu la clairvoyance et le courage de prendre. Je pense qu'il serait légitime aujourd'hui que ces messieurs rendent des comptes sur leur action publique pour savoir qui a fait quoi et en tirer les conséquences.

Le grand serpent distributeur est obligé de se mordre la queue. S'ils ne font pas au moins l'effort de maintenir le cours à 1,40€ et que la tragédie vire au drame, c'est eux qui porteront le chapeau car ils ont tellement tiré la ficelle ailleurs qu'elle leur pétera au nez.

**Les groupes de grande distribution se disent déterminés à maintenir le cours du porc autour de 1,40 euro. Peut-on parler d'hypocrisie de leur part?**

Peut être, mais pas forcément. Ils n'ont en réalité pas le choix car, même si ce ne sont pas eux qui ont fixé ce tarif, ce sont eux qui ont institutionnalisé la philosophie du prix le plus bas au détriment de la qualité. Le grand serpent distributeur est obligé de se mordre la queue. S'ils ne font pas au moins l'effort de maintenir le cours à 1,40€ et que la tragédie vire au drame, c'est eux qui porteront le chapeau car ils ont tellement tiré la ficelle ailleurs qu'elle leur pétera au nez. En tout cas il faut les soutenir dans cet engagement, ainsi que les industriels qui s'imposent pour l'heure cette stratégie patriotique.

Mais combien de temps tiendront ils? Reste le bras de fer avec Cooperl et Bigard-Socopa, confrontés à une situation qu'ils n'ont pas voulue. Je ne doute pas qu'ils préféreraient acheter français à 1,25€ mais ce n'est pas le cas. Dans ce cas précis, même s'il y a des solutions française autres que la mise sous perfusion d'une filière ravagée, le problème est bien européen. Et il l'est de façon calamiteuse car c'est notre principale partenaire qui nous attaque sur un terrain dont elle n'a pas besoin pour consolider son commerce extérieur mais qui est vital pour nous.

**À 1,40 euro, il est supérieur de 28 centimes au cours du porc allemand, et de 38 centimes à celui du porc néerlandais. Comment expliquez un tel décalage dans les prix?**

A ce rythme là le « porc Bolkenstein » n'est qu'un début. Toutes les filières de l'agriculture industrialisables y passeront et la France verra son patrimoine agricole se désagréger sous ses yeux si elle ne sort pas de la logique instaurée par la Fnsea.

En terme de vision globale du projet européen, c'est un véritable coup de poignard dans les valeurs et l'esprit du Traité de Rome. Sans doute, en profondeur et sur les fondements, la première manifestation par l'absurde, de la perversité d'un système dont on s'obstine à nous certifier depuis 2005 qu'il est sain, tout juste un peu dérégulé, mais sain. L'explication est dans la méthode. L'Allemagne et les Pays-Bas, mais aussi le Danemark, où l'on produit du porc à 1,23€ du kilo, ne sont pas dans une logique agricole. C'est essentiel pour comprendre les enjeux de cette crise, mais dans une logique industrielle au sens le plus stricte du terme. Ils ne font pas de l'élevage de porc mais des usines à porc, avec toutes les technologies et logistiques disponibles dans une procédure économique et sociale sans scrupule. A leur échelle, Pays Bas et Danemark sont un peu à part, mais l'Allemagne est dans une logique de productivisme où la concentration animale peut atteindre 60.000 animaux par unité de production. Notre ferme des 1000 vaches, pour effrayante qu'elle soit, joue dans la cour des amateurs en comparaison. Ajouter à cela le demi esclavage salarial issu de l'élargissement de l'Union à 28 pour motif idéologique, sans aucune étude réelle de marché (sauf pour les Allemands qui savaient ce qu'ils faisaient), et la boucle est bouclée. A ce rythme là le « porc Bolkenstein » n'est qu'un début. Toutes les filières de l'agriculture industrialisables y passeront et la France verra son patrimoine agricole se désagréger sous ses yeux si elle ne sort pas de la logique instaurée par la Fnsea. Parlons clair, l'Allemagne savait qu'en développant cette forme de production, sur un terrain dont elle n'ignore pas qu'il est vital pour tout un pan de l'agriculture et de l'agro industrie françaises, elle allait provoquer un déséquilibre commercial calamiteux au sein d'un système qui, en principe, est là pour réguler les disparités nocives et favoriser les équilibres profitables. Liberté des marchés et des échanges, bien sûr, mais au prix de la ruine du partenaire? Au prix d'une écologie foulée aux pieds? De tragédies sociales annoncées et d'un emploi bradé? D'une éthique alimentaire galvaudée? C'est ça «L'Union européenne»? On dirait vraiment une offensive extérieure à l'Union, mais pas du tout, c'est l'Allemagne! Les pays balkaniques se respectent mieux les uns les autres.

**S'agit-il d'un problème de prix ou de surproduction européenne?**

C'est un problème de déloyauté communautaire et de mode de consommation à la fois. Mais c'est surtout un problème de stratégie agricole et de vision politique pour l'alimentation de demain. Reprenons le problème à sa genèse. Cela fait quarante ans que l'on explique aux éleveurs de porc (et de poulet) Bretons que, sur ce terrain là (celui du bas de gamme intensif polluant), ils resteront imbattables, que personne ne pourra faire mieux, et que si ça devait être le cas, cela proviendrait de si loin que des mesures protectrices seraient prises aussitôt au niveau communautaire pour protéger le marché. Ces grands stratèges n'avaient évidemment pas prévu que le problème viendrait du voisin de palier. Que doit faire le boulanger quand son cousin germain installe un stand devant sa boutique en vendant la baguette de pain 20 centimes moins cher que lui avec le même papier d'emballage?

Si rien ne se passe, c'est, à moyen terme, notre indépendance alimentaire qui est menacée. A moins que ce ne soit pas une menace et que l'on puisse un jour trouver normal que 75% du contenu de nos assiettes proviennent d'au delà de nos frontières. A vendre peu à peu le pays à la découpe, nos industries les plus florissantes, nos technologies les plus performantes, nos brevets, nos voitures, nos vins, pourquoi pas notre garde manger ?

**Peut-il se régler à l'échelle nationale?**

Unilatéralement, non, sauf à prendre des décisions politiques lourdes de conséquences. Je crois me souvenir que Messieurs Sarkozy et Hollande avaient fait comprendre qu'ils allaient expliquer son fait à Madame Merkel à propos du pacte de stabilité, qu'elle allait les entendre et voir «qui c'est Raoul». Passons. Il peut en revanche y avoir une redéfinition nationale, dans le cadre d'Etats généraux de l'agriculture et de l'alimentation, du type de production et du type de marché, que l'on veut pour la France. C'est très grave. Si rien ne se passe, c'est, à moyen terme, notre indépendance alimentaire qui

est menacée. A moins que ce ne soit pas une menace et que l'on puisse un jour trouver normal que 75% du contenu de nos assiettes proviennent d'au delà de nos frontières. A vendre peu à peu le pays à la découpe, nos industries les plus florissantes, nos technologies les plus performantes, nos brevets, nos voitures, nos vins, pourquoi pas notre garde manger? Messieurs Minc, Attali et Macron nous expliquent que c'est le prix à payer pour une mondialisation heureuse, alors allons y gaiement.

### **La France paie-t-elle aujourd'hui le choix d'une agriculture productiviste totalement hors-sol?**

Il est toujours difficile de répondre de façon tranchée à ce genre de question. Sur le principe, et avec du recul, oui, la France paie très cher, bien trop cher même, cette orientation politique. Mais comme je vous l'ai dit au début de cet entretien, les problèmes sont anciens, et les choix stratégiques décidés dans les années 1960 ont conditionné l'avenir de notre agriculture. Il s'agissait à l'époque, sous l'égide d'Edgar Pisani, de transformer notre gigantesque potentiel agricole, qui se présentait comme un boulet, en atout de performance. C'est là que la Ve République a «merdé», passez moi l'expression, car ce calcul était faux. Après consultation des experts de l'époque et des gourous de l'INRA, il fut décidé que si l'Allemagne «réarmait» ce qu'elle avait de plus probant, son industrie de pointe, et elle en avait les moyens puisque dispensée de budget militaire, la France devait métamorphoser son trésor agricole sur la même logique. Lancé en 1963, le grand programme de modernisation de l'agriculture française consistait, à travers le remembrement territorial et le regroupement des activités, à «germaniser», c'est-à-dire, pour le concept de l'époque, à délivrer cette vieille nation paysanne de ses archaïsmes. Cela fut fait en toute bonne foi.

De Rome à Maastricht, les traités avaient promis l'opulence et pas un gouvernant français n'a ménagé ses engagements et ses promesses en expliquant que cette Europe là était la meilleure formule et la seule voie du salut. Résultat, Siemens et Miele sont ultra florissants alors que nos usines à poulets et à cochon déposent le bilan, que nos élevages sont lessivés, que nos filières sont en ruine et que nos paysans se suicident. On a beau le prendre dans tous les sens : quelqu'un a menti quelque part.

Le raisonnement était simple: transformer peu à peu les campagnes en usines afin d'entrer dans une logique de production industrielle avec le double calcul de l'enrichissement économique et de l'émancipation sociale. Si on se la jouait sur un discours actuel, nous dirions travailler moins, grâce à la chimie et à la technique, pour gagner plus, grâce à de meilleurs rendements. Prenant modèle sur les Etats-Unis, là où l'on obtenait 5 tonnes avec 10 ha il fallait désormais obtenir 10 tonnes avec 5 ha, donc changer la terre en machine. En gros: les Allemands allaient cartonner avec des rivets? Eh bien nous allions cartonner avec du poulet. Les Allemands allaient booster avec du boulon? Nous allions booster avec du cochon. Ils avaient Siemens, nous avions Doux. Ils avaient Miele, nous avions Olida. Toutes les filières, du producteur au distributeur, en passant par l'abatteur, le transformateur et le transporteur, se mirent à fonctionner sur ce schéma théoriquement magnifique. Fini le paysan en culotte de velours avec son béret, vive l'ouvrier agricole en combinaison de combat avec sa casquette de base-ball. Comble du paradoxe, c'est le contribuable allemand qui a payé l'essentiel de la PAC, cette politique agricole commune destinée à soutenir les exploitations privilégiant la modernité, l'efficacité et la rentabilité, dont le mode d'emploi a été fixé à Bonn puis à Berlin avant d'être dicté à Bruxelles. De Rome à Maastricht, les traités avaient promis l'opulence et pas un gouvernant français n'a ménagé ses engagements et ses promesses en expliquant que cette Europe là était la meilleure formule et la seule voie du salut. Résultat, Siemens et Miele sont ultra florissants alors que nos usines à poulets et à cochon déposent le bilan, que nos élevages sont lessivés, que nos filières sont en ruine et que nos paysans se suicident. On a beau le prendre dans tous les sens: quelqu'un a menti quelque part.

### **Peut-on sortir de ce modèle? Comment?**

Le petit salé lentille, la choucroute ou la potée avec l'estampille « porc français » ça marche.

Le problème n'est pas de savoir si l'on peut sortir de ce modèle, mais d'en sortir de toute urgence. Réponse par une phrase toute faite: en s'émancipant des systèmes qui nous trompent et nous égarer. Réponse plus concrète: en retrouvant tout simplement un marché dont l'offre correspond à une demande correspondant elle même à un besoin réel. Surproduire pour surconsommer en faisant baisser les prix conduit, à tous les points de vue, économique, social, environnemental et sanitaire, à la catastrophe. Nous avons touché le fond du système. Puisque nos filières ne sont plus compétitives dans le bas de gamme sur le marché international, la priorité passe par le renforcement du marché intérieur en redéfinissant l'équation du rapport qualité prix. Les producteurs de porc, comme ceux de viande bovine ou ceux de fruits et légumes, ne demandent rien d'autre que de vivre de leur travail. Il leur faut pour cela être rétribués au juste prix par le transformateur qui doit revendre au juste prix au distributeur qui doit revendre au juste prix au consommateur. Ce en quoi Stéphane Le

Foll a raison, la solution sera collective. Reste à savoir de quels moyens on dispose pour envisager la chose. Cela passe, à un moment donné, par une rupture, ou tout du moins une césure, avec quelque chose.

1 - Cela a été dit cent fois: Obtenir de la Commission européenne que la traçabilité sur les viandes entrant dans la composition de produits transformés soit obligatoire. Aujourd'hui il n'existe que le label facultatif Viande de France, en l'occurrence «Porc français», à discrétion du fabricant. Si le consommateur avait systématiquement l'information sur l'étiquette il pourrait privilégier les produits nationaux. Pour peu qu'une campagne publique stimule ce réflexe citoyen sur une population déjà très sensibilisée à cette problématique, ou déjà mobilisée, et que le marché français promeuve sa production, tant au niveau du commerce que de la restauration collective, la situation connaîtrait une évolution certaine. Le petit salé lentille, la choucroute ou la potée avec l'estampille «porc français» ça marche.

2 - Stimuler chez le consommateur une nouvelle répartition de son budget alimentaire. Par ailleurs l'éleveur

Le modèle de l'horreur est venu de la Bretagne, eh bien le modèle du sursaut en viendra aussi.

de porc doit rendre son produit attrayant. L'équation de demain sera la même partout, produire un peu moins mais de meilleure qualité pour être mieux payé. A dépense régulière égale, d'un montant de 18€, mieux vaut acheter trois fois un bon morceau de porc à 6€ euro que six fois un mauvais morceau à 3€. Si nous prenons la Bretagne en exemple, devenue bien malgré elle le symbole de la malbouffe ruinée, nous savons que ce pays de tradition porcine ancestrale a été condamné par la logique productiviste mise en place par la Fnsea et le marché, à se confiner au pire. Que l'agriculture bretonne retrouve sa dignité en revenant à des élevages porcins moins intensifs et mieux rétribués par une demande motivée. L'amélioration constante de la qualité alimentaire sur la base de besoins adaptés et l'exigence croissante du consommateur en ce sens doivent rencontrer une offre en conséquence. Si le ministère de l'Agriculture, l'INRA, le syndicalisme agricole (certains ont déjà fait du chemin), les transformateurs (Fleury-Michon l'a prouvé) et les distributeurs se concertent avec les producteurs pour établir une charte de valeurs économiques relayée par les médias, on doit y arriver. Le consommateur français n'est ni plus bête, ni plus mal embouché qu'un autre. Que seulement ceux qui le peuvent et le comprennent s'y mettent, laissons les plus défavorisés y arriver à leur tour, par une prise de conscience accompagnée de pédagogie, notamment à l'école, et les lois du marché seront bouleversées. Le modèle de l'horreur est venu de la Bretagne, eh bien le modèle du sursaut en viendra aussi.

Jean-Marc Ayrault parle parfaitement l'allemand. Le président de la République devrait envoyer son ancien premier ministre en mission extraordinaire pour défendre le cochon tricolore et faire passer le message à la panzer chancelière : Angela arrête ton char ou je rue dans mon brancard. Il y gagnerait quelques points dans les sondages. Franchement, il n'est pas acceptable que le cochon français soit victime de la porcherie allemande.

3 - Il est doux de rêver mais l'Union Européenne, je dis bien UNION, ne va pas rester lettre morte, au risque de disparaître. **Notre amie et voisine, notre partenaire et complice, notre alliée et associée la République Fédérale Allemande avec laquelle nous avons formulé puis accompagné le projet européen va-t-elle indéfiniment nous marcher sur les pieds?** Ne parlons que du porc. Voici que la grande puissance industrielle est désormais devenue une grande puissance agricole. Madame Merkel peut-elle comprendre que si elle profite à outrance de son industrie agricole, à bas prix et de basse qualité, employant de la main d'œuvre roumaine ou bulgare, à bas prix et de basse qualité, pour rafler toutes les parts de marché du porc européen et mettre la filière française sur la paille, il arrivera un moment où son édifice s'écroulera, avec ses bénéfices asphyxiants pour les autres. Il ne faut pas être bien devin pour l'envisager. Jean-Marc Ayrault parle parfaitement l'allemand. Le président de la République devrait envoyer son ancien premier ministre en mission extraordinaire pour défendre le cochon tricolore et faire passer le message à la panzer chancelière: Angela arrête ton char ou je rue dans mon brancard. Il y gagnerait quelques points dans les sondages. Franchement, il n'est pas acceptable que le cochon français soit victime de la porcherie allemande.

**In fine, le consommateur n'est-il pas le principal responsable? Doit-on réapprendre à bien manger?**

Tout consommateur d'un pays libre et bien informé a sa part de responsabilité. Manger c'est voter. Il va falloir repenser nos modes de consommation et instaurer une éthique alimentaire qui fasse du bien à la France, à l'Europe et au Monde. La crise porcine témoigne d'un système qui se meurt et je m'en réjouis.

## 85 milliards d'euros pour la Grèce... A quand un débat au Parlement ?

Par [Jean-Pierre Robin](#) Publié le 13/08/2015 à 17:46

*Jean-Pierre Robin est chroniqueur économique au Figaro.*

Elaboré dans la plus grande indifférence des pouvoirs publics français qui n'ont pas informé leur opinion publique de ses modalités, le protocole d'accord d'aide à la Grèce est discuté ce vendredi par les ministres des Finances de la zone euro. Le document de synthèse de 29 pages que les argentiers de l'Eurogroupe examineront à Bruxelles est relativement simple dans son architecture globale: d'un côté les réformes, qui vont de la fiscalité aux privatisations, de l'autre un troisième plan d'aide «d'environ 85 milliards d'euros».

**C'est l'éternel principe du «donnant donnant». Mais peut-il en être autrement entre un Etat indépendant, lourdement endetté et incapable de financer ses dépenses courantes, et ses créanciers, qui sont d'autres Etats tout aussi souverains et comptables des deniers de leurs contribuables?** Les difficultés de ce troisième programme d'aide depuis 2010 se résument à trois questions toutes aussi fondamentales.

Quels besoins ces 85 milliards d'euros recouvrent-ils réellement et comment s'articulent ces capitaux? Les efforts demandés en contrepartie au peuple grec sont-ils réalistes? La stratégie économique globale de ce plan triennal 2016-2018 est-elle à la hauteur pour maintenir la Grèce dans la zone euro?

Les «85 milliards d'euros» ont surgi à la mi-juillet, lors du dramatique sommet des chefs d'Etat ou de gouvernement, qui ont permis d'éviter un Grexit. Curieusement ils résultent de la convergence des travaux du FMI et des demandes du gouvernement Tsipras lui-même, qui sait qu'il ne peut recourir dans l'état actuel de son pays aux marchés financiers. Les trois autres créanciers publics- BCE, Commission européenne qui représente les Etats de la zone euro, plus le Mécanisme européen de stabilité doté d'une capacité financière de 500 milliards d'euros en empruntant sur les marchés - n'ont pas en effet l'expertise nécessaire pour procéder à une telle évaluation.

Curieusement, en tout cas en France, les créanciers n'ont jamais pris le soin d'expliquer vraiment ce que signifient ces **85 milliards d'euros. Une somme pourtant considérable en soi et qui représente pratiquement 50% du PIB annuel de la Grèce !**

Curieusement, en tout cas en France, les créanciers n'ont jamais pris le soin d'expliquer vraiment ce que signifient ces 85 milliards d'euros. Une somme pourtant considérable en soi et qui représente pratiquement 50% du PIB annuel de la Grèce! Faute de ces précisions, les opinions publiques considèrent qu'il s'agit d'une aide supplémentaire venant s'ajouter aux aides précédemment engagées qui totalisent 240 milliards d'euros depuis 2010.

Or ce n'est pas le cas. **Pour une partie importante, une trentaine de milliards d'euros, cette aide nouvelle servira à rembourser des prêts existants, essentiellement au FMI et à la BCE**, lesquels viennent à échéance d'ici à 2018 et qu'Athènes est incapable d'honorer. Pour le reste, une cinquantaine de milliards d'euros, il s'agira donc d'argent frais, de nouveaux crédits. Ils serviront à deux choses.

D'une part il faut couvrir les besoins courants de l'Etat grec, qui au moins jusqu'en 2016 ne sera pas en mesure de financer ses dépenses publiques ordinaires (hors remboursement des intérêts et du principal de la dette). Et d'autre part il convient, et c'est le plus urgent, de recapitaliser les banques commerciales grecques, qui sont actuellement au bord de la faillite. Les besoins à cet égard sont couramment estimés «entre 10 et 25 milliards d'euros», c'est dire l'imprécision qui règne sur ce chapitre. Par ailleurs cette recapitalisation devrait être financée en dernier ressort par un fonds spécial qui récoltera les capitaux issus des privatisations. Sauf que ce fonds qui devrait représenter 50 milliards d'euros à terme, ne sera rempli que très progressivement. Les discussions avec

les créanciers, qui sont loin d'être abouties sur ce dossier, portent sur 5,7 milliards d'euros d'ici à 2017, ce que les Allemands et les Français pour une fois d'accord semblent juger très insuffisant.

Outre le fait qu'il ne s'agira pas totalement d'argent nouveau, une seconde ambiguïté demeure sur ces 85 milliards d'euros: comment s'articulera la charge nouvelle entre les créanciers eux-mêmes? On sait que la BCE est en train de se retirer: elle doit être remboursée des titres de l'Etat grec qu'elle avait achetés sur le marché en 2010 et 2011 et qui arrivent désormais à échéance, tels les fameux 3,2 milliards d'euros au 20 août prochain. Par ailleurs le FMI n'est pas aujourd'hui en mesure de prêter plus et se trouve au contraire dans une phase où il lui faut récupérer ses crédits consentis à Athènes ; leurs encours s'élèvent à ce jour à un peu moins de 30 milliards d'euros. Ce n'est que dans un second temps que le FMI pourrait s'engager à nouveau, comme Christine Lagarde l'a déclaré, mais sans indiquer le moins du monde une date.

Toute la charge repose donc sur le Mécanisme européen de solidarité, dont les ressources sont elles-mêmes garanties par les Etats de la zone euro. **Le MES est un outil commode qui donne l'illusion que ce ne sont pas des contribuables en chair et en os qui portent la charge, alors que le MES n'est en réalité qu'un compte écran derrière lequel il y a des Etats nationaux.**

Si un grand flou règne sur l'ampleur véritable des 85 milliards d'aide et les acteurs qui supportent cette aide, les discussions concernant les «contre-parties» ont été plus transparentes. Les efforts fiscaux, sociaux, les réformes structurelles, les privatisations mêmes, font l'objet de débats ouverts et intenses au parlement Grec, le Vouli (le «conseil» dans la transcription du grec ancien). Au point qu'elles pourraient déboucher sur de nouvelles élections à l'automne, une arme qu'Alexis Tsipras semble prêt à utiliser. **Globalement l'impact économique de ces efforts d'austérité reste pourtant aussi peu clair que les prises de positions paraissent définitives pour dénoncer «une politique d'austérité» inopérante.** L'ancien ministre des Finances Yanis Varoufakis, «démissionné» le 13 juillet dernier, est devenu l'étendard des «frondeurs» qui jouent la politique du pire.

Au-delà de ces polémiques, il semblerait que les négociations de ces dernières semaines entre les créanciers et le gouvernement Tsipras ont cherché à dégager des marges de manœuvre à l'horizon 2017 -2018. C'est le sens qu'il faut attribuer aux excédents budgétaires primaires (hors paiement des intérêts de la dette) prévus, de 2% à 2,25% en 2017 et de 3,5% en 2018, **lesquels peuvent sembler irréalistes sur le papier.** En outre il ne faut pas exclure une éventuelle restructuration de la dette publique, même si c'est pour le moment un sujet tabou chez les créanciers qui veulent s'en tenir à de simples rééchelonnements (augmentation des durées de remboursement).

Troisième niveau d'analyse, la stratégie économique sous-jacente souffre des mêmes imprécisions. Le scénario de retour à la croissance reste encore plus flou que les programmes d'aide financière et de réformes économiques proprement dits. Même l'état des lieux est sujet à caution: les statistiques de croissance que vient de publier l'ELSTAT (l'Insee grec) ont fait état d'une progression de 0,8% au deuxième trimestre ont pris de court tous les observateurs. Elles contredisent les chutes impressionnantes de la production industrielle qui ont été observées en avril et mai.

Au-delà de ces doutes statistiques, un chaos économique s'est instauré avec la fermeture des banques à partir du 28 juin (ouvertes à nouveau fin juillet) et les contrôles des capitaux qui demeurent. Seul un rapide retour de la confiance, venant couronner l'accord avec les créanciers, pourrait vraiment changer la donne.

Sur ce front également on notera toutefois que les négociateurs se sont réservé une poire pour la soif: les 35 milliards d'euros de «crédits structurels» destinés à la Grèce venant de Bruxelles, et pour le moment bloqués par la Commission, constituent un facteur de dynamisme potentiel de taille. A condition bien sûr que les autorités grecques soient en mesure d'utiliser ces ressources qui ont conduit à de nombreux gaspillages dans les décennies passées.

Reste un sentiment d'urgence et de la dernière chance, actuellement assez partagé parmi les ministres des Finances qui se réunissent ce vendredi à Bruxelles. «*La Finlande est prête à contribuer au troisième plan d'aide pour la Grèce*», a déclaré jeudi Alexander Stubb, le ministre de Finlande qui avait menacé de se en exclure. «Nous avons fait un sacré chemin au cours de l'été. L'avenir de l'euro était en jeu, mais maintenant nous avons une solution et nous l'acceptons» s'est-il justifié pour expliquer sa volte face.

Les grands argentiers européens seraient-ils comme finalement comme Pandore, la première femme dans la mythologie grecque? Par curiosité elle avait ouvert la fameuse boîte du même nom; tous les maux qui y étaient contenus s'étaient alors échappés. Après avoir refermé le couvercle pour essayer de les retenir, Pandore avait constaté qu'il était hélas trop tard: seule l'Espérance, plus lente à réagir, était restée enfermée dans la boîte. **Maintenant que tous les maux grecs sont sur la place publique, il reste donc l'Espérance pour continuer de vivre et rester dans l'euro.**



# <http://www.economist.com/blogs/freeexchange/2015/08/economic-growth-europe>

125,17

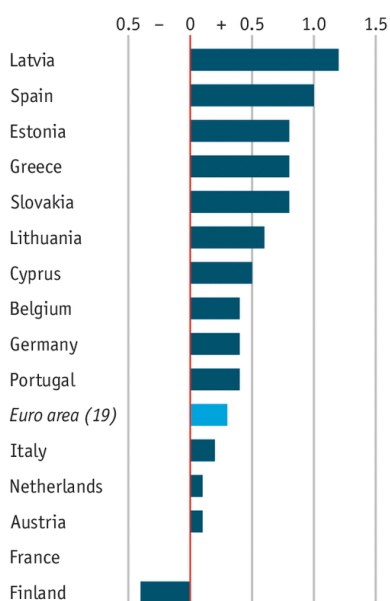
## Economic growth in Europe

# The euro-zone recovery is losing momentum

Aug 14th 2015, 11:35 BY P.W. | LONDON

### Euro area GDP

% change on previous quarter, Q2 2015



Source: Eurostat

Economist.com

TODAY'S figures for GDP in the second quarter of 2015 from Eurostat are disappointing. The consensus among economists was that the 19-strong currency club would grow by 0.4%, the same as in the first quarter. Instead the pace of quarterly growth slowed a little, to 0.3%, leaving output 1.2% higher than a year ago.

The French outcome was the main setback. Output had been expected to rise by 0.2% following growth of 0.7% (revised up from 0.6%) in the first quarter. Instead it stagnated mainly because of an abrupt slowdown in consumer spending. Italian GDP continued to expand but by 0.2% compared with 0.3% in the first quarter, leaving output only 0.5% higher than a year ago.

**The feeble economic performance of France and Italy is the principal reason why the overall recovery of the euro area since the spring of 2013 has been a pallid affair. Given the stimulus from lower energy prices and the policy of quantitative easing (purchasing assets by creating money) pursued by the European Central Bank (ECB) since March, the renewed weakness in the euro zone's second- and third-biggest economies is troubling.**

Their unsatisfactory performance contrasts with the strong upswing in the Spanish economy, the fourth-biggest in the euro area. The pace of quarterly growth strengthened from an already robust 0.9% in the first quarter to 1.0% in the second quarter, among the highest in the euro area. **The reasons why Spain is now doing so well are disputed. Some point to the benefits of structural reforms made in the past three years (which Italy and France have lagged in introducing) while others emphasise the wrenching internal adjustments made by workers and businesses together with the cathartic effect of sorting out the banks in 2012.**

An oddity is that despite the intense liquidity squeeze of the past few months in Greece, where the banks have been unable to lend and the government stopped paying commercial creditors, GDP is estimated to have grown by 0.8% in the spring. Statisticians have also revised up their estimates for previous quarters, from minus 0.4% to minus 0.2% in the final three months of 2014, and from minus 0.2% to zero in the first quarter of 2015.

One reason for the strong outcome in the second quarter might be that Greeks fearing for what might happen to their euros in the event of a "Grexit" and the reinstatement of the drachma (which would immediately tumble in value) spent some of the cash they withdrew from bank accounts on consumer durables such as cars, regarding these as safer forms of wealth. Whatever the precise cause (and the estimate may in any case be revised down), the outlook for the Greek economy remains bleak owing to the trauma of late June and July when the banks were closed for three weeks and capital controls were introduced.

**As so often before, a solid performance by Germany, the hub economy within the euro area, has bolstered euro-zone growth. German output expanded by 0.4%, a bit higher than in the first quarter when it grew by 0.3%, though lower than the consensus forecast of 0.5%.** Although the pace of growth was still satisfactory a worry is that exporters are bound to be hurt by the weakening Chinese economy, a prime market for German investment goods and luxury cars.

A year ago, the first estimate for GDP in the second quarter was a wake-up call for the ECB because it showed a stalled economy only a year after a feeble recovery had begun. Subsequent revisions have turned that ominous zero into growth of 0.1% as well as raising GDP growth at the start of the recovery, in the second quarter of 2013, and in the final quarter of 2014, from 0.3% to 0.4%. The estimates published today are only the first draft of economic history and may also be revised up. **But the broader picture is that the euro-zone recovery, while intact, lacks vigour to a worrying extent.**



# Après un été meurtrier, la France de François Hollande est de plus en plus isolée !

Le président va retrouver cette semaine une situation encore pire que celle qu'il avait quittée en partant en vacances. La croissance est nulle, les agriculteurs sont vent debout et on ne sait pas comment payer la facture grecque. Le comble, c'est que la majorité des ennuis qui nous assaillent auraient pu être évités... Le problème français, c'est une fois de plus, l'incompétence de ceux qui nous gouvernent.

## Wer ist ein guter Europäer?

Als Folge des Griechenland-Debakels kämpfen Europa-Illusionisten und Europa-Skeptiker um die Deutungshoheit über Europas Zukunft. Es ist eine Debatte am Scheideweg. Einer, der es schon früh besser wusste, war Ludwig Erhard.

12.08.2015, von JÜRGEN JESKE

Ludwig [Erhards](#) Fragestellung aus der Frühzeit der europäischen Integration 1955 scheint aktueller denn je. Der deutsche Wirtschaftsminister hatte damals in der Diskussion über die beste Form des europäischen Zusammenschlusses bezweifelt, ob eine institutionelle Lösung durch einzelne supranationale Einrichtungen wie die Montanunion besser sei als eine europäische Ordnungspolitik. Mit diesen Zweifeln hatte er sich dem Verdacht ausgesetzt, kein oder ein schlechter Europäer zu sein.

Auch heute angesichts des nicht enden wollenden griechischen Debakels geht es darum, welcher Weg zur Zukunftssicherung Europas der beste ist. Griechenland bleibt ein Fass ohne Boden, das auf bisherige Weise nicht zu retten sein wird. Im Gefüge des Euroraums, aber auch der [EU](#), zeichnen sich schon Risse ab. Welches sind da gute oder schlechte Europäer? Sind es die Europa-Illusionisten, die um nahezu jeden Preis auf den eingeschlagenen Wegen weitergehen wollen? Oder sind es die Europa-Skeptiker, die statt pathetischer Beschwörungen lieber bescheidenere, aber dafür effektivere Lösungen anstreben? Sind es die Brüsseler Zentralisten oder diejenigen, die Gemeinsamkeit mit Regeln wollen? Erhard hatte schon damals zu Recht gefragt, ob es denn nur einen Weg und eine Methode hin zu Europa gebe? Ebenso kritisierte er die Unduldsamkeit der Integrationsverfechter und ihr „Unfehlbarkeitsdogma“. So ähnlich würde er wohl auch heute denken.



© WONGE BERGMANN  Der ehemalige F.A.Z.-Herausgeber Jürgen Jeske

### Erhards Erbe nach wie vor aktuell

Als liberaler Ökonom hatte Erhard von Anfang an eine Integration durch freie Märkte ohne bürokratische Institutionen, aber mit gemeinsamen Regeln gewollt. Dem zunächst kleinen Europa der sechs stand er misstrauisch gegenüber. Damit befand er sich im Gegensatz zu Kanzler [Konrad Adenauer](#), der zwar viele Ansichten Erhards teilte, aber das politische Projekt vor Augen hatte und Nachkriegsdeutschland selbst mit ökonomisch bestreitbaren Schritten schnell in den Westen integrieren wollte. Dieser Widerstreit vom Primat der Politik und ökonomischer Ratio zieht sich bis heute durch den Prozess der Integration. Leider hat dabei nicht selten politisches Wunschenken über wirtschaftliche Abwägung gesiegt.

Vor diesem Hintergrund bleibt Erhards Hinterlassenschaft aktuell. Natürlich sind viele seiner Gedanken zeitbedingt. Doch in einer Zeit ordnungspolitischer Orientierungslosigkeit sollte man sich an sie erinnern. So schrieb Erhard 1955: „Die Vorstellung, dass ein gemeinsamer Markt gleiche Wettbewerbsbedingungen im Sinne gleicher Belastungen, gleicher Löhne, gleicher Arbeitszeit oder gleicher Teilkosten voraussetzt und deshalb ein System von Ausgleichskassen in Richtung einer Nivellierung wirksam werden müsste, ist mit den praktischen Erfahrungen und theoretischen Erkenntnissen vom Wesen einer internationalen Arbeitsteilung nicht in Einklang zu bringen. Dieser Weg des geringsten Widerstands wird nicht zu Europa hin-, sondern, wie ich befürchte, von Europa wegführen.“

Erhard wollte ein föderativ aufgebautes Europa der Vielfalt, geleitet vom Subsidiaritätsprinzip und Wettbewerb. Voraussetzung für ein gemeinsames Europa war für ihn, „dass zuvörderst die innere Ordnung der Volkswirtschaften in nationaler Verantwortung sicherzustellen sei, weil sonst die Integration zu einem übernationalen Dirigismus führen müsse“. Von solcher innerer Ordnung ist leider immer weniger zu spüren.

Über Wirtschaft und Währung lässt sich keine Union herbeiführen

Erhard war auch nicht in nationalstaatlichem Denken befangen, sondern dachte in freien Märkten. Marktwirtschaften sprengten aus dem System heraus die nationale Enge, schrieb er 1955 in dieser Zeitung. Angesichts der Unterschiedlichkeit der Politiken, Wirtschaftsmentalitäten und Lebensformen in Europa erschien ihm jedoch zweifelhaft, ob eine wirtschaftliche Integration automatisch zu einem Staatsgebilde führen müsste. Die jetzige Krise in der Gemeinschaft zeigt, dass es eine Illusion war zu glauben, mit dem Hebel von Wirtschaft und Währung eine politische Union herbeiführen zu können.

Immerhin ist mit der bisherigen Integration etwas gelungen, was sich nach dem Zweiten Weltkrieg niemand auf dem blutgetränkten und von Trümmern übersäten Boden des Kontinents vorstellen konnte. Verfeindete Nationen haben in Westeuropa zueinander gefunden, genießen Freizügigkeit und wirtschaften erfolgreich zusammen. Dass mit dem Bankrott des Kommunismus selbst der trennende Eiserne Vorhang fiel, war nicht zuletzt auch der Wirtschaftskraft der EU zu danken. Am Ende steht eine europäische Gemeinschaft mit 500 Millionen Einwohnern, einer Wirtschaftsleistung vergleichbar jener der Vereinigten Staaten und eine Währung, die sich zumindest noch bisher als stabil erwiesen und als Reservewährung etabliert hat.

Heute herrscht Misstrauen und Verdruss

Doch Europa steht jetzt an einem Scheideweg, wie schon öfter in seiner Geschichte. Die Europäer haben sich mit der Integration übernommen. Die Wirtschaftsleistung schwächelt, die Schuldenberge wachsen und wachsen. Die politische Gemeinsamkeit wurde überschätzt, vor allem, was das zu Recht von vielen Bedenken begleitete und mit Konstruktionsfehlern behaftete Eurowährungsexperiment angeht. Zugleich wurden die in Sonntagsreden so oft beschworene Vielfalt und die daraus entspringenden Fliehkräfte unterschätzt. So regen sich längst überwunden geglaubte nationale Gefühle. Die frühere Begeisterung für Europa ist bei den Völkern inzwischen Misstrauen und Überdross gewichen. Den Engländern passt der Brüsseler Zentralismus nicht. Die Franzosen stört wie eh und je Deutschlands Wirtschaftskraft und seine neugewonnene politische Rolle.

Auf diesem Boden gedeihen rechts und links politische Strömungen, die auf ein anderes Europa zielen. An die Stelle der wirtschaftlichen Gemeinschaft, die Europa vorangebracht hat, soll eine Sozial- und Transferunion mit starker Umverteilung treten. Es ist daher notwendig, jetzt innezuhalten und die europäischen Einrichtungen auf ihre Zukunftsfähigkeit zu überprüfen und notfalls umzugestalten. Diese Debatte hat schon begonnen. Erhard hat 1959 in Rom in einer Rede dazu treffend gesagt: „Es ist in Europa eine Art Mystizismus aufgekommen. Man tut so, als ob die geschaffenen Institutionen unantastbar oder überhaupt gegen jede Kritik gefeit sein müssen. Können wir wirklich annehmen, dass diese Verträge göttlicher Weisheit entsprechen?“ Das ist zugegeben ein heikles Unterfangen. Doch mit einem Weiter-so wird am Ende auch das Fundament des gemeinsamen Europas Schaden nehmen. Dann erübrigt sich die Frage nach guten oder schlechten Europäern.

**Jürgen Jeske** war von 1986 bis 2002 einer der Herausgeber dieser Zeitung und ist Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung.

125,21

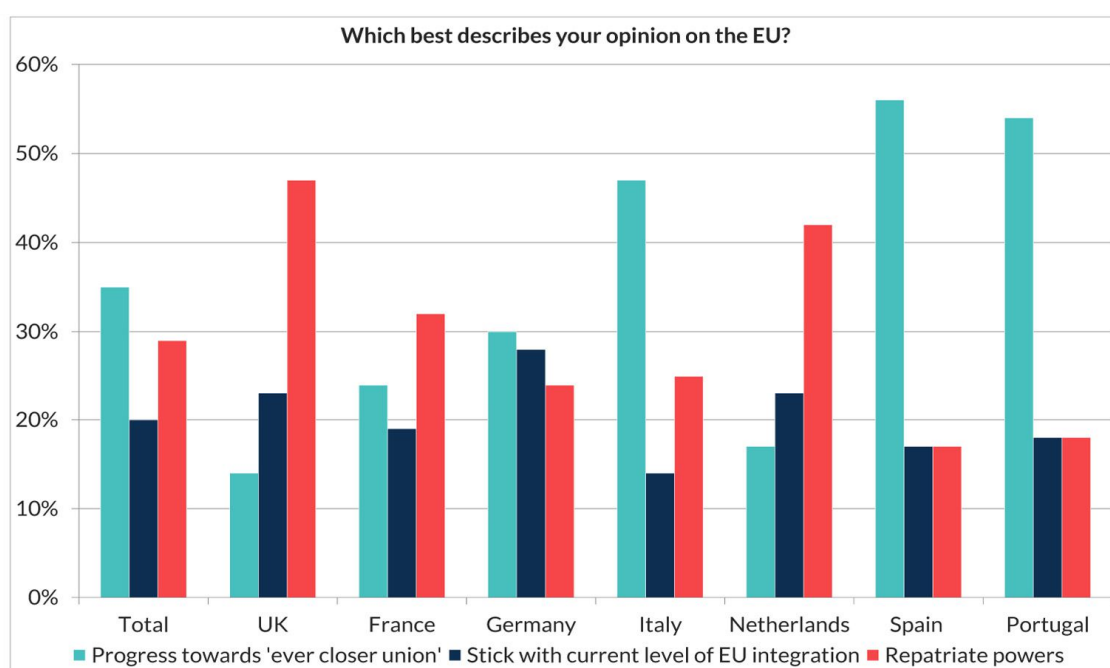
## Appeal of ending ever closer union stretches well beyond the UK

Recent opinion polling has highlighted that there is a huge divergence of views across the EU with regards to ‘ever closer union’ but on balance there is little support for it. This could help with the UK’s EU reform push, though highlights some potential complications for the Eurozone.

[Blog RSS Feed](#)

13 August 2015

A new poll from Opinium Research (which surveyed people from the UK, France, Germany, Italy, the Netherlands, Spain and Portugal) has produced some interesting findings on the issue of ever closer union (as well as other issues including Greece and migration).



 Source: Opinium

As the graph shows, there is substantial differentiation across these countries in terms of where they believe the EU should be heading. Overall, only 35% supported moving towards ‘ever closer union’ while 49% believed the EU should stay where it is in terms of integration or that it should repatriate powers to member states (20% and 29% respectively).

Unsurprisingly, UK respondents were the least in favour of ever closer union and most in favour of repatriation closely followed by the Dutch. Somewhat more surprisingly, the French were third and proved to be less in favour of ever closer union than the Germans. This is one of the sentiments which Front National leader Marine Le Pen is trying to tap into.

Nevertheless, in terms of UK Prime Minister David Cameron’s push for EU reform such results are welcome. As [we highlighted in our EU reform blueprint](#), ending ever closer union should and probably will be a key part of his reform plan. Of course this alone is far from sufficient. It needs to be tied in with practical issues such as safeguards for non-Eurozone states, refocusing the EU around the single market, making the EU more competitive and far more democratic. The results also show the pressure Cameron will be under given that many UK respondents want to see some powers repatriated. As we noted in our blueprint there are options to repatriate individual powers, but ultimately a change of direction in the EU is more important. Even if you bring a few powers back if the tide of ever closer union remains then the UK will be dragged to places it doesn’t want to go. Ultimately, ending the principle of ever closer union for all EU members would amount to a big change from the status quo.

### **Eurozone divisions**

The poll also highlights another well-known issue – divisions across countries about how the Eurozone should progress. As we noted around the time of the five presidents’ report, Italy, Portugal and Spain are the most in favour of much deeper integration and a jump towards political and fiscal union. However,

the position of France is again surprising from this perspective as its leaders are often in favour of integration. This reveals a number of tensions in the French position. Firstly, that its leaders are largely out of touch with what voters want to see on this issue, and secondly, that the country remains torn between its usual desire for EU integration and protection of national sovereignty. This might be partly down to the fact that it fears any integration will be driven by Germany.

Speaking of Germany, its results are also a bit surprising, although I have always believed Germans were willing to countenance deeper union due to their history and the belief that they will be able to largely control and dictate the terms of such integration. That said, it is not entirely surprising that they also post the largest number of people who believe the current level of integration is suitable – since they see the current set up with only small tweaks as sustainable. This helps to drive the large divergence between Germany and Netherlands, two countries which often agree on Eurozone policy issues (although there are also deeper cultural/historical factors). The Netherlands is very concerned about the plans for deeper Eurozone integration and will likely resist these as it does not want to be on the hook for paying for things without having much influence (unlike Germany).

All this ties in together in the need for different levels of integration in the EU between those inside and outside the Euro, as well as generally much greater flexibility within the EU to account for these different desires. However, fundamentally it also highlights challenges for the Eurozone to figure out exactly what it wants to be and bridge the big gap between different populations.

## **Diese Rettung liegt im deutschen Interesse**

Der Streit über Hilfe für Griechenland spaltet die Unionsfraktion. Dabei kann das Land den Euro gar nicht verlassen. Nun rückt die Einigung einen Schritt näher, aber schmerzlos wird sie nicht sein. Ein Gastbeitrag.

15.08.2015, von NORBERT RÖTTGEN

So sehr haben uns Dramatik und Dramaturgie des Griechenland-Showdowns gefesselt, dass wir dazu neigen, das, was wir unmittelbar sehen, für das Eigentliche und Wichtige zu halten. Doch das ist es nicht. Natürlich spielt das Stück in Griechenland, aber sein eigentliches Thema ist nicht Griechenland, sondern Europa. Leider! Ginge es um Griechenland oder genauer: könnte man das Problem darauf begrenzen, wäre es isolierbar, und dann gäbe es eine Lösung, die zwar schmerzhaft für Griechenland, aber für alle anderen relativ einfach wäre angesichts eines griechischen Anteils von rund zwei Prozent am Bruttoinlandsprodukt des Euroraums und eines Bevölkerungsanteils von rund 3,5 Prozent.

Ja, so wäre es, wenn nicht der Euro wäre. Darum scheint der Vorschlag ebenso einfach wie verlockend, dass man den Griechen nur den Euro nehmen müsse, um das Problem lösbar zu machen. Genau das ist aber ein Trugschluss. Denn die Möglichkeit, irgendeinem Mitglied der Währungsgemeinschaft den Euro zu nehmen, besteht nicht. Der Euro ist unumkehrbar, allerdings nicht unzerstörbar. Mit der Europäischen Währungsunion ist an die Stelle der diversen nationalen Währungen und Währungspolitiken eine neue gemeinschaftliche Souveränität getreten. Sie kennt schon rechtlich keinen Austritt, geschweige denn einen Ausschluss.

### **Niemand profitiert so sehr wie Deutschland**

Aber vor allem ist der Euro politisch unumkehrbar. Wenn der Fall Griechenland etwas beweist, dann das. Noch nicht einmal ein Staat wie Griechenland, dem der Euro mit seinem starken Außenwert nahezu die Luft zum Atmen nimmt, erwägt, ungeachtet zahlreicher und prominenter Ratschläge von außen, den Euro zu verlassen. Frankreich und Italien, die beiden größten Volkswirtschaften in der Eurogemeinschaft nach Deutschland, lehnen dies kategorisch ab. Denn für beide Länder ist die Unumkehrbarkeit der Euro-Mitgliedschaft existenziell. Und das gilt auch für Deutschland.

Es gibt kein anderes Land, das wirtschaftlich so sehr wie Deutschland davon profitiert, dass es keine nationale Währungspolitik mit der Folge von Ab- und Aufwertung zum Ausgleich wirtschaftlicher Leistungsunterschiede der Staaten mehr gibt. Es gibt auch kein anderes Land, das politisch mehr von Stabilität und Institutionenbildung in Europa profitiert als Deutschland, weil die EU der entscheidende Kontext unseres außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Handelns ist. Es gibt kein anderes Land, für das die europäische Integration mehr als für uns der politische Mechanismus für Wiedereingliederung, Wiederaufstieg und Wiedervereinigung gewesen ist. Ich habe übrigens noch bis vor kurzem gedacht, dass man diese Selbstverständlichkeiten nicht mehr aufschreiben müsste.

### **Toxischer Nationalismus und Populismus**

Wie jede Währung ist der Euro ein rechtlich-politisch-kulturelles Gebilde, eine Realität, die, einmal begründet, nicht mehr zur Disposition seiner Mitglieder steht. Es ist so wie bei Faust, den Mephistopheles belehren muss: „Das erste steht uns frei, beim zweiten sind wir Knechte.“ Es wird also keinen Grexit geben, auch keinen vorübergehenden. Denn beides bedeutete dasselbe – auch hierüber hat die Dramaturgie eine verbreitete Fehlwahrnehmung verursacht. Wenn man sich als Gedankenspiel auf einen Grexit einlässt, wird schnell klar, dass er in jedem Fall auf den unbestimmten Zeitpunkt des Wiedererreichens der Beitrittsanforderungen befristet wäre, und zwar europarechtlich wie politisch.

Unumkehrbarkeit heißt weder Fatalismus noch Laissez-faire, noch ist sie ein Freibrief für politische Erpressung. Im Gegenteil: Hiermit beginnt die Politik. Der Euro selbst ist in Gefahr. Die globale Finanzmarktkrise des Jahres 2008 hat in der Eurogemeinschaft und in Europa noch längst nicht überwundene Spuren hinterlassen. Nicht nur, dass die Eurogemeinschaft insgesamt noch nicht wieder auf Vorkrisenniveau ist. Diese Krise hat die EU selbst verändert. Es gibt Länder, die sich gut erholt haben und besser dastehen als je zuvor, und solche, die so gebeutelt sind, dass sie nicht mehr hochkommen, es gibt Gewinner und Verlierer, Gläubiger und Schuldner, und in der Folge gibt es allerorten einen neuen Interessennationalismus unter Regierungen und einen neuen nationalen Populismus unter Bevölkerungen. Zusammengenommen bildet das ein toxisches Gemisch.

### **Ein europäischer Finanzminister**

Wenn diese Spaltungen und Konfrontationen bleiben, dann wird der nächste von außen kommende wirtschaftliche Schock, die nächste Blase, die platzt, ein Ereignis sein, dem gegenüber der Euro und Europa nicht mehr über ausreichende Widerstandskraft verfügen. Vor diesem Horizont sind die europäischen Entscheidungen in der griechischen Frage zu beurteilen. Im Kern haben wir es mit einer Krise der Solidarität, also des Fundaments, auf dem Europa gebaut ist, zu tun. Ob es uns gefällt oder nicht: Deutschland trägt die objektive Verantwortung, Schrittmacher im jetzt notwendigen Wettlauf gegen die Zeit zu sein. Wir Deutsche sollten bei der Wahrnehmung dieser Verantwortung auch durch das überragende wirtschaftliche und politische Interesse, das wir an einem dauerhaft funktionierenden Euro haben, motiviert sein: „There ain't no such thing as a free lunch.“

Oft hört man nun, dass die Vergemeinschaftung der Währung ergänzt werden sollte durch die teilweise Vergemeinschaftung der Fiskalpolitik – mit dem ausdrücklichen Ziel, mit europäischen Mitteln auf die nationale Haushaltspolitik durchgreifen zu können. Dafür benötige es einen europäischen Finanzminister, der über eigenes Steuergeld und über eigene Durchgriffsrechte verfüge und zur Legitimation und Kontrolle dafür ein eigenes echtes Parlament brauche. Das wäre wohl der größte einzelne Verstaatlichungsschritt in der Geschichte der europäischen Integration nach der Einführung des Euros.

### **Die Ursache für Ungleichgewichte**

Dieser Vorschlag ist konsequent, aber er leidet an einem theoretisch wie praktisch ungelösten Problem, das in der unbeantworteten Frage nach seiner demokratischen Legitimation besteht. Der Vorschlag setzt voraus, dass Theorie und Wirklichkeit nationaler Parlamente eins zu eins auf transnationale Gebilde und transnationale Souveränität übertragen werden könnten. Aber ein Parlament verschafft nicht automatisch Akzeptanz. Demokratie ist mehr



als eine formale Legitimationskette. Demokratie ist vor allem ein kommunikativer und damit kultur- und sprachbasierter Prozess. Die Anforderungen, die daraus erwachsen, sind bis heute weder theoretisch aufgearbeitet noch praktisch gelöst.

Um es an einem Beispiel zu illustrieren: Die deutsche Haushaltspolitik der „schwarzen Null“ in Zeiten von Niedrigstzinsen und investivem Modernisierungsbedarf sowie der enorme deutsche Außenhandelsüberschuss würden bei einer europäischen Abstimmung wohl mehrheitlich als wirtschaftspolitisch verfehlt und Ursache für Ungleichgewichte im Euroraum identifiziert werden. Können wir uns eine europäische Korrektur dieser nationalen Politik aber vorstellen? Wohl kaum.

### **Selbst bei enorm hoher Liquidität**

Stattdessen sollte ein Mix aus machbarer anspruchsvoller Vergemeinschaftung und notwendiger zwischenstaatlicher Aktion sowie Koordination verwirklicht werden. Wichtige Schritte und machbar wären eine echte Bankenunion und die Schaffung einer Union für den Kapitalmarkt. Mit einer europäischen Bankenaufsicht, -abwicklung und Einlagensicherung könnten die Verbreiterung und Privatisierung von Risiken sowie die Trennung von Banken- und Staatsinsolvenz erreicht werden. Staatsinsolvenz führt bislang regelmäßig zur Bankeninsolvenz, während die Insolvenzen der Banken eines Landes auch den nationalen Wirtschaftsruin bedeutet. Bei einer echten Bankenunion wäre die Bankeninsolvenz Thema des europäischen Bankensystems und die Staatsinsolvenz primär ein Staatsproblem.

Die Kapitalmarktunion wiederum diene vor allem der dringend benötigten Ausdehnung der Finanzierung von Unternehmen, vor allem auch kleiner und mittlerer. Mit der Diversifizierung von Finanzierung geht selbstverständlich auch eine Diversifizierung von Risiken einher. Die Ermöglichung von barrierefreien Kapitaldienstleistungen innerhalb Europas hat ein enormes Wachstumspotential, weil mit diesen Dienstleistungen Aktivitäten finanziert werden könnten, für die selbst bei der gegenwärtig enorm hohen Liquidität keine Bankenfinanzierung erreicht werden kann. Beide Initiativen sind auch in den im Juni gemachten Vorschlägen der fünf Präsidenten von EU-Kommission, EZB, Ministerrat, Eurogruppe und Europäischem Parlament zur Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion enthalten.

### **Nicht ohne Griechenland**

Neben diesen wichtigen Schritten ist aber etwas anderes entscheidend, um die europäische Solidaritätskrise aufzulösen: Die Regierungen in Europa müssen ihre Sichtweise auf entscheidende Herausforderungen und Probleme verändern. Wichtige, traditionell als nationale Angelegenheiten angesehene Probleme haben sich zu europäischen Problemen entwickelt, für die es auch nur europäische Lösungen gibt. Diese Erkenntnis und ihre Umsetzung in konkrete Politik machen den zentralen Inhalt von europäischer Solidarität heute aus. Konkret heißt das, dass Arbeitsmarktregulierung und -liberalisierung nicht mehr nur nationale Themen sind, weil von ihnen Wachstum und Jobs in Europa abhängen. Dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit, vor allem unter Jugendlichen, ist eine europäische Zukunftsfrage. Glauben wir denn, dass Europa eine Zukunft hätte, wenn ganze Generationen ausgebildeter junger Leute vor den verschlossenen Türen ihrer europäischen Gesellschaften stehen?

Die Herausforderung dieser Sichtweise ist, dass ein Land sich mit Problemen identifizieren muss, die traditionell als Probleme anderer Länder galten, mit denen man nichts zu tun zu haben glaubte. Darum braucht es politische Führung, zu der sich einzelne Regierungen zusammenschließen müssen. So würde die Legitimation erzeugt, ohne die Europa nicht auskommt: eine Legitimation durch Erfolg, indem Probleme gelöst werden. Es drängt sich auf, dass in der gegenwärtigen Lage die drei größten Länder und Volkswirtschaften der Eurogemeinschaft, Deutschland, Frankreich und Italien, einen solchen Erfolg herbeiführen können und müssen. Und es drängt sich auf, dass ein solches Handlungsmuster über die Eurogemeinschaft hinaus auf andere europäische Herausforderungen, etwa die Flüchtlingsfrage, angewendet werden müsste.

Was heißt das nun für Griechenland? Es heißt, dass die überlebensnotwendige Fortentwicklung Europas nicht ohne diesen Staat stattfinden wird. Das vereinbarte Verhandlungsmandat weist den Weg, Griechenland nicht fallenzulassen und dadurch eine schmerzhaft Roskur von griechischem Staat und griechischer Wirtschaft zu erzwingen. Ohne die freiwillige Zwangsgemeinschaft des Euros würde es dazu sicher nicht kommen.

# Greece and the euro

## A third bail-out gets the green light

Aug 15th 2015, 12:51 BY P.W. | LONDON

A MONTH ago Greek membership of the euro was in peril, as Wolfgang Schäuble, Germany's powerful finance minister, argued that Greece should leave the monetary union for at least five years in what he euphemistically called a "time out". Any such exit, which would almost certainly have turned out to be permanent, would have undermined a founding principle of the monetary union—that those joining the euro do so irrevocably. Even after euro-zone leaders meeting at a crucial summit managed to agree upon a framework for a bail-out agreement on July 13th the chances of it actually being concluded and avoiding a "Grexit" seemed slim. Mr Schäuble made clear in the following week that he still thought Greece should be temporarily expelled from the euro while Alexis Tsipras, the Greek prime minister, said he did not believe in the agreement he had just made at the summit.

Yet, on August 14th, the Eurogroup of euro-zone finance ministers gave the green light to the bail-out, the third since May 2010, in which Greece will get up to €86 billion (\$95 billion) in rescue funding over the next three years. The next hurdle is getting the consent of the German Bundestag, but this is unlikely to be a problem since the bail-out now has the support of Mr Schäuble. Even if national parliaments in smaller countries were to balk at the agreement this would not derail it because the voting procedures of the European Stability Mechanism (ESM), the euro zone's rescue fund, allow decisions to be passed in an emergency with 85% of the votes, which are weighted by capital shares reflecting the size of economies. This means that whereas a large country like Germany can block such decisions smaller states cannot do so.

As a result, Greece looks set to get a disbursement of €13 billion (\$14.4 billion) by August 20th, in time to redeem €3.2 billion of bonds held by the European Central Bank (ECB), which come due that day. A further €10 billion will be set aside immediately at the ESM to cater for a portion of expected bank recapitalisation needs in an economy traumatised by the events of late June and July when the banks were closed for three weeks and capital controls were introduced. Greece will get a further €3 billion in the autumn, subject to the government complying with "key milestones" in the formal agreement, the memorandum of understanding. Altogether then the first tranche of funds will amount to €26 billion. An additional amount of up to €15 billion will also be made available to bolster the banks (taking the total to €25 billion) no later than mid-November following a thorough appraisal of the banks including stress tests.

Unlike the first two bail-outs, the IMF is not involved, as yet. The fund remains scarred by its experience in the first one, in May 2010, when it sanctioned its contribution in order to prevent wider financial and economic contagion even though this meant breaking one of its cardinal rules, since it could not state with a high probability that Greek public debt was sustainable in the medium term. Now the IMF is insisting that euro-zone countries commit to significant debt relief going well beyond what has already been provided (for example by lengthening the maturities of European loans) as a condition for joining the new bail-out. This creates a dilemma for the Germans in particular. On the one hand they would like to have the IMF on board because they believe it would be a sterner taskmaster than the European Commission in monitoring Greece's compliance with the agreement and would also contribute some of the bail-out money. On the other hand they are reluctant to offer the scale of debt relief that the IMF has in mind not least since this might spur similar demands from other rescued countries.

Even though the IMF's role is yet to be determined the Eurogroup's decision on August 14th marks an extraordinary turn of events, enabling Jean-Claude Juncker, the Commission's president, to claim that Greece was now "irreversibly" part of the euro area. What has made the difference is the change of heart by Mr Tsipras, who had won power in January this year promising to end the era of reviled memorandums and bail-outs. That led to almost half a year of confrontation with international creditors, reaching a climax when he called a referendum in late June on their proposal and campaigned against it. Even though he prevailed in the referendum, with a 61% no vote, it was a Pyrrhic victory as the economy was strangled through capital controls while Germany backed by several other euro-zone countries sought to force Greece out of the euro. That forced the prime minister to junk his previous strategy and to accept the harsh terms set by creditors.

That decision on the part of Mr Tsipras has made the third bail-out agreement possible but it has split the ruling Syriza party, which has 149 seats out of a total of 300 in the Greek parliament, exposing the underlying divide between a majority of relatively pragmatic MPs in the party and a significant minority of vociferous and hard-line dissidents. On three occasions now, the Greek prime minister has had to rely upon the votes of the opposition parties to force through the harsh measures demanded by the rest of the euro area in order to pave the way for a final bail-out agreement. The dissent within Syriza has swelled. On the first crucial vote, just days after the summit, taken in the early hours of July 16th, 32 members voted against legislation and six abstained (while one was absent). In the vote of August 14th, preceding the Eurogroup summit, 32 voted against and 11 abstained, taking the total number of dissidents to 43.

The scale of the revolt is such that Mr Tsipras will probably have to call a vote of confidence in parliament. If that goes against him, it will precipitate an early election. Since the prime minister remains remarkably popular, that could reinforce his position as the leader of a more realistic party, shorn of Syriza's hard-left wing, auguring well for the chances of Greece's third bail-out agreement working. But this outcome cannot be taken for granted. Just as before, political risk could blight Greece's prospects.

## Griechenland ist kein Fass ohne Boden

Versickert der europäische Geldregen in Griechenland wirkungslos? Nein, Griechenland ist kein schwarzes Loch. Der mit Abstand beliebteste Topos all jener, die weitere Hilfen ablehnen, ist falsch.

15.08.2015, von THOMAS GUTSCHKER

Wer hat eigentlich das Fass ohne Boden erfunden? Natürlich, es waren die Griechen. Die Töchter des Danaos hatten ihre Ehemänner gemeuchelt und mussten dann bis in alle Ewigkeit Wasser in ein durchlöcherteres Fass schöpfen. In ihrer modernen Variante wird die Geschichte etwas anders erzählt: Die Europäer überschütten den griechischen Staat seit Jahren mit Milliarden und wundern sich dann, dass alles Geld wirkungslos versickert. Griechenland als Fass ohne Boden – das ist der mit Abstand beliebteste Topos all jener, die weitere Hilfen ablehnen. Allerdings verhält es sich damit wie mit der antiken Erzählung: Die Geschichte ist ein Mythos. Mythen mögen ihre eigene Wahrheit haben, man darf sie aber nicht mit der Wirklichkeit verwechseln.

Blicken wir also mal in das Fass namens Griechenland. Die Geldgeber, der Euro-Schutzschirm ESM und vielleicht auch der IWF, wollen in den nächsten drei Jahren 86 Milliarden Euro hineinkippen. Der größte Teil dieser Summe, 54 Milliarden, dient dazu, griechische Schulden zu tilgen und Zinsen für Anleihen zu zahlen. Versickert dieses Geld im Nirgendwo?

Nein, es wechselt größtenteils nur die Tasche der Gläubiger: von links nach rechts. Der ESM übernimmt Verbindlichkeiten, die Griechenland bisher gegenüber der Europäischen Zentralbank hatte. An beiden Institutionen halten die Eurostaaten dieselben Anteile. Und der IWF könnte im Herbst neues Geld überweisen, mit dem Athen dann alte IWF-Kredite ablöst. Im Grunde werden hier nur Schulden umgewälzt – wie es alle Staaten tun. Die Geldgeber sorgen selbst dafür, dass ihre früheren Kredite und Anleihen bedient werden. Man darf deshalb keinesfalls die Summen der Rettungspakete zusammenzählen, um zu ermitteln, wie viel Geld die Europäer schon in Hellas versenkt haben. Denn mit jedem neuen Hilfspaket wird ein Teil der früheren Pakete zurückgezahlt.

Wenn die Rettungsgegner behaupten, gutem Geld werde schlechtes hinterhergeworfen, können sie damit nur die gut dreißig Milliarden Euro meinen, die Athen an „frischem“ Kapital bekommt. In dem Vorwurf schwingt mit, dass eine linksradikale Regierung bedenkenlos verbrät, was Steuerzahler andernorts sauer erarbeitet haben. Doch der Betrag, über den Alexis Tsipras überhaupt verfügen kann, ist viel kleiner. Knapp acht Milliarden fließen in den Staatshaushalt, um eine Barreserve zu bilden. Betonung auf Reserve. Tsipras darf damit nicht einfach seine Wähler beglücken. In den nächsten Jahren steht jede Ausgabe unter einem Veto der Geldgeber. Sie werden alle drei Monate prüfen, ob Athen die ambitionierten Sparaufgaben einhält. Davon hängt dann jeweils ab, ob die nächste Rate fließt. Kein anderer Mitgliedstaat der Europäischen Union hat bisher einen so tiefen Eingriff in seine Entscheidungsgewalt ertragen müssen.

### Ein bisschen Schwund ist immer

Bleibt ein letzter Einwand der Kritiker: Wer glaubt schon, dass Griechenland je seine Schulden begleicht? Die rhetorische Frage legt die Antwort nahe – niemand. Das gilt aber nur für den Extremfall, dass das Land jeden Cent zurückzahlt. In Wahrheit geht es nicht um alles oder nichts, sondern um mehr oder weniger. Nämlich: Wie viele Schulden kann Griechenland ertragen? Darum werden die Geldgeber untereinander und mit Athen im Herbst ringen. Es muss weitere Erleichterungen geben, so viel ist allen klar. Faktisch wird den Griechen ein Teil ihrer Verbindlichkeiten erlassen werden. Das ist aber nur die eine Seite.

Die andere: Athen wird mit dem neuen Treuhandfonds erstmals direkt Schulden abstottern. Er soll gut sechs Milliarden Euro in den nächsten drei Jahren durch den Verkauf oder das Verpachten von Staatsbesitz einnehmen. Über die gesamte Laufzeit der Kredite, zwanzig bis dreißig Jahre, sollen es sogar fünfzig Milliarden sein. Das ist ein politisches Ziel. Um es zu erreichen, müsste sich die wirtschaftliche Lage schon sehr günstig entwickeln, Investoren aus aller Welt müssten Schlange stehen. Doch selbst wenn am Ende nur die Hälfte zusammenkommt, hätte Griechenland das Kapital komplett zurückgezahlt, das die Geldgeber jetzt in die Banken des Landes pumpen.

Das Bild vom Fass ohne Boden taugt nicht, um diese Zusammenhänge zu beschreiben. Es reicht ja schon ein einziges Loch im Fass – am Ende ist trotzdem alles versickert. Griechenland ist dagegen eher wie ein Fass, in dem der Winzer seinen Rotwein ausbaut. Das Holz saugt Wein auf, ein Teil verdunstet. Ein bisschen Schwund ist immer. Doch der Winzer trauert nicht dem Wein nach, den er verliert. Er arbeitet daran, dass der Rest, der im Fass bleibt, durch den Austausch mit der Luft reift und feinere Aromen entwickelt.

Bei Griechenland wird dieser Reifeprozess lange dauern und viel Arbeit erfordern. Es kann Rückschläge geben wie in diesem Jahr. Und es muss auch kein Spitzen-Burgunder herauskommen. Trotzdem gilt: Belohnt wird am Ende nur, wer geduldig ist.

### An einigen Fakten kommt auch der Autor nicht vorbei:

BEAT LEUTWYLER 11 (BEAT126) - 15.08.2015 20:541) Dass es nicht Europa, sondern die EU ist, über die er schreibt 2) Dass es keine Rettung ist, sondern das Zurückzahlen fälliger Darlehen der GR um nichtberechtigt im Euro bleiben zu können 3) Dass es nicht der ESM, sondern der EFSF ist, der Geld zur Verfügung stellen muss (der ESM darf es nicht) und die Briten damit "isch over" sagen werden 4) Dass trotz aller MRD der vergangenen Jahre die Schulden angestiegen sind und bald die 200% des BIP betragen werden 5) Dass der Euro ein Fehlkonstrukt ist, das dermassen unterschiedliche Wirtschaftskräfte nicht unter einen Hut bringen kann 6) Dass das 4. Paket nur eine Übergangslösung sein kann und nur Zeit gekauft wird 7) Dass der IWF nicht mehr aktiv mitmachen wird, es sei denn er fordert Sicherheiten, aber nicht mehr von GR, sondern von den Gläubigern 8) Dass der Euro mehr Zwietracht gebracht hat, als Frieden 9) Dass nicht mal die optimistischsten Ökonomen glauben, dass das Geld je zurückbezahlt werden kann - Für mehr reichen 1000 Zeichen nicht. [Antworten](#) [Verstoß melden](#)

# Onfray-Bellamy : vivons-nous la fin de notre civilisation ?

Par [Vincent Tremolet de Villers](#) - [Alexandre Deveccio](#)

Publié le 14/08/2015 à 12:26



FIGAROVOX/COLLECTION - Chaque week-end jusqu'à la fin du mois d'août nous vous offrons exceptionnellement un de nos meilleurs entretiens normalement réservés aux [abonnés Premium](#). Cette semaine, le débat entre deux philosophes : Michel Onfray et François-Xavier Bellamy.

Cet entretien croisé est paru dans le Figaro du 25 mars 2015 à l'occasion de la sortie du livre de Michel Onfray, *Cosmos*. Les deux philosophes débattent sur l'impression obsédante qui hante notre imaginaire: celle de l'effacement de la France et, plus largement, de notre civilisation.

*François-Xavier Bellamy est maire adjoint de Versailles (sans étiquette). Ancien élève de l'École normale supérieure et agrégé de philosophie, il enseigne en classe préparatoire. Il est également l'auteur de Les Déshérités, ou l'urgence de transmettre paru aux éditions Plon en septembre 2014. Michel Onfray est philosophe. Après le 21 avril 2002, il fonde l'Université Populaire de Caen. Son dernier livre, Cosmos, est paru chez Flammarion. Vous pouvez retrouver ses chroniques sur [son site](#).*

**LE FIGAROVOX.** - Michel Onfray, dans *Cosmos*, le premier volume de votre triptyque philosophique, vous rappelez la beauté du monde. Nous ne la voyons plus?

**Michel ONFRAY.** - Nous avons perdu l'émerveillement. De Virgile jusqu'à la naissance du moteur, il nous habitait. Mais depuis, nous avons changé de civilisation: de leur naissance à leur mort, certains individus n'auront vécu que dans le béton, le bitume, le gaz carbonique. Des saisons, ils ne connaîtront que les feuilles qui tombent des quelques arbres qui restent dans leur rue.

Il s'agit d'une véritable rupture anthropologique et ontologique: la fin des campagnes, la mort de la province et de la paysannerie au profit d'une hyper cérébralisation. Le vrai problème n'est pas l'oubli de l'être, comme disait Heidegger, mais l'oubli des étants qui constituent le Cosmos.

**François-Xavier BELLAMY.** - Il faut aller plus loin encore: l'homme n'est plus en contact avec la nature qui l'entourne, ni surtout avec la nature dont il se reçoit... Nous avons perdu le sens des saisons, mais aussi celui du rythme naturel de notre propre vie. Le citoyen est devenu citadin, et il a oublié que l'homme ne se construit pas *ex nihilo*, qu'il n'est pas un produit parmi d'autres, artificiel et transformable, dans la société de consommation. Cette négation du vivant va jusqu'au déni de sa propre mort. Prenez la loi sur la fin de vie: le fait de transformer la mort en sédation, en un simple sommeil, par le prodige de la technique, est une façon pour l'homme d'écartier tout ce qui fait sa condition naturelle.

**Faut-il être conservateur?**

**M. O.** - Ni conservateur ni réactionnaire. Contrairement à Alain Finkielkraut ou Éric Zemmour, je ne crois pas que nous puissions restaurer l'école d'hier ni même que ce soit souhaitable. Si je partage leur pessimisme concernant la destruction de la civilisation occidentale par le néolibéralisme qui dicte sa loi, je me distingue d'eux sur les solutions. On ne peut revenir en arrière, sauf à entrer dans une logique de dictature où l'on demanderait à un nouveau César de se couper totalement de l'Europe et du monde en restaurant les frontières. Cela ne me paraît ni possible ni souhaitable. La vérité cruelle est que notre civilisation s'effondre. Elle a duré 1 500 ans. C'est déjà beaucoup. Face à cela, je me trouve dans une perspective spinoziste: ni rire ni pleurer, mais comprendre. On ne peut pas arrêter la chute d'une falaise.

**Nous pouvons encore décider, dans nos vies personnelles comme dans nos choix collectifs, de recevoir et de transmettre ce qui dans notre culture demeure fécond, et plus actuel que les faux progrès qu'on nous vend.**

François-Xavier Bellamy

**F.-X. B.** - Je partage avec vous l'impression de voir une civilisation s'effondrer, et le sentiment que personne n'en a encore vraiment pris la mesure ; mais la sagesse ne peut pas être qu'un consentement résigné à ce qui advient! Nous pouvons encore décider, dans nos vies personnelles comme dans nos choix collectifs, de recevoir et de transmettre ce qui dans notre culture demeure fécond, et plus actuel que les faux progrès qu'on nous vend. Malheureusement, de ce point de vue, le débat politique et intellectuel oppose plutôt des liquidateurs de faillite que des décideurs capables de tracer des perspectives.

**Plus que la liberté de pensée, la première menace n'est-elle pas l'impossibilité de penser dans la frénésie du monde contemporain?**

**M. O.** - Un tweet, s'il est bien fait, peut être l'héritier des aphorismes des moralistes du XVIIe siècle. Mais la durée du papillon n'est pas celle de la civilisation. La culture de l'instantané nous empêche de nous projeter dans l'avenir et de nous situer par rapport au trajet qui nous conduit de Constantin à nos jours.

**F.-X. B.** - Toute l'histoire de la philosophie porte la trace des résistances que chaque époque a opposées à l'effort de la pensée. Chercher une pensée juste, c'est toujours rencontrer bien des obstacles, y compris en soi-même. Mais au-delà des sectarismes et de la médiocrité, qui ont toujours guetté les consciences, notre époque, fascinée par la vitesse, risque singulièrement de priver la réflexion du temps même qui est nécessaire à sa maturation. L'immédiateté du numérique est sans doute la forme la plus concrète de ce risque. L'aphorisme, écrivait Nietzsche, est fait pour être ruminé, longuement médité. Qui médite sur Twitter?

**Le débat intellectuel est de plus en plus étouffant...**

**M. O.** - Cette surveillance, je l'ai expérimentée avec mon livre sur Freud, *Le Crépuscule d'une idole*. Une avalanche d'insultes m'est tombée dessus. J'ai vu des gens qui, au nom de la liberté d'expression, voulaient interdire la diffusion de mon cours sur France Culture! On a dit ou écrit que je réactivais le discours de l'extrême droite, que j'étais un pédophile refoulé ou bien encore un antisémite. J'ai alors découvert les dégâts de l'idéologie dominante issue de ce que Jean-Pierre Le Goff nomme justement le «gauchisme culturel» qui est parole d'évangile médiatique.

**Que la gauche au pouvoir souscrive au pire du libéralisme qui marchandise et loue les corps des pauvres est une obscénité : on ne me fera pas croire que je cesse d'être de gauche en ne souscrivant pas au renoncement de la gauche libérale à être de gauche.**

Michel Onfray

Aujourd'hui, la gauche me méprise tandis que la droite me courtise, ce qui ne m'est pas forcément agréable (*rire*). Mais, au fond, ça m'est devenu égal car je ne me préoccupe plus de ces catégorisations-là. Je refuse la logique des chiens de Pavlov! Quand Pierre Bergé dit qu'on doit pouvoir louer les corps des femmes pauvres à des bourgeois riches qui veulent s'offrir des enfants, je dis que ce ne sont pas des propos de gauche, qu'il n'est pas un homme de gauche. Que la gauche au pouvoir souscrive au pire du libéralisme qui marchandise et loue les corps des pauvres est une obscénité: on ne me fera pas croire que je cesse d'être de gauche en ne souscrivant pas au renoncement de la gauche libérale à être de gauche.

**F.-X. B.** - On mesure le degré de la pression qui s'exerce sur les esprits, la puissance de cette oppression silencieuse, à l'évolution assez rapide des normes qu'elle impose et à l'adaptation conséquente de l'opinion commune. Il y a quelques années, on pouvait encore être contre la gestation pour autrui; osera-t-on encore l'avouer demain? Il y a quinze ans, s'opposer au PACS était réactionnaire ; mais on pouvait être contre le mariage homosexuel, comme d'ailleurs l'immense majorité des élus de gauche à l'époque, sans se voir reprocher d'être homophobe... Aujourd'hui, c'est impossible. Tous ceux qui demeurent cohérents seront accusés un jour où l'autre de «déraper» ; mais les seuls qui dérapent progressivement, au sens littéral du terme, sont ceux qui se laissent aller, par manque de courage et de constance, à ces renoncements successifs.

**Vous enseignez tous deux dans des structures parallèles à l'école. Pourquoi?**

**M. O.** - En 2002, Jean-Marie Le Pen arrive au second tour de l'élection présidentielle. Il est évident qu'il ne sera pas élu. La question est simplement de savoir si Jacques Chirac l'emportera avec 60 % ou 80 % des voix. Personnellement, je ne me sens pas concerné par ce genre de débat qui relevait de la déraison pure. Il n'était pas question pour moi d'aller crier «le fascisme ne passera pas» en compagnie du patronat et de l'Évêché. Je souhaitais donc, dans la mesure de mes moyens, créer une structure qui travaille à «rendre la raison populaire» pour utiliser les mots de Diderot. Ce fut l'Université populaire de Caen. Certes, c'est une goutte d'eau dans l'océan, mais à ceux qui me rappellent que ça n'a pas changé grand-chose, je demande: qu'avez-vous fait, vous, pour changer les choses là où vous étiez?

**F.-X. B.** - Il faut multiplier les lieux pour transmettre cet héritage philosophique qui, même lorsqu'il vient de loin, est d'une profonde actualité. Parce que, nous le constatons tous deux, la soif de réflexion est immense... «Les Soirées de la Philo» sont nées de cela. La philosophie est marquée par une forme de gratuité, mais elle répond à un besoin plus profond que jamais, celui de mettre des mots justes sur les questions que nous rencontrons, de susciter un peu de clarté au milieu de la confusion des débats contemporains.

### **Regrettez-vous l'abandon du latin?**

**M. O.** - Mon père était ouvrier agricole. Il a quitté l'école à 13 ans, pourtant il savait lire, écrire, compter et penser. Il était capable de faire une lettre sans faute et, quand bien même il n'aurait pas su orthographier quelque chose, il avait le culte du dictionnaire. Depuis, l'idéologie issue du structuralisme a dévasté l'enseignement. Elle considère que la langue est déjà là, avant même notre naissance, hors de l'histoire! Dans ces conditions, plus besoin de l'apprendre... La théorie du genre procède également du structuralisme négateur d'histoire et de réalité: pas de corps, pas de sexe, pas de biologie, pas d'hormones, pas de testostérone, mais de la langue et de l'archive. Nous ne serions que des constructions culturelles. C'est de cette idéologie datée mais active comme un déchet nucléaire dont il faudrait se débarrasser ; ensuite, on pourrait poser la question du grec et du latin. Mais l'affaire est déjà pliée...

**Sur la question du latin, la gauche au pouvoir consacre une nouvelle fois le triomphe du marché: le latin n'est pas utile pour l'emploi et la croissance, supprimons-le.**

François-Xavier Bellamy

**F.-X. B.** - Sur la question du latin, la gauche au pouvoir consacre une nouvelle fois le triomphe du marché: le latin n'est pas utile pour l'emploi et la croissance, supprimons-le. C'est la poursuite d'une logique qui consiste à penser que l'école a d'abord pour fonction de préparer le futur adulte à la vie économique.

Cette logique achève en même temps de condamner un enseignement qui aurait pour but de transmettre les fondements de notre culture. Notre système scolaire est voué à la déconstruction plutôt qu'à l'apprentissage. Mais ceux qui organisent cette école de la négation -qui dénonce la langue comme sexiste, accuse la lecture d'élitisme, morcelle l'histoire, bannit la mémoire, condamne les notes et adule le numérique- ont oublié ce qu'ils en avaient eux-mêmes appris. Le propre de cette génération, c'est une immense ingratitude, qui se complaît à déconstruire la culture dont elle a pourtant reçu toute sa liberté...

### **Le retour du religieux est-il une bonne nouvelle pour l'intelligence?**

**M. O.** - On pensait que la sortie de l'ère religieuse verrait la naissance de l'«ère philosophique et positive» pour reprendre le vocabulaire d'Auguste Comte. Il n'en est rien. Les gens préfèrent toujours des mensonges qui les rassurent à des certitudes qui les inquiètent. Néanmoins, je crois qu'on assiste moins au retour du religieux qu'à l'avènement de l'islam. Je ne suis pas sûr que le judaïsme ou le christianisme se portent très bien. Certes, des chrétiens descendent dans la rue pour protester contre le mariage homosexuel, mais cela signifie-t-il pour autant la grande santé chrétienne, du moins en Europe? Je ne crois pas...

**Reste que c'est la spiritualité chrétienne qui a rendu possible l'Occident. Aujourd'hui, une religion laisse la place à une autre religion.**

Michel Onfray

Une civilisation se construit toujours avec une religion qui utilise la force. Si l'Église est tolérante aujourd'hui, c'est parce qu'elle n'a plus les moyens d'être intolérante. L'islam a aujourd'hui les moyens d'être intolérant et ne s'en prive pas. Reste

que c'est la spiritualité chrétienne qui a rendu possible l'Occident. Aujourd'hui, une religion laisse la place à une autre religion. Quand le pape François, dont le métier consiste à apprendre à la planète entière qu'il faut tendre l'autre joue, affirme qu'il frapperait celui qui parlerait mal de sa mère, on se dit que le christianisme est mort! L'islam qui lui succède fait l'économie de dix siècles de philosophie: quid du cogito, de la raison, de la laïcité, de la démocratie, du progrès? La raison disparaît quand la foi fait la loi. Et la disparition de la raison n'est jamais une bonne nouvelle...

**F.-X. B.** - Un positivisme mal digéré nous a fait exclure la question de Dieu de la sphère de la raison. C'est une catastrophe. S'en est suivie une conception très sectaire et dogmatique de la laïcité, qui voudrait que parler de Dieu soit contraire à l'ordre républicain. On vivrait bien mieux la réalité du fait religieux, qui fait partie depuis toujours de l'expérience humaine, si on pouvait en parler ensemble dans l'espace public, du point de vue de la raison commune. Après tout, dans le monde occidental, aux États-Unis par exemple, il y a dans certaines branches de la philosophie une théologie rationnelle qui se porte plutôt bien, et qui discute sérieusement de la question de l'éternité du monde ou de la représentation de Dieu... De notre côté, nous avons voulu refouler de force la religion dans l'ordre de la psychologie, de l'intime. Du coup, nous prenons en pleine figure l'émergence d'un islam qui se déploie par le pathos, par l'affect, et avec lequel nous nous sommes rendus incapables de discuter. C'est peut-être l'une des raisons de la violence qui resurgit, et qui naît de l'impossibilité du dialogue.

**Que dire à un jeune de 20 ans?**

**M. O.** - Le bateau coule, restez élégant. Mourez debout...

**F.-X. B.** - Nous sommes vivants. Quelles que soient les circonstances, l'histoire n'est jamais écrite d'avance: le propre de la liberté humaine, c'est de rendre possible ce qui, en apparence, ne l'était pas...

125,31

## La France, République ou monarchie ?

Par [Maxime Tandonnet](#)

Publié le 12/08/2015 à 16:09



FIGAROVOX/TRIBUNE - Alors que l'on fête les trois cents ans de la mort de Louis XIV, Maxime Tandonnet estime que la France souffre de n'avoir pas su choisir entre République et monarchie.

---

*Maxime Tandonnet décrypte chaque semaine l'exercice de l'État pour FigaroVox. Il est l'auteur de nombreux ouvrages, dont Histoire des présidents de la République, Perrin, 2013. Son dernier livre Au cœur du Volcan, carnet de l'Élysée est paru en août 2014. Découvrez également ses chroniques sur son [blog](#).*

---

Ailleurs en Europe, de ce que je vois ou entends dire, la vie politique ne donne pas ce sentiment de vaudeville, d'impuissance et de prétention tournant au ridicule, qui se dégage de la situation en France. En Allemagne, au Royaume-Uni, en Italie, en Espagne, par exemple, la vie publique fonctionne, tourne plus ou moins bien mais avance, des décisions sont prises, des choix parfois douloureux accomplis, un gouvernement existe. Les citoyens n'éprouvent pas cette sensation d'une fuite des dirigeants dans l'imposture de la communication à outrance, les polémiques, les manipulations, postures, mises en scène dans la seule perspective de la préservation ou de la conquête des postes.

### **La France souffrirait-elle de n'avoir pas choisi entre République et Monarchie?**

La République idéale confie le pouvoir aux citoyens. Elle a été définie dans la Constitution de 1793, restée lettre-morte. Ce texte, rédigé par les Girondins, mérite d'être relu. Il rejette la personnalisation ou l'accaparement durable du pouvoir. Celui-ci est impersonnel au sens où il n'existe pas de détenteur nominatif permanent de l'autorité (une exception est possible en période de crise). Le seul souverain est le peuple. Toutes les décisions importantes sont prises par référendum populaire. Des assemblées de citoyens dans les quartiers effectuent les choix locaux. Les députés sont élus pour un an renouvelable, donc sous le contrôle étroit des citoyens. Le pouvoir exécutif est responsable devant les citoyens qui peuvent destituer les ministres par une pétition. «*La France n'a jamais eu qu'une bonne Constitution, celle de 1793, qui malheureusement n'a jamais été appliquée*» a pu dire un professeur de droit public. Utopique? Sans doute en partie, mais l'esprit de ce texte est intéressant.

La Monarchie constitutionnelle est aussi une possibilité. Après tout, nous sommes un pays européen et plusieurs grandes nations européennes de tradition démocratique sont des monarchies: le Royaume-Uni, l'Espagne, les Pays-Bas, la Belgique... Ce n'est pas un régime honteux dès lors que la réalité du pouvoir au quotidien incombe à une assemblée élue au suffrage universel et un Premier ministre responsable devant elle. Une famille incarne la continuité nationale. Un souverain héréditaire est placé au sommet de l'Etat, même s'il n'est pas en charge de l'exercice du pouvoir au quotidien, sa mission étant avant tout symbolique. Cette formule à l'avantage d'éviter le basculement de la vie publique dans la frénésie mégalomane: la place au sommet est déjà occupée, quoi qu'il arrive et elle n'est donc plus à prendre...



**La France a un système hybride, ni République, ni monarchie. L'ère du général de Gaulle a permis de masquer ces contradictions pendant une décennie. Lui bénéficiait d'une légitimité historique.**

La France a un système hybride, ni République, ni monarchie. Elle n'est pas une République, au sens de la Constitution de 1793, dans la mesure où sa vie publique échappe aux citoyens et à la recherche du bien commun pour devenir l'otage des calculs carriéristes et narcissiques d'une poignée d'individus qui l'ont ainsi confisquée. Mais elle n'est pas non plus une monarchie car ces personnages sont en concurrence permanente, ce qui vaut au pays une surenchère dans la démagogie et l'imposture. En outre, faute d'un roi incontesté - qu'il soit le peuple souverain ou le monarque héréditaire - des roitelets ou postulants roitelets, médiocres sur le plan humain comme intellectuel, sont animés avant tout par une vanité aveugle, et non par des sentiments d'honneur et de dévouement au bien commun.

L'ère du général de Gaulle a permis de masquer ces contradictions pendant une décennie. Lui bénéficiait d'une légitimité historique, issue du 18 juin 1940, lui conférant un statut particulier de personnage de l'histoire, comme il en vient un tous les deux siècles. Mais lui une fois parti, ce système bancal ne pouvait que sombrer dans le chaos et la comédie grotesque qui devient un monstrueux boulet pour notre pays.

125,33

# Jacques Sapir : le plan d'aide à la Grèce, un «Blitz allemand» ?

Par [Eléonore de Vulpières](#) Mis à jour le 13/08/2015 à 12:23



FIGARO.VOX/ENTRETIEN - Un accord sur un troisième plan d'aide à 85 milliards d'euros vient d'être trouvé entre la Grèce et ses partenaires européens. L'ancien président de la Commission européenne Romano Prodi le qualifie de «blitz allemand». Le décryptage de Jacques Sapir.

Jacques Sapir dirige le groupe de recherche Irses à la FMSH, et coorganise avec l'Institut de prévision de l'économie nationale (IPEN-ASR) le séminaire franco-russe sur les problèmes financiers et monétaires du développement de la Russie. Vous pouvez lire ses chroniques sur son blog [RussEurope](#).

**LE FIGARO. - Berlin insiste sur «la stricte conditionnalité» du prêt grec. Le ministre des Finances Wolfgang Schäuble souhaite que l'accord contienne «un plan budgétaire et de financement ambitieux, une stratégie de privatisation crédible et une réforme des retraites durable». De facto, la politique grecque est décidée à Berlin?**

**Jacques SAPIR.** - L'accord auquel la Grèce et ses créanciers semblent être arrivés aujourd'hui, après de longues négociations est un mauvais accord. Le texte, qui est la conclusion logique du diktat imposé le 13 juillet 2015 va accroître l'austérité dans un pays dont l'économie est en chute libre depuis les manœuvres de la Banque centrale européenne à partir du 26 juin dernier. L'accroissement des prélèvements fiscaux est un non-sens dans une économie en récession. Tout le monde le sait, que ce soit le gouvernement grec ou ses créanciers. Pourtant ces derniers persévèrent dans l'erreur. Pourquoi?  
On pointe la responsabilité de l'Allemagne, qui entend lier cet accord à une stricte conditionnalité et qui, de plus, entend imposer non seulement une importante réforme des retraites à Athènes, alors que ces mêmes retraites jouent le rôle d'amortisseur à la crise dans un pays où les transferts intergénérationnels remplacent des allocations chômage désormais très faibles, mais veut encore imposer de larges privatisations. Cela permettrait aux entreprises allemandes, qui sont loin d'être blanc-bleu sur la Grèce (la filiale grec de Siemens est au cœur d'un immense scandale fiscal) de continuer une liste d'achat à bon marché. Cette responsabilité est évidente. En fait, le seul espoir - si la Grèce doit rester dans la zone euro - serait d'annuler une large part, de 33% à 50%, de la dette grecque. Mais, de cela, le gouvernement allemand ne veut rien savoir et ceci au moment où il apparaît qu'il a tiré de larges profits de la crise grecque comme le reconnaît un institut d'expertise allemand.

**N'est-il pas normal que l'Allemagne, qui finance une bonne partie de ce prêt, donne ses instructions à l'emprunteur qui a décidé de rester dans la zone euro? «La main qui donne est au-dessus de la main qui reçoit...»**

**Le gouvernement allemand veut aussi faire de la Grèce un exemple afin de montrer, en regardant en direction de l'Italie et de la France, qui est le chef dans l'Union européenne.**

Il y a dans l'obstination meurtrière du gouvernement allemand quelque chose qui va bien au-delà d'un attachement aux «règles» d'une gestion très conservatrice. En fait, le gouvernement allemand entend punir le peuple grec pour avoir porté au pouvoir un parti de gauche radicale. Il y a ici une volonté clairement politique et non économique. Mais, le gouvernement allemand veut aussi faire de la Grèce un exemple afin de montrer, en regardant en direction de l'Italie et de la France, qui est le chef dans l'Union européenne. Et cela est les plus inquiétant.

**Dans une tribune parue ce dimanche dans le journal italien *Il Messaggero*, l'ancien président du Conseil italien et ancien président de la Commission européenne Romano Prodi déclare: «Que l'Europe arrête l'inacceptable blitz allemand». Comment interpréter cet appel? *Commedia dell'arte* de la part de quelqu'un qui connaît parfaitement les rapports de domination au sein de la machine européenne ou propos sincère?**

Les déclarations de M. Romano Prodi dénonçant ce qu'il appelle le «blitz allemand» doivent être regardées avec attention, mais aussi avec une certaine méfiance. Quand Romano Prodi dénonce le comportement du gouvernement allemand en considérant que ce dernier met en cause le fonctionnement même de la zone euro, il y a peu à redire. Mais, ce comportement critiquable n'est nullement analysé. Certes, le gouvernement allemand, dans la forme comme dans le fond, est en train de détruire la zone euro. Mais, s'il le fait c'est ce qu'il propose implicitement Romano Prodi, une organisation fédérale de la zone euro n'est pas possible pour l'Allemagne. Si l'on veut que la zone euro ne soit pas ce carcan qui allie la dépression économique à des règles austéritaires, il faudrait que les pays du Nord de la zone euro transfèrent entre 280 et 320 milliards d'euros par an, et cela sur une période d'au moins dix ans, vers les pays d'Europe du Sud. L'Allemagne contribuerait sans doute à hauteur d'au moins 80% à cette somme. Cela veut dire qu'elle devrait transférer de 8% à 12% de son PIB, selon les hypothèses et les estimations tous les ans. Il faut dire ici que ceci n'est pas possible. Tous ceux qui entonnent le grand lamento du fédéralisme dans la zone euro n'ont pas fait leurs comptes ou ne savent pas compter. On peut, et on doit, critiquer la position allemande vis-à-vis de la Grèce, mais exiger d'un pays qu'il transfère volontairement une telle proportion de la richesse produite tous les ans n'est pas réaliste.

**Romano Prodi fait en réalité de la politique, et qui plus est de la politique intérieure italienne.**

Or, Romano Prodi n'est certainement pas un imbécile, et ceux qui se souviennent de son intervention en Russie, au Club Valdaï de 2013 savent qu'il est d'une rare intelligence, et de plus il sait compter.

**En réaction, M. Prodi propose un axe Rome-Paris pour rééquilibrer le poids qu'a l'Allemagne sur l'UE. Est-ce réaliste? Que cela changerait-il pour la politique européenne?**

**Romano Prodi sait très bien que ce n'est pas dans le gouvernement français que l'on peut trouver un partenaire résolu pour affronter Berlin.**

Mais pourquoi M. Prodi s'obstine-t-il dans cette voie, pourquoi appelle-t-il à un axe entre Rome et Paris pour rééquilibrer le rapport de force? Pourtant, Romano Prodi sait très bien que ce n'est pas dans le gouvernement français que l'on peut trouver un partenaire résolu pour affronter Berlin. Depuis septembre 2012, et le vote sur le TSCG, il est clair que François Hollande n'a aucune envie et aucune intention d'aller au conflit avec Madame Merkel. Il nous faut bien admettre que Romano Prodi fait en réalité de la politique, et qui plus est de la politique intérieure italienne. Il sait que la question de l'euro est aujourd'hui directement et ouvertement posée en Italie, que ce soit objectivement dans les résultats économiques qui se dégradent ou que ce soit subjectivement dans la multiplication des prises de position euro-critiques de la gauche (avec l'appel de Stefano Fassina) à la droite et à la Ligue du Nord. Il faut comprendre sa position comme un contre-feu face à un changement, lent mais profond, de l'opinion publique et de l'opinion des politiques sur la question de l'euro. Mais, pour que ce contre-feu soit efficace, il lui faut bien dire des vérités. D'où, l'analyse, qui n'est pas fautive, sur les conséquences de l'attitude allemande sur la Grèce.

Romano Prodi cherche à éviter ou à ralentir la constitution de ce front des forces anti-euro qui monte, tant en Italie qu'en Europe. Wolfgang Schäuble lui tient à éviter que l'on entre dans une logique d'union de transfert qui serait mortelle pour l'Allemagne. L'un et l'autre parlent de l'euro mais pensent dans le cadre national. Quelle meilleur preuve faut-il de la mort de l'euro, mais aussi de l'échec d'une certaine idée de l'Union européenne?

**«Face aux prises de position de Schäuble, écrit Prodi, il faut reconnaître que, si on ne réagit pas avec fermeté, la zone euro arrivera rapidement à son point de rupture.» La fin de l'euro proviendra-t-elle de l'Allemagne?**

Ce que dit Wolfgang Schäuble, que ce soit dans la forme comme dans le fond, est effectivement en train de détruire la zone euro. Mais, s'il le fait c'est qu'il n'a guère le choix en réalité. En effet, s'il agissait différemment, cela reviendrait à accepter ce que propose implicitement Romano Prodi, soit une organisation fédérale de la zone euro conduisant à une union de transfert, ce dont l'Allemagne ne veut sous aucun prétexte.

**L'Allemagne refuse l'idée de l'union de transfert non pas (seulement) par idéologie mais parce que cette dernière n'est tout simplement pas possible pour elle.**

L'Allemagne refuse l'idée de l'union de transfert non pas (seulement) par idéologie mais parce que cette dernière n'est tout simplement pas possible pour elle. L'Allemagne est devant le dilemme suivant. Soit elle parvient à faire accepter aux autres pays de la zone Euro ce cadre austéritaire et déflationniste qu'elle cherche à imposer depuis 2010, soit elle devra d'elle-même mettre fin à la zone euro. Pour l'instant, le gouvernement allemand cherche à faire de la Grèce un exemple afin de montrer, en regardant en direction de l'Italie et de la France comme le [note](#) l'ex-Ministre des finances Yanis Varoufakis, qui est le chef dans l'Union européenne et à leur imposer sa politique. Mais, si cela devait échouer, on peut penser qu'elle n'hésiterait pas à saborder la zone euro elle-même.

# Ökuhnomie

Die Wirtschaft ist komplex. Für mehr Verständnis sorgt nun „[Mike Hosting Breakfast](#)“, eine Sendung des Neuseeländischen Nachrichtensenders „[Newstalk ZB](#)“, auf seiner [Facebook-Seite](#). Dort werden anhand von Kühen unterschiedliche Wirtschaftssysteme erklärt.

Die Ausgangssituation ist jedesmal die gleiche: Man nehme ein Wirtschaftssystem und zwei Kühe. Dann werden auf teils humoristische, teils zynische Weise die entsprechenden Probleme des jeweiligen Systems dargestellt.



**TRADITIONAL CAPITALISM**

*You have two cows.  
You sell one and buy a bull.  
Your herd multiplies, and the economy grows.  
You sell them and retire on the income.*


Newstalk ZB



**AN AMERICAN CORPORATION**

*You have two cows.  
You sell one, and force the other to produce the milk of four cows.  
Later, you hire a consultant to analyse why the cow has died.*

Newstalk ZB



**COMMUNISM**

*You have 2 cows  
The State takes both and gives you some milk.*

Newstalk ZB



**SOCIALISM**

*You have 2 cows.  
You give one to your neighbour.*

Newstalk ZB



## AN ITALIAN CORPORATION

*You have two cows,  
but you do not know where they are.  
You decide to have lunch.*

Newstalk 



## BUREAUCRATISM

*You have 2 cows.  
The State takes both, shoots one, milks the  
other and then throws the milk away.*

Newstalk 



## A FRENCH CORPORATION

*You have two cows.  
You go on strike, organize a riot, and block the  
roads, because you want three cows.*

Newstalk 



## AN INDIAN CORPORATION

*You have two cows.  
You worship them.*

Newstalk 

## Edmund S. Phelps

Edmund S. Phelps, the 2006 Nobel laureate in economics, is Director of the Center on Capitalism and Society at Columbia University and author of *Mass Flourishing*.

AUG 6, 2015 39

# What Greece Needs to Prosper

NEW YORK – Some economists overlook the modern idea that a country's prosperity depends on innovation and entrepreneurship. They take the mechanistic view that prosperity is a matter of employment, and that employment is determined by "demand" – government spending, household consumption, and investment demand.

Looking at Greece, these economists argue that a shift in fiscal policy to "austerity" – a smaller public sector – has brought an acute deficiency of demand and thus a depression. But this claim misreads history and exaggerates the power of government spending.

Much of the decline in employment in Greece occurred *prior* to the sharp cuts in spending between 2012 and 2014 – owing, no doubt, to sinking confidence in the government. Greek government spending per quarter climbed to a plateau of around €13.5 billion (\$14.8 billion) in 2009-2012, before falling to roughly €9.6 billion in 2014-2015. Yet the number of job holders reached its high of 4.5 million in 2006-2009, and had fallen to 3.6 million by 2012. By the time Greece began to cut its budget, the rate of unemployment – 9.6% of the labor force in 2009 – had already risen almost to its recent level of 25.5%.

These findings weigh heavily against the hypothesis that "austerity" has brought Greece to its present plight. They indicate that Greece's turn away from the high spending of 2008-2013 is not to blame for today's mass unemployment.

Another finding casts doubt on whether austerity actually was imposed on Greece. Government spending has certainly fallen – but only to where it used to be: €9.6 billion in the first quarter of this year is, in fact, higher than it was as recently as 2003. So the premise of austerity appears to be wrong. Greece has not departed from past fiscal norms; it has returned to them. Rather than describing current government spending as "austere," it would be more correct to view it as an end to years of fiscal profligacy, culminating in 2013, when the government's budget deficit reached 12.3% of GDP and public debt climbed to 175% of GDP.

The "demand school" might respond that, regardless of whether there is fiscal austerity now, increased government spending (financed, of course, by debt) would impart a permanent boost to employment. But Greece's recent experience suggests otherwise. The huge rise in government spending from 2006 to the 2009-2013 period did produce employment gains, but they were not sustained.

The real sticking point is that the government would have to issue bonds to finance its extra spending. Assuming a limit to foreign investors' willingness to buy these bonds, Greeks would have to buy them. In an economy unequipped for growth, household wealth relative to wages would soar, and the labor supply would shrink, causing employment to contract.

So spending more is not the remedy for Greece's plight, just as spending less was not the cause. What *is* the remedy, then? No amount of debt restructuring, even debt forgiveness, will suffice to achieve prosperity (in the form of low unemployment and high job satisfaction). Such measures would only help Greece to revive government spending. Then the economy's stultifying corporatism – clientelism and cronyism in the public sector and vested interests and entrenched elites in the private sector – would gain a new lease on life. The European left may advocate that, but it would hardly be in Europe's interest.

The remedy must lie in adopting the right structural reforms. Whether or not the reforms sought by the eurozone members raise the chances that their loans will be repaid, these creditors have a political and economic interest in the monetary union's survival and development. They should also be ready to help Greece with the costs of making the necessary changes.

But it is Greece itself that must take charge of its reforms. And there are encouraging signs that Prime Minister Alexis Tsipras is willing to take up that cause. But he will need a sense of the required reforms. Greece must dismantle corporatist arrangements and practices that obstruct whatever innovation and entrepreneurship might emerge. Nurturing an abundance of imaginative innovators and vibrant entrepreneurs requires embracing a vision of venturesome lives of creativity and discovery.

## [Daniel Gros](#)

Daniel Gros is Director of the Brussels-based Center for European Policy Studies. He has worked for the International Monetary Fund, and served as an economic adviser to the European Commission, the European Parliament, and the French prime minister and finance minister. He is the editor of *Economie...* [read more](#)

AUG 4, 2015 20

# Why Greece Declined a Euro Holiday

BRUSSELS – For the entire first half of this year, since the far-left, anti-austerity Syriza party came to power in January, the Greek saga virtually monopolized the attention of European policymakers. Even as their country's economy crashed, Greece's new government remained adamant in demanding debt relief without austerity – that is, until mid-July, when they suddenly agreed to the creditors' terms. Indeed, as of July 13, Greece's staunchly anti-austerity government has been obliged to impose even tougher austerity and pursue painful structural reforms, under its creditors' close supervision.

Why did the Greek government concede to terms that not only controverted its own promises, but also closely resembled those that voters had overwhelmingly rejected in a popular referendum barely a week earlier?

Many believe that Greek Prime Minister Alexis Tsipras was responding to an ultimatum from his European partners: Accept our demands or leave the euro. The question is why a Greek exit from the euro ("Grexit") amounted to such a potent threat.

In fact, from an economic perspective, Grexit no longer represents the potential catastrophe that it once did. After all, the main short-term cost – financial-system disruption – has already materialized in Greece: banks and the stock market have been shut down, and capital controls have been imposed. While those actions were needed to stem large-scale capital flight and prevent the banking system's collapse, they also caused the Greek economy to contract sharply.

In this context, Greek negotiators might have considered [another proposal](#), circulated informally by the German finance ministry, recommending that Greece receive immediate debt forgiveness, in exchange for leaving the euro temporarily. If Greece remained in the euro, no relief would be granted – a proviso consistent with the German position that debt restructuring for eurozone countries would be illegal. While the legal argument is probably spurious, an outright debt reduction for a eurozone country remains politically impossible.

The German proposal, spearheaded by Finance Minister [Wolfgang Schäuble](#), highlights the fundamental change that has occurred in Greece's relationship with its European partners since its last bailout package three years ago. In 2012, Greece was offered hundreds of billions of euros in financial support, and its creditors, including Greek commercial banks, were pushed to accept substantial "voluntary" haircuts.

Tellingly, when George Papandreou, Greece's prime minister at the time, proposed a referendum on the existing adjustment program and his country's continued eurozone membership in 2011, he was warned off in no uncertain terms by France's then-President Nicolas Sarkozy and German Chancellor Angela Merkel. Though Papandreou would have campaigned for the adjustment program and the euro, a referendum was a risk that his European partners were unwilling to take.

Tsipras's government, by contrast, was able to hold its referendum, and even campaign against the creditors' proposed adjustment program (which, it should be noted, was no longer on the table). Even the resounding "no" delivered by Greek voters could not strengthen the government's negotiating position, for a simple reason: Grexit is no longer considered a threat to the euro's stability. That is why German officials – especially Schäuble – have been encouraging Greece to leave.

One can only speculate about Schäuble's motivation in [pushing for Grexit](#). He seems to believe that a more integrated eurozone, though certainly desirable, is not feasible with a country that cannot be trusted to abide by the terms to which its government has agreed.

Whatever Schäuble's reasons, his proposal could have represented a way out for Greece, whose economy had been squeezed dry by austerity and whose banking system was already closed. Immediate debt reduction and the recovery of economic sovereignty – even at the expense of exiting the euro, at least temporarily – would seem to have offered significant long-term benefits. In a sense, it amounted to a golden opportunity, with Germany offering to pay for something that many believe Greece should be doing anyway.

Nonetheless, the Greek government rejected an exit, and instead accepted the creditors' tough terms. This suggests that, during the negotiations, Greece's leaders were driven by more than economics. Perhaps, contrary to popular belief, countries' political attachment to Europe via the euro remains very strong, even where, as in Greece, people have endured unprecedented hardship since joining the monetary union.

The monetary union's rationale, as many have noted, was always more political than economic. For precisely that reason, it may well be too early to write off the single currency.

## Comment droite et gauche jouent à un jeu de ping-pong géant avec la notion de laïcité depuis le milieu des années 1980

**La justice a rejeté vendredi 14 août le référé contre la fin des menus sans porc dans les cantines scolaires de Chalon-sur-Saône, "une victoire pour la laïcité", a estimé le maire Les Républicains de la ville. La laïcité, valeur issue de la gauche est aujourd'hui réappropriée par la droite, entre autres, à des fins identitaires.**

Atlantico : Comment a évolué la notion de laïcité au sein de l'opinion publique depuis les années 1980 ? Est-ce désormais une thématique structurante au même titre que le chômage ?

Guylain Chevrier : La République au regard de ses différents attributs, dite indivisible, laïque, démocratique et sociale, dans notre Constitution, semblait acquise. Les choses ont commencé à se compliquer avec les premiers voiles apparus à l'école, en juin 1989, accompagnés d'un discours militant remettant en cause la laïcité, télescopant une société française largement sécularisée.

L'opinion publique a été au début un peu désorientée, déstabilisée, d'autant plus que le ministre de l'Éducation nationale de l'époque, Lionel Jospin, représentant un parti pour lequel la laïcité était un marqueur, n'a pas su réagir. On a renvoyé la question de la présence du voile à l'école à chaque chef d'établissement, du gouvernement jusqu'au Conseil d'État refusant de trancher, pour créer un état de flottement avec une multiplication de ces situations, remettant en cause non seulement la laïcité mais l'égalité entre fille et garçon. Il a fallu attendre 15 ans avec la commission Stasi pour qu'enfin on aboutisse à la loi du 15 mars 2004 d'interdiction des signes religieux ostensibles dans l'école publique.

Une situation d'une incroyable confusion qui a affaibli la laïcité la mettant en péril, qui a encouragé toutes les remises en cause, que nous payons encore aujourd'hui. On a vu s'affirmer de plus en plus le voile comme le nouveau signe d'expression de musulmans qui jusque-là étaient discrets dans leur façon d'exprimer leur culte, qu'ils ont soudain revendiqué au grand jour. On a en mémoire les horaires aménagés de piscines ouvertes uniquement aux jeunes filles voilées, dans nombre de communes. On a vu aussi des associations antiracistes ou portant la cause des droits de l'Homme, prendre fait et cause pour le voile à l'école ou rejetant toute idée d'en interdire la présence par la loi, jugée liberticide. On a vu aussi Nicolas Sarkozy ministre de l'Intérieur, parallèlement à son positionnement en faveur de la discrimination positive (2005), mettre en place une commission dite Machelon, du nom de son président, pour toiletter, a-t-on dit alors, la loi de 1905, afin en fait de l'adapter au clientélisme des élus face à la montée du poids électoral des musulmans dans notre pays.

Le Conseil d'État a d'ailleurs consacré toute une série d'aménagements et de dérogations qui vont dans ce sens aujourd'hui. Cette situation n'a cessé de nourrir l'inquiétude des Français au regard d'un vivre ensemble largement malmené par un retour du religieux faisant volte-face à la République et ce, via une population immigrée de confession musulmane que l'on pensait relativement bien intégrée, partageant les valeurs communes. Cette dernière s'est révélée au moins pour une part en contradiction avec la France républicaine, par l'affirmation d'une forme de foi qui place les valeurs religieuses avant celles de la citoyenneté.

D'autres Églises ont emboîté le pas à ce changement, comme l'Église catholique en perte de vitesse ou l'Église évangélique qui elle, est en pleine recrudescence, tout cela dans un contexte général de perte de repères sous le signe d'une crise économique, sociale et politique, profonde. La laïcité est devenue un enjeu de taille, car les Français ont peu ou prou compris que dépendait d'elle une forme de société qui est la nôtre, qui porte nos libertés et nos droits au-dessus des religions et qu'un retour en arrière, de ce point de vue, s'avérerait soudain être un risque objectif.

Jérôme Fourquet : On peut parler à la fois de la place prise par la laïcité dans le débat public et dans la hiérarchie des priorités des Français. Comment a-t-elle évolué ces 10-15 dernières années ? Une question est plus complexe : quelle est la définition de la laïcité ? Les deux questions sont en partie liées

En termes d'évolution de la notion de laïcité, et de regain d'intérêt porté à cette notion, on constate dans nos enquêtes que depuis une dizaine d'années, ce concept est revenu en force dans le débat public. Il a été utilisé par différentes formations politiques, il y a eu un jeu des acteurs politiques qui se sont emparés du sujet. Si cette opération a fonctionné, c'est parce qu'au sein de la société française, cette question était en phase avec un certain nombre d'inquiétudes. En clair, la montée en puissance du débat sur la notion de laïcité est un symptôme qui accompagne la montée en puissance du débat sur la place et la visibilité à accorder à l'islam dans notre société.

Aujourd'hui, on constate une volonté d'euphémisation sur certains sujets sensibles notamment lorsqu'il s'agit de la présence de signes religieux dans l'espace public. C'est oublier un peu vite que la montée des revendications religieuses est une réalité. Les responsables des ressources humaines y sont confrontés quotidiennement. Et face à ce phénomène, il faut réaffirmer la laïcité.

Pour être plus précis, dans les écoles comme dans les entreprises, la montée de ces revendications religieuses n'émane pas de la communauté catholique, protestante ou juive. C'est bien la montée en puissance de l'islam en France qui suscite le débat en France. Un débat qui recouvre

plusieurs aspects comme la question des menus de substitution dans les cantines, les salles de prières dans les entreprises ou encore la construction des mosquées.

La dernière fois que la question de la laïcité s'était invitée de manière virulente dans le débat public c'était au début des années 1980. Le statut de l'école libre et l'enseignement catholique en France avaient réactivé le débat. Cela a donné lieu à de très grandes manifestations, Mitterrand avait battu en retraite. Quelques années plus tard, François Bayrou alors ministre de l'Éducation nationale avait voulu réformer la loi Falloux. On avait assisté à des contre-manifestations du camp laïc.

Aujourd'hui, la laïcité est une question qui va de paire avec la montée en puissance de l'islam dans notre société, avec toutes les questions et les inquiétudes que cela peut générer. Ce concept surtout été en vogue sous la 3<sup>ème</sup> République. C'était un moment où la République faisait de la laïcité une arme de guerre pour contrer l'influence de l'Église catholique sur tout le territoire. Désormais, un certain nombre de problématiques qui se posaient à l'époque avec les catholiques se posent avec l'islam.

La pluralité de définition de ce que recouvre laïcité peut également expliquer le fait que ce thème soit à nouveau en vogue. Plusieurs personnes de sensibilités politiques différentes peuvent se revendiquer comme étant laïques ou demander une application plus stricte de la laïcité, pour des raisons différentes.

Lors de la manifestation du 11 janvier, et dans les débats qui ont suivi, tout le monde se réclamait de la laïcité. Pour certains, la laïcité c'est la garantie par la Constitution de la République de la liberté de culte. Pour d'autres, c'est le fait que les religions n'aient pas de place dans l'espace public. Là s'opposent théorie et pratique.

Si on revient au début du siècle précédent, il y a eu un long combat entre l'Église catholique et la République. Cela a débouché sur une laïcité qui s'accommodait de l'héritage catholique encore très marqué dans la société de l'époque. Il y avait tout une série de lycées publics avec des aumôneries catholiques. Cela ne choquait personne à l'époque. On avait du poisson tous les vendredis à l'école. Il y avait des processions religieuses catholiques organisées dans les rues. Tout cela faisait relativement bon ménage.

Si aujourd'hui on en revient à cela, c'est parce que les données du problème ont fortement évolué. Si on revient sur les polémiques assez récentes concernant les crèches dans les écoles. Des associations très laïcardes ont demandé à ce que ces crèches chrétiennes soient retirées des bâtiments publics. On est bien sûr une définition très militante et très historique de la laïcité. Sur ce point particulier, 70% des Français ne voyaient pas de contradictions avec la présence de ces crèches dans les bâtiments publics et le respect du principe de laïcité. Or, quand on posait la même question sur le port du voile dans les lieux publics, 70% environ des Français étaient favorables à l'interdiction. Derrière l'interdiction des signes religieux dans les écoles, ce qui est visé de manière non-dite c'est bien la religion musulmane, puisque la religion catholique ne dérange pas autant. Les sondages montrent que ça ne pose pas de problèmes majeurs aux citoyens.

Comment la droite et la gauche se sont-elles appropriées ce terme ces dernières années ?

Guylain Chevrier : La laïcité, que ce soit à droite ou à gauche, a été affublée de différents qualificatifs, telle qu' "ouverte" ou "tolérante", par opposition à "fermée", "conservatrice", pour justifier des aménagements à la règle commune face à cette situation nouvelle se créant autour du culte musulman.

On a cru pouvoir aménager la laïcité. Le débat sur la responsabilité qui serait celle de la puissance publique dans la construction de mosquées, par différents mécanismes, en est un exemple cru. On a entendu donner à la laïcité le sens d'un traitement égal des religions, ce dont il découlait alors, au regard de nos compatriotes de confession musulmane, qu'il soit nécessaire que l'État, et les collectivités territoriales tout particulièrement, interviennent en leur faveur, pour répondre à leur besoin de lieux de cultes dans le sens d'un certain rééquilibrage.

Sauf que rien dans notre droit ne justifie cette lecture, l'article premier de la loi de 1905 qui affirme la liberté de conscience et garantit le libre exercice des cultes, ne signifie ici que des droits individuels et pour le croyant la possibilité de ne pas se voir entravé dans sa volonté d'exercer son culte. On a fait comme si la loi de séparation de 1905 relevait d'une garantie collective pour les cultes, consistant à assurer par l'État les conditions matérielles de leur exercice. On a ainsi aussi faussé la perception de la laïcité, son sens.

C'est aussi le cas avec l'analyse qui a été faite des difficultés en matière d'intégration qui auraient pour ressort une méconnaissance de la religion de l'autre, justifiant ainsi l'enseignement du fait religieux dit laïque dans l'école publique. On a finalement ainsi appuyé sur les différences au lieu d'insister sur ce qui nous rassemble, à l'image d'une laïcité qui prône l'égalité de traitement de tous par-delà ce qui nous différencie.

En réalité, la laïcité transgresse largement les clivages politiques traditionnels et pose de nouvelles questions de fond à la classe politique face à un modèle du multiculturalisme de plus en plus revendiqué contre elle.

Jérôme Fourquet : Pour la droite, c'est une redécouverte. Historiquement, la droite n'avait pas la question de la laïcité inscrite à son panthéon de valeurs. Elle était plutôt du côté de l'Église catholique, la laïcité est une valeur issue de la gauche. La droite se la réapproprie aujourd'hui sur le thème du respect de la laïcité, du vivre-ensemble, mais aussi dans une démarche identitaire.

Cela renvoie au discours de Sarkozy qui expliquait que la France était laïque mais de tradition judéo-chrétienne. Aujourd'hui la droite se l'est réappropriée, alors qu'en 1984, elle avait manifesté contre une application très stricte du principe de laïcité. Cela n'allait donc pas de soi que la droite s'empare et utilise cette notion qui auparavant lui était étrangère voire même un peu réfractaire. La gauche, inversement, qui historiquement était plus à l'aise, en en faisait un de ses totems, est plus gênée par la volonté de ne faire aucune discrimination. Sauf que comme je vous le disais, on sait très bien à qui s'adresse cette laïcité. Aujourd'hui, la gauche applique une définition ouverte et tolérante de la laïcité mais en même temps stricte en mettant toutes les religions sur un même pied d'égalité.



Quelles différences entre les principaux partis politiques ? Quelle est la position du FN ? Cette position a-t-elle changé ?

Guylain Chevrier : La droite n'a pas pour tradition la défense de la laïcité mais est en général plutôt située comme conservatrice, de morale catholique, tout en étant républicaine. Elle a vite pris conscience que la laïcité constituait un enjeu nouveau du champ politique.

Attachée à "la France éternelle" d'un Général De Gaulle, une identité française forte qui est un de ses ancrages historiques malgré les évolutions relatives à l'Europe qui l'en ont fait s'éloigner, elle voit dans la défense de la laïcité celle d'une République qui redonne du sens à la nation, et peut être un des pôles de son rassemblement. Le débat sur l'identité nationale initié par Nicolas Sarkozy entendait durcir le lien entre immigration et risque pour la nation, à travers la désignation de l'islam communautaire. Ceci, dans le droit fil d'une tradition qui est celle d'une maîtrise sans concession de l'immigration, s'en tenant au strict principe en matière d'accueil et d'asile, et plus inspirée par l'assimilation que l'intégration. Elle n'a pas su trouver les voies à l'installation d'un islam de France prenant sa place dans la République.

Mais on doit souligner que c'est la droite au pouvoir qui a initié la commission Stasi qui a abouti au retour de la paix scolaire dans les relations entre école et religion. C'est elle qui a interdit la dissimulation du visage dans l'espace public et donc le niqab, c'est elle aussi qui a interdit l'accompagnement des sorties scolaires par des mères voilées bafouant, par cette manifestation ostensible de leur foi, la mission laïque de l'école à laquelle elles participent.

Elle a proposé une loi d'interdiction des signes religieux dans l'entreprise dans le contexte de l'affaire de la crèche Baby Loup, qui ne pouvait aboutir à défaut de bouleverser le Code du travail. Le fait que, dans l'entourage du futur candidat Sarkozy, soit venue la proposition de l'interdiction des signes religieux ostensibles dans l'université, interroge de savoir s'il n'y a pas là une certaine surenchère autour de la laïcité à d'autres fins.

La gauche, socialiste tout particulièrement, qui se réclame de Briand et de Jaurès, a été longtemps seule à défendre la laïcité, héritière du combat républicain contre une Eglise catholique omnipotente et porteuse dans ce prolongement des progrès des libertés et droits individuels et de l'égalité hommes-femmes. Elle se revendique encore haut et fort de la laïcité, et pourtant... Elle a été démissionnaire face au voile à l'école, elle a traîné les pieds face à l'interdiction du voile intégral, elle n'a cessé d'encourager l'enseignement du fait religieux à l'école pour intégrer les élèves par leurs différences comme réponse aux difficultés rencontrées dans le processus d'intégration. Elle a levé récemment l'interdiction de l'accompagnement des mères voilées lors des sorties scolaires.

On lui doit la création d'un Observatoire national de la laïcité qui ne voit aucun problème sur le sujet en France... Elle n'a jusqu'alors pas plus que la droite su dégager les voies propices à ce que l'islam trouve sa place dans notre République. Elle est suspectée d'un dialogue par trop ouvert avec l'islam institutionnel en vue de s'agréer de nouvelles forces électorales., tentation qui a aussi été celle d'une certaine droite au pouvoir hier.

On reconnaît au gouvernement actuel d'avoir soumis aux députés un texte de loi visant à garantir la laïcité dans la prise en charge de la petite enfance, qui reste à confirmer. La gauche est proche par principe de l'immigration considérée comme déshéritée, liant l'égalité et la question sociale, elle a souvent pratiqué ainsi les régularisations massives. Elle continue cette tradition à travers une proximité avec l'islam où la question sociale est première, ce qui conduit à faire passer la laïcité après avec tous les risques que cela suppose. Une tendance qui touche d'ailleurs aussi la gauche dite radicale de façon encore plus aigüe, qui la rend aveugle sur la question de la laïcité.

Passée cette analyse, la question se complique lorsque l'on constate qu'à droite comme à gauche on trouve des laïques et d'autres qui le sont moins, montrant que rien n'est joué.

Le FN revendique une défense de la laïcité s'identifiant avec une certaine conception de la nation relative à une France très chrétienne, au sens des racines d'un peuple avec lesquelles l'immigration musulmane se révélerait comme incompatible. La laïcité a été récupérée par le FN car elle relaie un discours anti-immigré qui n'est pas d'hier et qui alimente la crise économique et sociale. L'affirmation d'un islam communautaire à travers le développement du voile, avec son cortège de revendications religieuses remettant en cause certaines traditions comme l'arbre de Noël ou les jours fériés d'origine catholique, a été là comme une aubaine pour le FN qui a pu détourner la laïcité pour l'accrocher à son discours anti-immigré, rendant fréquentable son rejet de l'étranger. C'est un phénomène récent qui est à classer au rang des métamorphoses de la classe politique, autour de ce qui apparaît de plus en plus comme l'un des axes autour desquels les choix des électeurs se déterminent.

Jérôme Fourquet : Avec le FN, on est un petit peu sur la même veine que ce que je vous ai indiqué précédemment sur la droite, c'est-à-dire qu'historiquement, la laïcité ne fait pas partie du canton de la droite extrême ou de l'extrême droite.

On sait également que les catholiques intégristes traditionnels ont joué un rôle non négligeable dans l'évolution du FN à ses débuts. Pour eux, le concept de laïcité est totalement étranger. Donc si aujourd'hui le FN est en pointe sur cette question c'est typiquement parce que cela lui permet, en réinvestissant des thématiques éminemment républicaines, de continuer son combat contre le multiculturalisme et contre le développement de la présence et de la visibilité de l'islam dans notre société.

Des collectifs comme Riposte Laïque, au nom de l'héritage républicain, se mobilisent d'ailleurs contre le développement d'un certain nombre de principes. C'est une façon plus présentable d'aborder le problème de l'intégration et de l'immigration. La thématique de la laïcité présente un autre avantage pour le Front national, celui de s'inscrire dans une tradition républicaine et de s'approprier des termes qui étaient ceux de la gauche.

Quels événements récents ont pu avoir une influence sur la perception de la laïcité chez les Français ?

Guylain Chevrier : Bien sûr, on peut avoir à l'esprit les attentats qui se sont produits depuis janvier dernier sur notre sol, avec leur lot d'atrocités revendiquées au nom de l'islam. On peut vite arriver à certains raccourcis et amalgames. Mais il y a aussi une certaine radicalisation du communautarisme avec un voile de plus en plus ostensible et des revendications à caractère religieux qui de plus en plus nombreuses.

On retiendra l'intervention d'un Président du CFCM à la tribune de la très conservatrice Union des Organisations Islamiques de France proche des Frères musulmans, pour réclamer à la France le doublement des mosquées. On se remémorera le discours d'une frange de la gauche radicale, qui à travers Emmanuel Todd, défend l'idée que la laïcité serait l'autre nom de l'islamophobie et les manifestants du 11 janvier des islamophobes, oubliant entre autres, la réalité de l'antisémitisme dans les quartiers. On ne peut mieux faire pour jeter confusion et huile sur le feu.

Ce qui apparaît plus que jamais au grand jour, c'est un litige profond entre une France laïque et un retour du religieux qui se fait pesant, voire menaçant pour la République, et pourrait être l'un des principaux thèmes des futures échéances politiques, et peut-être même, la clé des présidentielles.

Jérôme Fourquet : En 1984, nous étions encore sur la lancée de la 3ème République, la gauche au pouvoir contre la droite catholique. Rien de nouveau depuis quasiment un siècle. Ensuite vient en 1993, Bayrou et la loi Falloux et en 1989, l'affaire du foulard de Creil. Cela est venu redistribuer les cartes et montre que la question de la laïcité notamment dans l'enceinte scolaire, était très forte.

Après les attentats du 7 janvier, une pression très forte a été exercée sur l'Education nationale. Problèmes des minutes de silence, de l'intégration qui ne fonctionnent pas, de la morale républicaine, etc. Cette question de la laïcité est liée à la thématique scolaire. Avec la loi Falloux, on est sur le vieux schéma classique d'affrontement gauche/droite, et est-ce qu'on intègre le privé dans le système public de l'enseignement national.

Le coup de tonnerre de Creil est venu annoncer que l'on était sur une autre ère, la question de la laïcité ne se pose plus que dans les écoles catholiques, mais elle concerne l'arrivée d'une jeunesse musulmane. Un certain nombre de ses membres étant dans une posture d'affirmation identitaire. On a eu aussi la question du port du voile à l'école. De nombreux cas sous la présidence Sarkozy, comme le débat sur la burqa. Récemment, on a eu les menus dans des cantines. Toujours dans des écoles vous voyez. Ensuite, la question du port du voile dans les universités, sachant que ce n'était plus des mineurs mais des majeurs. On a eu les crèches de Noël...

Un moment important dans le débat a été l'affaire de la crèche Baby Lou, où il y a eu toute une polémique sur le fait qu'une aide maternelle venait voiler sur son lieu de travail. Elle avait été licenciée car c'était contraire aux valeurs de la crèche, sauf qu'il s'agissait d'une crèche privée, donc il y a eu tout un débat pour savoir si le principe de laïcité devait aussi s'appliquer dans un établissement privé. Pendant des décennies ces questions-là ne se sont pas posées, car il n'y avait pas de réel sujet.

L'opinion publique est prise à témoin et sa réaction n'est pas le fait de politiques qui manipuleraient des concepts ou de la capacité des médias à vendre des sujets. Cela renvoie à un certain nombre d'interrogations profondes qui ont émergé dans la société française ces dernières années.

## Hohe Löhne, viel bezahlte Freizeit

Deutschland steht für starke Industrie und geringe Arbeitslosigkeit. Doch es ist gleichzeitig das Land des bezahlten Müßiggangs - nirgends in Europa gibt es mehr Urlaubs- und Ferientage als hierzulande.

23.08.2015, von DIETRICH CREUTZBURG, BERLIN



© DPA Eine Arbeitsstunde in der deutschen Autoindustrie kostet durchschnittlich 48 Euro.

Eine erfolgreiche Industrienation, warnte Bundeskanzler [Helmut Kohl](#) (CDU) im Jahr 1993, lasse sich „nicht als kollektiver Freizeitpark organisieren“. Der Ausspruch vor dem Hintergrund der Einführung der 35-Stunden-Woche in der deutschen Metall- und Elektroindustrie löste damals eine Welle der Entrüstung aus. Zwei Jahrzehnte und einige Arbeitsmarktreformen später hat sich Deutschland den Ruf einer erfolgreichen Industrienation zurückerkämpft.

Nun allerdings gibt es neue Warnungen vor zu viel Freizeitdrang: Zum einen haben Industriebeschäftigte in keinem anderen Land so viele bezahlte freie Tage wie hierzulande. Das zeigt eine aktuelle Studie des [Instituts der deutschen Wirtschaft](#) (IW) im Auftrag der bayerischen Arbeitgeberverbände, die damit aus Sicht der Verbände ein wachsendes Kostenproblem hiesiger Unternehmen belegt. Zum anderen gehen hierzulande nach wie vor viele Arbeitnehmer recht früh in den Ruhestand. Das zeigt eine vergleichende Analyse der Beratungsgesellschaft PWC. Beide Studien liegen der F.A.Z. vorab vor.

Wie das IW ermittelt hat, können Arbeitnehmer der deutschen Metall- und Elektroindustrie – darunter fallen die Autoindustrie und der Maschinenbau – derzeit im Durchschnitt 40 freie Tage im Jahr genießen, für die ihr Arbeitgeber Lohn bezahlt. Dazu zählen 30 Tage tariflicher Jahresurlaub und durchschnittlich 10 Feiertage, die auf einen Werktag fallen. Im Süden Deutschlands dürfte der Wert sogar noch etwas höher liegen, weil es dort mehr Feiertage gibt als im Norden.

### Freie Tage treiben Kostenlast nach oben

Mit den 40 Tagen belegt Deutschland jedenfalls den europäischen Spitzenplatz vor Dänemark (39 Tage) und Italien (37 Tage), wie die Studie zeigt. Ein breites Mittelfeld bilden Länder, für deren Industriebeschäftigte zwischen 31 und 35 bezahlte freie Tage üblich sind. Dazu zählen Großbritannien, die Niederlande und Griechenland. Belgien, Portugal und eine Reihe osteuropäischer Länder liegen mit bis zu 30 bezahlten Urlaubs- und Feiertagen im unteren Bereich der Freizeitskala.

Der Lohn für freie Tage macht einen wichtigen Teil der Arbeitskosten für die Unternehmen aus und treibt damit deren gesamte Kostenlast nach oben. Eine Arbeitsstunde in der deutschen Metall- und Elektroindustrie kostet der Studie zufolge durchschnittliche knapp 40 Euro. Damit belegt Deutschland insgesamt Platz fünf. Zugleich zeigt sich aber auch eine deutliche Spanne zwischen den Industriezweigen. So kostet die Arbeitsstunde in der deutschen Autoindustrie sogar 48 Euro, was der Spitzenwert für diese Branche ist.

Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Metall- und Elektro-Arbeitgeberverbände in Bayern, fasst das Gesamtergebnis so zusammen: „Nur in wenigen Ländern erhalten die Arbeitnehmer der Metall- und Elektroindustrie so viel Lohn und können gleichzeitig so viel freie Zeit genießen wie in Deutschland.“ Und was die Beschäftigten freuen kann, drücke für die deutschen Unternehmen eine zunehmend größere Herausforderung aus: Angesichts eines sehr hohen Lohnanteils, dem keine direkte Arbeitsleistung

gegenüberstehe, sei es „für heimische Unternehmen weitaus schwerer als für Firmen aus anderen europäischen Ländern, Lohn- und Kostenerhöhungen durch entsprechende Produktivitätssteigerungen zu kompensieren“, warnt Brossardt. „Genau das ist aber derzeit unser Problem.“

Arbeitskosten steigen an

Tatsächlich lässt sich auch anderen Statistiken entnehmen, dass sich in jüngerer Zeit die an den Lohnstückkosten gemessene Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen nicht mehr verbessert hat. Seit dem Krisenjahr 2009 stiegen die Arbeitskosten in Durchschnitt fast durchgängig stärker als die Arbeitsproduktivität. Und der Trend hält weiter an: Im ersten Halbjahr 2015 waren die Lohnstückkosten der Metall- und Elektroindustrie abermals um 3 Prozent höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Gleichzeitig steht es hierzulande offenbar im internationalen Vergleich auch um den Arbeitseifer älterer Menschen nicht so gut wie manche Erfolgsmeldung nahelegt. So lässt sich jedenfalls die Studie von PWC lesen: Zwar hat sich in Deutschland der Anteil der Berufstätigen unter den Älteren bereits deutlich erhöht. Von den 55-64-Jährigen sind nun fast zwei Drittel erwerbstätig, während es 2003 nur knapp 40 Prozent waren. Unter den 65-69-Jährigen hat sich die Quote von einst 5,5 Prozent sogar mehr als verdoppelt. Doch unter den 34 Ländern in der Industriestaatenorganisation OECD liegt Deutschland auch damit erst im Mittelfeld.

Gemessen an einem zusammenfassenden „Golden-Age-Index“, der diese Kennziffern mit weiteren Indikatoren wie der Teilzeitquote und der Erwerbsbeteiligung älterer Frauen zusammenfasst, erreicht Deutschland nur Platz 18. Weit vorne liegen neben den skandinavischen Ländern die Vereinigten Staaten. Deutschland bewegt sich in der Nachbarschaft von Portugal und Großbritannien; Frankreich folgt sechs Plätze dahinter.

Es bleibe „großes Verbesserungspotenzial“

Die Entwicklung in Deutschland weise zwar in die richtige Richtung, doch bleibe „großes Verbesserungspotenzial“, urteilt Petra Raspels, Vorstandsmitglied und Leiterin Human Capital, bei PWC. Die dafür zu überwindenden Hürden hätten indes weniger mit der Haltung der Menschen zu tun, als mit den Rahmenbedingungen, verdeutlicht sie – immerhin seien beispielsweise 42 Prozent der Gasthörer an deutschen Universitäten Senioren. Vor allem müssten die Unternehmen Erfahrungen und Fähigkeiten Älterer besser nutzen, so Raspel. Dazu benötigten einerseits jüngere Führungskräfte eine gute Schulung für den Umgang mit älteren Mitarbeitern. Andererseits könne aber auch der Staat stärkere Anreize für einen späteren Renteneintritt setzen.

Auch Brossardt sieht vor allem den Staat in der Pflicht, das unter anderem mit der bezahlten Freizeit verknüpfte Kostenproblem zu entschärfen: Kaum irgendwo sorgten Abgaben und Steuern für eine so große Kluft zwischen Arbeitskosten und Nettolöhnen wie in Deutschland, bemängelt er. Umso mehr werde ein für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zufriedenstellender Interessenausgleich erschwert.

## Zwei Provokateure in der französischen Provinz

In der französischen Provinz hatten an diesem Sonntag Giannis Varoufakis und Arnaud Montebourg. Sie sind beide Ex-Minister, beide äußerst links und beide suchen den Beweis, dass sie weiter zählen. Doch in welcher Funktion?

23.08.2015, von CHRISTIAN SCHUBERT



© AFP Giannis Varoufakis und Arnaud Montebourg während des Rosenfestes in Frangy-en-Bresse

Sie waren beide die „enfants terribles“ ihrer Regierungen, beide lieben Provokationen mit Linksdrall, die sie bekanntlich aus der Kurve warfen. Daher gehören Arnaud Montebourg, der frühere Wirtschaftsminister Frankreichs, und [Giannis Varoufakis](#), der ehemalige Finanzminister Griechenlands, heute nicht mehr den Regierungen ihrer Länder an. Doch Männer der Vergangenheit wollen sie zuletzt sein. Montebourg hat Varoufakis daher am Sonntag auf sein alljährliches Sommerfest im südostfranzösischen Dörfchen Frangy-en-Bresse eingeladen, und der Finanzminister a.D. nahm bereitwillig an. Ein „europäisches Netzwerk der Progressiven“ wolle er ins Leben rufen, kündigte der Grieche auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Montebourg an. „Europa braucht Demokratie und darf nicht mehr von Technokraten regiert werden“, sagte Varoufakis.

Seinen Frankreich-Aufenthalt nutzte der griechische Ökonom für ausgiebige Medienauftritte, um dabei wieder einmal mit erstaunlichen Thesen zu überraschen. So hätte der „Doktor Schäuble“ Griechenland mit dem Grexit gedroht, dabei aber in Wahrheit Frankreich im Sinn gehabt. [„Sein Wohlfahrtsstaat, sein Arbeitsrecht und seine Staatsunternehmen sind das wahre Ziel des deutschen Finanzministers“](#), sagte Varoufakis der Zeitung [„Le Monde“](#). Griechenland sei nur ein „Labor der Sparpolitik“, bevor seine Ergebnisse exportiert werden sollen.

Dabei habe ihn die Machtlosigkeit Frankreichs tief traurig gemacht, bedauerte der Grieche in einem weiteren Interview. In der Eurogruppe „habe ich gespürt, dass Frankreich nicht die Autorität hatte, um seinen Standpunkt zu verteidigen oder überhaupt zu präsentieren“. Der griechische Ex-Minister bedauerte dabei auch, dass er in seiner Amtszeit niemals direkt mit seinen europäischen Amtskollegen verhandeln durfte. „Systematisch schickten sie mich zu den Vertretern der EU-Kommission, der EZB oder des IWF“, berichtete Varoufakis.

### „Varoufakis ist der Montebourg von Tsipras“

Solche markigen Worte passten dem Franzosen Montebourg gut ins Konzept. In jedem August schart er in seiner politischen Heimat seine Anhänger um sich und redet dort Tacheles. Im vergangenen Jahr waren seine Aussagen so provokativ, dass er in der Woche danach sein Ministeramt los war. Die Liste der Gemeinsamkeiten zwischen den beiden etwa gleichalten Männern - Montebourg ist 52, Varoufakis 54 Jahre alt - lässt sich leicht zusammenstellen. Beide wirken eitel, wissen um ihre Wirkung auf die Öffentlichkeit und kehrten ihr Privatleben in „Paris Match“ nach außen. Auf der griechischen Ferieninsel von Varoufakis ließen sich die beiden auch schon ablichten, an ihrer Seite ihre jeweiligen Partnerinnen. „Varoufakis ist der Montebourg von Tsipras“, soll Hollande vor wenigen Wochen im kleinen Kreis gesagt haben.

Doch an weltweiter Bekanntheit hat es der griechische Ökonom wohl weiter gebracht als der eher auf seine Heimat beschränkte Franzose. Dabei könnte der rebellische Linksflügel der Sozialistischen Partei Frankreichs eine Galionsfigur gut brauchen. Montebourg gilt freilich als unzuverlässiger Geselle. 2011 stellte er sich plötzlich hinter Hollande, weil er dessen Erfolgchancen auf das Präsidentenamt roch und verschmähte damit die weiter links stehende Bürgermeisterin von Lille, Martine Aubry. Auch mit dem nun verhassten Premierminister Manuel Valls machte er eine Weile gemeinsame Sache, um seine eigene Person zu befördern. Heute arbeitet Montebourg im Nebenjob als „Vizepräsident für Innovation“ für die internationale Möbelkette Habitat, dabei hat er sich zuvor als Fürsprecher der „Entglobalisierung“ hervorgetan.

So zeigte sich an diesem Sonntag in der Provinz vor allem eines: Zwei Männer suchen den Beweis, dass sie weiter zählen. Doch in welcher Funktion? Jedenfalls für Montebourg fiel eine aktuelle Umfrage vernichtend aus: 69 Prozent der Franzosen ist es egal, ob er wieder in die Politik zurückkehrt.

## Die Kehrseite der Willkommenskultur

Die Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern ist der Vollzug von Recht - trotzdem wurde sie jahrelang als bürokratischer Gewaltakt stigmatisiert.

Das muss sich ändern.

23.08.2015, von **PETER CARSTENS**

In einem Klima falsch verstandener Toleranz und Feigheit haben es Politiker jahrelang versäumt, abgelehnte Asylbewerber wegzuschicken. Das rächt sich nun. Um die Flüchtlingskrise zu bewältigen, sind nämlich nicht nur Hilfsbereitschaft und Integrationskurse nötig, sondern auch der Wille, zu unterscheiden zwischen denen, die bleiben können, und jenen, die wieder gehen müssen. Und dann danach zu handeln.



Autor: Peter Carstens, Politischer Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung in Berlin. Folgen:

Statt geltendes Recht anzuwenden und das auch öffentlich zu vertreten, wurde vor allem die **Abschiebung** abgelehnter Asylbewerber jahrelang als bürokratischer Gewaltakt stigmatisiert. Die Ausländerbehörden sind längst nicht mehr imstande, geltendes Recht mit politischer Rückendeckung anzuwenden. Denn es gibt dafür keine Personalstellen, Gerichte verfolgen Rechtsbrüche durch Bewerber im Asylverfahren fast nie, Ärzte wurden von ihrer Standesvertretung aufgefordert, bei Abschiebungen nicht mitzumachen, Kirchen bieten rechtsfreie Rückzugsräume. Wer sich als Landesinnenminister zur besinnlichen Zeit als guter Mensch in Erinnerung bringen wollte, verkündete alle Jahre wieder einen weihnachtlichen Abschiebestopp oder eine Winterpause.

### Immer weniger Personen werden abgeschoben

Das hat dazu geführt, dass nur sehr wenige der rechtskräftig Abgelehnten Deutschland je wieder verlassen haben. Zahlen aus mehreren Bundesländern zeigen, dass in den vergangenen Jahren kaum fünfzehn Prozent der Ausländer, die dazu ultimativ und mit Fristsetzung aufgefordert worden waren, tatsächlich ausgereist sind oder abgeschoben wurden. Obwohl die Zahl der Anträge dramatisch gestiegen ist, hat sich die Zahl der Abschiebungen in den vergangenen vier Jahren bundesweit kaum verändert. Gemessen an der Zahl der Bewerber, werden sogar immer weniger Personen abgeschoben. So waren es 2011 bei etwa fünfzigtausend Antragstellern insgesamt 7917 abgeschobene Personen. Im vergangenen Jahr gab es etwa 200.000 Anträge, aber nur 10.884 Abschiebungen. Sollte sich die Abschiebepolitik auch in der gegenwärtigen Extremlage nicht ändern, würden von den erwarteten 800.000 Antragstellern für 2015 mehrere hunderttausend Abgelehnte in Deutschland bleiben können. Eine gewisse Entlastung könnten dann nur freiwillige Rückkehrprogramme bringen, die Ausreisende mit Tickets und einem Startgeld versorgen.

Manche Länder unterbieten in diesen Monaten sogar die niedrigen Zahlen des Vorjahres. So hat Thüringen bis Ende Juni die Zahl der Abschiebungen etwa halbiert. Immerhin scheint es im Land des Linken-Ministerpräsidenten Ramelow ein Umdenken zu geben. Innenminister Poppenhäger von der **SPD** sagt: „Abschiebungen sind grundsätzlich rechtsstaatliche Mittel, um ein geordnetes Asylverfahren sicherzustellen. Mit der konsequenten Anwendung der Rückführungs- und Abschiebungsregelungen stärken wir allgemein die Akzeptanz für die Asylbewerber und das Asylverfahren in der Bevölkerung.“ Das Personal bei der Zentralen Abschiebestelle sei „soeben erst auf das Doppelte aufgestockt worden“ – von vier auf acht Bearbeiter. Auch in Schleswig-Holstein liegen die Abschiebezahlen für das erste Halbjahr unter denen von 2014.

Eine gewisse Steigerung gibt es dagegen im grün-rot regierten Baden-Württemberg und in Bayern, wo bis Juni schon mehr Ausländer abgeschoben worden sind als im gesamten Vorjahr, nämlich 1646 Personen. Gemessen an der Vielzahl der offenkundig aussichtslosen Asylbewerber, ist das dennoch wenig. Mit dieser Politik ist die gegenwärtige Situation nicht zu meistern. Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer, sagt: „Die mangelhafte Abschiebung abgelehnter Asylbewerber ist eines der Hauptprobleme bei der Bewältigung der angespannten Asylsituation.“ Gerade in den rot-grün regierten Ländern fehle oft der politische Wille. Aber eben nicht nur dort, sondern eigentlich überall.

### Papiere verloren oder weggeworfen

Die Ursachen dafür sind vielfältig. Niemand hat große Lust, sich dieser Seite des Flüchtlingsdramas zu stellen. Und selbst wenn sich das ändern sollte, hätten Behörden und Gerichte auf Jahre zu wenig Personal und zu wenig Geld. Die Haupthindernisse schaffen die Asylbewerber oft selbst: Die meisten haben ihre Papiere verloren oder weggeworfen. Erstaunlich viele wissen aber angeblich auch nicht einmal, aus welchem Land sie kommen. Das mag im Einzelfall wegen psychischer Belastungen stimmen. Oft aber wenden die Asylbewerber bloß eine bewährte Taktik an, um die Abschiebung zu hintertreiben. Denn wenn die Ausländerbehörden nicht wissen, woher jemand kommt, wie er heißt, können sie ihn auch nirgendwohin zurückschicken. Inzwischen sagen mehr als drei Viertel aller Antragsteller, sie hätten keine Pässe, Urkunden, nichts. Manchmal tauchen die dann doch wieder auf, etwa wenn sie in Deutschland heiraten. Viele aber widerstehen allen Bemühungen, ihre Personalien und ihr Herkunftsland zu klären. Das ist strafbar. Aber in der Praxis werden fast alle Verfahren eingestellt, so dass immer weniger Ausländerbehörden überhaupt Strafanzeige stellen.

Eine oft üble Rolle spielen bei den Verfahren Regierungen der Herkunftsländer, insbesondere in Afrika. Sie arbeiten kaum mit deutschen Behörden zusammen, weigern sich, Hinweisen zur Identität ihrer Staatsbürger nachzugehen. Oft dauert es Monate, ehe Ersatzpapiere ausgestellt werden. „Bei einzelnen Staaten führt es dazu, dass die Beschaffung von Ersatzdokumenten gänzlich unmöglich ist“, heißt es in einem Bericht der Arbeitsgruppe „Vollzugsdefizite“ von Bund und Ländern. Als solche „Problemstaaten“ gelten demnach 28 Länder, die meisten in Afrika, aber auch Laos oder Pakistan. Dieselbe Arbeitsgruppe hat schon vor vier Jahren dieselben Probleme aufgelistet und dieselben Staaten. Geändert hat sich seither nicht viel. Diverse „Clearingstellen“ bemühen sich, aber die Zusammenarbeit etwa zwischen Bundespolizei und Kommunalbehörden bleibt schlecht. Jetzt wird wieder einmal ins Gespräch gebracht, zumindest den „Problemstaaten“ mal auf die Füße zu treten. Viele dieser Staaten wollen ihrerseits möglichst unkompliziert deutsche Wirtschafts- und Entwicklungshilfe beziehen. Da könnte es doch einen Zusammenhang geben. Aber auch darüber grübeln Arbeitskreise schon seit Jahren.

### „Unser Ausweisungsrecht praktisch kaum mehr handhabbar“

Auch die europäische Rechtsprechung erschwert Abschiebungen. So hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte voriges Jahr die meisten bisherigen Abschiebegefängnisse verboten, die oft bei normalen Haftanstalten lagen. Jetzt müssen überall eigene Einrichtungen gebaut werden. Das

kann dauern. Innenminister de Maizière sagte im Frühjahr: „Unser Ausweisungsrecht ist durch europäisches Recht und durch die Rechtsprechung so durchlöchert, dass es praktisch kaum mehr handhabbar ist.“ Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Wo es solche Gebäude schon gibt, stehen sie mitunter weitgehend leer. So waren im Frühjahr in Brandenburg von 117 Plätzen zwei belegt. In Berlin-Köpenick gibt es sechzig Plätze. Siebzehn Abschiebehäftlinge werden dort von zwanzig Polizisten und weiteren 108 Mitarbeitern bewacht und betreut. Jahreskosten: elf Millionen Euro.

Aber auch im nationalen Recht gibt es eine starke Tendenz, sich selbst zu behindern. De Maizière sagte: „Eine Kapitulation der staatlichen Stellen vor den Menschen, die täuschen und die Behörden über ihre Identität und Herkunft belügen“, dürfe man nicht länger hinnehmen. Das klang gut. Der Minister brachte ein verändertes Aufenthaltsgesetz durch den Bundestag, seit drei Wochen ist es in Kraft. Es erleichtert vielfach den Aufenthalt. Es soll aber auch Abschiebung erleichtern. Jedenfalls theoretisch.

Manche sagen auch: ausschließlich theoretisch. Beispielsweise dürfen Computer und Handys von No-Name-Asylbewerbern beschlagnahmt und ausgewertet werden. Wer viel nach Guinea telefoniert, ansonsten aber nichts von Namen und Herkunft sagen möchte, der könnte doch vielleicht aus Guinea stammen. Leider hat die große Koalition ins Gesetz geschrieben, dass nur Volljuristen die Handys untersuchen dürfen. Das sind in Ausländerbehörden höchstens die Chefs, in kleinen Kommunen nur die Verwaltungsspitzen. Fast flehentlich hatte der Leiter der Ausländerbehörde in Trier bei der Bundestagsanhörung zu dem Gesetz gewarnt: Der Vorschlag gehe an den praktischen Erfordernissen vorbei und gefährde den Zweck der Vorschrift. Außerdem habe fast kein Jurist die technische Expertise. Der Behördenchef warnte die Abgeordneten: „Es muss als Illusion angesehen werden, dass unter diesen Umständen jemals wieder eine Auswertung von Datenträgern wird erreicht werden können.“ Was tat die große Koalition? Sie ignorierte den Einwand und beschloss das stumpfe Schwert.

### **Sachbearbeiter unter enormen psychischem Druck**

Auch die Länder verhindern, dass geltendes Recht umgesetzt wird. Das zeigen Personalzahlen aus den Ausländerbehörden. Wenn mehr Antragsteller kommen und viele abgelehnt werden, müssten logischerweise mehr Abschiebe-Referenten in den Behörden eingestellt werden. Bei den Asylanträgen ist das so. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bekommt Hunderte neue Sachbearbeiter, um die Anträge schneller zu bearbeiten. Und was geschah in den vergangenen Jahren bei den Kommunen? Nichts. Eine interne Stichprobe unter 55 Ausländerbehörden in Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen ergab, dass bei achtzig Prozent zwischen 2009 und 2014 die Zahl der Mitarbeiter, die sich um Rückführung kümmern, gleich blieb, in fünf Fällen sogar reduziert wurde. Und das, obwohl im selben Zeitraum die Zahl der Asylbewerber um sechshundert Prozent gestiegen ist. Es fehlt an Dolmetschern, und die Sachbearbeiter, die seit Jahren unter einem oft enormen psychischen Druck arbeiten, bekommen dasselbe Geld wie der Kollege im Nachbarbüro, der für Jagd und Fischerei zuständig ist. Hohe Krankenstände sind die Folge. Wer kann, bewirbt sich weg.

Denn die Arbeit ist mühsam, und wer sie tut, macht sich viele Feinde. Wenn eine Abschiebung dann vorbereitet ist, die Bescheide verschickt sind, der Flug gebucht ist, dann kommen die Ausreisepflichtigen in vielen Fällen in letzter Minute mit einem Attest, das ihnen bescheinigt, krank oder suizidgefährdet zu sein. Die Atteste müssen überprüft werden, wobei ein weiteres Hindernis auftaucht: Viele Ärzte wollen da aus politischen oder berufsethischen Gründen nicht mitmachen. Ein neues, wieder wochen- und monatelanges Ringen beginnt. Manchmal organisieren die Ausländerbehörden für Kranke eine lückenlose medizinische Betreuungskette bis ins Herkunftsland. Die Dortmunder Ausländerbehörde hat das 2005 einmal statistisch erfasst: Damals wurden insgesamt etwa 220 Fälle angemeldet, in denen nach Attesten schwer erkrankte Ausländer bei der Abschiebung in der Türkei sofort zur medizinischen Betreuung angemeldet wurden. Allerdings sahen neunzig Prozent der Patienten dann aber davon ab, sich dort zu melden. Nur 23 der Abgeschobenen nahmen die medizinische Hilfe in Anspruch. Waren die anderen alle plötzlich gesund geworden? Auch auf diesem sensiblen Feld gibt es fast niemanden, der dagegenhält.

Trotz der enormen Zuwächse an Asylbewerbern betrachten die meisten Deutschen nach Meinungsumfragen die gegenwärtige Lage als Herausforderung, die man gemeinsam meistern kann. Das wird nur so bleiben, wenn Abschiebung als Teil der Flüchtlingshilfe akzeptiert wird.

Quelle: F.A.S.

# Pour Varoufakis, il est urgent de «rétablir» la démocratie en Europe

Par [lefigaro.fr](http://lefigaro.fr), Marie Théobald

Mis à jour le 23/08/2015 à 17:53

Après un entretien d'une vingtaine de minutes ce dimanche à Paris avec Jean-Luc Mélenchon, cofondateur du Parti de gauche, Yanis Varoufakis a déclaré à la presse avoir parlé «de l'importance de démocratiser l'Europe à nouveau». «C'est la priorité numéro un pour tous les européens», a souligné l'ancien ministre du gouvernement Syriza d'Alexis Tsipras. Dans une interview qu'il a accordée au [Journal du Dimanche](#) (JDD), l'ancien ministre des Finances grec affirme que si les peuples européens prenaient conscience «de l'absence totale de responsabilité de leurs dirigeants envers les électeurs, de l'opacité, ils se réveilleraient et demanderaient que cela se fasse différemment. Il faut relancer le dialogue et rétablir ce qui a été complètement perdu: la démocratie».

Pour Jean-Luc Mélenchon, l'idée consiste à tenir une conférence européenne du «plan B», c'est-à-dire une sortie de l'euro pour une politique anti-austérité. «Puisque les Allemands ont un plan A (...) eh bien nous, nous allons avoir un plan B, c'est ce qu'on fait dans ce cas-là (...). Chacun a des idées sur le sujet. Il faut les confronter et il faut vite se coordonner pour organiser la résistance européenne», a expliqué Jean-Luc Mélenchon.

## Réseau européen de progressistes

«Déjà une bonne nouvelle, Yanis Varoufakis est d'accord avec la conférence européenne du plan B. Donc il y participera et on va se mettre d'accord sur comment on s'y prend. De plus je lui ai lancé une invitation à venir sur notre stand à la fête de l'Humanité (11, 12, 13 septembre)», a poursuivi le leader du Parti de gauche. Dans son entretien avec le [JDD](#) Yanis Varoufakis, [qui se rend, ce dimanche, à la fête de la Rose de Frangy-en-Bresse](#) (Saône-et-Loire) où il est l'invité vedette d'Arnaud Montebourg, ex-ministre PS, parle de lancer un réseau européen de progressistes.

**«Le silence des Français, celui de Michel Sapin dans l'Eurogroupe, le fait qu'une position française différente ne soit jamais assumée a provoqué chez moi une grande tristesse»**

Yanis Varoufakis dans Le Journal du Dimanche, 23 août 2015

«Il faut faire une proposition positive, quelque chose qui montre au peuple qu'on peut faire autrement, qu'on n'est pas condamnés à subir la politique de M. Schäuble», le ministre allemand des finances, a poursuivi Jean-Luc Mélenchon. Dans le JDD, Yanis Varoufakis s'en prend, lui aussi, à Wolfgang Schäuble et à sa logique: la discipline imposée aux nations déficitaires. Confirmant ses confidences dans [Le Monde](#) de samedi, l'ancien ministre soutient l'idée que la Grèce a servi de «laboratoire de l'austérité» pour ensuite «l'imposer à la France, à son modèle social, à son droit du travail».

Evoquant la position de la France dans les sommets européens, à l'intérieur de l'eurogroupe, l'économiste grec avance: «J'ai senti que le gouvernement français n'avait pas l'autorité nécessaire pour défendre ou même simplement présenter son point de vue et faire en sorte qu'il compte dans le processus de négociations (...) Le silence des Français, celui de Michel Sapin dans l'Eurogroupe, le fait qu'une position française différente ne soit jamais assumée a provoqué chez moi une grande tristesse».

«La seule chose effectuée le 12 juillet a été une énorme claque infligée à la démocratie européenne. L'Histoire jugera très sévèrement ce qui s'est passé ce jour-là et particulièrement nos leaders qui poursuivent cette mascarade», assure Yanis Varoufakis dans les colonnes du JDD.



## Verlustverschleierung

Um in der Griechenland-Krise die Verluste für Europas Steuerzahler zu verschleiern, tüfelt die Politik an komplizierten Vereinbarungen. Deren Wirkung ist ökonomisch gesehen identisch mit einem Schuldenschnitt.

18.08.2015, von PHILIP PLICKERT

Unangenehme Tatsachen vor den Wählern zu verschleiern gehört zum Geschäft der Politik. Im Zuge der „Eurorettung“ hat die europäische Politik darin eine wahre Meisterschaft entwickelt. Griechenland erhalte Kredite, keine Geschenke, hieß es stets. „Kein Cent“ der Kredite werde erlassen, versprach der CDU-Fraktionsvize Fuchs noch im Frühjahr.



Autor: Philip Plickert, Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Der Volkswirt“. Folgen:

Jetzt wird immer konkreter über Schuldenerleichterungen debattiert. Hellas Schuldenquote dürfte bald 200 Prozent der Wirtschaftsleistung erreichen und dann nur schleppend sinken. Auch die Schönredner der Eurorettung müssen eingestehen, dass ein Schuldenschnitt unumgänglich ist. Dabei werden die Gläubiger, also Europas Steuerzahler, Verluste erleiden.

Um dies zu verschleiern, tüfelt die Politik an komplizierten Vereinbarungen mit einer nochmaligen Senkung der schon jetzt sehr günstigen Zinsen und um bis zu 30 Jahre verlängerten Laufzeiten der Kredite. Das hieße, die letzten Hilfskredite würden erst in den 2080er Jahren zurückgezahlt (wenn die Enkel der heutigen Politiker Greise sind). Ökonomisch gesehen ist die Wirkung identisch mit einem Schuldenschnitt, nur hofft die Politik, der dumme Michel werde das nicht verstehen.

## Es lebe der Streit!

Was will es sein, dieses Europa: Ein Herr- und Knecht-Europa? Eine Konsumgüter-Handelszone? Manifest für ein Europa, das endlich einen Begriff von sich selbst findet.

18.08.2015, von BYUNG-CHUL HAN UND CHRISTIAN SCHÜLE

Die größte Krise des Euro ist zu einer großen Krise der Idee Europas geworden. Von Totengräberei, Bruch, Zerstörung ist die Rede, von Spaltung, Teilung, Rückfall. Es ist eine geistige Krise, weil der Kontinent kein Bewusstsein von sich als Einheit und, hegelianisch gesprochen, auch keinen Begriff seiner selbst hat.

Heute irrt Europa begriffs- und bewusstlos herum. Was will es sein, dieses Europa: Ein Herr- und Knecht-Europa? Eine Konsumgüter-Handelszone? Ein Europa als Warenhaus mit unterschiedlichen Stockwerken für reiche und arme Länder? Eine Erbgemeinschaft von 28 Kulturnationen, deren Geschichte sich ihr durch ihre Kunstwerke, Musik und Literatur vermittelt?

Über die zur Zeit aufgeführte Tragödie der Beleidigungen, Verdächtigungen, Vertrauensverluste und revanchistischen Gelüste scheint der krisengebeutelte Kontinent einen seiner größten philosophischen Paten vergessen zu haben: Georg Wilhelm Friedrich Hegel. Keiner eignet sich momentan, da wir aufs neue in das überwunden geglaubte Freund-Feind-Schema abzurutschen drohen, besser zum Bannerträger der Idee Europas als Hegel.

Der berühmte Hegel-Schüler Eduard Gans, Jurist, Rechtsphilosoph und Historiker, drückt den Kerngedanken seines Lehrers lapidar so aus: „Die Idee Europas begreifen“. Was ist denn die Idee Europas? Sie ist für Hegel identisch mit der Idee der Freiheit. Die Freiheit ist für Hegel ein dynamischer, dialektischer Prozess. Europa ist ein Kontinent der Freiheit, die sich durch Synthese von Unterschied und Einheit, durch die Harmonie in der Vielfalt ausdrückt.

Die europäische Geschichte verdankt sich der außergewöhnlichen Fähigkeit zur Empörung angesichts der Bedrohung der Freiheit. Ihr wohnt die dramatische Entschlossenheit inne, alle Hindernisse, die der Freiheit im Wege stehen, niederzureißen und neue, ganz andere Handlungsräume, Lebens- und Reflexionsformen hervorzubringen.

### Freiheit ist kein Idyll

Die Freiheit als Grundidee Europas stellt aber keinen idyllischen Zustand dar. Ihrem Wesen nach ist sie an die Fähigkeit zum Streit und Widerspruch gebunden. Europa ist streit- und empörungsfähig. Die Negation mündet jedoch nicht in die Zerstörung, sondern in eine höhere Synthese. Dabei geht es nicht darum, nach Lösungen zu suchen, die den Streit einfach beilegen würden, sondern darum, einen ganz neuen Seinszustand hervorzubringen, in dem der Widerspruch, der Konflikt, wie Hegel sagt, „aufgehoben“ wird.

Hegels Idee der Freiheit ist agonial. Sie impliziert Streit und Widerspruch. Sie ist keine tote Einheit zwischen dem Einzelnen und dem Allgemeinen. Die starre Unterwerfung des Einzelnen unter das Allgemeine ist die Unfreiheit. Der Konflikt des Verschiedenen ist die Voraussetzung dafür, dass die Versöhnung erreicht wird. Die Freiheit muss erkämpft werden durch Konflikte hindurch. Sie ist nicht einfach gegeben.

Es stehen sich dieser Tage scheinbar unversöhnliche Gegensätze gegenüber. Sie machen keineswegs an den nationalstaatlichen Grenzen Halt und spalten auch innerhalb der Länder die einzelnen Gesellschaften in ideelle Gefolgschaften – und das anhand folgender Fragen: Verstehen wir unter Staat ein Rechtsprodukt mit Regeln und Verträgen oder ein Projekt eines wie auch immer bestimmten Volkswillens? Fassen wir die Gesellschafts- als Wirtschaftsordnung neoliberal oder sozial auf?

So konfrontativ verlaufen derzeit die Fronten – und mit hoher Sensibilität für den Stereotypenverdacht einer Verkürzung von Komplexität könnte man noch anfügen: Es stehen die Erbbestände des weströmischen und jene des oströmischen Reichs einander gegenüber, es stehen die Mentalitäten des Säkularismus und Laizismus im Westen gegen jene der patriarchalen Orthodoxie im Osten, es steht eine calvinistisch geprägte Erwerbs- und Arbeitsethik mit den Prinzipien Leistung und Effizienz im Norden dem eher dionysischen Prinzip eines epikureischen Individualwohls im Süden gegenüber.

Im Ringen um Griechenlands Zukunft ist gut zu erkennen, dass in diesem Konflikt zwei Weltbilder aufeinanderprallen, zwei Weltanschauungen, zwei Wahrnehmungsformen. Es hat sich, kurz gesagt, der Gegensatz von Legalität und Legitimität etabliert; von verfahrensdemokratischem und substanzialistischem Demokratieverständnis; von Repräsentation und Plebiszit, Regel-Absolutismus und Regel-Anarchie.

Deutschland und Griechenland stellen dieser Tage die Prototypen der tiefliegenden Bewusstseinszustände dar. Geht es Deutschland in Gestalt seiner gewählten Regierung vor allem um die Ordnung des Rechts, geht es Griechenland in Gestalt seiner gewählten Regierung um Würde. Geht es Deutschland um rechtliche Verträge, geht es Griechenland um soziale Verträge. Man könnte sagen: Griechenland (und Teile Spaniens und Italiens) als Vertreter des Süd-Denkens befinden sich im Widerspruch vor allem zu Deutschland als Vertreter des Nord-Denkens. Auf Ordnung und Institutionalismus folgt nun die Revolte gegen diese Ordnung.

Viele Ressentiments und Vorbehalte, die lange Zeit im Untergrund des südlichen Euro-Raums waberten, wurden schlagartig zum Begriff, als der italienische Philosoph Giorgio Agamben vor zwei Jahren in der französischen Zeitung „Libération“ einen Essay veröffentlichte, der in allen Ländern Europas gewaltige Resonanz erfuhr. Agambens kurzer Aufsatz brachte die Idee eines „lateinischen Imperiums“ gegen die deutsche Dominanz in Stellung und forderte einen „Gegenangriff“ der Südländer.

### Ist das „lateinische Imperium“ die Rettung?



So ist Europa momentan weder schön noch wahr. Einschläfernde Lösungen, die bloß ein Problem notdürftig beseitigen und weitere Probleme verursachen, sind nicht in der Lage, einen neuen, höheren Zustand hervorzubringen. Hegels Negation bringt durch den Streit, Widerspruch und Konflikt hindurch eine höhere Position hervor. Die heutige Krise Europas wird nur zu überwinden sein, wenn sie sich zu einer inneren demokratischen Erneuerung entschließt.

Der momentane Krisendiskurs der Europäer ist alles andere als dialektisch. Ihm fehlt der Geist der Versöhnung. Gegenwärtige Konflikte werden nur dann gelöst werden können, wenn Europa sich umbildet und einen neuen Zustand, eine neue Konstellation, ein neues Gerüst formt. Ganz unhegelianisch gesprochen: Die EU müsste als organisches Gebilde ihren Paternalismus aufgeben und das Vertrauen der Völker gewinnen.

### **Der Andere ist notwendig und konstitutiv für das Eigene**

Nichts ist ohne sein Gegenteil wahr. Eine Einheit Europas als Einheit der Gegensätze seiner Mitgliedsstaaten wäre – als Identität, die die Nicht-Identität des Anderen in sich aufhebt – im Hegelschen Sinne gelebte Freiheit. Ein solches ideales Europa verstünde die Anerkennung unterschiedlicher mentaler Konfigurationen, die im Prozess des dialogischen Prinzips vermittelt werden, als Chance zu einer höheren Einheit. Der Andere ist notwendig und konstitutiv für das Eigene. Oder mit Martin Buber gesagt: Ohne Du kein Ich, ohne Euch kein Wir, ohne Dazwischen kein Ganzes.

Heute sollte man Hegel ganz anders lesen als es etwa Derrida, Deleuze oder Bataille gelehrt haben. Hegel ist ein Philosoph der Versöhnung, Freiheit und Vernunft. Die berühmte „Rückkehr zu sich“ ist keine gewaltsame Aneignung des Anderen, sondern die Gabe des Anderen, der ich mein Selbst verdanke. Der Geist heißt: „Ich, das Wir, und Wir, das Ich ist“, so Hegel in „Phänomenologie des Geistes“.

### **Wer im Prozess ist, ist nicht tot**

Wer angesichts der just begonnenen, mit Mühsal und Verletzungen verbundenen Vermittlungsarbeit vom Ende Europas spricht, hat wenig begriffen – zumindest wenig von den Begriffen Hegels. Dialektische Prozesse erfordern Zeit, Gelassenheit und Geduld, Entschlossenheit und Enthusiasmus. Sie setzen es voraus, Schmerz auszuhalten. Sie brechen Ordnungen auf. Sie bringen Verunsicherungen mit sich. Sie bringen neue Prozesse, neue Zustände, neue Konstellationen, neue Organisationen hervor und sind per se selbstschöpferisch. Was nicht in permanentem Prozess mit sich ist, ist nicht, ist tot. Es ist weder lebendig noch wahrheitsfähig.

Europa als unvollendete Union ist seit 1989 in einem Beschleunigungsprozess sondergleichen begriffen, mit schwer kontrollierbaren Katalysatoren. Das heterogene Europa muss seine Heterogenität nicht nur aushalten, seine Bürger müssen begreifen, genau darin eine Chance zur Versöhnung zu sehen.

Wenn irgendwo sich die fiktive *volonté generale* der europäischen Völker im demokratischen Prozess von Diskussion, Öffentlichkeit und Repräsentation zu einer Versöhnung verschiedenster Willens-Interessen finden kann, dann nur im Europäischen Parlament, in dem alle Widersprüche europäischer Willensäußerungen durch Darstellung, Argumentation und Kompromissbildung, nämlich durch den Diskurs der Vernunft zu einem supranationalen europäischen Selbstbewusstsein kommen können. Parlament geht etymologisch auf „parler“, auf das Miteinandersprechen zurück. Ohne Parlament, ohne Miteinandersprechen ist keine Demokratie, keine Freiheit möglich.

Dafür wäre es notwendig, dem Parlament mehr Macht zuzugestehen, den parlamentarischen Vorgang der Vermittlung weit stärker in den Fokus der nationalen Öffentlichkeiten zu rücken, die Partizipation der Bürger zu animieren. Es war zu hören, dass Jean-Claude Juncker Martin Schulz angewiesen habe, im Europäischen Parlament nicht über Griechenlands Krise zu debattieren. Dieses Diskursverbot käme dem Verbot der Demokratie gleich. In Europa droht die Demokratie heute zu einem Exekutivföderalismus abzusinken.

### **Grexit wäre das Ende für alle**

Die europäische Geschichte ist die Geschichte der Freiheit und Versöhnung. Grexit wäre das Ende der Idee Europas, die Hegel so vehement verteidigt. Ohne Vermittlung und Versöhnung ist die Freiheit nicht zu haben. Heute müsste Europa wieder zu sich finden jenseits der Hegemonie des Kapitals und des Marktes. Grexit wäre der Sieg der Hegemonie des Kapitals.

Die haushälterischen Kleingeister, deren Namen jeder Bundesbürger und inzwischen auch jeder Grieche kennen, sollten dem Geist, der Idee Europas weichen! Irritierenderweise führen sie auch die Vernunft im Munde. Vernunft heißt aber nicht Sparen und den Haushalt in Ordnung zu bringen. Vernunft heißt vielmehr Freiheit.

Geist ist Streit. Ohne Streit ist keine Versöhnung, keine Erlösung möglich. Schnelle Lösungen, nach denen sich heute alle sehnen, sind nicht fähig zur Versöhnung. Sie verdecken den grundsätzlichen Konflikt, ohne ihn wirklich aufheben zu können. Darin unterscheidet sich die Lösung von der Erlösung, die nicht den Status quo aufrechterhält, sondern einen neuen Seinszustand hervorbringt. Irgendwann, so hoffen die Autoren dieses Artikels enthusiastisch, wird es wieder ein „Dröhnen der Wahrheit“ geben, das den Lärm der geistlosen Konflikte schlagartig beendet.

So läßt sich Paul Celan hegelianisch lesen:

*Ein Dröhnen: es ist die Wahrheit,  
selbst unter die Menschen getreten,  
mitten ins Metapherngestöber.*

**Byung-Chul Han** ist Professor für Philosophie und Kulturwissenschaft an der Universität der Künste in Berlin. **Christian Schüle** ist freier Autor.

125,52

Deutschlands Rolle in Europa

## Wir sind der Hegemon

Noch zaudern die Deutschen, was ihre Rolle in Europa angeht. Reservekandidaten gibt es keine. Es ist Zeit, sich der Realität zu stellen. Ein Gastbeitrag.  
**21.08.2015, von HERFRIED MÜNKLER**

Weder die deutsche Politik noch die deutsche Gesellschaft haben sich diese Rolle gewünscht: die der europäischen Zentralmacht, der es obliegt, die zuletzt dramatisch angewachsenen Zentrifugalkräfte in der Union zu bändigen, die unterschiedlichen Interessen von Nord- und Süd-, West- und Osteuropäern zusammenzuführen, dabei nach einer gemeinsamen Linie zu suchen und schließlich auch noch dafür zu sorgen, dass die Herausforderung des einen Randes auch die gegenüberliegende Seite der EU etwas angeht. Das ist eine Aufgabe, die großes politisches Geschick verlangt: Man muss Geduld haben und doch entschlossen auftreten, man muss Kompromisse finanzieren, um sie akzeptabel zu machen, und gleichzeitig darauf achten, dass Verträge, auf denen die Europäische Union nun einmal beruht, tatsächlich eingehalten werden.

Und für all dies muss man bei der eigenen Bevölkerung auch noch politische Unterstützung finden. Die Aufgaben, die von der Zentralmacht Europas zu bewältigen sind, gleichen der Quadratur eines Kreises.

Leistungsfähig und populismusresistent

Es ist nicht verwunderlich, dass sich die deutsche Politik, solange es eben nur ging, um die Übernahme dieser Rolle herumgedrückt hat. Es hat dazu mehrfacher Aufforderungen von außen bedurft, bis sich schließlich, zumindest in der politischen Klasse, die Einsicht durchgesetzt hat, dass die Bundesrepublik die ihr faktisch längst zugefallene Rolle auch annehmen und bewusst spielen muss, um ihr gerecht werden zu können und darin nicht zu versagen. Das Problem ist nämlich, dass, wenn die Deutschen versagen, kein Alternativ- oder Reservekandidat bereitsteht, der einspringen und diese Rolle übernehmen könnte. Will man es dramatisch formulieren: Scheitert Deutschland an den Aufgaben der europäischen Zentralmacht, dann scheitert Europa.

Die Formulierung vom Scheitern Deutschlands – und nicht etwa der deutschen Politik – ist bewusst gewählt, denn die Aufgaben einer „Macht in der Mitte“ kann die Politik auf Dauer nicht wahrnehmen, wenn ihr dafür keine nachhaltige Unterstützung durch die Gesellschaft zuteilwird.



© PICTURE-ALLIANCE  Politikwissenschaftler Herfried Münkler.

Es sind nämlich nicht nur die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands, seine im Vergleich zu den nächstgrößten Staaten höhere Bevölkerungszahl und der Umstand, dass es in der Summe am stärksten von der europäischen Einigung profitiert hat, die der Bundesrepublik die Position der europäischen Zentralmacht aufgenötigt haben, sondern ebenso auch die keineswegs selbstverständliche Tatsache, dass die deutsche Wahlbevölkerung im Vergleich mit den anderen europäischen Staaten in den letzten Jahren die stärkste Resistenz gegenüber den Versprechungen populistischer Parteien aufgewiesen hat. Das ist die Voraussetzung dafür, die Aufgaben der europäischen Zentralmacht verantwortlich bearbeiten zu können.

Gesellschaftliche Debatte statt Elitenprojekt

Dass Frankreich in dem Duo, das es über Jahrzehnte mit Deutschland zusammen im Europaprojekt gespielt hat, nicht nur die Führungsposition verloren hat, sondern insgesamt zurückgefallen ist, hat nicht nur mit den dort ausgebliebenen Wirtschafts- und Sozialreformen zu tun, sondern ist auch eine Folge der starken Position, die der Front National in der französischen Politik inzwischen hat. Rechts- und linkspopulistische Parteien begrenzen, sobald sie eine gewisse Stärke erlangt haben, die politischen Spielräume eines Landes, auch wenn sie nicht an der Regierung beteiligt sind. Man kann in der Spielraumbegrenzung mithin ihr strategisches Arkanum sehen.

Den Herausforderungen zu genügen, die an die Zentralmacht Europas gerichtet sind, ist somit keine Aufgabe, die längerfristig als Elitenprojekt prozediert werden kann. Es bedarf dazu, wenn es sich nicht um eine politische Episode handeln soll, der Bereitschaft des überwiegenden Teils der Wahlbevölkerung, sich diesen Herausforderungen zu stellen und die mit ihnen verbundenen Belastungen zu tragen. Dafür wird freilich die Populismusresistenz auf Dauer nicht genügen, sondern dazu ist eine gesellschaftliche Debatte erforderlich, in der Chancen und Risiken der Zentralmachtrolle offen angesprochen und diskutiert werden.

Der Aufgabe stellen, bevor es zu spät ist

Daran jedoch mangelt es in Deutschland bislang, und dass dem so ist, ist weniger das Versagen der Politiker als vielmehr das der sonst so debattenfreudigen Intellektuellen, die sich um diese Frage notorisch herumdrücken. Es ist dies freilich eine Debatte, die nicht im Stil des beliebten Alarmismus, der besorgten Hinweise und warnenden Gesten zu führen ist, sondern als verantwortliche Auseinandersetzung mit einem großen Thema, das nicht nach einigen Wochen wieder aus den Schlagzeilen verschwunden sein wird und bei dem es nicht genügt, Mahnungen an die Bevölkerung zu richten und diese mit Erwartungen zu konfrontieren, sondern in der es um die Überzeugungskraft politischer Argumente geht.

Die Rolle der Zentralmacht Europas, die Deutschland nun einmal zugefallen ist, lässt sich nicht auf das physische Durchhaltevermögen von Politikern bei den Brüsseler Marathonverhandlungen begrenzen, sondern umfasst eine ausgiebige politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den entsprechenden Aufgaben. Dies mag im Augenblick nicht so dringlich erscheinen, da die Wirtschaftsdaten des Landes gut sind und jedem, der rechnen kann, klar ist, dass Deutschland von der EU profitiert, auch wenn es der bei weitem größte Nettozahler der Union ist. Aber die Aufgaben einer Zentralmacht sind auch dann wahrzunehmen, wenn die Rahmenbedingungen schlechter sind als derzeit. Ergo gilt: Debattiere die Herausforderungen und Probleme in der Zeit, dann hast du zumindest eine Chance, sie in der Not zu bewältigen.

**Herfried Münkler**, geboren 1951, lehrt Politikwissenschaft an der Berliner Humboldt-Universität. Zuletzt erschien von ihm „Macht in der Mitte – Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa“. Quelle: F.A.Z.

Demografische Trendwende?

## So viele Geburten wie seit zwölf Jahren nicht mehr

In Deutschland entscheiden sich wieder mehr Paare für Kinder. 2014 stieg die Zahl der Babys zum ersten Mal seit 2004 wieder über 700.000. Auch andere Zahlen des Statistischen Bundesamtes überraschen.

21.08.2015



© DPA So viele Neugeborene wie schon lange nicht mehr: Über 700.000 Kinder in einem Jahr wurden zuletzt 2004 geboren.

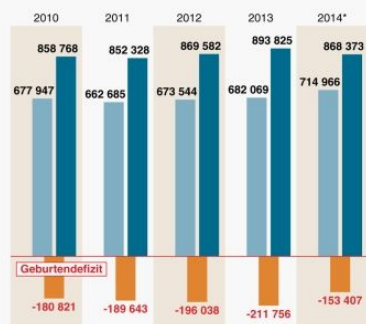
Mehr Ehen, mehr Kinder, weniger Todesfälle: Das Statistische Bundesamt hat die vorläufigen Zahlen zum Thema Familie vorgelegt. Die gute Nachricht: Das Geburtendefizit schrumpft. 2014 wurden in Deutschland 715.000 Kinder geboren, wie die Statistikbehörde am Freitag in Wiesbaden mitteilte. Das waren 4,8 Prozent (oder 33.000 Neugeborene) mehr als im Jahr davor.

So viele Geburten gab es seit zehn Jahren nicht mehr: Über 700.000 Kinder in einem Jahr wurden zuletzt 2004 geboren. 2014 haben sich zudem mehr Menschen für eine Ehe entschieden. 386.000 Paare schlossen den Bund fürs Leben. Das ist eine Steigerung von 3,3 Prozent (oder 12.000 Ehen) gegenüber dem Vorjahr.

Zurückgegangen ist die Zahl der Todesfälle. Im Jahr 2014 starben 868.000 Menschen. Das waren 2,8 Prozent weniger als im Jahr davor. Trotzdem liegt die Zahl der Todesfälle wie gehabt weit über der Zahl der Geburten: „Wie in allen Jahren seit 1972 starben mehr Menschen als Kinder geboren wurden“, sagte Anja Conradi-Freundschuh vom Statistischen Bundesamt. 2014 lag die Differenz bei 153.000, im Jahr zuvor allerdings noch bei 212.000. Endgültige Ergebnisse will das Statistische Bundesamt im September vorlegen.

### Geburtendefizit schrumpft

■ Zahl der Lebendgeborenen  
■ Zahl der Gestorbenen  
in Deutschland



\*vorläufig; Quelle: Statistisches Bundesamt

© DPA

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) sagte, es sei „ein schönes Signal, dass in Deutschland wieder mehr Kinder geboren werden. Wir müssen uns weiterhin anstrengen, Familien in Deutschland gut zu unterstützen.“

© ZDF Geburtenrate in Deutschland gestiegen

125,55

## **Agression à l'hôpital public : «Il faut dire clairement que l'islam radical gagne du terrain»**

Par [Lydia Guirous](#)

Mis à jour le 21/08/2015 à 23:54

Publié le 21/08/2015 à 17:07

*Lydia Guirous, Porte-parole les Républicains, son dernier livre «Allah est grand, la République aussi» paru aux éditions JC Lattès.*

---

**Un aide-soignant du CHU de Bordeaux, ainsi que l'établissement lui-même, ont porté plainte après une agression par un homme qui refusait que son épouse enceinte soit examinée par un soignant masculin, a-t-on appris hier de sources concordantes. Que cela vous inspire-t-il?**

Un peu de lassitude, ces incidents sont récurrents et quand on les dénonce soit on remet en question notre parole, soit on nous fait passer pour le diable. Pour de nombreuses personnes, il est plus confortable de ne pas voir ou de fermer les yeux. Ça se passe dans les écoles où l'on refuse la mixité, ça se passe dans les piscines municipales où il y a eu de nombreux incidents cet été, et ça se passe aussi à l'hôpital public... Ce n'est pas nouveau. Les revendications sont de plus en plus virulentes et de plus en plus nombreuses. Ce sont des tests sur la solidité de notre modèle républicain. Il ne faut rien céder. A l'hôpital public, on n'a pas d'exigence à avoir sur le sexe du soignant. Le soin est un droit mais l'hôpital public est laïc et mixte, il ne doit pas s'adapter aux réclamations ou aux menaces de certains individus. Si ces usagers ne veulent pas se plier aux règles et au fonctionnement de l'hôpital public, ils peuvent se diriger vers des cliniques ou des maternités privés dans lesquels ils pourront choisir leur médecin. Le personnel hospitalier s'investit énormément, et aujourd'hui la violence est entrée dans les services d'urgences, il faut y mettre un terme rapidement. J'espère que cet homme sera condamné fermement et que cela servira d'exemple.

**Selon le chef du service de gynécologie-obstétrique du CHU, Dominique Dallay, cité dans Sud Ouest, les demandes de prise en charge de femmes par uniquement du personnel médical féminin sont «un sujet récurrent dans les maternités». Et ce «pour différents types de raisons, pas uniquement religieuses», a précisé l'établissement hier. Faut-il voir dans cette agression un simple fait divers ou le symptôme d'un mal plus profond?**

Si ce n'est pas de caractère religieux, je ne sais pas de quoi il s'agit! Il y a une mode dangereuse à ne pas vouloir nommer les choses. Dès lors que des faits similaires se produisent, il y a un empressement à dire qu'il n'y a pas de caractère religieux. C'est un peu le nouveau «Pas d'amalgame». Ces faits, comme je vous le disais, ne sont pas nouveaux, il y a déjà eu des problèmes similaires dans des maternités et des services d'urgence, et cela est lié à des revendications religieuses. Pour éviter de dire qu'il s'agit de revendications religieuses certains avanceront certainement «la pudeur» ou une approche «culturelle». C'est encore une fois une façon de ne pas nommer les choses. Malheureusement, la radicalisation religieuse, notamment l'islam radical gagne du terrain en France et cela n'en est qu'une illustration de plus. Il faut le dire clairement, le combattre fermement. Quand ce n'est pas à l'hôpital, c'est à l'université avec le jilbeb et les salles de prières, c'est aussi au collège avec les jupes longues car la direction applique la loi de 2004 qui interdit le voile, c'est aussi durant les cours de sport, notamment de natation, que les parents refusent pour leurs filles. On retrouve également cela au sujet de la viande que l'on ne mange pas si elle n'est pas confessionnelle, des cours de sciences naturelles que l'on boycotte au nom de la «pudeur»... Arrêtons de céder. Arrêtons de culpabiliser et de trembler! Affirmons clairement, avec autorité, les valeurs de la France, de la République et notre mode de vie.

**Arrêtons de céder. Arrêtons de culpabiliser et de trembler ! Affirmons clairement, avec autorité, les valeurs de la France, de la République et notre mode de vie.**

**Que peuvent faire les politiques face à la montée des communautarismes?**

Il faut rompre avec la culture de l'excuse, du relativisme culturelle, de la culpabilité post-coloniale. Il faut réaffirmer la République et la renforcer. Les politiques doivent être des combattants de la République. C'est ce que nous souhaitons faire avec Nicolas Sarkozy. Nous voulons réinstaurer une République forte et une France fière. L'autorité républicaine doit s'exprimer à nouveau. La police et la justice ont un rôle important à jouer dans le rétablissement de cette autorité républicaine. Il convient également de refonder l'école pour réinstaurer la hiérarchie, le respect, la discipline et la rigueur. Il est vrai que tout cela a été mis à mal par la politique du gouvernement actuel, avec les lois Taubira et les réformes de Najat Vallaud-Belkacem.

La France doit cesser d'être une société de droits sans devoirs. Chacun doit apporter sa pierre à l'édifice en s'acquittant de ses devoirs de citoyen responsable.



Les politiques doivent dire les choses et arrêter les arrangements avec la laïcité , avec la réalité que vivent les Français. Ils doivent être ancrés dans la vie quotidienne des Français, être à l'écoute pour apporter les bonnes solutions et arrêter de trouver des arrangements qui détruisent petits à petits notre modèle Républicain. Le cas des menus des substitution dans les cantines est un bon exemple. Aujourd'hui, des parents d'élèves refusent que leurs enfants mangent de la viande à l'école car elle n'est pas confessionnelle... alors certains élus veulent imposer un menu végétarien. Le menu végétarien est l'exemple même de la «solution-renoncement», une lâcheté de plus, car c'est celui qui refuse le système, qui réclame, qui gagne et prive les autres d'un droit. C'est le symbole d'une République faible et d'élus qui ne résistent à aucune pression communautaire. A force de renoncement la France et la République seront redessinées par ceux qui réclament le plus fort. Je le refuse.

**Nicolas Sarkozy a été au pouvoir pendant dix ans et n'a pas su enrayer le phénomène communautaire... Au-delà d'un discours de fermeté nécessaire, comment relancer une véritable politique d'intégration?**

Je crois qu'il n'y a pas de politique d'intégration à relancer. Ce fût un échec, on ne peut que le constater. Je crois en l'individu, en la volonté de chacun de devenir ce qu'il souhaite devenir. On peut être issu de l'immigration et être pleinement français si on le souhaite, beaucoup de personne le font tous les jours et depuis de nombreuses années, ils sont totalement dans la société avec un amour pour la France et son mode de vie. Ils sont là et ne demandent pas que la France change pour eux. D'autres sont réfractaires, parfois ils ne connaissent pourtant que la France. Qu'importe les politiques, ils refuseront de vivre en s'adaptant à la France, ils sont dans un combat idéologique, politique. Face à cela il faudra que la République ne cède sur rien, ne doute jamais de ce qu'elle considère comme juste, notamment lorsqu'il s'agit de laïcité. Il faut que les règles soient les mêmes pour tous, qu'elles ne connaissent plus d'«exception» ou d'«arrangement». Enfin, à mon sens, seule une politique claire d'assimilation nous permettra de retrouver pour les générations à venir de la cohésion nationale et de la fraternité. L'assimilation n'est rien d'autre qu'une intégration réussie.

## Britain's Labour Party

The resistible rise of Jeremy Corbyn

**A victory for the hard-left candidate would be bad for Labour—but also for the Tories**

Aug 22nd 2015 | [From the print edition](#)



THE opposition Labour Party is about to inflict grave damage on Britain. If it picks Jeremy Corbyn, a veteran far-left MP, as leader on September 12th, Labour will consign itself to the wilderness. Worse, by wrecking opposition to the governing Tories, Mr Corbyn will leave Britain open to bad government.

The sudden vogue for populist leftists like Mr Corbyn echoes the earlier rise of parties such as Syriza in Greece and Podemos in Spain. Similar enthused crowds have been greeting another grizzled old socialist, Bernie Sanders, in America (see [Lexington](#)). All of them have energised new, mainly young supporters who fret about globalisation and inequality.

Yet even in such dubious company Mr Corbyn stands out as a throwback. For him no policy is too dog-eared, no intellectual dead-end too futile. Public spending? Yes, please. Higher taxes? Soak the capitalists and the landlords. State ownership? Nationalise the railways and utilities, get the private sector out of public services and reopen the coal mines. If that were the secret of prosperity, Britain would never have fallen apart in the 1970s and Tony Blair would not have won three elections at the head of a modernised centre-left Labour Party.

No prizes for concluding that Mr Corbyn would not get *The Economist's* vote. He is stridently anti-American and anti-Israel—though he is a “friend” of Hamas and Venezuela. To him, Britain's nuclear weapons are evil and always were. NATO is a warmongers' plot to enrich the military-industrial complex. The European Union risks being a Trojan horse for liberalism.

Our worry is not that Mr Corbyn would win power. Labour grandees—including Mr Blair and Gordon Brown, the party's most recent prime minister—have lined up to declare, rightly, that he is unelectable. Even under its former leader, Ed Miliband, voters found Labour too left wing. Our worry is that Mr Corbyn will do immense damage even as opposition leader.

First to Labour itself. He does not have the loyalty of Labour MPs, who know him best (see [article](#)). He barely scraped together the 35 MP nominations he needed to stand—some backed him only because they thought he would broaden the debate (they got what they wished). As leader, he will control the levers of party power; the hard left and the unions will help him use these for their own ends. Even if Mr Corbyn does not last, his successor will struggle to clean up the mess.

Second, he will harm the Conservatives. Many Tories are cheered by the prospect of Mr Corbyn as Labour leader. Just as in the 1980s, they say, his loony-left policies would win them elections. In this they are undoubtedly right. But they are still wrong to welcome his prospective leadership.

### Truth and faction

Good government needs a coherent opposition to scrutinise it and hold it to account. Under Mr Corbyn, hard-left policies, his lack of support among MPs and his own record as a serial party rebel will make this impossible. A shambolic Labour Party, and a rump Liberal Democrat Party that has also drifted left, will leave the Scottish nationalists as the most potent opposition to David Cameron's government.

The Conservative Party is itself a coalition—of English nationalists, libertarians and “one-nation” Tories. Without the discipline of strong opposition, these factions tend to fight each other—and Mr Cameron. Having only a slender majority, the government is vulnerable in difficult forthcoming votes, such as those on air strikes in Syria or airport expansion in London. The referendum on Britain's EU membership will become more unpredictable. Britain needs an opposition that lives in the real world and a united, focused government. With Mr Corbyn as Labour leader, it risks having neither. [From the print edition: Leaders](#)

125,58

## Angela Merkel's power

Angela regina

### The German chancellor may wobble, but not for the reasons widely assumed

Aug 22nd 2015 | BERLIN | [From the print edition](#)



ON AUGUST 19th, hours before jetting off to Brazil for more of the statesmanship the world associates with her, the German chancellor, Angela Merkel, sat waiting in the Bundestag. Germany's parliament had to approve a third bail-out of Greece since 2010. As usual she ostentatiously fiddled with her mobile phone whenever the opposition attacked her, while putting on an inscrutable expression. But she was probably pondering two numbers.

One was the size of the rebellion among MPs in her party. When the Bundestag first approved a rescue of the euro in 2010, only four members of Mrs Merkel's conservative bloc dissented. But with each successive bail-out the level of resistance has grown in the Christian Democratic Union (CDU) and its Bavarian sister party, the Christian Social Union (CSU), collectively known as the Union. Later that day, even after unusually heavy bullying by Mrs Merkel's whip, Volker Kauder, dissent reached new heights, with 63 naysayers and three abstentions.

The rescue plan still passed comfortably, with support from the centre-left Social Democratic Party (SPD), Mrs Merkel's coalition partner, and the opposition Green party. Nonetheless the state of the Union caused hand-wringing. Could growing conservative discontent, now at 21% of the parliamentary party, finally signal limits to Mrs Merkel's power after years of presumed supremacy?

Another number published the same day suggests otherwise. A new poll puts support for the Union at 43% if the election due in 2017 were held now. Given Germany's electoral system, that would give Mrs Merkel half the seats in parliament, a hair's breadth from an absolute majority. She is within reach of becoming the first chancellor since Konrad Adenauer in 1960 to rule without a coalition partner. In her tenth year in power, and without term limits to constrain her, Mrs Merkel rides high.

Take it from the Social Democrats, normally the Union's archrival but forced into an unhappy coalition as her junior partners. The SPD should be planning a campaign to defeat her in 2017 but shows little vigour. One Social Democrat bigwig, Torsten Albig, the premier of Schleswig-Holstein, conceded on television that Mrs Merkel is doing an "excellent" job and questioned whether his party should even bother nominating a candidate for the next election.

That is awkward for the most obvious contender: Sigmar Gabriel, the SPD's boss, as well as vice-chancellor and economics minister. Seemingly in desperation, he has poached a campaign consultant, Thomas Hüser, from the Christian Democrats. Embarrassingly, Mr Hüser recently said on Facebook that Mr Gabriel will struggle to do better than the 25.7%, the SPD achieved in 2003. (The SPD now polls at about 23%.) Some Social Democrats are talking about a grassroots vote among members to pick a candidate.

Given no strong contender to challenge Mrs Merkel, the real cap on her power is more subtle: few think she stands for any particular values in domestic politics. This may surprise foreigners who associate her with a stubborn imposition of austerity. But at home she is considered wobbly or absent in big debates from immigration to gay marriage. The leading contender in a "youth word of 2015" competition is currently the verb *merkeln*. It means to avoid big decisions with maximum delay, passivity and obfuscation.

[From the print edition: Europe](#)

[Adair Turner](#)

Adair Turner, a former chairman of the United Kingdom's Financial Services Authority and former member of the UK's Financial Policy Committee, is Chairman of the Institute for New Economic Thinking. His book *Between Debt and the Devil* will be published by Princeton University Press in fall 2015.

AUG 21, 2015 4

## The Real Demographic Challenge

LONDON – The United Nations' [latest population projections](#) suggest that Japan's population could fall from 127 million today to 83 million by 2100, with 35% of the population then over 65 years old. Europe and other developed economies are aging as well, owing to low fertility rates and increasing longevity.

But those who warn that huge economic problems lie ahead for aging rich countries are focused on the wrong issue. Population aging in advanced economies is the manageable consequence of positive developments. By contrast, rapid population growth in many poorer countries still poses a severe threat to human welfare.

In 2008, the UN projected the world's population reaching 9.1 billion by 2050 and peaking at about ten billion by 2100. It now anticipates a population of 9.7 billion in 2050, and 11.2 billion – and still rising – by 2100, because fertility rates in several countries have fallen more slowly than expected (in some, notably Egypt and Algeria, fertility has actually risen since 2005). While the combined population of East and Southeast Asia, the Americas, and Europe is projected to rise just 12% by 2050 and then start falling, sub-Saharan Africa's population could rise from 960 million today to 2.1 billion by 2050 and almost four billion by 2100. North Africa's population will likely double from today's 220 million.

Such rapid population growth, on top of even faster increases over the last 50 years, is a major barrier to economic development. From 1950 to 2050, Uganda's population will have increased 20-fold, and Niger's 30-fold. Neither the industrializing countries of the nineteenth century nor the successful Asian catch-up economies of the late twentieth century ever experienced anything close to such rates of population growth.

Such rates make it impossible to increase *per capita* capital stock or workforce skills fast enough to achieve economic catch-up, or to create jobs fast enough to prevent chronic underemployment. East Asia has gained a huge demographic dividend from rapid fertility declines: in much of Africa and the Middle East, the dividend is still missing.

In some countries, sheer population density also impedes growth. India's population may stabilize within 50 years; but, with the number of people per square kilometer 2.5 times that of Western Europe and 11 times that of the contiguous United States, disputes over land acquisition for industrial development create serious barriers to economic growth. In much of Africa, density is not a problem, but in Rwanda competition for land, driven by high and rising density, was among the root causes of the 1994 genocide. By 2100, Uganda's population density could be more than twice India's current level.

The demographic challenges facing advanced economies are slight in comparison. Greater longevity poses no threat to economic growth or pension-system sustainability as long as average retirement ages rise accordingly. Population stabilization reduces pressure on environmental assets such as unspoiled countryside, which people value more as their incomes increase.

To be sure, rapid population decline would create difficulties. But if writers like [Erik Brynjolfsson](#) and Andrew McAfee are right that information technology will create new [opportunities to automate jobs](#), gradual population decline could help offset falling demand for labor, which otherwise would generate unemployment and/or rising inequality.

On the other hand, increased automation could be a huge barrier to economic development for countries still facing rapid population growth. By making it possible to manufacture in almost workerless factories in advanced economies, automation could cut off the path of export-led growth that all of the successful East Asian economies pursued. The resulting high unemployment, particularly of young men, could foster political instability. The radical violence of ISIS has many roots, but the tripling of the population of North Africa and the Middle East over the last 50 years certainly is one of them.

Continued high unemployment throughout Africa and the Middle East, and political instability in many countries, may in turn make unrealistic the UN's projection that Europe's population will fall from 730 million today to 640 million by 2100. With Africa's population likely to increase by more than three billion over the next 85 years, the European Union could be facing a wave of migration that makes current debates about accepting hundreds of thousands of asylum seekers seem irrelevant. The UN assumes net migration from Africa of just 34 million over the century – only 1% of the population increase. The actual figure could be many times that.

As a result, Europe's population – unlike, say, that of East Asia or even the Americas – may well continue to rise throughout the century. This, some will say, will help “solve Europe's aging problem.” But, given that the aging “problem” is overstated and solvable by other means, mass migration may instead undermine Europe's ability to reap the benefits of a stable or gently falling population.

Both increased longevity and falling fertility rates are hugely positive developments for human welfare. Even in the highest-fertility countries, rates have fallen – from six or more children per woman in the 1960s to 3-4 today. The sooner fertility rates reach two or below, the better for humanity.

Achieving this goal does not require the unacceptable coerciveness of China's one-child policy. It merely requires high levels of female education, the uninhibited supply of contraceptives, and freedom for women to make their own reproductive choices, unconstrained by the moral pressure of conservative religious authorities or of politicians operating under the delusion that rapid population growth will drive national economic success. Wherever these conditions prevail, and regardless of supposedly deep cultural differences – in Iran and Brazil as much as in Korea – fertility is now at or below replacement levels.

Sadly, this is not true in many other places. Ensuring that [women are educated and free](#) is by far the most important demographic challenge facing the world today. Worrying about the coming population decline in advanced countries is a meaningless diversion.

Read more at <http://www.project-syndicate.org/commentary/demographic-challenge-poor-countries-by-adair-turner-2015-08#JPDtYLU1zI3XzKeG.99>

## The third Greek bailout and the challenge to national democracy (in Athens and beyond)

With the third Greek bailout officially under way, our policy analyst Vincenzo Scarpetta looks at how the debates and votes on the rescue package in a number of national parliaments have once again highlighted the underlying tension between Eurozone membership and national democracy.

20 August 2015

The third Greek bailout is officially under way. The ESM, the Eurozone's bailout fund, has this morning disbursed €13 billion from the first tranche of the new loan. But let's take a step back and look at what happened in some of the countries where national parliaments held a vote on the bailout – a perfect illustration of how Eurozone membership clashes with national democracy.

### The Netherlands and the fear of being “isolated”

For Dutch Prime Minister Mark Rutte, taking part in the third Greek bailout has meant breaking [his 2012 election pledge of “not one more cent for Greece”](#). Dutch MP Mark Harbers, the economic spokesman of Rutte's VVD party, [said something really interesting ahead of the debate in the Dutch parliament](#).

We have many doubts as to whether this package will work, but putting everything on the balance, the VVD faction has decided to vote in favour. When one country would vote against, I know Europe enough by now: the money goes to Greece one way or another. The rest of Europe has already decided that...It wouldn't make much sense if the Netherlands would be isolated.

Mark Harbers MP, 18 August 2015

This is pretty big stuff. A senior member of the Dutch governing party is essentially saying that they do not necessarily think another multi-billion loan is the right way forward for Greece, but his country's opposition to the bailout would be ignored by the rest of the Eurozone – and would even leave the Netherlands “isolated”. Not a far-fetched statement. The ESM can be activated by a super-majority of 85% under a special emergency procedure that the Netherlands would not be able to veto on its own. Taxation without representation anyone?

### Greece: Reduced summer parliamentary sessions to defuse SYRIZA rebels?

In Greece, as in the Netherlands, the government has come to accept that this bailout deal was the only viable alternative – despite over 61% of Greeks voting against it in last month's referendum after being strongly encouraged to do so by the government itself. Faced with a big rebellion within his SYRIZA party, Greek Prime Minister Alexis Tsipras [has reportedly been considering](#) opening reduced summer parliamentary sessions to adopt some of the reforms pledged by Athens to its creditors.

That would mean only 100 MPs sitting instead of 300, with each party allowed to pick which MPs attend the session. A handy (if democratically dubious, to say the least) tool to defuse the SYRIZA rebellion – the irony being, however, that Tsipras was very critical when the previous government resorted to reduced summer sessions last year.

Again, this illustrates the constraints Eurozone membership imposes on national democracy – especially when your country is under a bailout programme.

### The Finns: Opposing the bailout would have meant walking out of government

The third example comes from Finland. Timo Soini, Foreign Minister and leader of the eurosceptic The Finns party, is a longstanding opponent of Eurozone bailouts. Yet, he recently admitted that his party [was forced to back the third Greek](#)

[rescue package “reluctantly”](#) – as the alternative would have been to walk out of the governing coalition and possibly go to snap elections.

Soini told Finnish public broadcaster YLE,

I still think bailout policy is bad policy...But in politics, one must make unpleasant decisions.

Finnish Foreign Minister Timo Soini, 17 August 2015

In addition, German Chancellor Angela Merkel yesterday witnessed the biggest party rebellion of her ten years in office when the Bundestag voted on the third Greek bailout. This despite the fact that the deal she secured was already very ‘German’, with its heavy focus on spending cuts, tax hikes and structural reforms. Anything less would most likely have triggered an even bigger rebellion.

Ahead of the vote, the CDU’s chief whip Volker Kauder faced a huge backlash for the pressure he applied to rebel MPs, [one of whom accused him](#) of “trampling over the freedom of opinion for MPs which is guaranteed by the [German] Constitution.”

Add everything up, and one really needs to ask whether this underlying tension between Eurozone membership and national democracy is sustainable in the long run – and whether the tipping point hasn’t just come one step closer.

125,63

Europe's sick farmer

## France's agricultural model is in trouble.

By [NICHOLAS VINOUCUR](#)

8/19/15, 1:09 PM CET

Updated 8/19/15, 2:54 PM CET

The sight of French farmers blocking roads, torching tires and dumping their produce in the streets is a staple of French life — on par with the Tour de France and jet flyovers during the Bastille Day military parade.

But the displays of outrage this summer point to more than just bad humor among farmers. Insiders warn that a support system made up of price controls, European Union subsidies and state aid, which has kept swathes of French agriculture in business for decades, is unraveling.

Unless France reforms agriculture in depth, farmers, meat purchasers and analysts say that some sectors — notably breeders — are set to go the way of coal mining, and disappear.

“The entire breeding sector, from pork to beef to milk producers, faces a huge competitiveness challenge,” Pascal Viné, the general delegate of the [Coop de France](#) group of agricultural firms, told POLITICO. “We’ve reached a point where we can no longer play for time and hope that prices will pick up.”

The latest crisis is partly explained by European Union economic [sanctions on Russia](#), a huge export market for EU meat that has largely been shut off to farmers. Unable to sell to the east, farmers have flooded the European market with cheap meat products to drain supply.

While French industrial purchasers normally agree to absorb a set volume of local production at controlled prices agreed during roundtables, this time some of them balked over the huge difference between the cost of French meat and products from Germany or Spain — around 30 euro cents per kilo.

Many French farmers blame other European countries for causing their woes by overproducing meat and selling it too cheaply.

Some complained that buying French meat at inflated prices would put them at a serious economic disadvantage. The refusal of just two moderately sized groups, Bigard and Cooperl, to buy a certain volume of pork at an agreed price of €1.40 per kilo was enough to upset the tightly-controlled system, shutting down the Brittany pork product exchange for eight days.

Pig farmers reacted with wildcat protests, demanding immediate government intervention. On Tuesday, Agriculture Minister Stephane Le Foll, a close ally of President François Hollande, brokered a deal to [reopen the exchange](#) and kick-start sales near the agreed price, after other purchasers agreed to pick up what Bigard and Cooperl still refused to buy.

But prices quickly slipped below €1.40, and some 30,000 pigs — about half the overhang — remained unsold as of Tuesday evening. Hinting at his own government’s inability to address the price issue, Le Foll — who is appreciated by farmers for his gruff manner and track record handling previous crises — said last week that the only solution was to harmonize prices between EU states.

“If we could find a price compatible with the Spanish, German or British systems, we could talk,” Agence-France Presse quoted him as saying at a news conference. “Today, we are far from being able to harmonize our prices. Europe is not getting organized quickly enough.”

Like Le Foll, many French farmers blame other European countries for causing their woes by overproducing meat and selling it too cheaply. Catherine Laillé, president of the national pig breeders organisation, agrees



with that diagnosis, but she also blames the government for failing to address the mature sow in the room: excessive production prices in France.

“If you drive around the French south you don’t see any cows anymore, or any pigs, or any animals raised for meat” — *Catherine Laillé, pig breeder.*

Indeed, over the past decade, French breeders have fallen far behind their EU neighbors in price competitiveness.

While France boasts vast arable lands and French farmers are the top beneficiary of European farming subsidies via the Common Agricultural Pact — which Paris has defended for decades — its farmers face much higher production costs than German or Spanish farmers, notably due to higher social welfare charges and taxes. They also have to follow sanitary, environmental and labeling standards that are often more stringent than what is required by EU law.

The result is that the total volume of pork produced in France has dropped steadily over the past few years — to 13.3 million heads in 2014 from 15 million in 2006, according to [FranceAgriMer](#), a government-funded body that studies agriculture.

“I think he [Le Foll] hasn’t understood that unless we change the structure of costs in the breeding sector, it’s going to die out,” Laillé, who keeps 110 pigs in the western Loire Atlantique region, told POLITICO. “The government needs to act on the social charges, which must be harmonized across the European Union.”

Laillé and other French farmers want the government to press other European capitals to impose controls on pricing and production to even out the differences. Le Foll will try to obtain guarantees on September 7, when he [meets](#) counterparts from several EU farming nations in Brussels at talks called by France.

But the chances of France winning a major regulatory victory to control pricing and production across the bloc appear limited, because France is effectively the odd one out among producers of cheap meat. Other states have lowered their meat production costs drastically through a variety of means — from modernized breeding and slaughtering to cheap labor by migrant workers.

“There is an enormous amount of work to be done in the sector,” said Viné. “France needs to take a hard look at how we handle social welfare charges, taxes and regulations.”

Laillé said that she had borrowed €20,000 from a bank to cover operating costs at her farm while she waited for the price conflict to be resolved. The size of her operation and years of experience would allow her to pay back the money and stay in business. But, she said that other, less resilient farms were bound to go under.

“If you drive around the French south you don’t see any cows anymore, or any pigs, or any animals raised for meat,” she said. “All of that is going down the drain.”

## Terrorism in France

Attempted murder on the Paris express

# It may have been France's latest Islamist attack. But this time no one was killed

Aug 22nd 2015 | PARIS | [Europe](#)



FOR the third time in seven months, France has been shaken by what appears to have been a terrorist attack. On the evening of August 21st a man armed with a Kalashnikov opened fire in a high-speed TGV train (pictured), injuring two passengers, before being overpowered by three others, two of them off-duty American military personnel. The train was travelling from Amsterdam to Paris, and the attack took place between the northern French cities of Lille and Arras. Nobody was killed.

The French government has been uncharacteristically cautious about calling this an act of terrorism. Yet Bernard Cazeneuve, the French interior minister, confirmed on August 22nd that the case has been transferred to the judicial police's anti-terrorist unit. He also said that the suspect, who can initially be detained for 96 hours under French law, is thought to be a 26-year-old Moroccan citizen already known to the French counter-terrorism authorities. Mr Cazeneuve said intelligence services in Spain, where the suspect lived in 2014 before moving to Belgium, had tipped off the French about his "belonging to a radical Islamist movement". One French newspaper suggested that he had tried to reach Syria earlier this year.

In this latest attack, France was spared further bloodshed and murder thanks, it seems, to the fortuitous presence and quick thinking of the American passengers. They and the British passenger were awarded medals for bravery by the city of Arras. François Hollande, the French president, telephoned them to offer his thanks and invite them to the Elysée presidential palace. "Without their sangfroid," said Mr Cazeneuve, "we could have been confronted with a terrible drama."

Even so, this latest attack underlines once again France's particular vulnerability to terrorism. In January, 17 people were murdered in Paris, during and following [the attack on the satirical newspaper Charlie Hebdo](#). In June, [a suspected Islamist beheaded his employer](#) and stuck the severed head on the gate outside the chemicals factory where he worked.

Home to [Europe's biggest Muslim minority](#), some 5m-6m strong, France has become a particularly fertile recruiting ground for violent Islamist networks. In absolute numbers, France has supplied more of its citizens to fight with jihadists in Iraq and Syria than any other European country. Since 2012, fully 126 of them have been killed in combat there, according to the latest French figures, more than half of them this year alone. The French government is also worried about jihadist recruitment inside its prisons, where over half of all inmates are Muslim. Manuel Valls, the prime minister, says France is engaged in nothing less than a "war of civilisation" against radical Islam. The government recently tightened counter-terrorism laws and increased the intelligence budget in response.

Another factor seems to be the unusual availability of illegal heavy weaponry inside the country as well as its neighbours. Although in this case the suspect did not board the train in France, he had a Kalashnikov, complete with nine magazines, as well as a hand gun. One foreign intelligence officer points out that, thanks to the border-free Schengen area (which allows passport-free travel among European member countries), there are far more automatic and semi-automatic weapons circulating in France than in Britain, which does not belong to the Schengen zone. Traffickers do a thriving trade smuggling arms across unmanned borders.

As after all such attacks, the government has now vowed to step up security and improve “vigilance”. Yet the reality is that France is already on top terror alert. Soldiers already patrol railway stations. And the French, with their superb network of publicly owned high-speed trains, are enthusiastic travellers, especially in August. To board a Eurostar train between Paris and London requires a lengthy and tedious security check-in. To board a TGV at a mainline Paris station involves no security check of any sort.

This makes rail travel in France a passenger’s delight—and a counter-terrorist officer’s nightmare. Yet as the French government knows full well, there is little it can do short of imposing impossibly constraining security measures to render the public transport network less vulnerable. “The current threat that we are facing,” Mr Cazeneuve said, “is very high.”

## France and its Muslims

### Apartheid, or just apart?

The French prime minister's use of the word apartheid provokes reactions, and some soul-searching  
Feb 7th 2015 | TRAPPES | [From the print edition](#)



WITH home-made rabbit pâté and fresh cuts of meat, Rémy Mirleau's *boucherie* typifies local France, like the tricolour above the town hall. But in Trappes, a formerly Communist-run town south-west of Paris, Mr Mirleau's butcher's shop is known for another quality: as the only non-halal one. With a big Muslim population, Trappes exemplifies what Manuel Valls, the French prime minister, has provocatively called "territorial apartheid". Yet the town also reveals the complex links between segregation, an assertive secular state and the rise of jihadism.

A working-class enclave that grew up around a railway yard, Trappes has the vibrant mix of languages and faiths that is common in many *banlieues* around French cities. The share of children born to at least one foreign-born parent in Trappes jumped from 9% in 1968 to 61% in 2005, say demographers. Once heavily Portuguese, today's population mostly has family roots in Morocco and Algeria. Nearly two-thirds of housing is publicly owned. The poverty rate of 24% in Trappes is almost twice the average for the Paris region. On the housing estates of Les Merisiers, near a new mosque fringed by mini-palms, it is 42%.

The government says such pockets have become a problem in themselves. "The risk in these territories," said Mr Valls, a one-time mayor of a multicultural *banlieue*, is that "extremism, criminality and radical Islam find fertile ground". He argued that France, which bans the collection of ethnic statistics, should face up to the de facto segregation in its suburbs. He is especially worried by the connection between criminality, armed gangs and drug-dealing, and jihadism. Amédy Coulibaly, who shot dead four Jewish shoppers and a policewoman in January's terror attacks, grew up on a rough estate in Grigny, south of Paris, and did time for armed robbery. Mr Valls says there are 50-100 similar ghetto-like areas in France.

In Trappes, however, the picture is not one of straightforward neglect. Like many *banlieues*, the town has benefited from vast amounts of public money pumped in by governments after riots in 2005 led to a state of emergency. Since 2006 some €350m (\$400m) has been spent renovating tower blocks and digging new roads. A developer is putting up private housing, as part of an effort to lure better-off types. In Les Merisiers, cycle paths have been laid out along avenues planted with saplings. A revamped gym and well-equipped primary schools are adorned with the French motto "Liberty, Equality, Fraternity". On the main square stands a brand-new post office and a

gleaming business centre for start-ups. Across the road, in a deliciously French twist, the Maghnaoui butcher's shop sells halal foie gras.

Such changes have improved daily life. Town-hall staff talk of a return of "dignity", and note that the freshly painted walls of the estates are, so far, free of graffiti. Yet Trappes remains troubled. In the summer of 2013 riots broke out after a man violently resisted a police check on his wife, who was wearing a face-covering veil, which is banned in public in secular France. Soon after the attacks in January, two young men left Trappes for *jihad*, presumably in Syria. One had a job at the town hall supervising after-school activities.

"Poverty does not explain everything," says Guy Malandain, the Socialist mayor. "It's as much a question of ideological excess and manipulation." Nothing about the town-hall employee suggested he was preparing for *jihad*; he had no previous record. Young people receptive to a hard-talking Islamist message, spread by networks of recruiters, seem to be in a discreet but angry search for an identity and purpose that, to their mind, France denies them. France has supplied more *jihadis* (some 1,400) to Syria and Iraq than any other European country (though Belgium has sent more per head of population). Prison seems a particularly efficient incubator.

Perhaps the most delicate ingredient in all this is *laïcité*, a tough French brand of secularism entrenched by law in 1905. Born of bloody anticlericalism and revolutionary ideals, it is considered by left and right alike as a powerful force against extremism. But on the estates of towns like Trappes, it is often seen as a cover for measures that are anti-Islam.

Under French freedom-of-speech laws, for instance, blasphemy is not forbidden (no religious idea is protected from insult), whereas anti-Semitic hate speech is outlawed (for inciting violence against others). *Charlie Hebdo*, the satirical newspaper where 12 people were shot dead on January 7th, was able to publish caricatures of Muhammad, as well as the pope. But why, ask locals, is it acceptable to insult the prophet but not to make jokes about Jews? A well-known black comedian is on trial for hate speech and anti-Semitism. Conspiracy theories are rife. "The immense majority of Muslims here are peaceful," says Othman Nasrou, an entrepreneur and local councillor. "But there's a significant minority that is 'not Charlie', and thinks *laïcité* is anti-religion and anti-Islam."

President François Hollande says he wants to reinforce *laïcité*, notably in the classroom. Dozens of schools reported disruption during a national minute's silence after the attacks on January 7th, exposing the gap between the outpouring of national sympathy on the streets of Paris and the angry defiance in some *banlieues*. But it will be hard to apply secular rules evenly. Malek Boutih, an outspoken Socialist deputy, accuses local mayors of turning a blind eye to breaches of the law in the *banlieues* in the name of social peace.

Back in Trappes, Bachir Hajjoubi prepares to collect his children from school. The son of a Moroccan labourer, he has an administrative job in a glass-engraving works in Mesnil-le-Roi, an hour away by train, and coaches boys in football. "I love France," he says. But he worries about youngsters who "become radicalised through rejection". Was Mr Valls right to speak of apartheid? His words were "a bit strong, but also a bit true". The paradox lies in the solution that Mr Hajjoubi has found for his own sons. He took them out of the local state primary and put them into a private Catholic school—where, with a big share of Muslim pupils, ethnic and religious diversity thrives.

## Der unechte Schnitt

Griechenlands Gläubiger werden auf Geld verzichten. Dass die Bundesregierung es anders formuliert, ist reine Wortakrobatik. VON MARK SCHIERITZ

DIE ZEIT N° 34/201523. August 2015 20:21 Uhr [16 Kommentare](#)



Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble | © Bernd Von Jutrczenka/dpa

Wovon man nicht sprechen kann, darüber muss man schweigen, hat der Philosoph Ludwig Wittgenstein einst empfohlen. Die Bundesregierung tut in diesen Tagen genau das Gegenteil: Um davon abzulenken, dass im Fall Griechenland die eigenen roten Linien wieder einmal überschritten werden, vollbringt sie sprachliche Höchstleistungen. Wie etwa Wolfgang Schäuble in einem Brief an die Abgeordneten des Bundestags. Es könne, schreibt Schäuble am Dienstag dieser Woche, "zu Gesprächen über weitere Erleichterungen bei den Rückzahlungsmodalitäten der Hilfskredite kommen". Dabei dürften diese Erleichterungen aber "kein Schuldenschnitt sein".

### Alles klar?

Eigentlich ist die Sache ganz einfach. Ein Schuldenschnitt reduziert die Höhe der Schulden. Die Staaten der Währungsunion haben Griechenland bislang 184 Milliarden Euro geliehen. Wenn den Griechen nun zum Beispiel die Hälfte der Schulden erlassen würde, dann würden die Gläubiger auf 92 Milliarden Euro verzichten. Kompliziert wird es, weil es einen Schuldenschnitt nach Ansicht von Schäuble nicht geben darf. Und so ist die Debatte über die griechischen Schulden auch ein Lehrstück über den Umgang der Politik mit den eigenen Versprechungen.

Schäuble ist der Auffassung, dass es gegen die Europäischen Verträge verstieße, wenn einem Mitglied der Währungsunion durch die anderen Mitglieder ein echtes Schuldenerlass gewährt würde. In diesen Verträgen steht schließlich, dass jedes Land für seine Schulden selbst verantwortlich ist.

Das sieht man zwar in der Europäischen Kommission – der eigentlichen Hüterin der Verträge – weniger streng, doch Schäuble hat sich nun einmal öffentlich festgelegt. Solche Festlegungen sind für jeden Politiker ein zwispältiges Unterfangen. Einerseits lässt sich durch sie der Gang der Ereignisse beeinflussen. Wenn das aber andererseits nicht funktioniert und die Ereignisse machen, was sie wollen, dann ist schnell die eigene Glaubwürdigkeit in Gefahr.

Deshalb räumt kein Politiker gern seine Position – und schon gar nicht Wolfgang Schäuble. Doch in diesem Fall hat er sich und die gesamte Bundesregierung in eine ausweglose Situation manövriert. Denn der Internationale Währungsfonds (IWF) hat eine Schuldenerleichterung zur Bedingung seines weiteren Engagements in Griechenland gemacht. Und Angela Merkel hat den Abgeordneten im Bundestag versprochen, dass der IWF an Bord bleibt.

Gibt die Regierung nach und streicht die griechischen Schulden, wird man ihr vorwerfen, nicht Wort gehalten zu haben. Gibt sie nicht nach und klinkt sich der Währungsfonds aus, wird man ihr genau dasselbe vorwerfen. Man könnte auch sagen: Die Kanzlerin und ihr Finanzminister haben sich dermaßen in den Grundsätzen ihrer eigenen Rettungspolitik verheddert, dass nur noch Verbalakrobatik weiterhilft.

Und so wird nun über Schuldenmaßnahmen verhandelt, die finanztechnisch denselben Effekt haben wie ein Schuldenschnitt, aber nicht so heißen dürfen: Deshalb ist nun von Schuldenerleichterungen die Rede. Die beliebteste Schuldenerleichterung wiederum ist eine Verlängerung der Kreditlaufzeiten.

Eine solche Verlängerung nämlich hat einen für alle Seiten angenehmen Nebeneffekt: Die Griechen werden entlastet, weil sie mehr Zeit bekommen, um den Schuldenberg abzutragen, und weil die Inflation dann einen Teil der Verbindlichkeiten entwertet. Die Bundesregierung wiederum kann den Anschein aufrechterhalten, dass alle Rettungskredite auf Euro und Cent zurückgezahlt werden.

Das ist natürlich eine Illusion, denn in dem Maße, in dem die Griechen entlastet werden, üben die Gläubiger Verzicht. Das liegt daran, dass sich der Wert ihrer Forderung verringert, wenn sie über ihr Geld erst später verfügen können. Der sogenannte Barwert der Schuld – der gegenwärtige Wert der Summe aller künftigen Zahlungen – wird kleiner. Mit 100 Euro in einem Jahr lässt sich mehr anstellen als mit 100 Euro in 100 Jahren.

Deshalb hat die Bundesbank diese Woche auch darauf hingewiesen, dass solche Erleichterungen "ökonomisch ein Transfer" seien und "sich in ihrer Entlastungswirkung für den Transferempfänger und der Belastung der Transfergeber nicht von einer Minderung des Nominalwerts der Schulden" unterscheiden.

Mit anderen Worten: Die ganze Sache folgt dem Prinzip "Linke Tasche, rechte Tasche". Durch eine geeignete Kombination aus längeren Laufzeiten und niedrigeren Zinsen lässt sich jede gewünschte Reduzierung der Schuldenlast erreichen, ohne die Schulden selbst anzutasten. Wenn – im Extremfall – die Zinsen bei null liegen und die Laufzeit der Kredite unendlich ist, existieren Griechenlands Verbindlichkeiten nur noch auf dem Papier.

So weit wird es nicht kommen, aber auch im Bundesfinanzministerium fügt man sich offenbar ins Unvermeidliche. Gaben Schäubles Leute vor wenigen Wochen noch die Devise aus, dass auch ein indirekter Schuldenschnitt durch längere Laufzeiten grundsätzlich problematisch sei, so scheint nun alles nur noch eine Frage der Dosis zu sein. "Je substanzieller eine Schuldenerleichterung wäre", heißt es in einem Positionspapier des Ministeriums, "desto weniger würden die vom Europäischen Gerichtshof als Kriterien für zulässige Finanzhilfe genannten Voraussetzungen erfüllt sein."

Mit anderen Worten: Irgendwann wird aus einer zulässigen Schuldenerleichterung ein verbotener Schuldenschnitt – aber wann das der Fall ist, kann eigentlich niemand genau sagen. Die Formulierung aus dem Ministerium lässt jedenfalls genug Spielraum für Vereinbarungen aller Art. Die durchschnittliche Laufzeit der bisherigen Darlehen liegt bei etwas mehr als dreißig Jahren, im Gespräch ist jetzt eine Verdoppelung auf sechzig Jahre. Damit dürfte sich auch der IWF zufriedengeben, wenn im Herbst über das Thema verhandelt wird.

Manchmal muss man nur lange genug über Probleme reden, dann verschwinden sie von selbst.

125,71

# S.P.O.N. - Die Spur des Geldes:

## Merkels Schneeballsystem

Eine Kolumne von [Wolfgang Münchau](#)

**Am Mittwoch stimmt der Bundestag über das dritte Hilfspaket für Griechenland ab. Das Risiko für die deutschen Steuerzahler: ein dreistelliger Milliardenbetrag. Doch die Kanzlerin verschleierte das - die Folgen werden fatal sein.**

### Kolumne

Angela Merkel bestimmt Europas Strategie in der Griechenlandkrise. Es ist eine Strategie des ewigen Aufschubs. Selbst das griechische Linksbündnis Syriza und sein Ministerpräsident Alexis Tsipras akzeptieren diese Politik mittlerweile. Yanis Varoufakis, sein Hemd, sein Motorrad und seine Version des Marxismus sind längst passé.

Merkels Aufschubpolitik ist bei den Deutschen beliebt, aber das basiert leider auf einem Missverständnis. Wenn man Schuldenprobleme aufschiebt, muss man laut den internationalen Regeln der Haushaltsführung die Kosten nicht sofort ausweisen. Die Verluste, die in Griechenland entstehen, werden die deutschen Steuerzahler zig Milliarden Euro kosten, aber diese Kosten sind momentan verdeckt. Noch haben wir keinem Schuldenverzicht zugestimmt. Und wenn wir es tun, dann geschieht das so, dass die Kosten nicht sofort realisiert werden müssen.

Es gibt mehrere technische Möglichkeiten, eine Schuldenlast zu reduzieren:

- Sie können den ausstehenden Wert der Schulden reduzieren. Das nennt man im Fachjargon einen Haircut. Genau das hat [Angela Merkel](#) ausgeschlossen, weil ein Haircut die Kosten ihrer Politik transparent machen würde.
- Eine andere Möglichkeit ist die Reduzierung der Zinsen und die Verlängerung der Laufzeiten. Man könnte die Laufzeiten theoretisch von 30 auf 50 oder gar 100 Jahre erhöhen. Man könnte auch die Gnadenfrist verlängern, bis zu der Griechenland die Kredite nicht bedienen muss. Von den zwei bisherigen Großkrediten muss Griechenland für den zweiten, größeren, erst 2023 mit der Rückzahlung beginnen. Warum also nicht 2073? Oder 3023?

Jetzt machen Sie mal ein Gedankenexperiment. Was passiert, wenn man die Frist auf unendlich verlängert? Das heißt nichts anderes, als dass der Kredit nie zurückbezahlt wird. Lediglich Zinszahlungen werden fällig. Wenn man dann aber die Zinsen auf Null reduziert, dann bekommt man weder Zinsen noch jemals das Geld zurück. Das wäre wirtschaftlich dasselbe wie ein Totalausfall.

In anderen Worten: Mit der Verlängerung von Schonzeiten und Laufzeiten und dem Reduzieren von Zinsen können Sie den Wert eines Kredits beliebig steuern. Vor allem können Sie den faktischen Ausfall der Forderung vor den eigenen Bürgern verstecken.

Der Grund, warum Befürworter eines Schuldenschnitts einen echten Haircut fordern, liegt in der Transparenz. Das ist genau das Letzte, was die Bundeskanzlerin will. Je transparenter der Schuldenschnitt, desto größer der Widerstand in der Union. Beim jetzt beschlossenen Griechenlandkredit sehen der Internationale Währungsfonds und mittlerweile auch die Europäische Kommission keine Alternative zu einem offiziellen Schuldenschnitt. Die wirtschaftlichen Rahmendaten in Griechenland haben sich derart verschlechtert, dass die Schulden auch ab 2023 nicht bedienbar sind.

### Merkels Aufschub kann nicht ewig funktionieren

Wenn der Bundestag in dieser Woche dem dritten Paket zustimmt, dann stimmt er also indirekt einem Schuldenschnitt zu, auch wenn das von der Regierung dementiert wird. Die Politik des Ewigen Aufschubs gleicht einem Schneeballsystem. Solange es funktioniert, rechnet man sich reich. Ein Schneeballsystem ist aber am Ende immer ruinös. Mit dem dritten Griechenlandkredit ist das Verlustpotenzial für Deutschland mittlerweile ein dreistelliger Milliardenbetrag.

In einer echten Föderation, nehmen wir Deutschland als Beispiel, gibt es auf der Bundesebene durchaus Transferleistungen. Reiche werden mehr besteuert als Arme. Dennoch organisiert der Bund keine direkten Transfers von Bayern an das Saarland. Der einzige Mechanismus, den wir in Deutschland für diesen Zweck haben, ist der allseits verhasste Länderfinanzausgleich. Der ist aber relativ klein.

Jetzt stellen Sie sich mal vor, es gäbe keinen Bund, und alle Transferleistungen müssten über den Länderfinanzausgleich laufen. Das reiche Bayern würde rasch aus einer solchen Konföderation ausscheren. Genau das ist die Situation im Euroraum. Ohne eine Föderation ist die Währungsunion politisch genauso stabil wie es Deutschland ohne eine Bundesebene wäre. Irgendwann kommt der Punkt, wo einer der Reichen rauswill, weil ihm das alles zu teuer ist. Oder einer der Armen, weil er dann abwerten kann. Ohne ein föderales Transfersystem ist der Zerfall der Eurozone nur eine Frage der Zeit.

Die merkelsche Politik des Ewigen Aufschubs funktioniert ein paar Jahre lang, hat aber weder politisch noch ökonomisch Bestand. Eines Tages muss sie zwangsläufig enden.



## Herrmann: Grenzkontrollen in EU könnten nötig werden

Immer mehr Flüchtlinge drängen nach Europa. Doch die EU-Staaten können sich nicht auf eine Verteilung einigen. Nun droht Bayerns Innenminister mit der Wiedereinführung von Grenzkontrollen.

24.08.2015



© DPABayerns Innenminister Joachim Herrmann

Im Streit um eine gerechtere Verteilung von Flüchtlingen in Europa schließt Bayerns Innenminister [Joachim Herrmann](#) (CSU) die Wiedereinführung von Grenzkontrollen innerhalb der EU nicht aus, um die Zahl der einreisenden Flüchtlinge zu senken. „Wer jetzt nicht handelt, setzt die Reisefreiheit in Europa aufs Spiel und hat es mit zu verantworten, wenn Deutschland sich gezwungen sähe, Grenzkontrollen wieder einzuführen“, sagte Herrmann den Zeitungen der Funke Mediengruppe (Montagsausgabe).

Herrmann führte aus, Ziel sei es zwar, Freizügigkeit und Reisefreiheit in Europa zu erhalten. Dies sei aber nur möglich, wenn sich alle Mitgliedstaaten an die gemeinsamen Regeln hielten. „Wenn abertausende Menschen mit dem Hauptziel Deutschland völlig unkontrolliert und ungesteuert über die griechische oder die italienische Grenze nach Europa strömen, funktioniert das System nicht mehr und verliert seine Akzeptanz“, warnte der CSU-Politiker.

Die EU müsse dafür sorgen, dass in Italien und Griechenland Aufnahmezentren eingerichtet würden, von wo aus die Flüchtlinge entweder in ihre Heimat zurückgeschickt „oder nach einem gerechten Schlüssel ähnlich wie unter den Bundesländern in Deutschland verteilt“ würden. So wie jetzt könne es nicht weitergehen, kritisierte Herrmann.

Seit Jahresanfang sind mehr als 100.000 Migranten aus Afrika, dem Nahen Osten und Südasien allein an italienischen Küsten angekommen. Deutschland stellt sich auf bis zu 800.000 Asylbewerber in diesem Jahr ein.

Auf EU-Ebene gestaltet sich die Koordination bislang schwierig, seit Monaten gibt es keinen Konsens über die Verteilung der [Flüchtlinge](#). Pläne der EU-Kommission, verpflichtende Quoten für die Verteilung einzuführen, scheiterten bislang am Widerstand Großbritanniens und einer Reihe osteuropäischer Staaten. Derzeit erfolgt die Aufnahme der Flüchtlinge auf der Basis freiwilliger Zusagen.

125,73

## **Yanis Varoufakis : « La véritable cible du docteur Schäuble est la France et son Etat-providence »**

Le Monde.fr | 22.08.2015 à 10h12 • Mis à jour le 22.08.2015 à 10h34 |

Provocateur, idéaliste, arrogant. Yanis Varoufakis, ex-ministre des finances grec, fascine autant qu'il agace. Quatre jours avant son passage en France, à la fête de la Rose, à Frangy-en-Bresse (Saône-et-Loire), dimanche 23 août, l'économiste trublion a reçu *Le Monde* le 19 août sur l'île grecque d'Égine, où il a une maison.

Le troisième plan d'aide à la Grèce, qu'il définit comme une « *capitulation* » face aux créanciers d'Athènes, conduira son pays dans l'abîme, explique-t-il. Il dénonce l'opacité de l'Eurogroupe, qui, selon lui, prend des décisions majeures pour l'avenir de la zone euro sans que les citoyens en soient informés.

**Arnaud Montebourg vous a invité à la fête de la Rose, dimanche 23 août. Où en est la gauche européenne ?**

**Elle a du travail. L'union monétaire, à l'origine construite pour rassembler les peuples européens, les a au contraire divisés et montés les uns contre les autres.** Il faut d'urgence redonner vie au dialogue démocratique, qui fait aujourd'hui cruellement défaut à l'Europe.

Pour ce, il me semble essentiel de créer un réseau européen de progressistes, au-delà des divisions politiques traditionnelles et des frontières, **prêt à poursuivre un objectif radical : démocratiser l'euro et ses institutions.** Tous ceux qui sont convaincus que rien de bon ne peut venir des technocrates de Francfort ou de Bruxelles dépolitisant la monnaie, ces hommes tentant de traiter les problèmes politiques comme s'ils se résumaient à des difficultés techniques - ce qui aboutit toujours à des solutions toxiques - doivent s'asseoir et discuter.

**Qui serait susceptible de diriger ce mouvement de progressistes ? Vous ?**

La question n'est pas de savoir qui le dirigerait, car une telle démarche ne peut pas venir d'en haut, ni se résumer à un leader, quel qu'il soit. Elle doit émerger des citoyens qui engageront ce dialogue.

**La France a-t-elle été un allié du gouvernement d'Alexis Tsipras pendant les négociations avec les partenaires de la Grèce ?**

La plupart des Européens imaginent que ces derniers mois la Grèce a négocié avec ses partenaires de la zone euro. Ce n'est pas le cas. Pendant les cinq mois où j'ai été impliqué au sein de l'Eurogroupe [la réunion des ministres des finances de la zone euro], mes homologues me renvoyaient systématiquement vers les représentants des institutions, à savoir la Commission européenne, la Banque centrale européenne (BCE), et le Fonds monétaire international (FMI).

Je n'ai jamais négocié en direct avec Michel Sapin, mon collègue français. Ni avec Wolfgang Schäuble, le ministre des finances allemand, qui assurait qu'il ne pouvait rien faire pour moi et me renvoyait aux institutions.

Même lorsque M. Schäuble et moi avons enfin ouvert un dialogue, peu avant mon départ, il était clair que le moindre degré de convergence entre nous ne pouvait être exprimé de façon officielle.

**C'est la grande leçon de ces derniers mois : la zone euro est la zone économique la plus puissante, mais personne ne la dirige - ou du moins, personne d'élite. Elle a créé un monstre, l'Eurogroupe, où les ministres des finances ne négocient pas vraiment les uns avec les autres.**

**Reprochez-vous au gouvernement grec d'avoir signé le troisième plan d'aide ?**

J'ai voté contre ce programme. **Ce gouvernement, moi y compris, a été élu en janvier sur un engagement simple : ne plus signer avec les créanciers d'accord économiquement non viable.** C'est-à-dire qui aggraverait la récession et rendrait littéralement impossible le remboursement de notre dette. Depuis 2010, la Grèce a commis deux fois l'erreur d'accepter de tels plans. Nous avons promis d'y mettre un terme, et, en ce qui me concerne, je n'ai jamais changé de position.

Malheureusement, le premier ministre a fini par accepter ce troisième programme, qu'il a pourtant lui-même décrit comme mauvais. L'Europe tout entière en sortira perdante. De mon côté, j'en ai tiré les conséquences en démissionnant, comme je m'étais engagé à le faire.

**Ce nouveau programme, de 86 milliards d'euros, a pourtant permis à la Grèce d'éviter le « Grexit », une sortie de la zone euro.**

**C'est ainsi que la presse présente les choses. Mais je ne partage pas cette analyse. Si la Grèce tente, en dépit du bon sens et des lois élémentaires de l'économie, d'appliquer ce mémorandum et les réformes qui l'accompagnent, elle courra droit au Grexit. Car ce programme est conçu pour faire sombrer notre économie.**

Résultat : nous ne pourrions pas tenir nos engagements, et le docteur Schäuble pourra nous pointer du doigt et couper les aides au pays. Le Grexit est très clairement l'objectif qu'il poursuit.

**Vous affirmez que M. Schäuble veut pousser la Grèce hors de l'euro. Pour quelle raison ?**

**Pour atteindre la France. L'Etat-providence français, son droit du travail, ses entreprises nationales sont la véritable cible du ministre des finances allemand. Il considère la Grèce comme un laboratoire de l'austérité, où le mémorandum est expérimenté avant d'être exporté. La crainte du Grexit vise à faire tomber les résistances françaises, ni plus ni moins.**

**Que peut faire la Grèce pour éviter le scénario catastrophe que vous lui prédisez : changer de premier ministre ?**

Il est urgent de modifier l'esprit et la logique du plan d'aide, mais ce n'est pas une question de personne. L'enjeu dépasse la Grèce. Nous avons besoin de gouvernements européens prêts à exprimer enfin la volonté du peuple au sein de l'Eurogroupe, de la Commission, des autres institutions, et à la respecter. Ce n'est pour l'instant pas le cas.

Il y a une déconnexion radicale entre l'aspiration des citoyens à plus de transparence, de responsabilité, de démocratie, et la réalité des règles européennes, fondées sur l'opacité, et où la démocratie est considérée comme un mot sale.

Lorsque j'ai fait part à l'Eurogroupe de notre projet d'organiser un référendum pour ou contre le plan d'aide, j'ai été traité comme quelqu'un insultant les règles en vigueur. Ce qui d'une certaine façon est vrai, **car l'Eurogroupe est une instance informelle, dont l'existence et le fonctionnement n'ont jamais été validés par les peuples.**

**Appelez-vous à créer de nouvelles institutions dans la zone euro, à donner plus de pouvoir au Parlement européen ?**

Je ne considère pas que nous ayons de **Parlement européen**. L'institution que l'on désigne aujourd'hui sous ce terme ne remplit pas sa mission. C'est une collection d'intérêt nationaux qui insulte le concept même de démocratie.

De même, la Commission européenne n'est plus que l'ombre de ce qu'elle devrait être. Elle est faible et en voie de désintégration. Si la tendance actuelle se poursuit, elle sera bientôt remplacée par un Eurogroupe tout-puissant, dirigé par un président qui aura un droit de veto sur les budgets nationaux. Faut-il pour autant créer de nouvelles institutions ? Je pense qu'il faudrait commencer par agir au sein de celles existantes, en y implantant la démocratie et une dose de fédéralisme.

**Si vous pouviez revenir en janvier, au moment de l'arrivée au pouvoir de Syriza et de votre nomination au ministère des finances, que feriez-vous différemment ?**

Beaucoup de choses. Mais principalement une. Le 20 février, grâce à l'aide de Michel Sapin, nous étions parvenus à un accord de valeur avec les créanciers. Il ne mentionnait plus le programme, mais expliquait que le gouvernement grec soumettrait une liste de réformes, validées par les institutions partenaires, qui remplacerait le mémorandum. C'était une façon saine de repartir sur de bonnes bases. Il nous avait fallu trois Eurogroupe pour en arriver là.

Seulement voilà : deux jours plus tard, les dirigeants des institutions, Pierre Moscovici, pour la Commission, Christine Lagarde, pour le FMI, et Mario Draghi, à la BCE, ont réintroduit la référence au mémorandum lors d'une conférence téléphonique. Ce faisant, ils niaient la substance même de l'accord du 20 février. A ce moment-là, nous aurions dû refuser de poursuivre la discussion et insister pour que l'on supprime à nouveau la mention du programme.

Je regrette de ne pas avoir réagi et en assume la responsabilité. Cela prouve que les institutions n'ont jamais voulu tourner la page de ces mémorandums d'austérité catastrophiques qui ont ravagé l'économie grecque.

**En six mois à la tête du ministère des finances, vous n'avez pris aucune décision pour lutter contre la corruption et les oligarques, que vous dénoncez aujourd'hui avec virulence.**

Voilà un bel exemple de la désinformation contre laquelle je me bats. Il faut comprendre une chose : dès notre arrivée au pouvoir, la « troïka » nous a interdit d'adopter toute législation clé avant que le processus de négociation ne soit achevé. Dans le cas contraire, celle-ci considérerait que nous aurions pris une action unilatérale en violation avec nos engagements.

Nous avons malgré tout pris des mesures, notamment concernant l'évasion fiscale, l'un des maux majeurs du pays. L'une d'elle consiste à utiliser un logiciel algorithmique permettant de comparer les transferts d'argent entre comptes bancaires ces vingt dernières années, avec les déclarations fiscales. Il s'agit d'un projet considérable.

D'autant que la troïka ne nous a pas facilité les choses. Si le département contrôlant les transactions financières était sous ma responsabilité, celui s'occupant des recettes publiques est en effet supervisé par cette dernière. Le dialogue et la collaboration entre les deux n'ont pas été simples. Mais nous y sommes parvenus. Si tout va bien, plus de six cent mille évadés fiscaux devraient être identifiés grâce à cet algorithme au mois de septembre ou octobre. Ce qui serait un grand succès.

### **Pourquoi la « troïka » ne vous a-t-elle pas aidés ?**

Elle a fait tout ce qui est en son pouvoir pour nous empêcher de lutter contre l'évasion fiscale. Pour quelle raison, alors qu'elle dirige le pays depuis 2010, la troïka n'a-t-elle attrapé aucun évadé fiscal ? Pourquoi a-t-elle menacé le gouvernement grec de couper les liquidités s'il n'abaissait pas les retraites, mais pas s'il ne musclait pas la lutte contre la corruption ?

La raison est simple : **son véritable objectif n'a jamais été de réformer ce pays, ni même de récupérer l'argent prêté à la Grèce.** Sinon, elle aurait accepté nos propositions, à savoir d'alléger la dette publique, instaurer une structure de défaisance pour gérer les créances douteuses, et lancer une banque d'investissement susceptible de renforcer l'économie et la croissance potentielle. **Elle a au contraire préféré nous imposer des conditions garantissant que nous ne serions jamais en mesure de la rembourser.**

### **Mais dans quel but ?**

**Parce que la Grèce n'est qu'une bataille au sein d'une guerre bien plus large. Nous assistons à une confrontation majeure entre la France et l'Allemagne à propos du contrôle de l'union monétaire.** En 2010, le premier plan d'aide visait à renflouer les banques françaises et allemandes, Crédit agricole, BNP Paribas, Deutsche Bank. **Aujourd'hui, les créanciers cherchent simplement à contrôler le gouvernement grec, en vue de neutraliser les autres pays susceptibles de défier l'ordre établi, comme la France. C'est le projet du docteur Schäuble.**

### **Dans ces conditions, la Grèce doit-elle malgré tout rester dans l'euro ?**

Alexis Tsipras m'a désigné comme ministre des finances car je suis et j'ai toujours été convaincu qu'en dépit des défauts initiaux de l'union monétaire, il est impossible, ni souhaitable, de la quitter. Cela plongerait immédiatement le pays dans le chaos et pire, cela sonnerait le glas de la zone euro. Il faut au contraire tenter de réparer ce qui ne fonctionne pas en son sein.

**Je ne suis pas pour autant un fétichiste de l'euro, ni de la drachme. Les monnaies, comme les marchés financiers, sont des instruments censés être au service d'un objectif : améliorer la vie des citoyens.**

**Mais ces vingt dernières années, nous avons eu tendance à l'oublier. Les marchés, comme l'euro, sont devenus des religions. Or, la monnaie unique n'est pas viable en l'état, car elle alimente la divergence des économies européennes.** Comment faire pour la rendre viable ? **Le docteur Schäuble estime que plus d'austérité est souhaitable. Je pense que nous avons besoin de plus de démocratie et d'une union politique renforcée. Débattons-en.**

### **Les gouvernements de la zone euro sont-ils vraiment prêts à une union politique renforcée ?**

**La question ne se pose pas : pour que l'union monétaire fonctionne correctement, une unité politique plus forte sera indispensable. L'erreur de François Mitterrand et de Helmut Kohl est d'avoir imaginé qu'une fois l'euro créé, le volet politique finirait pas suivre. Ils ont eu tort. La construction d'une union monétaire incomplète a en effet pour conséquence que les crises mettent en confrontation directe les pays déficitaires avec ceux en excédent. Elles dressent les Etats les uns contre les autres.**

**Pour améliorer les choses, il faudrait commencer par introduire une dose de fédéralisme dans les institutions existantes, comme l'a suggéré Michel Rocard, afin de poser la première pierre d'un système social commun, d'obligations publiques communes. Cela permettrait de rassembler les Européens, puis de construire à un niveau fédéral renforcé.**

### **Vous n'êtes plus ministre depuis le 6 juillet. Comment occupez-vous vos journées ?**

Je viens de passer des jours et nuits entiers, littéralement, à déchiffrer le nouveau mémorandum adopté par le Parlement grec le 14 août. J'ai produit un document où j'en ai commenté chaque ligne, chaque paragraphe. Ce fut un travail épuisant mais essentiel, car les institutions ont volontairement rédigé ce texte dans une langue technocratique incompréhensible du commun des mortels.

Et ce, dans l'objectif d'en masquer les véritables implications aux yeux des citoyens. Mon projet, aujourd'hui, est de me battre pour la transparence, afin de permettre à tous les Européens de comprendre les législations qui les concernent.

## **Allez-vous rester impliqué dans la vie politique grecque ?**

Absolument. Lorsque, après de longues réflexions, je me suis lancé dans l'arène politique, je l'ai fait pour rester. Je veux représenter les Grecs qui ont voté pour moi et me battre pour eux par tous les moyens possibles.

La mission à laquelle je me sens aujourd'hui tenu est de rendre public et d'expliquer à l'international ce qui s'est passé en Grèce ces derniers mois. Et cela, afin de relancer un dialogue européen contribuant à la **démocratisation de l'euro**.

**Des élections législatives anticipées se profilent à la rentrée [le lendemain de l'interview, le gouvernement Tsipras a démissionné et confirmé l'organisation d'élections le 20 septembre]. Vous présenterez-vous sous l'étiquette de Syriza, ou rejoindrez-vous les dissidents de l'aile gauche du parti ?**

Ces dernières semaines, après l'accord du 12 juillet actant le nouveau plan d'aide - **accord que je considère comme une capitulation** -, j'ai travaillé durement pour restaurer l'unité de Syriza.

Cela dit, si notre gouvernement s'entête et se dissout dans la folle application de ce nouveau plan d'aide, de nouvelles aspirations politiques apparaîtront d'elles-mêmes. Mais il ne faut pas limiter le problème au contexte politique d'un pays, **car la zone euro dans son ensemble est concernée. Voilà pourquoi la création d'un réseau européen de progressistes, dont je parlais plus tôt, me semble essentielle.**

**Vous vous êtes rapproché de Julian Assange, le fondateur de WikiLeaks, qui cherche à faire fuiter le texte du traité de libre-échange transatlantique. Publierez-vous également des documents relatifs à l'Eurogroupe ?**

Ma relation avec Julian Assange dépasse les seuls enjeux européens. Nous vivons une époque excitante et dangereuse à la fois. Les nouvelles technologies peuvent nous offrir la liberté ou bien faire de nous des esclaves.

La capacité des Etats à conserver des informations concernant les citoyens - on peut parler de capitalisme de la surveillance -, doit alerter tous ceux convaincus qu'un accès égal à l'information est l'un des piliers de la démocratie. C'est un but que je veux atteindre en Europe comme à l'international.

**Mon expérience de l'Eurogroupe, où des décisions majeures sont prises sans que les citoyens en soient informés, sans traces écrites, et avec interdiction pour les ministres des finances de communiquer à leurs Parlements de ce qui s'y déroule, ne me laisse guère le choix.**

Cette lutte fait écho à celle de WikiLeaks, en guerre contre un monde où les puissants disposent de toutes les informations, tandis que les citoyens n'ont rien.

125,77

# Extension du domaine de la guerre

Par Laurence De Charette

Publié le 23/08/2015 à 20:51

## L'éditorial de Laurence de Charrette

Ils ne seront pas toujours là. Vendredi, trois voyageurs héroïques ont empêché la folie terroriste de sévir une nouvelle fois. Les visages presque adolescents de ces jeunes marines américains en vacances qui ont maîtrisé, avec un courage qu'il faut saluer, un homme armé jusqu'aux dents, éclairent nos écrans.

Réjouissons-nous. Mais surtout ouvrons les yeux.

Ayoub El Khazzani, en possession de 270 balles, était en mesure de perpétrer un véritable carnage. En janvier dernier, après les attentats des frères Kouachi, l'homme postait sur sa page Facebook des commentaires qui laissent peu de doutes sur ses intentions : il attaquait la France, accusant « les juifs et les chrétiens (d'être) à l'origine du terrorisme ».

Sa trajectoire, celle d'un jeune loup isolé, radicalisé, repéré par les renseignements, mais sillonnant librement l'Europe de long en large, ne rappelle que trop celles de Sid Ahmed Ghlam, étudiant soupçonné de planifier des attentats contre des églises dans le Val-de-Marne, ou encore de Yassin Salhi, mis en examen pour avoir décapité son employeur avant d'accrocher sa tête à un grillage, entourée de drapeaux islamistes...

**Si l'attaque déjouée du Thalys devait avoir une vertu, ce devrait être de réveiller nos consciences encore endormies.**

À quoi bon produire des fiches « S » par milliers si les terroristes potentiels sont libres ensuite de jouer à saute-frontière et d'aller et venir comme bon leur semble chez nous ?

**Notre société se découvre désormais démunie face à l'extension sans précédent de la guerre que nous livre l'islamisme radical. Tous les numéros verts du monde n'y pourront rien. Elle doit maintenant changer de logiciel.**

À quoi bon produire des milliers de fiches « S »

## La FNSEA réclame 3 milliards d'euros pour sauver l'agriculture française

Par [lefigaro.fr](http://www.lefigaro.fr), Marie Théobald

Publié le 23/08/2015 à 17:15

Xavier Beulin, président de la FNSEA, sera reçu ce lundi à l'Élysée par François Hollande, en présence de Manuel Valls et Stéphane Le Foll afin de réfléchir à des solutions pour sauver l'agriculture française avant le sommet des ministres de l'Agriculture européens le 7 septembre à Bruxelles.

Dans une interview au [Journal du Dimanche](#), le président de la Fédération nationale des syndicats d'exploitants agricoles (FNSEA) chiffre à trois milliards d'euros, sur trois ans, les investissements nécessaires pour permettre à l'agriculture française de retrouver de la compétitivité face à ses voisins européens. Xavier Beulin estime nécessaire d'adapter les règles fiscales aux aléas de l'agriculture et souhaite un moratoire d'un an sur les normes environnementales.

«La France doit se doter d'une vision à 15 ans de son agriculture», déclare-t-il, à la veille d'une rencontre avec le chef de l'État François Hollande, le Premier ministre Manuel Valls et le ministre de l'Agriculture Stéphane Le Foll pour parler d'un plan d'action. Selon lui, sur les 600 millions d'euros accordés par le [plan du 22 juillet](#), seuls 100 millions viennent réellement sauver les élevages de porcs. Il faudrait, en plus, pouvoir alléger les charges et restructurer les dettes des jeunes agriculteurs. En effet, près de 10% des élevages, soit entre 22 et 25.000, sont au bord du dépôt de bilan, selon le ministère de l'Agriculture. «Il faut engager un vaste plan pour moderniser les bâtiments, automatiser les abattoirs, organiser les regroupements d'exploitations afin qu'elles soient plus productives», propose-t-il.

En prévision du conseil européen extraordinaire des ministres de l'Agriculture qui aura lieu le 7 septembre, Xavier Beulin demande que «la Commission européenne accepte d'acheter du lait en poudre pour le stocker à un prix de 2,60 euros le litre contre 2,20 actuellement», ajoutant que l'Europe doit aussi imposer la provenance des viandes sur les produits et les plats cuisinés et que l'étiquetage qui existe déjà sur les viandes fraîches et le lait pourrait être plus lisible.

### Embargo russe

Quant à l'embargo russe, le président de la FNSEA, qui compte demander à François Hollande de négocier pour sortir de l'impasse, estime injuste que l'agriculture soit pénalisée pour des raisons diplomatiques. «Si Moscou lève ses restrictions, 300.000 porcs partiront vers l'Est dès la première année», indique-t-il, précisant que «Moscou se dit prêt à importer du porc européen si les pays limitrophes de la Russie en sont exclus». Une table ronde réunissant une cinquantaine de représentants de la filière française du porc est prévue jeudi, à Paris, pour évoquer les nouvelles formes de commercialisation.

Le 3 septembre, une grande journée de mobilisation réunira les éleveurs et les cultivateurs de céréales et de fruits et légumes à Paris. La [manifestation](#) suivante aura lieu à Bruxelles, le lundi 7 septembre en marge du conseil européen des ministres de l'Agriculture qui décideront s'ils accordent, ou non, des aides supplémentaires aux agriculteurs, pour compenser le manque à gagner dû à l'embargo russe.

## Europe Facing New Uncertainty in Terrorism Fight

By ADAM NOSSITERAUG. 23, 2015



French soldiers patrolled a train station in Paris on Saturday after Friday's thwarted train attack. CreditBinta/Associated Press

PARIS — Two days after a young Moroccan man was thwarted from an apparent plan to cause carnage on a Paris-bound express train, European officials confronted the deepening quandary of what additional steps they could take in the face of such attacks on soft targets, short of paralyzing public spaces or even more intrusive surveillance.

Enhanced security and surveillance measures had already filtered out the young man, Ayoub El Khazzani, 26. But he was one of thousands of Europeans who had come on the radar of authorities as potential threats after traveling to [Syria](#).

The sheer number of militant suspects combined with a widening field of potential targets have presented European officials with what they concede is a nearly insurmountable surveillance task. The scale of the challenge, security experts fear, may leave the Continent entering a new climate of uncertainty, with added risk attached to seemingly mundane endeavors, like taking a train.

In fact, the authorities in at least two countries already knew quite a lot about Mr. Khazzani before he surged into notoriety on Friday afternoon: He was on a French list as a security threat, and Spanish officials told news media there that he had traveled to Syria — not in itself an offense, unless he went there for jihad. Had he been living in [France](#), a tough new surveillance law, approved at the end of July by France's constitutional council, would have likely turned up even more on him.

Yet with all that the authorities already knew about him, he managed to board unhindered the heavily traveled Amsterdam-to-Paris [high-speed train](#) with a sack of weaponry, probably in Belgium, and was ready to inflict serious damage, with dozens of rounds of ammunition, an AK-47, an automatic pistol and a box cutter. If not for the fortuitous presence of three Americans, and the help of a British and a French passenger in the train car, many could have died.

The three Americans described the attack at a news conference at the United States Embassy in Paris on Sunday. On Monday, they are to be presented with the Legion d'Honneur, France's highest honor, by President François Hollande.

“We are now faced with unpredictable terrorism,” said Jean-Charles Brisard, a French security consultant and terrorism expert. “Terrorists henceforth will be choosing soft targets, those where there is little security,” he said. “And that's why he chose a train — because there is little security.”

On Sunday, French antiterrorism officials were continuing to interrogate the suspect. A lawyer who has spoken with him insisted to French news media the man was “bewildered” by accusations of terrorism, saying that he merely wanted to rob the passengers. But those explanations were dismissed by the authorities, as well as by



one of the young American servicemen who tackled him, Alek Skarlatos, who said at a news conference that given the amount of ammunition the man was carrying, robbery could not have been his motive.

The shortcomings of the French security list were highlighted on Sunday by Marine Le Pen, the leader of the far-right National Front Party here. Ms. Le Pen called for the expulsion from France of terrorism suspects on the security threat list, saying there were “serious weaknesses” with the system. Some antiterrorism experts agreed that control of the movements of suspect individuals with residency permits across European borders — including those on lists — was weak. That played into the inherent weaknesses in controlling rail passengers, they said.

Because of the European Union’s borderless frontiers, there are no “systematic controls on Europeans” or those holding resident cards, “only on foreigners,” Mr. Brisard said. And that is “the real problem,” he said.

With determined jihadists, 40 million passengers daily and 100,000 trains, securing Europe’s rail networks is a challenge unlikely to be met anytime soon, if ever, according to security experts.

The problem is that train stations — 3,000 of them in France alone — are open spaces, largely uncontrolled, where nonpassengers can mingle freely with those getting on board. Baggage is checked in only a few places, and for a very few trains — for the cross-Channel Eurostar, and for some trains in Spain after the terrorist attacks there that killed around 200 people in 2004.

Europe’s trains, stations and thousands of miles of train tracks are very different from the tightly controlled space of airports, the security experts said. Trains are on the way to becoming the logical soft target of choice, they said.

“Among the soft targets, the rail system will be a major one, because today they are so unprotected,” said Bertrand Monnet, a French terrorism and risk expert. For terrorists, “For years their symbolic target was air transport, but that has become very difficult,” Trains are “an evident target,” he said. “Millions of people would say, ‘It could have been me,’ ” Mr. Monnet said. “The question was not whether, but when.”

The half-dozen big train stations in Paris are like villages, with a constant stream of unchecked humanity pouring through them every day. Decades old, they were designed with none of today’s security problems in mind. Sporadic patrols by armed soldiers constitute a check, but a very limited one, say the experts. One million passengers a day take the French [high-speed train](#) alone, and three million take the suburban train network.

“Access to the platforms over the whole network, to train stations, these are open spaces. It’s not like airports,” said Marc Ivaldi, a European transport expert at the Institute of Industrial Economics, in Toulouse.

“Even if you are not traveling, you have access. It is a huge space, and one that is very difficult to make secure,” Mr. Ivaldi said. “You could put cameras in, but you can’t imagine a system like airports.”

To install airport-style metal detector gates in train stations “would totally block the flow” of rail traffic, said Mr. Brisard.

“You are dealing very much with a popular expectation that you can go to the station and get and go wherever it is you need to be quickly and without too much hassle,” said Christopher Irwin, vice chairman of the European Passengers’ Federation, a passenger advocacy group based in Belgium.

Adding new security checkpoints and additional layers of passenger and baggage screening, experts said, would not only extend passengers’ travel time but would also stretch the physical capacity of urban train stations. “You can try screening everyone, but that is unlikely to be sustainable,” Mr. Irwin said. “You probably couldn’t keep the transport system working if you did that. Stations simply haven’t got the space to accommodate the queuing that would be required.”

Until now, the only train services in Europe that systematically screen passengers and their luggage are the Eurostar, which connects Britain with France and Belgium, as well as some high-speed lines in Spain. Elsewhere, security systems operate on a more random — and often less visible — basis, relying on networks of surveillance cameras, uniformed or undercover police officers and bomb-sniffing dogs.

The most plausible scenario is some return to the situation prevailing in France in the mid-1990s after a series of Islamist attacks on trains and train stations. For a brief period, military personnel patrolled inside the trains and baggage was checked. Mr. Brisard noted that such patrols have, potentially, a much more dissuasive effect than the mere sight of armed soldiers in train stations.

Nicola Clark contributed reporting.

125,82

## Montebourg-Varoufakis, deux révoltés de la politique européenne à « Frangy-en-Grèce »

LE MONDE | 23.08.2015 à 18h16 • Mis à jour le 24.08.2015 à 08h14 | Par [Bastien Bonnefous](#) (à Frangy-en-Bresse)



Un groupe de musique répète sous le chapiteau planté en plein milieu du stade communal. Les deux vedettes politiques du jour ne sont pas encore arrivées, mais les musiciens donnent de la voix sur la chanson *Les Ecorchés vifs*, de Noir Désir. Arnaud Montebourg et Yanis Varoufakis sont eux les deux révoltés de la politique européenne. L'ancien ministre des finances grec, nouveau héros des antilibéraux en Europe, est accueilli sous les applaudissements peu après midi à Frangy-en-Bresse, rebaptisée pour l'occasion « *Frangy-en-Grèce* » par son hôte.

Invité d'honneur de la fête de la Rose, organisée chaque année par Arnaud Montebourg dans son ancien fief de Saône-et-Loire, M. Varoufakis se présente tout sourire, costume et chemise noirs, aux côtés de l'ancien ministre de l'économie du gouvernement Valls. Quelques heures plus tôt, le leader du Front de gauche, Jean-Luc Mélenchon, l'avait accompagné jusqu'à son train gare de Lyon, à Paris, pour s'entretenir avec lui avant son départ pour la Bourgogne.

« *Je suis très fier d'accueillir un ancien ministre qui s'est battu contre l'austérité en Europe. Son témoignage est fondamental pour nous Européens et pour le futur que nous espérons. C'est un message envoyé à tous les dirigeants européens* », déclare M. Montebourg à propos de son « *ami Yanis* », à sa descente de voiture, pris dans une cohue médiatique impressionnante, plusieurs médias étrangers s'étant déplacés dans le petit village pour voir l'économiste grec.

Le millésime 2015 de Frangy n'est pas à la fête

L'an dernier, à la même époque, l'ancien patron de Bercy avait envoyé de Frangy, avec le ministre de l'éducation Benoît Hamon, « *une cuvée du redressement* » à François Hollande. Une provocation, couplée à un discours au vitriol contre la politique économique du chef de l'Etat, qui avait coûté aux deux hommes leur place au gouvernement. Cette année, contrairement à ses habitudes, M. Montebourg ne fait pas le fanfaron sur ses terres bressanes. A la fin du banquet républicain, il chante à peine le traditionnel ban bourguignon avec son hôte. Le nouveau vice-président d'Habitat se veut au contraire grave : « *L'Europe est dans une situation critique, les stratégies d'austérité mises en place par la Commission européenne et par les Etats membres, en particulier l'Allemagne, sont un échec* », explique-t-il dans une conférence de presse commune avec son invité. Pour M. Montebourg, la crise économique européenne représente un « *risque pour la démocratie* ». « *Si malgré les votes des peuples, rien ne change, la colère des citoyens se portera vers les mouvements extrémistes antieuropéens* », en Grèce comme en France, avertit-il.

Le millésime 2015 de Frangy n'est pas à la fête. La pluie, qui tombe drue toute une partie de la journée, y est sans doute pour beaucoup. Les rangs militants sont aussi plus clairsemés que lors des rendez-vous précédents. Plusieurs élus socialistes du département n'ont pas fait le déplacement, refusant de participer à une réunion qui cible largement le gouvernement et l'exécutif français. Les « frondeurs » du PS ne sont pas venus non plus, sans doute embarrassés pour beaucoup de s'afficher avec M. Varoufakis, qui multiplie désormais les critiques contre le premier ministre grec, Alexis Tsipras.

Parmi les proches de M. Montebourg qui sont venus l'entourer figurent le sénateur socialiste de Saône-et-Loire Jérôme Durain, la députée PS de Moselle Aurélie Filippetti, ou le député MRC Jean-Luc Laurent. « *Il y a une ligne*

*gouvernementale qui existe, celle de François Hollande et de Manuel Valls, mais il n'est pas interdit de réfléchir à d'autres idées alternatives, c'est le rôle de Frangy, qui a toujours été un lieu de débats* », explique M. Durain. Cécile Untermaier, la députée PS du cru, doit faire face à une situation délicate, devant à la fois marcher avec M. Montebourg, sans pour autant critiquer trop violemment le gouvernement. « *François Hollande a eu raison de tenir bon* » dans la négociation européenne, tente-t-elle d'expliquer à la tribune, provoquant les huées de la foule...

Non loin du stand où sont mis en vente les derniers ouvrages de MM. Montebourg et Varoufakis, un groupe de militants de la Convention pour la VI<sup>e</sup> République débat de la situation européenne. Le ton général est largement antiallemand. « *La politique de Schäuble est inadmissible, d'ailleurs sa mère s'appelait Göhring, ça en dit long* », s'emporte une femme contre le ministre des finances du gouvernement d'Angela Merkel, avant de proposer que « *l'Allemagne sorte de l'Europe* ». « *Il ne faut pas tout mélanger, notre problème ce n'est pas l'Allemagne, mais la droite allemande. Il y a Die Linke et une partie du SPD qui sont très fréquentables* », tente de lui répondre son voisin plus mesuré.

Les deux hommes plaident pour « un nouveau chemin »

Montant à la tribune après le déjeuner, les deux non-alignés Montebourg et Varoufakis livrent bille en tête un réquisitoire contre l'austérité en Europe et contre « *l'obsession allemande* » de la dette. Le Français dénonce dans son discours « *l'austérité light à la française* », estimant que les Français ont « *voté pour la gauche et se retrouvent avec le programme de la droite au pouvoir* ». Le Grec regrette, lui aussi, « *l'impuissance* » et « *les silences* » de la France lors des négociations au sein de l'Eurogroupe ces derniers mois. Ses mots sont durs contre le pouvoir français : « *Cela me rappelle ce que m'a dit un jour à Paris Michel Sapin : "La France n'est plus ce qu'elle était"* », raconte-t-il à propos du ministre des finances du gouvernement Valls.

L'un comme l'autre fustigent l'absence, selon eux, de démocratie dans le fonctionnement des institutions européennes. M. Montebourg compare à « *un coup de force* » l'accord que M. Tsipras a été contraint de signer en juillet malgré le refus du peuple grec lors du référendum du 5 juillet. « *Je suis là parce que notre printemps d'Athènes a été écrasé tout comme le printemps de Prague. Ce n'était pas par des chars, mais par des banques* », ajoute M. Varoufakis.

Les deux hommes plaident pour « *un nouveau chemin* » dans la construction européenne, qui permette « *un contrôle démocratique sur l'oligarchie qui nous dirige* », explique M. Montebourg. Reprenant la proposition de M. Hollande d'un « Parlement de la zone euro », son ancien ministre demande que celui-ci puisse contrôler la Banque centrale européenne comme la présidence de l'Eurogroupe.

Mais le réseau des « *progressistes européens* » qu'appelle de ses vœux M. Varoufakis n'est guère plus détaillé. Trop tôt, explique le duo. « *Avant de prendre des décisions d'organisation, avant de résoudre un problème, il faut d'abord l'identifier et le montrer aux consciences des citoyens européens* », évacue M. Montebourg.

« *Montebourg président !* », scandent quelques militants au passage du candidat à la primaire socialiste de 2011. Mais celui-ci, qui affirme que son discours de Frangy ne doit « *pas être interprété sur un plan politique* », se garde bien de rebondir. La cuvée de 2015 n'est pas la première étape d'une candidature en 2017, assure M. Montebourg.

Même s'il reste une figure populaire à gauche, l'ex-ministre n'apparaît pas comme un recours pour une majorité de Français : selon un sondage Ipsos publié samedi, 69 % d'entre eux n'accordent guère d'importance à son éventuel retour au premier plan politique. « *Je suis retourné à la vie civile, mais ça ne m'empêche pas de m'exprimer* », explique l'intéressé, avant de préciser que s'il est « *toujours membre* » du Parti socialiste, il rêvait que « *ce parti soit différent* ».



[Bastien Bonnefous](#) (à Frangy-en-Bresse)

Journaliste au Monde

125,84

# Niemand weiß, was das Flüchtlingschaos kostet

800.000 Flüchtlinge könnten 2015 nach Deutschland kommen. Die Kosten für Unterbringung, Kleidung, Essen, Taschengeld steigen rasant. Doch wie hoch sie wirklich sind, weiß offenbar niemand so genau.

Von [Jan Dams](#), Virginia Kirst



DIE WELT

Leila kommt aus Syrien. Vor wenigen Wochen ist sie mit ihrem Baby Nabila und ihrem Mann aus Aleppo nach Berlin geflohen. Was sie zu Hause erlebt haben, lässt sich kaum beschreiben. Krieg, Gewalt – überall. Sie ist froh über die Unterkunft in der Traglufthalle der Stadtmission Berlin. Bis in den September hinein können sie hier bleiben.

Ortrud Wohlwend von der Stadtmission führt durch die Halle. Alles ist sauber. Die riesige Halle ist durch Wände in kleinere Räume unterteilt. Männer und Frauen schlafen getrennt. Auch wenn es sich um Familien handelt. In den kleinen Abteilen stehen Doppelstockbetten.

Es ist ruhig hier. "28,17 Euro kostet die Übernachtung hier", erzählt Frau Wohlwend. Geld, das Berlin der Stadtmission zahlt. Darin enthalten sind die Unterbringung, der Wachschatz von rund achteinhalb Stellen, Sozialarbeiter, Betreuung. Die Stadtmission weiß genau, was wie viel kostet und warum.

## Kosten pro Kopf haben sich verzehnfacht

Für das Land Berlin lässt sich das schon nicht mehr mit Sicherheit behaupten: Seit 2010 sind die Kosten der Unterbringung von Flüchtlingen von 2,1 auf 95 Millionen Euro gestiegen. Das hat seinen Grund: Vor fünf Jahren kamen lediglich 2708 Menschen nach Berlin, die als Flüchtlinge untergebracht werden mussten. 2014 waren es 11.262. Die Kosten pro Kopf haben sich mehr als verzehnfacht – so weist es das Land selbst aus. Sie stiegen im gleichen Zeitraum von 778,73 auf 8425,19 Euro.

Auf Euro und Cent veröffentlicht das Land, was es für die Unterbringung von Flüchtlingen ausgegeben hat. Nur passt die Kalkulation nicht mit einer anderen Statistik zusammen, die das Land ebenfalls herausgibt: Nach der Definition des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) sind die Gesamtausgaben, zu denen neben der Unterkunft auch Ernährung und Kleidung gehören, lediglich um das Zweieinhalbfache auf 185 Millionen Euro gestiegen.

Ein Anstieg der Unterbringungskosten um das Zehnfache müsste sich in der Statistik allerdings viel deutlicher bemerkbar machen. Zumindest die Unterbringungskosten damit mittlerweile die Hälfte der Gesamtausgaben ausmachen. 2010 dagegen waren es keine drei Prozent. Auf Nachfrage kann die Senatsverwaltung die riesige Diskrepanz nicht erklären.

## Bundesinnenministerium ist mit eigenen Zahlen überfordert

Berlin, mag sich da mancher in anderen Bundesländern denken. Die können keinen Flughafen bauen, rechnen können sie auch nicht. Und über den Länderfinanzausgleich leben sie auf unsere Kosten. Wenn es nur so einfach wäre. Eine Abfrage der "Welt" bei allen 16 Landesregierungen zeigt, alle rechnen unterschiedlich. Offiziell verdoppelten sich die Aufwendungen nach dem AsylbLG zwischen 2010 und 2014 auf 1,7 Milliarden Euro. Das ergab eine Umfrage bei den 16 Bundesländern.

Nur lässt sich die Ausgabenstatistik bundesweit kaum vergleichen. Viele Länder können nicht einmal erklären, was sie da genau rechnen. Selbst im Bundesinnenministerium ist man mit dem eigenen Zahlensalat überfordert. Für die Kostenkontrolle ist das ein Desaster.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) zum Beispiel erhöhte in der vergangenen Woche seine Prognose für die Zahl der Flüchtlinge auf 800.000 für dieses Jahr. Gleichzeitig erklärte er, dass man jetzt die Statistik geändert habe. Anstatt die Zahl der Asylantragssteller zu prognostizieren, nenne man nun die erwarteten Flüchtlinge. Diese Zahl sei deutlich höher, weil viele Leute eben doch nicht gleich am Anfang einen Asylantrag stellten.

So weit so gut. Nur, wie viele Flüchtlinge hätte der Bundesinnenminister dann nach der alten Berechnungsmethode erwartet? Wie groß ist nun der Unterschied? Wie kann man das vergleichen? Ein Anruf bei der Behörde. Er könne das nicht erklären, sagt ein Sprecher de Maizières nach langem Gespräch. Mit Zahlen lässt sich Politik machen. Erst recht mit diesen. Aber das zuständige Ministerium kann eine Umstellung der Berechnungsmethode fachlich nicht erklären. Dabei sind diese Zahlen doch eine Kalkulationsgrundlage für die Finanzplanung.

## **Es gibt nur Planzahlen, keine konkreten Berechnungen**

Zusätzlich zum AsylbLG gibt es in vielen Bundesländern noch Landesgesetze. Die regeln, welche Leistungen ein Asylbewerber außer Unterkunft, Verpflegung und Kleidung erhalten soll. In Baden-Württemberg gibt es zum Beispiel das "Flüchtlingsaufnahmegesetz". Flüchtlingsangelegenheiten sind dort dem Integrationsministerium unterstellt mit einem Etat von 247 Millionen Euro in 2014.

Verteilt wird das Geld auf vier Posten: die Pauschalen für die Asylbewerber an die Kommunen, die Erstaufnahmeeinrichtungen, für die das Land zuständig ist, der Integrationsetat für Integrationskurse und Ähnliches sowie die Sach- und Personalkosten des Ministeriums. Allein die Unterbringungskosten tauchen damit in zwei unterschiedlichen Posten auf.

Baden-Württemberg kalkuliert also über Pauschalen. Bayern, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern rechnen dagegen "spitz ab", wie ein Sprecher des Innenministeriums in Mecklenburg-Vorpommern sagt. "Sehr vorteilhaft", nennt der Sprecher die Lösung. Jede Steigerung der Asylbewerberzahlen wird so "eins zu eins" durch das Land ausgeglichen. Und man behält den Überblick über die tatsächlich anfallenden Kosten.

Von wegen: Fragt man bei den zuständigen Ministerien nach den entsprechenden Ausgaben, erhält man als Antwort lediglich die Zahl, die im Haushaltsplan für diesen Bereich veranschlagt wurde. Planzahlen also, keine konkreten Berechnungen. Auf Nachfrage nach den konkreten Ausgaben heißt es nur: viel zu aufwendig.

## **Container- und Zeltdörfer treiben die Preise**

Die Bayern – ganz stolz auf ihre solide Haushaltsführung unter Finanzminister Markus Söder (CSU) – sind dazu ebenfalls nicht in der Lage. Solange die Flüchtlinge in Bayern in Sammelunterkünften leben, ließen sich zum Beispiel die Unterbringungskosten noch herausrechnen. Sobald die Menschen aber auf die Landkreise und Kommunen verteilt werden, ist es mit der Transparenz vorbei. Denn diese rechnen mit dem Freistaat alle Kosten ab, also auch die freiwilligen Leistungen wie Integrationskurse und Willkommensklassen. Diese Kosten seien daher untrennbar mit denen für die Unterbringung verbunden, heißt es in Bayern unverständlichlicherweise.

Selbst dort, wo pauschal abgerechnet wird und damit alles klar sein müsste, herrscht Verwirrung. In Brandenburg zum Beispiel. In den Pauschalen sei die "Unterbringung, Betreuung sowie die Erbringung der Leistungen nach dem AsylbLG" enthalten, heißt es im Sozialministerium. Aber Unterbringung und Betreuung sind Leistungen nach AsylbLG.

Die sehr schnell, sehr stark steigende Anzahl an Flüchtlingen überfordert die Behörden. Obwohl der Bürgerkrieg in Syrien seit Jahren tobt, hatte sich hierzulande keiner in der Politik auf die Menschen vorbereitet. Jetzt aber steigen die Kosten rasant, auch weil es in der Kürze der Zeit nicht genügend Unterkünfte gibt. Nun müssen Container- und Zeltdörfer aufgebaut werden. Hostels vermieten ihre Zimmer an die Flüchtlinge. Das alles treibt die Preise, weil die Politik nicht vorgesorgt hat.

Eine Anfrage beim Bundesrechnungshof, der obersten Kontrollinstanz des Bundes, führt zu einer weiteren Überraschung. Obwohl der Bund den Ländern bislang die Hälfte der Ausgaben abnimmt, gibt es dort keine Kritik an den wenig vergleichbaren Statistiken. Nicht unser Thema, heißt es da. Das sei Ländersache. Wohin das führt, sieht man ja.

## Tirs dans un Thalys: «Il faut mettre en place des points de contrôle aux frontières»

Par [Angélique Négroni](#)

Mis à jour le 24/08/2015 à 10:44

INTERVIEW - Pour l'ancien commandant du GIGN Frédéric Gallois, les attentats dans des trains n'ont jusqu'ici pas été suffisamment nombreux pour conduire les autorités françaises et européennes à instaurer des mesures de sécurité contraignantes. Le contrôle aux frontières, même au sein de l'espace Schengen, serait selon lui un dispositif souhaitable.

LE FIGARO - Le rail est-il une cible privilégiée pour les attaques terroristes?

Frédéric Gallois\* - A la différence du transport aérien ou maritime, le rail n'a pas connu d'attaques à répétition en France et à l'étranger. Jusqu'alors, on déplore quelques attentats qui touchent davantage le transport ferroviaire urbain. Ainsi, en mars 2004, il y a eu les attentats de Madrid où des bombes, posées par des islamistes marocains, ont explosé dans plusieurs trains de banlieue de la capitale faisant 191 morts. Un an plus tard, à Londres, en juillet 2005, les transports en commun sont visés. Les bombes explosent dans le métro londonien ainsi que dans un bus. Le bilan est de 56 morts et 700 blessés. En juillet 1995, la France a été marquée par les attentats du RER à Paris faisant près de 10 tués mais aussi plus de cent blessés et revendiqué par le Groupe islamique armé (GIA) algérien.

Mais le rail a-t-il une réglementation qui s'est tout de même durcie?

En l'absence de menace terroriste permanente pesant sur le rail, la mise en place d'une organisation de sûreté particulière ne s'est pas justifiée. A chaque fois, en effet, la réglementation des contrôles se durcit en réaction à des épisodes de violence. Ce fut le cas dans le domaine aérien et maritime. Dans les années 70 notamment, il y a eu des prises d'otages et des détournements d'avions menés par des commandos palestiniens, puis, plus récemment, les attentats du 11 septembre ont frappé des Etats-Unis. Ces événements ont à chaque fois fait évoluer les règles. L'organisation internationale du transport aérien a mis en place une réglementation de sûreté plus stricte et qui est montée à son paroxysme après le 11 septembre. C'est depuis ce dernier attentat que les Etats-Unis ont considérablement étoffé un de leurs services, le federal Air Marshal Service. Fondé en 1968 pour combattre les détournements d'avions, ce service fait travailler des hommes en civil armés chargés de la sécurité. Embryonnaire avec quelques dizaines de fonctionnaires en 1970, il s'est désormais développé et compte plusieurs milliers d'hommes. Depuis, plusieurs pays se sont inspirés de cette structure. En France, le GIGN s'est occupé de ce programme. Des hommes en civil interviennent désormais pour des vols dits sensibles ou de manière aléatoire. On a vu la même évolution dans le transport maritime, dont l'histoire a été marquée par des actions criminelles. Il y a eu notamment, en 1985, le détournement d'un navire de croisière, l'Achille Lauro, par des Palestiniens, puis dernièrement des attaques menées par des pirates somaliens. Il a donc fallu s'adapter à la menace. Ces événements ont conduit les instances internationales chargées du transport maritime à durcir la réglementation.

Mais n'y a-t-il pas eu toute de même une réflexion sur la sécurité dans les trains?

En effet, à l'initiative du secrétariat général à la défense nationale, un service qui dépend de Matignon, une réflexion a été menée au lendemain des attentats du 11 septembre. Cela a donné lieu à quelques mesures comme les annonces appelant à la vigilance et que l'on entend désormais dans les gares. Il y a aussi aujourd'hui des contrôles des titres à quai et aussi plus de patrouilles dans les trains par les services dédiés à la sûreté ferroviaire.

Depuis cet attentat déjoué, faut-il aller plus loin?

Le train n'est pas l'avion. Il représente un considérable maillage de voies. Il apparaît donc difficile de transposer les mêmes règles de contrôle de l'avion au train, sauf à paralyser l'économie du pays. Comment imposer des fouilles à des millions de passagers pour leurs déplacements quotidiens? Mais il faut réfléchir à d'autres mesures et elles portent à mon sens sur les contrôles aux frontières françaises et européennes. Aujourd'hui, le rail comme la route permettent tous les flux possibles humains et matériels sans aucune surveillance. Les terroristes vont d'un pays à l'autre et les armes circulent avec eux. Il faut mettre en place des points de contrôle aux frontières.

\*Frédéric Gallois est un ancien commandant du GIGN, aujourd'hui directeur de Gallice, une société de conseil spécialisée dans la formation d'unités antiterroristes à l'internationale.



# Greece and the Global Sell-Off

One reason growth hopes are unraveling is **Europe's failure to get serious about its bigger troubles.**

By HOLMAN W. JENKINS, JR.

Aug. 21, 2015 6:47 p.m. ET

Why are world stock markets suddenly having hysterical fits? The Greek crisis is over, sort of, and the Greeks won, sort of. That's the signal from decision makers in Europe, aka Angela Merkel and Mario Draghi. Europe has given up the bluff and is unwilling to let Greece default out of the eurozone. Isn't that what the markets wanted?

**But this leaves only European taxpayers to pick up the tab for Greece's debt, though Ms. Merkel and colleagues will conceal this fact from taxpayers for as long as possible. Radical reform of the Greek economy -- the kind that countries undertake when their backs are to the wall -- won't be coming either.** China is just part of this week's global meltdown. **What also is sinking in is Europe's use of Greece to avoid recognizing its own deeper troubles.**

**Greece, which is about to become a permanently depressed ward of the European Union, accounts for less than 1.3% of European Union GDP; half of European GDP already consists of government spending, of which about \$456 billion annually is borrowed. In this great whoosh of borrowing and spending by Europe's governments, money to keep Greece permanently stumbling along will be a rounding error.**

**Greece's debt, so giant on paper, has already been partially alchemized into non-debt: Most of the debt has migrated from private holders to government agencies. The interest rate has been cut, the maturities extended; a "grace period" means the actual payments required of the Greek government are smallish.**

But the larger point is that the size of Greece's debt doesn't matter (as Italy, France, etc. have shown) now that Greece is inside the magic circle. Greece, albeit indirectly, is being cut in on the same deal that Mr. Draghi at the European Central Bank began offering three years ago to "core" European governments -- his "whatever it takes" promise to make sure they would always find a buyer for their bonds.

**Alas, this solution means that any hope of a Greek-spawned cathartic moment that would show Europe grappling with long-term challenges also has been anesthetized.**

**The larger eurozone crisis clearly now will continue unaddressed. Other more important countries still labor under unpayable debts; are still unwilling to reform their welfare states; still inflict confidence-killing stagnation on their people that would seem to leave no light at the distant end of the tunnel except inflation or default.** Abby Joseph Cohen of Goldman Sachs this week turned on its head one of Europe's main excuses: Its birth dearth, she said, is not a cause of stagnation, but an effect: Why have kids when a quarter of each generation is sacrificed to joblessness to protect vested interests?

**Though some carry on hoping, "whatever it takes" not only relieves pressure for reform. It relieves pressure for a fast march to a centralized United States of Europe that supposedly would solve all problems. But it wouldn't: The problem of the debt would still be there, posing the same threat to togetherness it does now.**

**Meanwhile, it takes only one confused radical party coming to power in Italy, Spain or France -- threatening to renege on its debt -- to blow up the extend-and-pretend future that Europe is shaping up for itself.**

**Who would have thought that hope in our world would come from more and more people wishing to be Japanese -- hoping their societies will settle for a permanent, gentle stagnation financed by endless government borrowing without leading to runaway interest rates and inflation?**

**The blessing -- yes, blessing -- of financial repression and incipient deflation is what Europe is reduced to praying for, a world in which economies can safely not grow and yet continue to roll over massive debts at very low interest rates.**

Unfortunately just as the largely unexpected and unexplained coincidence of very large debts, very slow growth, very low interest rates and very low inflation came out of nowhere, the next change is likely to catch us by surprise too.

# Gary Cooper in Europe

Three Americans risk their lives to foil a potential terror attack.

Aug. 23, 2015 6:10 p.m. ET

**Americans saving the day in Europe is a familiar story, and on Friday evening it happened again on a train from Amsterdam to Paris.** Three young American friends on vacation, two of them off-duty soldiers, charged and disarmed a suspected jihadist who appeared bent on another murderous Islamist rampage.

Airman First Class Spencer Stone, 23 years old, ran some 10 meters down the aisle of the train and tackled the gunman. Anthony Sadler and Alek Skarlatos, a Member of the Oregon National Guard who had been deployed in Afghanistan, then joined and helped subdue him. Media reports of eyewitness accounts aren't consistent, but some say the gunman's pistol didn't fire when he pulled the trigger. Airman Stone could easily have been killed, and while grabbing the gunman by the neck he was slashed multiple times with a box cutter that nearly severed his left thumb.

French authorities have praised the American trio as well as Chris Norman, a British consultant who joined the rush and bound the gunman's hands with a tie. The three Americans were childhood friends who attended the Freedom Christian School in Fair Oaks, Calif., near Sacramento. "All three made a show of courage -- full of bravery -- that everyone recognizes," French Interior Minister Bernard Cazeneuve said.

French officials identified the gunman as Ayoub El-Khazzani, a 26-year-old Moroccan national who had been flagged by intelligence services for Islamist sympathies. On Sunday a lawyer said Mr. El-Khazzani claimed he intended merely to rob the passengers, though why he would need a rifle, nine magazines of ammunition and a pistol for that isn't obvious. Police suspect he may have traveled to Syria but that wasn't confirmed.

The men who subdued El-Khazzani represent an admirable strain in American culture that doesn't shrink from individual acts of heroism for the larger good. The world saw it on display in the Flight 93 passengers who charged the cockpit to foil the 9/11 attack on the U.S. Capitol. And it is revealed every day in acts of courage by the U.S. military.

That heroism used to be celebrated in Hollywood, though it rarely is in these cynical days. **But it still exists in much of American society that knows the difference between good and evil and is willing to make sacrifices to defend a free society. The heroes on the French train showed the world the kind of men that America is still made of.**

## The Greek Revote

Greeks are set to get a meaningful vote on their country's economic future after all. Prime Minister Alexis Tsipras on Thursday announced his resignation and called a Parliamentary vote, most likely for September 20. Voters frustrated that their "no" in July's bailout referendum still brought them an onerous third deal will be able to vote in an election more consequential than any referendum.

Mr. Tsipras is still the front-runner to emerge as Prime Minister, and the main question is what sort of coalition he would lead. His Syriza party has fractured, as much of his party has refused to support the bailout terms Mr. Tsipras accepted last month to keep Greece in the euro. But he is by far the most charismatic politician in Greece at the moment. The center-right New Democracy party remains widely unpopular, and it hasn't had time to settle on a compelling new leader after former Prime Minister Antonis Samaras's ouster in January.

Mr. Tsipras is trying to ditch his party's far left flank and form a coalition that creditors can at least hope will abide by the bailout agreement. But Greece's problem runs deeper because the bailout deal is so flawed. Merely acceding to creditor demands to raise taxes while slashing government spending won't return the economy to robust growth.

**Athens needs a government that can adopt, and then exceed, the supply-side reforms included in the bailout deal. That includes the bailout's liberalization of some product markets and white-collar professions, as well as a bolder privatization program and deregulation of industries the bailout agreement didn't touch, such as pharmacies.**

Mr. Tsipras and Syriza haven't shown they are the right politician and party to lead such a reform drive. He's an academic leftist, and even the supposed moderates in Syriza's leadership retain a deep suspicion of private enterprise.

Greek voters claim to want to keep the euro even as they have resisted reforms that would make that possible. So it would be progress if voters reject the most vociferously anti-euro elements of Mr. Tsipras's party. **But a more enduring solution to Greek ills awaits the emergence of a political movement that can garner a mandate for bolder reforms.**

## Behind Europe's Refugee Crisis

5 août 2015

Parts of the French coastal town of Calais are descending into lawlessness as migrants from the Middle East and Africa make nightly attempts to cross the English Channel to Britain. The [U.K. government](#) on Monday announced it would send an additional 100 guards to its border on the French side of the Channel.

The scenes at Calais -- snaking traffic, burning tires and law enforcers chasing migrants as they try to board England-bound trucks -- are serious, although not the crisis of popular imagination. Immigration experts put the number of refugees in Calais at around 2,000 to 5,000. While large compared to Calais's local population of 75,000, that's a fraction of the nearly 200,000 refugees who have crossed Europe's frontiers since January 2015.

**That France hasn't been able to enforce basic law and order in its territory is an embarrassment. But Paris alone isn't to blame. Calais is symptomatic of deeper problems in the [European Union](#), which the likes of Britain have made worse.**

Migrants arrive in Europe from some of the world's worst war zones, failed states and authoritarian regimes. Some qualify for asylum on grounds that they'd be in danger if they returned home. Others are economic migrants. Many make the perilous trek through North Africa's deserts, then across the Mediterranean on unsafe boats at the mercy of human traffickers. From points of entry including Sicily, the Greek islands and the Balkans, they disperse across the Continent.

The common European response to the crisis has been haphazard at best. **Under international law, the refugees are entitled to some due process to review asylum claims.** Point-of-entry countries like [Greece](#), Italy and Hungary are overwhelmed by the numbers.

**An effort to more evenly distribute refugees among EU members to share the burden of housing and processing them is faltering.** Germany and France last month said they would participate, accepting a little more than half of the 40,000 Brussels is trying to account for. **Britain has said it will not participate.** A plan put forward earlier this year to crack down on human trafficking by, among other things, bombing (empty) boats on the North African coast also seems to have been abandoned, although France and Britain have reluctantly joined Italy in naval patrols of the Mediterranean.

**The EU has the right to secure borders and needs to invest far more in border protection, especially at sea. But an enforcement-only policy won't work against hundreds of thousands of desperate migrants and wily traffickers. If Europe wants to channel the immigration flood, it will also have to broaden legal opportunities for orderly migration while loosening regulations that strangle employment opportunities for the poor, wherever they may be from. Immigration needn't be a problem for societies that see human beings as opportunities, not burdens, and who prefer growth to redistribution in their economies.**

[Joschka Fischer](#)

Joschka Fischer was German Foreign Minister and Vice Chancellor from 1998-2005, a term marked by Germany's strong support for NATO's intervention in Kosovo in 1999, followed by its opposition to the war in Iraq. Fischer entered electoral politics after participating in the anti-establishment protest... [read more](#)

AUG 24, 2015 3

## Europe's Migration Paralysis

BERLIN – For many centuries, Europe was a continent plagued by wars, famines, and poverty. Millions of Europeans were driven to emigrate by economic and social deprivation. They sailed across the Atlantic to North and South America, and to places as far away as Australia, to escape misery and seek a better life for themselves and their children.

All of them were, in the parlance of the current immigration and refugee debate, “economic migrants.” During the twentieth century, racial persecution, political oppression, and the ravages of two world wars became the predominant causes of flight.

Today, the European Union is one of the world's richest economic regions. For decades, an overwhelming majority of Europeans have lived in peaceful democratic states that uphold their fundamental rights. Europe's own misery and migration has become [a distant \(if not entirely forgotten\) memory](#).

And yet many Europeans feel threatened once again, not by Russia, which is aggressively pushing outward against its neighbors, but by refugees and immigrants – the poorest of the poor. While hundreds of boat people have drowned in the Mediterranean Sea this summer, voices have emerged in almost every corner of Europe, 26 years after the fall of the Iron Curtain, calling for isolation, mass deportations, and the construction of new walls and fences. Throughout Europe, xenophobia and open racism are running rampant, and nationalist, even far-right parties are gaining ground.

At the same time, this is only the beginning of the crisis, because the conditions inciting people to flee their homelands will only worsen. And the EU, many of whose members have the world's largest and best-equipped welfare systems, appears to be overwhelmed by it – politically, morally, and administratively.

This paralysis creates a significant risk for the EU. No one seriously believes that individual member states – particularly Italy and Greece, the two countries most affected – can overcome the long-term challenges posed by large-scale migration on their own. But many member states reject a common European effort, a stance that threatens to accelerate the [erosion of solidarity](#) within the EU and reinforce the current trend toward disintegration.

There are three distinct causes of the current migration to Europe: the Western Balkans' continuing economic malaise; the turmoil in the greater Middle East; and Africa's civil wars and conflicts. Intensification or expansion of the war in eastern Ukraine would quickly add a fourth cause of flight.

In other words, all of the migration that Europe currently faces is rooted in grave crises in its own neighborhood. And yet the EU can do little to address any of them. Clearly, the EU must substantially strengthen its Common Foreign and Security Policy, including the [European Neighborhood Policy](#), in order to address more effectively the causes of migration at the source. Perhaps the only failure more glaring than the member states' refusal to back such reforms is their own failure to act, not least because it has created a legitimacy vacuum that xenophobic populists are now filling.

Given its foreign-policy weakness, Europe can have only a minor impact on the wars and conflicts ravaging Africa and the Middle East (though its influence, however small, should be used and developed). The Western Balkans, however, is a different story. Croatia is already an EU member; Montenegro and Serbia have begun membership negotiations; Albania and Macedonia are accession candidates; and Bosnia and Herzegovina and Kosovo are potential candidates. Here, the EU has considerable influence.

Why the EU has not become more engaged in the Western Balkans – a region where it can make all the difference by supporting economic and administrative modernization and infrastructure projects to link the region to the Union's industrial centers – remains the secret of the European Commission and the member states. The absurd result, however, is that citizens from EU candidate countries are subject to asylum procedures, because no possibility for legal immigration to the EU exists for them.

One special case is that of the Roma, a large minority in the Western Balkans whose members often confront vicious discrimination. This is a pan-European problem. The Roma suffered disproportionately after the collapse of communism in 1989, as they worked largely in unskilled industrial jobs that were the first to be cut. Indeed, many of them – current or future European citizens – have fallen back into deep poverty. Continuing discrimination against them constitutes a Europe-wide scandal, and the EU, its member states, and candidate countries need to address it.

This summer's refugee crisis highlights another – and much larger – structural problem in Europe: demography. As European populations age and shrink, the continent urgently needs immigration. Yet many in Europe strongly oppose immigration, because it also means social change.

In the long run, policymakers will have to explain to their people that they cannot have economic prosperity, a high level of social security, and a population in which pensioners place a growing burden on the economically active. Europe's labor force must grow, which is just one reason why Europeans should stop treating migrants as a threat and start viewing them as an opportunity.

125,93

## Linke spricht EU-Institutionen die Legitimation ab

Erst stellte Sahra Wagenknecht den Euro infrage, nun geht Linke-Chef Bernd Riexinger das Thema EU grundsätzlich an: Er prangert die Machtfülle der "demokratisch nicht legitimierten" Institutionen an.

Von [Günther Lachmann](#)Reporter



In der Linken wachsen die Zweifel an Euro und EU: Die Parteivorsitzenden der Linken, Katja Kipping (l.) und Bernd Riexinger, sowie die künftige Fraktionschefin Sahra Wagenknecht

Mit nur einem Satz hat die zukünftige Linke-Fraktionschefin Sahra Wagenknecht eine Debatte losgetreten, die ihre Partei und die Linke in ganz Europa so schnell nicht wieder loswird. Denn diese Debatte ist eng verbunden mit den jüngsten Ereignissen der Euro-Krise – also mit der bisherigen und vermutlich auch zukünftigen Syriza-Regierung in Griechenland. Und folglich damit, ob dem Land mit den Sparplänen der Gläubiger eine wirtschaftliche Gesundung gelingt. "Es zeigt sich einfach, dass der Euro nicht funktioniert", hatte Wagenknecht der ["Welt"](#) gesagt. Es sei an der Zeit, auch mal über ein anderes Währungssystem nachzudenken.

Ganz so radikal denken freilich noch nicht alle in der Linken; gleichwohl wird ihre Kritik von der Parteispitze grundsätzlich geteilt. "Ohne die grundlegende Veränderung des europäischen Regierungshandelns gibt es nur geringe Spielräume für eine linke, sozial gerechte Politik", sagte Parteichef [Bernd Riexinger](#) der "Welt". "Und wenn man sich die Rolle der [EZB](#) in Griechenland anschaut, die Syriza erpresste, weil sie damit gedroht hat, den Geldzufluss nach Griechenland zu stoppen, heißt das, wir müssen über eine radikale Erneuerung der EU-Institutionen reden."

Sämtliche EU-Institutionen seien demokratisch nicht legitimiert. "Sie sind sich aber alle einig, dass sie nur eine Politik vertreten, und verfügen über mehr Macht als gewählte Regierungen, wie wir jetzt in Griechenland gesehen haben", stellt der [Linke](#)-Vorsitzende fest. "In den Institutionen hat sich eine ungeheure Macht angesammelt. Das dürfen wir nicht akzeptieren." Darum wolle seine Partei einen Neustart in Europa. "Dazu muss dann auch ein demokratischer Neuaufbau der europäischen Institutionen gehören. Als Linke müssen wir diese Debatte führen."

Riexinger kritisiert "Konstruktion" des Euro

[Griechenland](#) war die Nagelprobe: Alexis Tsipras war der erste durch die Euro-Krise an die Macht gekommene linke Regierungschef. An ihn knüpfte die gesamte europäische Linke große Hoffnungen, weil er versprochen hatte, er werde alle Reformzusagen früherer Regierungen brechen und trotzdem die Schulden seines Landes abbauen. Letztlich aber brach er alle seine Wahlversprechen und stimmte den Forderungen der Gläubiger fast bedingungslos zu.

Was in Athen geschah, war ein Fanal für die Linke in ganz Europa. Linke-Vorstandsmitglied Janine Wissler und die Bundestagsabgeordnete Nicole Gohlke sprachen von einer "Niederlage", deren Botschaft "die gesamte europäische Linke demoralisieren und soziale Proteste abwürgen soll, weil die Hoffnung auf demokratische Veränderungen erstickt wird". Und weiter: "Ein Verbleib im Euro ist keineswegs ein Ziel der Mehrheit der Bevölkerung, sondern vor allem ein Projekt der herrschenden und besitzenden Klassen."

[Wagenknecht](#) hatte die Frage gestellt, welchen Spielraum "eine Politik jenseits des neoliberalen Mainstreams" im Rahmen des Euro überhaupt noch habe oder ob die Linke das Währungssystem nicht generell infrage stellen müsse. "Sahra Wagenknecht hat in der Einschätzung recht, dass die Konstruktion des Euro die starken Länder stärker und die schwachen Länder schwächer macht", sagte Parteichef Riexinger.

Unproduktivere Länder hätten nicht die Möglichkeit, sich durch eine Abwertung der Währung zumindest mal zeitweise zu schützen. Wenn die Politik dagegen nichts unternahme, werde die Grundlage der Währung und der Euro-Zone untergraben. Auch sei er überzeugt, dass diese Konstellation noch zu größeren Währungskrisen führen werde, wenn es keinen grundlegenden Politikwechsel gebe.

Linke-Chef "nicht zwangsläufig" für Euro-Austritt

Riexinger teilt zudem Wagenknechts Analyse, wonach gewählte Regierungen im Währungsgebiet keinen Handlungsspielraum mehr hätten, weil die EZB letztlich immer mit der Einschränkung des Liquiditätsnachschiebs drohen könne. "So hat sie es auch in Griechenland gemacht. Damit erpresst sie die griechische Regierung und gefährdet auf diese Weise die Demokratie in ganz Europa."

Wenn also die Troika vorgeben könne, welche Politik gemacht werde, unabhängig davon, ob die Bevölkerung eine linke, eine rechte oder eine gemäßigte Regierung gewählt habe, befördere das nationalistische Tendenzen und führe in der Bevölkerung insgesamt zu einem massiven Vertrauensverlust in ein demokratisches Europa.

"All diese Befürchtungen teile ich mit Sahra Wagenknecht, die sind auch in der Linken Konsens. Allerdings ergibt sich daraus nicht zwangsläufig die Schlussfolgerung, dass man aus dem Euro raus muss und ein neues Währungssystem braucht", sagte Riexinger. "Die genannten Probleme der EU, die ja als Wettbewerbsraum mit großer Kapitalverflechtung aufgebaut ist, sind nicht allein über die Währungsfrage zu lösen."

Erfolg versprechend sei vielmehr "ein ausgleichender Kurs", damit die wirtschaftliche Kluft zwischen den einzelnen Ländern nicht zu groß werde. "Wir müssten also eine Ausgleichsunion schaffen, Investitionsprogramme auflagen, einen Steuerwettbewerb nach unten verhindern und Sozialstandards festschreiben. Und wir müssen vor allen Dingen die Lohnpolitik koordinieren", sagte Riexinger. Denn wenn die Länder nicht mehr abwerten könnten, führe dieser Mangel unweigerlich zu einer "indirekten Abwertung über Lohnkosten-Dumping".

Riexinger: "Dann tritt die nackte Konkurrenz der Produktivitäts-, Lohn- und Sozialkosten in Kraft. Und da ist Deutschland ein Verursacher dieses Problems, da hier, gestützt auf zum Teil relativ niedrige Lohnkosten, hohe Produktivität und eine optimale Weltmarktorientierung, gigantische Exportüberschüsse erwirtschaftet werden."

„Totalausfall der Sozialdemokratie in ganz Europa“

### **Katja Kipping (Linke)**

Parteivorsitzende

Weil das so sei, lebten die Deutschen unter ihren Möglichkeiten. Die Unternehmen könnten höhere Löhne zahlen, der Staat könne mehr in die Infrastruktur und die Daseinsvorsorge investieren. Wenn es auf diese Weise den Binnenmarkt stärke und Exportüberschüsse abbaue, könne Deutschland die anderen Länder dramatisch entlasten. "Das ist der Kern des Problems", konstatierte der Parteivorsitzende. "Wenn wir also zur D-Mark zurückkehrten, müssten wir ebenfalls diese Politik umsetzen, denn sonst würden wir bald wieder vor den gleichen Problemen stehen."

Kipping macht Sozialdemokraten schwere Vorwürfe

Auch [Katja Kipping](#), die sich mit Riexinger den Linke-Vorsitz teilt, stimmt Wagenknecht im Großen und Ganzen zu. Sie widerspricht jedoch der Schlussfolgerung der designierten Fraktionschefin. "Sie hat recht, wenn sie das neoliberale Diktat der Euro-Gruppe kritisiert. Aber diese neoliberale Politik ist ja nicht im Euro festgeschrieben", sagte Kipping der "Welt". "Sie ist letztlich ein Ergebnis der politischen Kräfteverhältnisse in Europa."

Nicht der Euro als Gemeinschaftswährung sei das Kernproblem, sondern die politische Ausrichtung der Institutionen, findet Kipping. Ihrer Ansicht nach würden die ökonomischen Unterschiede auch dann bestehen bleiben, wenn Griechenland die Drachme wieder einführen würde.

Einen wesentlichen Grund für die derzeitigen politischen Kräfteverhältnisse in der Währungsunion sieht Kipping im "Totalausfall der Sozialdemokratie in ganz Europa". "Wenn es in dem Verhandlungskonflikt zwischen (*Bundesfinanzminister, d. Red.*) Wolfgang Schäuble und Alexis Tsipras eine starke Sozialdemokratie gegeben hätte, die auch ihre Funktion wahrnimmt, dann hätte man ja leicht einen keynesianischen Weg aus der Krise finden können", sagt sie.

Formell wäre eine sozialdemokratische Mehrheit in Europa für eine solche Politik denkbar, ergänzte Riexinger. "In Frankreich und Italien haben wir solche Regierungen, in Deutschland die Regierungsbeteiligung. Das Drama aber ist, dass die sozialdemokratischen Regierungen keine sozialdemokratische Politik machen, sondern sich dem neoliberalen Mainstream unterworfen haben", sagt er.

Persönlich verstehe er nicht, warum die [SPD](#) in Deutschland und die sozialdemokratischen Regierungen in Italien und Frankreich den Kurs der EU-Institutionen mittrügen, obwohl sie selbst gewaltige Probleme bekämen. "Ich befürchte, da wird es sehr bald tiefe Risse im europäischen Fundament geben. Wenn Deutschland seine Exportüberschüsse nicht reduziert, bringt es auch die großen EU-Länder Italien und Frankreich in fast unlösbare Probleme."

Auf Dauer würden diese Länder das nicht hinnehmen können. In Frankreich drohe schon jetzt ein gewaltiger Rechtsruck. Dort werde die Front National argumentieren, dass das eigene Volk schon jetzt nichts mehr zu sagen habe. Und dann werde die Forderung eines Euro-Austritts des Landes mit Wucht von rechts kommen.

125,95

## France : y a-t-il donc un espoir de reprise ?

Nous sommes face à une crise structurelle, plus profonde qu'une simple crise cyclique, et pourtant le gouvernement ne prend pas la mesure de la situation.

**PAR BERTRAND CHOKRANE**

Publié le 24/08/2015 à 06:43 | Le Point.fr

Une fois de plus, la forte chute des Bourses de ce mois d'août met en évidence la totale déconnexion entre la valorisation boursière des entreprises et la réalité macro-économique. Il règne une extraordinaire confusion dans les esprits : entre ceux qui expliquent les causes d'événements qu'ils n'ont pas pu prévoir, ceux qui placent leurs espoirs dans l'action des banques centrales et, enfin, ceux qui comptent sur une reprise macro-économique, la cacophonie est totale...

Un pas cynique de plus dans entre les marchés et la réalité

Vendredi 21 août, le CAC 40 a chuté de 3,3 %. Sur la semaine, la correction a été de 6,57 %, ce qui est impressionnant. Nous sommes à un point critique. Si le plancher des 4 600 points est traversé, alors nous serons emportés dans une chute plus importante et les acteurs financiers parieront sur une action des banques centrales pour éviter un krach. Si, au contraire, ce plancher résiste, les acteurs financiers, anticipant un rebond, se positionneront sur un rachat de valeurs et provoqueront de ce fait le mécanisme qu'ils anticipent. C'est ce qu'on appelle les prophéties auto-réalisatrices.

Cependant, il ne suffit pas d'anticiper un événement pour que celui-ci se produise. Nous ne sommes tout de même pas dans la pensée magique. En effet, la chute de 3,3 % du CAC 40 de vendredi constitue un « cygne noir », c'est-à-dire un événement imprévisible. S'ils sont nombreux à évoquer diverses raisons pouvant expliquer cet événement, aucun d'entre eux ne l'avait prévu. De plus, aucune des raisons invoquées n'est suffisante : certes, l'indice de l'activité manufacturière chinoise est retombé à son niveau de 2009 et la perspective d'un rehaussement des taux directeurs de la FED s'éloigne, tout au moins pour un bon nombre d'observateurs, ces anticipations provoquant la chute du dollar et la remontée de l'euro. Mais soyons sérieux ! La mauvaise santé de l'économie mondiale ne date pas de la semaine dernière. Cela fait des années que la reprise économique se fait attendre...

Des réalités macro-économiques qui ne cessent de décevoir...

Ceux qui sont à l'affût des signes avant-coureurs d'une reprise économique en sont pour leurs frais... La croissance du PIB français a été nulle au deuxième trimestre après une croissance de 0,7 % au premier trimestre. Lorsqu'on examine ce chiffre de plus près, on s'aperçoit d'un recul des investissements, tant de la part des entreprises françaises que des entreprises étrangères.

S'il est vrai que les entreprises sont en train de reconstituer leurs marges (leur excédent brut d'exploitation, pour être précis), cela est dû à la baisse du pétrole et des matières premières, notamment les métaux. Ce n'est pas dû au retour de la consommation. C'est une bouffée d'oxygène, mais ce sont des facteurs exogènes et passagers qui ne témoignent pas d'une amélioration liée à la structure et à la force intrinsèque du tissu économique français.

Autre signe avant-coureur étudié, le nombre des entreprises qui demandent des délais supplémentaires pour payer leurs charges auprès de l'Urssaf a diminué. Gardons-nous des erreurs d'interprétation. Une entreprise qui a des difficultés de trésorerie ne fait la demande qu'une fois. Si sa situation ne s'améliore pas, c'est la cessation de paiement, le dépôt de bilan. Autrement dit, cela signifie que le nombre des entreprises qui se débattent dans des difficultés de trésorerie augmente moins vite, mais il augmente encore. Le nombre des défaillances d'entreprises est encore à son plus haut et n'a pas baissé.

Des batailles dérisoires sur les chiffres du chômage...

Est-ce que cette reconstitution des marges pourrait inciter les entreprises à embaucher ? Pour l'instant, le chômage ne baisse toujours pas. Les hommes politiques s'engagent dans des débats dérisoires sur les messages SMS de relance (envoyés aux chômeurs pour que ces derniers n'oublient pas d'actualiser leur situation) qui, lorsqu'ils sont envoyés de manière intempestive, contribuent à diminuer le nombre des radiations automatiques et donc à augmenter le nombre des chômeurs, et qui, lorsqu'il y a un problème technique, contribuent à un effet inverse. La variation est de l'ordre d'une dizaine de milliers, un chiffre dérisoire, au regard des millions de personnes concernées... Une goutte d'eau dans l'océan... Cette polémique montre à quel point le personnel politique est démuni face à une telle situation.

Le mois dernier, le ministère du Travail a de nouveau modifié le mode de classification des chômeurs. Cette fois, les personnes en formation, en service civique ou en contrat aidé ne sont plus comptabilisées dans les catégories A, B et C... Même avec ces modifications, les statistiques finales continuent leur inexorable ascension... Arnaud Montebourg l'a déclaré en ces termes : « Cela ne marche pas ». L'ancien ministre de l'Économie, du Redressement productif et du Numérique manifeste son opposition à toute politique d'austérité qu'il juge contre-productive, mais ne sait-il pas qu'en France l'austérité n'a pas encore été mise en œuvre, contrairement à l'Espagne, à la Grèce, à l'Irlande, aux pays Baltes, etc. ?

Et ailleurs, cela ne va pas mieux...

En Europe, il n'y a pas de quoi pavoiser. Au Royaume-Uni aussi, on « habille » les chiffres pour les rendre plus « présentables ». Par exemple, seuls les chômeurs qui perçoivent une allocation sont comptabilisés... En Allemagne, de 2003 à 2013, les ménages allemands ont en moyenne perdu 15 % de leur patrimoine. Le chômage y est certes bas, mais on remplace des chômeurs par des travailleurs pauvres qui ne peuvent ni constituer un patrimoine ni consommer suffisamment pour relancer la machine économique.

Aux États-Unis, Janet Yellen, présidente de la FED (la banque centrale américaine), le reconnaît ouvertement, la reprise n'est pas au rendez-vous ! Les membres de la FED trouvent en effet que le plein emploi n'est pas atteint aux États-Unis et jugent l'inflation trop basse. Les termes de la FED sont des euphémismes puisqu'il s'agit de maintenir à tout prix la confiance.



## Aux États-Unis, le taux de chômage réel serait de 23 % !

D'autres experts, en revanche, ne s'embarrassent pas de telles précautions de langage et disent tout haut des vérités choquantes. Selon Paul Craig Roberts, ancien secrétaire adjoint du Trésor américain et rédacteur en chef adjoint du *Wall Street Journal*, le taux de chômage réel étatsunien est de 23 % ! Le taux officiel est plus bas parce qu'on ne prend plus en compte les chômeurs découragés, comme c'était le cas jusque dans les années 90. Autrement dit, les États-Unis sont dans une situation aussi calamiteuse que lors de la Grande Dépression des années 30.

Janet Yellen est d'autant plus embarrassée qu'elle subit de fortes pressions pour remonter les taux directeurs de la banque centrale. Dans un tel contexte, l'économie réelle américaine n'aurait plus aucune chance de se remettre d'aplomb. Un malheur ne venant jamais seul, la Chine a dévalué sa monnaie, ce qui a pour conséquences de renchérir le dollar, de rendre les importations moins chères et les exportations plus chères, nuisant de ce fait à la compétitivité (déjà chancelante) des produits « made in USA ». L'inflation annuelle étant de 0,3 % (baisse du prix des matières premières, stagnation des salaires, baisse des produits importés), tout concourt à la déflation.

La hausse des taux directeurs américains attirerait les capitaux vers le pays de l'Oncle Sam, mais elle plongerait dans les abysses l'économie non financière. Voilà le dilemme de Janet Yellen. Cela, elle ne pourra pas faire autrement que d'augmenter les taux, car elle doit avant tout préserver les intérêts de la banque centrale elle-même, notamment sa valeur capitalistique...

## Recherche indicateurs désespérément...

Il faut reconnaître que le niveau du chômage reste un indicateur économique crucial aux yeux des populations et des politiques. Et chaque pays rivalise d'astuces pour le faire baisser. Pour résumer, quels que soient les modes de calcul des indicateurs économiques, dans tous les pays du monde, la reprise est absente. Ni au Japon, ni aux États-Unis, ni en Europe, les politiques d'assouplissement monétaire (les fameux Quantitative Easings) n'ont eu d'effets sur l'état de l'économie. Dans cette course à la compétitivité par le dumping social, fiscal et monétaire, on peut faire baisser le chômage en facilitant le travail pauvrement rémunéré, mais cela ne résout pas le problème. L'économie mondiale est en surcapacité de production. Les consommateurs ne sont pas au rendez-vous. Et donc les investisseurs, devant ces piètres perspectives, n'ont pas envie d'investir.

Pour le gouvernement en place, qu'il soit de gauche ou de droite, s'engager dans des débats dérisoires sur les statistiques du chômage est inutile. Nous sommes face à une crise structurelle, plus profonde qu'une simple crise cyclique. Quant à la haute finance, tout du moins les investisseurs institutionnels les plus compétents, elle n'est pas dupe. Les indicateurs ne font pas illusion. Pour ces acteurs financiers de premier ordre, les publications d'indices divers constituent des opportunités pour enclencher des mouvements à la baisse comme à la hausse, pour vendre à un bon niveau ou acheter à bon compte. Autrement dit, c'est « business as usual ».

## Refugees in Europe

# Germany, the EU country which takes the most asylum seekers, is straining

## Wanting the burden shared

Aug 21st 2015 | BERLIN | [Europe](#)

“CHALLENGING, but not overwhelming” is how Thomas de Maiziere, Germany’s interior minister, described the effects of a surge in refugees on German society this week.

Many Germans, however, do feel overwhelmed. **On August 19th Mr de Maiziere unveiled an updated, and stunning, estimate of asylum seekers this year. The government had assumed 450,000 would apply in Germany in 2015, more than twice the number last year. It now expects 800,000, almost four times last year’s total. In a space of weeks, the refugee crisis has thus pushed aside troubles in Greece and Ukraine as Germany’s biggest worry. Angela Merkel, the chancellor, thinks it will “preoccupy” Europe much more than any other crisis.**

Germany, in the centre of the European Union (EU), is not the geographical frontline in this drama. That burden falls on Greece and Italy, where the masses wash ashore. **But Germany, along with Sweden, is the preferred destination for many asylum seekers in part because it is comparatively liberal. These two countries alone processed 40% of the EU’s asylum applications last year.**

**In general, Germany feels it must be more welcoming than, say, Britain or the eastern European countries, because of its dark past and its own experience after the second world war, when it was Germans who were refugees. Even now, many Germans embrace the new arrivals warmly.** When Sven Latteyer, a bus driver in Bavaria, realised he was driving a group of refugees recently, he spontaneously grabbed his microphone to announce, in English: “Welcome to Germany, welcome to my country.” The entire bus, refugees and Germans alike, broke out in applause. Many refugees feel grateful in return. Ophelya Ade, a refugee from Ghana who gave birth in Hanover this month, named her baby Angela Merkel Ade because the chancellor “is a very good woman”.

### Dividing Germany

But increasingly, such welcoming gestures are causing their own backlash. When Til Schweiger, a movie star, called on his Facebook page for private donations to buy and convert a former army barracks into an asylum centre, he was inundated with comments that were vile and racist. **Especially in eastern Germany, where locals often have little contact with foreigners, there are incidents of right-wing and neo-Nazi rallies in front of refugee homes, and even arson.** The refugees are dividing German society and testing its tolerance.

As a result, it is getting harder for politicians to nuance their reactions between what is necessary to cope with the crisis and what crosses the line of good taste. It is clear that municipalities need more money, especially as winter comes and makes the temporary tent cities uninhabitable. **A consensus is also growing that countries such as Albania, Montenegro and Kosovo should be declared “safe”, on the assumption that people seeking asylum from there are really economic migrants. About a third of asylum applicants in Germany come from the Balkans. Almost all of their applications are denied, but they still clog up the system.**

Another conclusion is more controversial but now also on the table. If the flood continues, thinks Mr de Maiziere, **Germany may have to rethink its status in the Schengen area, which eliminates border controls among 26 European countries. Especially in Bavaria, politicians are striking populist notes of frustration with Austria and Italy for standing by as refugees pass through to Germany.**

**But any substantive response, German politicians concede in private, must involve the whole of the EU. It cannot be that Spain, Poland, France or Britain take such few refugees, they argue. And it seems outrageous that Slovakia would prefer to exclude Muslims from asylum. Instead, the EU must agree to a new deal in which members states share the burden.**

**As it happens, Germany already has such a system.** It allocates refugees among the 16 federal states according to a formula that takes account of tax revenues and population. It is not perfect, for it means that some refugees end up in areas where locals are hostile. But the alternative—that some regions take many, others none—is not sustainable. **Germany is constantly being told to be a hegemon in the EU, and has often been reluctant. This year’s refugee crisis may finally prompt it to lead.**

125,98

## Crise des éleveurs : la FNSEA promet d'envoyer 1 000 tracteurs à Paris le 3 septembre

Le Monde.fr avec AFP | 24.08.2015 à 14h52 • Mis à jour le 24.08.2015 à 15h03



Xavier Beulin, le 21 juillet 2015. THOMAS SAMSON / AFP

Les responsables de la Fédération nationale des syndicats d'exploitants agricoles (FNSEA) ont promis, lundi 24 août, de mobiliser un millier de tracteurs à Paris le 3 septembre pour obtenir des « rallonges » du gouvernement au plan d'urgence annoncé en juillet afin de résoudre la crise des éleveurs. Cette mobilisation aura lieu uniquement à Paris, aucune manifestation n'étant prévue en régions. Des délégations d'agriculteurs seront reçues à Matignon et à l'Assemblée nationale.

« On croit au travail qui sera fait d'ici le 3 septembre » en collaboration avec le gouvernement, mais il y aura dans tous les cas « 1 000 tracteurs » dans la capitale ce jour-là, a déclaré Dominique Barrau, secrétaire général de la FNSEA, à l'issue d'une réunion à l'Élysée avec le chef de l'État, le premier ministre et le ministre de l'agriculture.

L'optimisme est de mise

François Hollande « s'est engagé à apporter des réponses concrètes dès le 3 septembre », a pour sa part souligné le patron du syndicat Xavier Beulin, qui a demandé lors de la rencontre des « rallonges » par rapport au plan d'urgence gouvernemental de 600 millions d'euros.

Ce plan comprend 100 millions d'euros d'annulations de charges et cotisations et 500 millions d'euros de reports.

« Le chef de l'État et le premier ministre ont pris en compte notre demande particulière sur le crédit d'impôt pour la compétitivité et l'emploi (CICE), qui aujourd'hui ne concerne pas les agriculteurs chefs d'exploitation », a-t-il ajouté.

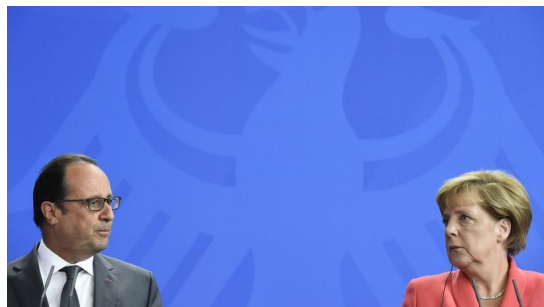
M. Beulin, qui estime qu'il faudrait trois milliards d'euros sur trois ans pour redonner sa compétitivité à l'agriculture française, a également déclaré que François Hollande avait « fait part de son intérêt pour mobiliser tout ce qui peut l'être » en matière d'investissements.

Le syndicaliste a aussi expliqué être tombé « d'accord » avec l'exécutif sur les « demandes à formuler à Bruxelles » lors du conseil européen sur l'agriculture du 7 septembre. Ces requêtes porteront sur la levée de l'embargo russe sur les produits agricoles européens, notamment sur le porc, sur le financement de mesures de stockage et d'intervention sur le porc et le lait, sur le prix du lait et sur l'étiquetage des viandes.

## Hollande applique-t-il la même politique que Merkel, comme le prétend Montebourg ?

Par [Mathilde Siraud](#), Service infographie du Figaro

Publié le 25/08/2015 à 06:00



LE SCAN POLITIQUE/INFOGRAPHIE - La gauche de la gauche compare souvent le chef de l'État français à la chancelière allemande pour critiquer la politique économique du gouvernement. Le Scan confronte leurs bilans.

Il a répété un refrain déjà bien connu. Lors de sa traditionnelle [Fête de la rose, à Frangy-en-Bresse, dimanche](#), Arnaud Montebourg, au côté cette année de l'ex-ministre grec Yanis Varoufakis, a accusé François Hollande d'adopter la même politique qu'Angela Merkel. «Vous votez pour la gauche en France et vous vous retrouvez avec le programme de la droite allemande», a-t-il seriné, non sans rappeler la formule de Jean-Luc Mélenchon sur le couple «Merkhollande». Si la conjoncture des deux pays est bien différente, rendant les comparaisons périlleuses, Le Scan a repertorié quelques mesures fortes des deux dirigeants européens pour tenter de vérifier la pertinence du postulat d'Arnaud Montebourg.

Pour Christopher Dembik, économiste chez Saxo Bank, la politique de François Hollande n'a rien à voir avec celle d'Angela Merkel. «On est très loin d'une application du programme de la droite allemande. Si on veut faire une comparaison, ce serait plutôt avec le programme du SPD de l'époque Schröder», estime-t-il, en référence à l'ancien chancelier social-démocrate. «François Hollande va moins loin et moins rapidement que Schröder notamment à cause de certaines rigidités, mais c'est la même voie qui est suivie».

Contrairement à la gauche de la gauche, Christopher Dembik ne voit aucune trace d'orthodoxie budgétaire ou d'austérité dans la politique du président français. «En Allemagne, la vision économique est inspirée de l'école autrichienne: on est proche d'un Friedrich Hayek, l'État est très respectueux des règles budgétaires. En France, on est plutôt sur une tentative de respecter les accords européens alors que dans les faits on ne va jamais y arriver», assure le spécialiste, pour qui François Hollande est un «gestionnaire libéral» qui essaye de conserver l'héritage des Trente Glorieuses, la pérennité de l'État-providence.

En conclusion, le couple franco-allemand se retrouverait seulement sur une même conception pour faire fonctionner l'Europe. «On doit montrer au moins en apparence des intérêts politiques et économiques communs», analyse Christopher Dembik. «La gauche de la gauche attaque Hollande sur le bilan de Merkel qui a provoqué en Allemagne une société à deux vitesses et une démographie déclinante, alors que ce n'est pas du tout le cas en France», résume-t-il.

125,100

## China, Japan and Europe Are Flashing Economic Warning Signs

By THE EDITORIAL BOARD AUG. 24, 2015

Photo

Even before the [recent plunge](#) in commodity and stock markets, the world economy was weak. But recent data from [China](#), Europe, [Japan](#) and other countries suggest that growth is slowing more sharply than many analysts had anticipated. That puts the burden on policy makers in these countries to come up with more credible ways to bolster their economies.

The most worrying signs are coming from China, the world's second-biggest economy. After two decades of rapid growth, China's economy is decelerating and its leaders are failing to strengthen it — by, for instance, decreasing its reliance on investment and putting greater emphasis on consumer demand. In a sign of how quickly business activity is falling, [exports declined](#) more than 8 percent in July from June and [auto sales](#) were down more than 6 percent compared to a year earlier. Gross domestic product grew at 7 percent in the second quarter, the slowest pace in six years.

China's communist government has seemed to make matters worse by [intervening forcefully](#) in the financial market. First, it ordered state-owned companies and the securities industry to buy stocks, but the move did not shore up confidence in the inflated stock market, and shares have kept falling. The [Shanghai composite index tumbled](#) 8.5 percent on Monday. Meanwhile, China's decision to greatly devalue its currency, the renminbi, has sent the currencies of other developing nations sharply lower against the dollar.

Many analysts had hoped that China's rise could be good for the global economy, by creating another big source of growth besides the United States. But the government's mishandling of its economy this summer suggests that China will not be ready to play that role anytime soon. The problem is that much of the rest of the world is also struggling.

Last week, the Japanese government said the country's economy [contracted by 0.4 percent](#) in the second quarter of the year. Exports and industrial activity have been slowing in the country, partly as a result of weaker demand from China. But the government of Prime Minister [Shinzo Abe](#) also [needs to do more](#) to encourage businesses to invest more and raise wages.

**The euro currency union, which is made up of 19 countries, is doing a little bit better, but not much. The eurozone grew at 0.3 percent in the [second quarter](#), down from 0.4 percent growth in the first three months of the year. While growth picked up in Spain and a few other countries, other economies like France and Italy slowed. **European leaders should be trying to stimulate their economies with public spending, but they are not doing that in a misguided attempt to reduce their budget deficits. (!!!!)****

The economies of other countries such as [Brazil](#) and [Russia](#), which depend heavily on exporting commodities like oil and iron ore, are also faltering as China and other nations import fewer raw materials. [Oil prices](#) have fallen by more than half in the last year, to just under \$40 a barrel. Commodity-exporting nations need to diversify their economies, even though that is a long-term process that is unlikely to deliver a quick boost.

America's [economy](#) is in better shape, but it is not growing fast enough to help the rest of the world. The slowdowns abroad could, in fact, serve to dampen growth in the United States by reducing demand for American exports. In recent months, the dollar has [strengthened considerably](#) against other currencies, making American goods more expensive to consumers elsewhere.

The [Federal Reserve](#) has been widely expected to start raising interest rates as soon as [next month](#). The Fed needs to keep the weak global economy in mind before it starts doing that.

<http://www.zerohedge.com/news/2015-08-24/paul-craig-roberts-central-banks-have-become-corrupting-force>

125,101

# Paul Craig Roberts: Central Banks Have Become A Corrupting Force

Submitted by [Tyler Durden](#) on 08/24/2015 21:10 -0400

Authored by [Paul Craig Roberts](#) and [Dave Kranzler](#) via [PaulCraigRoberts.org](#),

***Are we witnessing the corruption of central banks? Are we observing the money-creating powers of central banks being used to drive up prices in the stock market for the benefit of the mega-rich?***

These questions came to mind when we learned that the central bank of Switzerland, the Swiss National Bank, purchased 3,300,000 shares of Apple stock in the first quarter of this year, adding 500,000 shares in the second quarter. Smart money would have been selling, not buying.

It turns out that the Swiss central bank, in addition to its Apple stock, holds very large equity positions, ranging from \$250,000,000 to \$637,000,000, in numerous US corporations — Exxon Mobil, Microsoft, Google, Johnson & Johnson, General Electric, Procter & Gamble, Verizon, AT&T, Pfizer, Chevron, Merck, Facebook, PepsiCo, Coca Cola, Disney, Valeant, IBM, Gilead, Amazon.

Among this list of the Swiss central bank's holdings are stocks which are responsible for more than 100% of the year-to-date rise in the S&P 500 prior to the latest sell-off.

## **What is going on here?**

The purpose of central banks was to serve as a "lender of last resort" to commercial banks faced with a run on the bank by depositors demanding cash withdrawals of their deposits.

Banks would call in loans in an effort to raise cash to pay off depositors. Businesses would fail, and the banks would fail from their inability to pay depositors their money on demand.

As time passed, this rationale for a central bank was made redundant by government deposit insurance for bank depositors, and central banks found additional functions for their existence. The Federal Reserve, for example, under the Humphrey-Hawkins Act, is responsible for maintaining full employment and low inflation. By the time this legislation was passed, the worsening "Phillips Curve tradeoffs" between inflation and employment had made the goals inconsistent. The result was the introduction by the Reagan administration of the supply-side economic policy that cured the simultaneously rising inflation and unemployment.

***Neither the Federal Reserve's charter nor the Humphrey-Hawkins Act says that the Federal Reserve is supposed to stabilize the stock market by purchasing stocks. The Federal Reserve is supposed to buy and sell bonds in open market operations in order to encourage employment with lower interest rates or to restrict inflation with higher interest rates.***

**If central banks purchase stocks in order to support equity prices, what is the point of having a stock market? The central bank's ability to create money to support stock prices negates the price discovery function of the stock market.**

**The problem with central banks is that humans are fallible**, including the chairman of the Federal Reserve Board and all the board members and staff. Nobel prize-winner Milton Friedman and Anna Schwartz established that the Great Depression was the consequence of the failure of the Federal Reserve to expand monetary policy sufficiently to offset the restriction of the money supply due to bank failure. When a bank failed in the pre-deposit insurance era, the money supply would shrink by the amount of the bank's deposits. During the Great Depression, thousands of banks failed, wiping out the purchasing power of millions of Americans and the credit creating power of thousands of banks.

***The Fed is prohibited from buying equities by the Federal Reserve Act. But an amendment in 2010 – Section 13(3) – was enacted to permit the Fed to buy AIG's insolvent Maiden Lane assets. This amendment also created a loophole which enables the Fed to lend money to entities that can use the funds to buy stocks. Thus, the Swiss central bank could be operating as an agent of the Federal Reserve.***

If central banks cannot properly conduct monetary policy, how can they conduct an equity policy? Some astute observers believe that the Swiss National Bank is acting as an agent for the Federal Reserve and purchases large blocs of US equities at critical times to arrest stock market declines that would puncture the propagandized belief that all is fine here in the US economy.

We know that the US government has a "plunge protection team" consisting of the US Treasury and Federal Reserve. The purpose of this team is to prevent unwanted stock market crashes.

## **Is the current stock market decline welcome or unwelcome?**

At this point we do not know. In order to keep the dollar up, the basis of US power, the Federal Reserve has promised to raise interest rates, but always in the future. The latest future is next month. ***The belief that a hike in interest rates is in the cards keeps the US dollar from losing exchange value in relation to other currencies, thus preventing a flight from the dollar that would reduce the Uni-power to Third World status.***

The Federal Reserve can say that the stock market decline indicates that the recovery is in doubt and requires more stimulus. The prospect of more liquidity could drive the stock market back up. **As asset bubbles are in the way of the Fed's policy, a decline in stock prices removes the equity market bubble and enables the Fed to print more money and start the process up again.**

On the other hand, the stock market decline last Thursday and Friday could indicate that the players in the market have comprehended that the stock market is an artificially inflated bubble that has no real basis. **Once the psychology is destroyed, flight sets in.**

If flight turns out to be the case, it will be interesting to see if central bank liquidity and purchases of stocks can stop the rout.

## **Les gauches, malades de l'Europe**

Deux rebelles en rupture de ban ne vont pas changer la face de l'Europe. En dépit de leur aura singulière et de leur talent iconoclaste, c'est un amer constat d'échec qu'Arnaud Montebourg et Yanis Varoufakis ont dressé, dimanche 23 août, lors de la Fête de la rose de Frangy-en-Bresse (Saône-et-Loire), où le premier avait invité le second.

Pour les deux ministres de l'économie, limogés à quelques mois d'intervalle de leur gouvernement respectif, la dramatique crise grecque de ces derniers mois s'est soldée par une « *défaite de la démocratie* » face à « *l'euro-oligarchie* » dénoncée par Arnaud Montebourg. « *C'est le problème de la zone euro*, a-t-il précisé. *On vote, mais cela ne sert à rien. C'est le sentiment de désespoir qu'exprime le peuple grec, mais que nous avons connu, nous aussi.* » Quant à Yanis Varoufakis, il n'a pas eu de mots assez durs pour fustiger la « *capitulation* » de son pays devant les exigences de ses créanciers. A ses yeux, le « *printemps d'Athènes* » a été écrasé comme celui de Prague en 1968, à ceci près que « *ce n'était pas avec des chars, mais avec des banques* ».

Ce constat d'échec se double d'un aveu d'impuissance. Car les deux rebelles de Frangy en sont réduits, chacun à sa manière, à ressasser les remèdes invoqués depuis des lustres contre cette Europe opaque et cette austérité calamiteuse. Ainsi, pour Montebourg, il faut « *restructurer l'Europe en profondeur* » et créer un Parlement de la zone euro « *qui contrôle l'action du président de l'Eurogroupe et de la Banque centrale européenne* ».

Echafaudage nébuleux

Mais cette proposition ressemble comme deux gouttes d'eau à celle formulée par François Hollande dans une tribune au *Journal du dimanche* le 18 juillet. Invoquant l'Europe des citoyens dont rêvait Jacques Delors, le président de la République y admettait sans détour que « *c'est là que le bât blesse depuis vingt ans* » : « *Les peuples se détournent à force d'être contournés.* » Bien vu ! « *Ce qui nous menace, ce n'est pas l'excès d'Europe mais son insuffisance* », mettait-il en garde, avant de relancer l'idée d'un « *gouvernement de la zone euro* », doté d'un budget spécifique ainsi que d'un Parlement pour en assurer le contrôle démocratique.

Quant à Varoufakis, il reprend l'antienne du « *plan B* » qui, en d'autres circonstances, avait fait les beaux jours des opposants au projet de traité constitutionnel européen de 2005. Contre le « *plan A* » imposé par l'Europe en général et l'Allemagne en particulier, il suggère l'organisation d'un « *mouvement progressiste européen* » et la réunion d'une « *conférence européenne* » consacrée au dit plan B.

Cet échafaudage nébuleux masque mal, en réalité, la tentation de sortir de la zone euro, faute de pouvoir la réformer de l'intérieur en s'appuyant sur la pression démocratique des peuples. La leçon de ces derniers mois est, à cet égard, cruelle : non seulement le soutien des gauches de la gauche européenne, de Jean-Luc Mélenchon en France à Oskar Lafontaine en Allemagne, n'a pas pesé lourd dans le dénouement - provisoire - de la crise grecque, mais les uns et les autres sont peu à peu gagnés par une europhobie qui est l'un des terrains les plus fertiles de tous les populistes européens.

A vingt mois de l'élection présidentielle française, ce débat peut paraître périphérique. Il est en réalité central, en particulier pour la gauche. Faute d'ambition et de dynamique européennes, en effet, celle-ci est privée de projet mobilisateur, capable de faire pièce à toutes les tentations de repli national, voire nationaliste.

Un ressort européen cassé

Par conviction autant que par intérêt, l'ancien président de la République François Mitterrand l'avait parfaitement compris. Après que la gauche eut fait, douloureusement, le deuil de ses illusions de 1981, qu'elle eut constaté combien il était hasardeux de vouloir instaurer le socialisme dans un seul pays et qu'elle eut renoncé, en 1983, à sortir du système monétaire européen de l'époque, l'ancien président eut l'intelligence de lui proposer un nouvel horizon : l'Europe. Cela ne se fit pas sans mal : la philosophie de l'Acte unique de 1986 était aux antipodes des credo traditionnels de la gauche et le référendum de 1992 sur le traité de Maastricht ne fut remporté que d'extrême justesse. Mais le cap de l'euro était tracé. Lionel Jospin sut en tirer le meilleur profit à partir de 1997 pour mobiliser le pays en faveur de la monnaie unique et de la politique économique de son gouvernement.

Depuis dix ans, comme premier secrétaire du Parti socialiste puis comme président, François Hollande est confronté à un mouvement exactement inverse. L'échec du référendum de 2005 a fracturé la gauche et tétanisé les socialistes. La crise des dettes souveraines après 2008, les purges budgétaires mises en oeuvre pour y faire face en Irlande et dans l'Europe du Sud, l'atonie économique persistante de la zone euro, la gouvernance fort peu démocratique de Bruxelles : tout a contribué à casser le ressort européen. D'autant plus sûrement que l'Europe se montre incapable de répondre à de nouveaux défis, comme celui des migrants qui frappent à sa porte, du terrorisme qui la prend pour cible ou de la guerre qui couve à sa frontière ukrainienne.

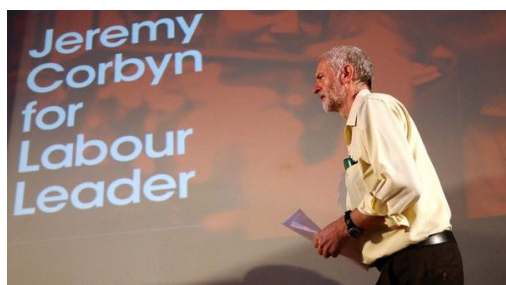
L'union était un grand dessein. Elle reste, selon l'expression juste de Daniel Cohn-Bendit, dans un entretien à *Libération*, cet été, « *une utopie nécessaire pour la gauche* », tant il est vrai qu'« *une régulation sociale de la mondialisation et une régulation écologique* » ne peuvent se concevoir qu'à l'échelle de l'Europe. Or celle-ci est en passe de devenir un repoussoir aux yeux d'un nombre grandissant de Français. A cet égard, si les duettistes de Frangy-en-Bresse ont fait la démonstration de leur impuissance solitaire, ils ont également mis le doigt là où ça fait mal. Les vœux pieux de François Hollande ne font que le confirmer.



## It's as simple as it seems: Corbyn spells disaster for Labour

Janan Ganesh

The mere act of choosing the most extreme leader in its history might be impossible to live down



Sometimes things are as simple as they seem. There is no profit in searching for complexity or perverse consequences in events that can only play out one way. Contrarians, stand down.

If a [socialist peacenik](#) becomes leader of Britain's Labour party on September 12, it is not somehow a problem for the Conservatives, too. Tories high-fiving each other at the prospect of facing [Jeremy Corbyn](#) should not "be careful what they wish for". They should not "reflect" on what his sensational climb "means" and "engage" with his "movement". They do not "underestimate" him, they estimate him correctly — that is, derisively. There are no hidden dimensions or unconsidered angles here.

Tellingly, none of the supposed traps awaiting a complacent Tory party include the possibility that Mr Corbyn might actually win a general election. Even the bravest contrarian will not make that mental leap. Instead, the theory goes, a weak opposition will free Conservative malcontents to hound Prime Minister [David Cameron](#) without restraint. Also predicted is the flourishing of a continental-style extra-parliamentary left whose strikes and protests will enervate the government over time, just as Margaret Thatcher succumbed to civil disorder.

Neither of these hazards are real. Even if they are, they will be as nothing next to the lasting toxicity of [Labour](#) electing the unelectable.

It is now customary to identify a serious opposition as the one adhesive capable of keeping the mutinous Tories together. Only fear of the enemy stops this wobbly team of market liberals, reactionaries and monomaniacal eurosceptics from cracking up. This is sound in theory. It is belied by experience. The Conservatives were most divided in the mid-1990s, when Labour was led formidably by Tony Blair. And their great age of bonhomie was the 1950s, when their opponents fell apart over economics and the bomb.

Political parties do not need outside assistance to behave stupidly, or well. The Tories may pound each other to a bloodied stupor over [Europe](#) in the coming years but that will have nothing to do with Labour. Their rebels are self-motivating, thank you very much.

As for the popular insurrection against austerity, your columnist invites you to wake him up when it happens. Students and trade unions will march through London, but then they always do. Mr Corbyn will rouse dog-on-a-string radicals at folk music festivals in the West Country. None of this will congeal into a national movement that draws in swing voters. Britons have had five years to revolt against Mr Cameron and his fiscal policy. As ever, they have proven to be a terrible disappointment to the left's moral visionaries.

Habitual protesters show a blend of narcissism and innumeracy: a belief that tens of thousands of trudging comrades reveal anything about a nation of 62m. Contrary to their vainglorious recollection, [Mrs Thatcher](#) was not brought down by poll tax riots but by her inability to hang on to a chancellor of the exchequer and the trust of

her MPs. The mayhem in Trafalgar Square in 1990 was a proximate cause, not the source, of her fall, which was already in train.

Even if the clever-clever analysis is right, and Mr Corbyn lulls Tories out of their discipline while captaining a revolution, this does not account for the damage done to Labour. The mere act of choosing the most extreme leader in its history might be impossible to live down. He can resign immediately on September 12 but the harm to Labour's good name will still be measured in years. For a generation of swing voters, Labour will always be the party that elected "that guy", and only ever one rush of blood to the head away from another folly. Anyone who thinks the election of Mr Corbyn is anything but a huge net benefit to the Conservatives is trying very, very hard to be interesting.

The enemy of sound political judgment is the desire for distinctiveness. Commentators sometimes parse straightforward events for surprising nuances or daring new angles because it makes for good copy. But it is better to be right than original. No, a Corbynite Labour party will not cause trouble for the Tories. Mr Cameron will not find him a confounding adversary across the parliamentary dispatch box. Demonstrations will not shake the government. They will not even shake the streets they are held on. Politics will not be reinvented. Mr Corbyn is not "on to something" with his critique of capitalism and western foreign policy. This is a passing commotion whose principal victims are the millions of low-paid Britons who need a serious party of the centre-left.

125,106

## Jean Sérisé, l'extralucide

**L'ex-conseiller de Giscard publie un essai décapant sur un demi-siècle de dysfonctionnements dans notre pays. Sa lecture enthousiasme le président du MoDem.**

PAR FRANÇOIS BAYROU

Publié le 16/05/2015 à 15:43 - Modifié le 16/05/2015 à 15:51 | Le Point

**L'ancien conseiller de Giscard publie un essai décapant sur un demi-siècle de dysfonctionnements dans notre pays. Sa lecture enthousiasme le président du MoDem.**

Si vous méprisez la finesse et l'alacrité intellectuelle, ne lisez pas ce livre. Si vous ne faites pas de différence entre les gens qui savent de quoi ils parlent et les autres, ne lisez pas ce livre. Si vous n'aimez pas l'humour, ne lisez pas ce livre. Si vous voulez continuer à ne rien entendre à l'économie, à l'histoire contemporaine, à la monnaie, ne lisez pas ce livre. Mais si, par hasard, vous avez envie de comprendre un peu mieux le drôle de monde dans lequel nous vivons et l'étrange pays que nous formons en notre pays lui-même, et ce qui va inéluctablement nous arriver dans l'avenir, alors n'hésitez pas à solliciter votre libraire, à le menacer s'il le faut, pour vous procurer sans retard le livre que vient de publier Jean Sérisé, « La France n'est pas seule au monde ».

Dépassons le fait que Jean Sérisé a, paraît-il, 95 ans. Et que son parcours de grand serviteur de l'Etat l'a conduit à occuper des fonctions essentielles dans l'histoire de notre pays. Il a été un des jeunes collaborateurs de Pierre Mendès France. Il a été le bras droit de Valéry Giscard d'Estaing dans ses années élyséennes. A l'un comme à l'autre il conserve fidélité et admiration. Il a été de la première équipe du commissariat au Plan. Il a fait partie de ces équipes qui, les premières, ont tenté de définir des unités de mesure fiables de l'économie pour que la prévision ne se fasse plus seulement au doigt mouillé.

Mais ce livre n'est pas un livre de Mémoires. C'est le livre d'une pénétrante analyse du présent, nourri de cinquante années d'intimité avec les mécanismes du pouvoir, éclairé de fulgurances notamment scientifiques sur l'avenir et marqué par une originalité qui confine au non-conformisme.

Car Jean Sérisé appartient à une catégorie d'esprits extraordinairement rare en France : il croit que les conséquences ont des causes et, subséquentement, que les causes auront des conséquences !

Or personne, ou presque, y compris parmi les plus formés, les plus instruits, les plus notoires de nos contemporains, ne semble avoir saisi, même vaguement, cet enchaînement de causalité qui fait le réel. Ce qui fait qu'acteurs et observateurs ouvrent des yeux hébétés lorsque se produit l'inéluctable.

Exemple en un raisonnement central : en signant le traité de Rome, nous sommes entrés dans un marché commun d'abord, unique ensuite. Donc, dans un système de concurrence avec partenaires et voisins, dans lequel les efforts de rationalisation et d'efficacité qui garantissent la performance du pays ne peuvent plus être évités, sauf par une dévaluation de la monnaie. Mais, dès lors que nous sommes entrés dans l'euro, ces dévaluations anesthésiques nous ont été interdites, ce qui fait que nous ne pouvons définitivement plus éluder des réformes nécessaires à la performance. Le pouvoir se transmettant par les élections, c'est la règle électorale qui commande directement la forme et le fond du gouvernement. Le scrutin majoritaire, organisant l'affrontement de deux clans irréductibles, interdit le courage aux gouvernants, à supposer même qu'ils en aient envie, en les exposant à la chute définitive par impopularité et en interdisant les ententes larges, les majorités d'idées pourtant nécessaires à la réforme. CQFD : nous sommes les auteurs de notre propre échec.

L'analyse est décapante et ne ménage aucune échappatoire !

Je dois au lecteur une précision périphérique : Jean Sérisé est mon compatriote, non seulement béarnais, mais né comme moi au village de Bordères, près de Pau, lorsqu'il comptait 320 habitants, ce qui n'empêchait pas qu'il y eût dans le village deux clans qui paraissaient irréconciliables. Bien entendu, autrement cela serait trop simple, nous n'étions pas du même clan. Il épousa une jeune fille de Serres-Castet, d'où mon père était originaire, dont elle était même cousine germaine. Compatriote, cousin et allié, comme on dit chez nous, au double sens familial et politique du mot. Cela fait beaucoup.

J'ajoute une parenté plus profonde. Tout Béarnais parle naturellement trois langues : le béarnais, le français et le sous-entendu, qui est la matière même de l'ironie. Notre goût atavique pour les aphorismes irrespectueux s'illustre d'abondance dans ces pages. Entre mille, en guise d'avant-goût, je vous en offre un : « *Pour se débarrasser d'un parti politique gênant, un moyen simple est d'appliquer quelque temps son programme.* » Il n'y a pas seulement du Mendès, du VGE, du Keynes, du Aron chez Sérisé, il y a aussi du Cioran, ce qui n'est pas, avouons-le, le moindre des paradoxes ! Donc, s'il le faut, prenez votre libraire en otage !

## Jean Sérisé: coup de Rhin



Jean Sérisé appelle la France et l'Europe à se réformer.

Jean Sérisé trace les voies de recours qui s'ouvrent à la France et à l'Europe, à condition que l'on accepte les réformes.

Issu de la première promotion de l'ENA, en 1946, collaborateur de Pierre Mendès France et surtout de Valéry Giscard d'Estaing, Jean Sérisé pose sur la France et sur l'Europe, au soir de sa vie, un regard qui n'est pas du tout crépusculaire.

Au contraire, fort d'un constat lucide sur la nation - "grand corps malade", "[intoxiquée jusqu'à la moelle par la dépense publique](#)" -, il trace les voies de recours qui s'ouvrent, à condition que l'on accepte les réformes: "Dix ans de raison et l'affaire est gagnée".

[L'affaire grecque](#) donne à cet ouvrage, paru le printemps dernier, une cruelle actualité. "Une monnaie unique sans mécanisme de solidarité ne peut que mener aux désordres sociaux et, sans doute, à l'éclatement", prévient Sérisé, qui montre comment l'Europe commerçante et l'Europe solidaire sont antinomiques et néanmoins siamoises.

### Le couple franco-allemand, une fiction

Et l'auteur d'en venir au coeur du problème: "L'Allemagne n'assistera pas les nations faibles de l'Europe sans contrôler leur gestion. [...] L'idée que la nation allemande, en faillite en 1945, gère l'Europe de 2015, doit être assez gratifiante pour nos amis d'outre-Rhin. Le sérieux dans la gestion est plus efficace que les panzers."

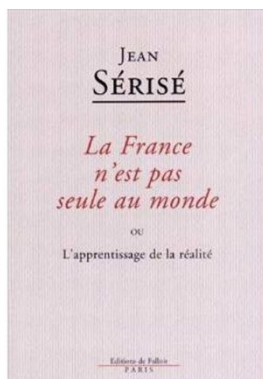
Pour éviter la germanisation comptable de l'Europe, la France doit proposer une autre Europe pour se distinguer de Berlin. Le couple franco-allemand, dont "on parle aujourd'hui par habitude ou souci des convenances", est une fiction: l'Allemagne est émancipée depuis quinze ans, et déjà bien adultère...

*La France n'est pas seule au monde*, par Jean Sérisé. De Fallois, 300p., 20€.

125,109

## Chronique d'une France bloquée

[JEAN-CLAUDE COLLI](#) - [LES ECHOS](#) | LE 01/04/2015



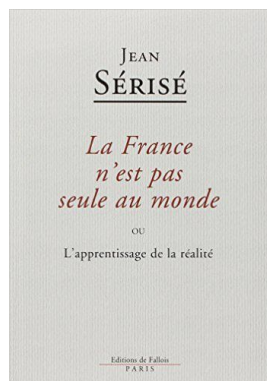
**Le propos :** C'est un diagnostic au scalpel. Sur les capacités et incapacités de la France et des Français face aux lois de l'économie et aux disciplines de la politique. La France a été cofondatrice du marché commun - devenu l'Union et la zone euro -, mais les Français n'aiment pas le marché. Elle s'est donné une Constitution solide, mais ses gouvernements laissent dépecer leur politique par les associations, lobbys et corporations. Et les entreprises croient acheter leur paix sociale par une évolution salariale supérieure à celle de la productivité.

**L'intérêt :** Rien de tel qu'une ironie mordante, à peine voilée d'une candeur socratique, pour tirer la substance de notre histoire économique et politique. Cocréateur de notre comptabilité économique au lendemain de la guerre, principal collaborateur de VGE aux finances puis à l'Élysée, l'auteur a fréquenté tous les milieux du « système », dont il a mesuré les mérites et les limites. Les pittoresques méthodes de l'élaboration des lois ou des fameuses négociations avec les partenaires sociaux expliquent par exemple la complexité administrative ou montrent comment « *le droit social est une ligne Maginot que contourment les panzers de la concurrence* ». Quand on les vit de l'intérieur, on voit pourquoi nos mécanismes politico-économiques accouchent quasi systématiquement du statu quo.

Jean-Claude Colli

## La France n'est pas seule au monde ou l'apprentissage de la réalité

Posté par [admin](#) activée30 juillet 2015



Ancien élève de l'ENA, Jean Sérisé est l'un des fondateurs de la macroéconomie et de la comptabilité nationale. Il a été membre du cabinet de Pierre Mendès France en 1954. Directeur du cabinet de Valéry Giscard d'Estaing, ministre des Finances dans les années où les finances publiques étaient en équilibre, il fut ensuite un proche collaborateur du président de la République de 1974 à 1981. Il vient de publier «La France n'est pas seule au monde ou l'apprentissage de la réalité», un livre remarquable sur la situation de notre pays, que François Bayrou a évoqué comme son livre de chevet. Jean Sérisé a réagi avec amusement à cette déclaration de François Bayrou : «Nous sommes issus du même petit village des Pyrénées-Atlantiques, Bordères, il y avait 400 habitants quand nous étions jeunes, tout cela pour vous dire que nous avons des liens un peu particuliers... Ma femme est cousine germaine de la famille de François Bayrou. Mais j'ai naturellement été très sensible aux compliments qu'il m'a faits par écrit...» Dans cet ouvrage, Jean Sérisé analyse les raisons de la crise que nous traversons : «Je suis d'une autre époque, je suis une sorte de dinosaure puisque ma vie active a coïncidé exactement avec les 30 Glorieuses. À cette époque, le budget était quasiment en équilibre, nous n'avions pas de dettes, notre commerce extérieur était équilibré et la croissance était forte. Effectivement, depuis ce moment, je n'ai pas cessé de m'inquiéter du déclin qui se précisait petit à petit et qui dure depuis maintenant 30 ou 35 ans de manière continue. C'est quelque chose qui est assez impressionnant. Pour dire les choses très simplement, je pense que la France a cessé d'être compétitive et qu'elle ne s'est jamais donné les moyens de le redevenir...» Jean Sérisé explique que les Français sont les responsables des difficultés actuelles : «Ce n'est pas une crise conjoncturelle, le déclin dure depuis 30 ans, donc il ne faut pas parler de conjoncture... La France vit avec des contradictions. C'est un pays qui accepte mal les lois du marché. Les Français considèrent que le marché peut être injuste, que c'est quelque chose qui peut frapper les faibles et une majorité de Français se méfient beaucoup du marché. Mais cette France est à l'origine de l'Europe car, avec l'Allemagne, nous sommes responsables de l'aventure européenne, ce qui est totalement contradictoire avec cette méfiance à l'égard de l'économie de marché. Les conséquences de cette aventure européenne sont très claires. D'abord, pour le secteur privé, il faut rester compétitif. Ce n'est pas un mot abstrait pour les entreprises. Cela veut dire qu'elles doivent rechercher ce qui ne va pas, s'interroger sur les produits qu'elles vendent... Nous vivons cette période de non-compétitivité des entreprises. Mais il faut penser aussi au secteur public qui vit largement en dehors de la concurrence. Est-il lui aussi compétitif ? Est-il aussi efficace que les secteurs publics des pays voisins ? Nous allons être obligés de nous poser cette question !» Malheureusement, l'auteur se montre assez pessimiste sur la capacité des Français à redresser cette situation : «J'essaie d'expliquer dans mon essai que la France ne pourra pas s'en tirer seule, parce qu'elle est trop marquée par ses tendances séculaires. L'histoire de la France est assez singulière. La France a été le plus grand pays d'Europe, jusqu'à l'industrialisation. C'était un pays riche et prospère avec un pouvoir centralisé. Et puis, l'industrialisation est arrivée et, ce qui était une chance pour la France, est devenu un handicap, car l'industrialisation nécessite un modèle très décentralisé. Nous ne sommes pas sortis de cette affaire, nous sommes encore un pays très centralisé par comparaison avec l'Allemagne

fédérale ou l'Angleterre, mais nous avons un exécutif faible, notre budget en est la preuve. Cela montre bien que l'État n'a pas les moyens de lutter contre les corporations qui l'assiègent. On reconnaît qu'un exécutif est fort à son budget... Nous sommes donc dans une situation tout à fait inconfortable. À cela s'ajoute une situation conjoncturelle très difficile, parce que nous sommes très endettés et parce que nous avons beaucoup de chômage. Comme nous voulons lutter contre l'endettement, nous risquons d'aggraver le chômage et réciproquement. C'est pour cette raison que depuis 30 ans les gouvernements se succèdent, avec des majorités qui changent et des hommes intelligents, qu'il ne faut pas traiter avec mépris, mais qui n'ont pas pu arrêter ce déclin». Dans son analyse, Jean Sérisé résume la situation de notre pays : «Le Parti socialiste est le parti des fonctionnaires comme la République française est celle des enseignants avant d'être celle des ouvriers». Pour lui, «c'est l'histoire de notre République. Nous avons connu la Révolution, elle a été brève, sanglante et, comme la plupart des révolutions dans le monde, elle s'est terminée par une dictature... Tout le XIXe siècle a été imprégné par cet échec sanglant de la Révolution française. Elle a accédé à la République en 1875 dans des conditions farfelues, avec une voix de majorité. On ne savait pas très bien de quel côté était la voix et ce sont les instituteurs qui ont fait la République française». Tout cela fait qu'aujourd'hui, «nous sommes imprégnés par les déficits et notre démocratie actuelle ne sait plus arbitrer. Nous vivons dans les déficits, nous avons 2000 milliards de dettes, il n'y a pas un Français qui se pose la question de savoir comment nous pourrions la rembourser ! De temps en temps, on nous en parle pour nous expliquer qu'il faudrait cesser de l'augmenter aussi vite qu'avant...» Cet ouvrage est remarquable et empreint d'une grande lucidité. Pour conclure, Jean Sérisé tient à développer une note d'optimisme : «La France n'est pas terminée, parce que nous sommes 66 millions d'habitants. Quand on y réfléchit, c'est une excellente raison pour penser cela. Nous sommes une puissance moyenne, mais avec une forte population, on ne peut pas nous rayer de la carte comme ça. Pour les commerçants, nous sommes une clientèle appréciable...» Son seul regret est que le grand public ne se sente pas encore totalement concerné par ce sujet : «Si j'ai écrit cet essai, c'est avec l'espérance de contribuer à faire comprendre les choses... Les Français n'ont pas encore compris que cette mauvaise période pourrait se traduire par des dommages. Il faut arriver à changer cet état d'esprit». La France n'est pas seule au monde, la France compte encore... Un livre essentiel qui illustre 100 ans d'histoire vécue...

*« La France n'est pas seule au monde ou l'apprentissage de la réalité » de Jean Sérisé est publié aux Éditions de Fallois.*

Écoutez l'entretien entre Yannick Urrien et Jean Sérisé sur Kernews 91,5 FM.



# Pourquoi la France doit cesser de croire qu'elle est encore seule au monde

Depuis trente ans et quelles que soient les majorités politiques, déficits, endettement et chômage ne cessent d'augmenter. Les Français s'en inquiètent. La France peut-elle encore, seule et par ses propres moyens, surmonter ses difficultés ? Extrait de "La France n'est pas seule au monde - ou L'apprentissage de la réalité", de Jean Sérísé, publié chez les Éditions de Fallois (2/2).

Publié le 29 Juillet 2015



Crédit Reuters

L'Europe, pendant longtemps, a connu les États-Nations. Ils n'ont jamais cessé de se combattre au point, dans la dernière période, d'en venir à une folie destructrice collective. Il existe des raisons très fortes, appuyées sur l'expérience de quelques siècles, pour penser que la Nation, création transitoire de l'histoire des sociétés humaines, est ontologiquement l'ennemie de la paix.

Il n'est certes pas interdit d'imaginer une Europe paisible faite de la juxtaposition de collectivités indépendantes. Simplement, cela n'est jamais arrivé. Nos nations n'ont jamais été en paix, sauf entre deux guerres.

Prenons le raisonnement par l'autre bout et nous parviendrons à la même conclusion : l'Europe décide de vivre en paix.

Pour y parvenir, elle accepte d'ouvrir ses frontières. Elle comprend peu à peu où cela l'entraîne nécessairement : un système qui fait s'accorder les pays membres sur des règles communes de gouvernement, quel que soit le nom que l'on donne à cette nouvelle organisation.

Le raccourci « paix en Europe signifie fédération » n'est pas si simplificateur qu'il en a l'air. Il décrit non le hasard mais une sorte de nécessité<sup>[1]</sup>.

Les esprits calculateurs se demanderont si le prix payé en termes d'indépendance n'est pas trop élevé. C'est une question sensée.

Les plus anciens d'entre nous peuvent apporter leur réponse.

D'une part, nous n'avons pas perdu notre indépendance. Nous ne la possédions pas. Nous vivions dans l'interdépendance, qui nous faisait entrer en guerre pour Sarajevo ou pour Danzig. Nous importions. Nous exportions. Nous étions contraints de nous gérer correctement. Les nations commerçantes ne sont pas plus libres à l'égard de la communauté internationale que les citoyens dans leur propre pays. Il y a des lois ou des contrats. La France endettée d'aujourd'hui serait mal venue de se croire autonome...

D'autre part, et c'est évidemment le fait décisif, combien de dizaines de millions de vies ont-elles été sauvées depuis soixante-dix ans, la plus longue période de paix que l'Europe ait connue ? Par une sorte de miracle, la question n'a pas à être posée et, il faut l'espérer, ne le sera jamais plus.

Cette improbable paix entre les États européens, dont quelques-uns dotés de la bombe atomique, exige que nous pensions l'idée de nation avec d'autres réflexes que ceux des générations passées. J'ai vécu cette période particulière de remise en cause de notre héritage culturel. Il n'est jamais aisé de changer de certitudes.

\*

L'homme vit aux frontières floues de la réalité et de l'utopie. Il ne sait jamais de quel côté il va verser (Immortel Cervantès... !).

La seconde moitié du XXe siècle a, en Europe, racheté les crimes de la première. La transition a été bénéfique.

Il reste à la mener jusqu'à son terme : ce sera, je le pense et je l'espère, l'Europe solidaire.

Il se trouve – ce que les pères de l'Europe n'avaient pas prévu – que cette nouvelle Europe peut aider notre pays à sortir d'un mauvais pas et à franchir, une fois pour toutes, ces espaces dont je disais qu'ils séparent l'utopie de la réalité.

\*

Il faut se faire à cette idée : la France ne sera plus jamais la même :

– soit qu'elle soit contrainte de quitter l'euro. Elle passera par une période chaotique pour se retrouver isolée aux frontières d'une Europe allemande ;

– soit qu'elle demeure en zone euro, bénéficiant, comme les autres États membres, de ses avantages et acceptant ses contraintes.

La nouvelle Europe a introduit une discontinuité dans l'Histoire dont nous ne sommes pas tout à fait conscients. Rien ne sera plus comme avant.

\*

J'éprouve un vrai bonheur à voir prospérer ma famille et grandir mes cinq arrière-petits-fils.

Leur vie sera différente de la mienne.

Ils ne sauraient la concevoir sans tablettes ni smartphones. Ils prennent l'avion comme nous prenions l'omnibus.

Les soirées de mes premières années furent éclairées à la bougie puis à la lampe à pétrole. Plus tard, car on n'arrête pas le progrès, au gaz de ville. Le moyen de locomotion le plus utilisé par les citadins était la marche à pied et, pour les plus aisés, la voiture à cheval. Ce qui donnait à nos rues pavées une autre sonorité.

Ma génération a connu une vie étrange et contrastée. Vingt premières années à attendre la guerre sans la préparer. La déroute de 1940 qui, en six semaines, faisait de l'Empire français de ma jeunesse une communauté hexagonale sans avenir et sans espérance.

Personne ne peut imaginer ce que nous avons ressenti.

Et puis, presque sans transition, quarante ans de vie active marquées par le renouveau. Par la multiplication par cinq de notre niveau de vie – beaucoup plus pour moi qui revenais de plus loin.

Que la France des années 2010 lèguera-t-elle à ses enfants et petits-enfants ? Beaucoup de dettes, peu de croissance et d'emplois. En quelques années, ce pays vivace et innovant est retourné à ses démons.

Pourquoi la France joue-t-elle depuis si longtemps au yo-yo ? Pourquoi met-elle autant de persévérance à vivre dans l'inconstance ? Pourquoi éprouve-t-elle tant d'attrance pour l'utopie et de distance à l'égard de la réalité ? Parce qu'elle se croit encore seule au monde.

Viendront nécessairement ceux qui lui redonneront ce dont elle a absolument besoin : dix ans (ou davantage) de sérieux et de raison.

## Faktor Flüchtlinge

Deutschland braucht Arbeitskräfte aus dem Ausland. Wenn Flüchtlinge schnell und ohne große bürokratische Hürden in den Arbeitsmarkt integriert werden, ist das gut für alle.

25.08.2015, von JOHANNES PENNEKAMP

Die Flüchtlingsfrage ist nicht zu allererst eine wirtschaftliche. Mit Kosten-Nutzen-Analysen lässt sich nicht beantworten, wie viele Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, ein Staat aufnehmen sollte.



Autor: Johannes Pennekamp, Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Die Lounge“. Folgen:

Aber natürlich hat der Ansturm von geschätzt 800.000 Asylbewerbern in Deutschland in diesem Jahr wirtschaftliche Folgen. Für Länder und Kommunen wird es teuer - aber nicht zu teuer. Die Steuermilliarden sprudeln stärker als erwartet. Wenn die Lasten gerecht verteilt werden, wird der Andrang die kommunalen Haushalte nicht ruinieren.

Deutschland braucht Arbeitskräfte aus dem Ausland. Die **Flüchtlinge** sind im Schnitt jung und damit lernfähig. Wenn sie schnell und ohne große bürokratische Hürden in den Arbeitsmarkt integriert werden, wie es Wirtschaftsverbände nicht ohne Eigeninteresse fordern, profitieren Flüchtlinge und Unternehmen.

**Natürlich müssen Asylbewerber, die keine Chance auf Anerkennung haben, abgewiesen statt alimentiert werden. Der Schaden, der aus Missbrauch entsteht, sollte nicht verschwiegen werden.** Mindestens genauso groß ist aber der Imageschaden für Deutschland durch Bilder von fremdenfeindlicher Gewalt wie in Heidenau, die um die Welt gehen.

125,115

The Economist explains

## Why the Schengen agreement might be under threat

Aug 24th 2015, 23:50 BY L.G.

THE rules of the European Union (EU) enshrine the free movement of people. Freedom of movement has been a part of the European project since the 1950s. Yet Europe's borderless zone only really began to become a reality in 1985, when several members of the EU, including France, Germany, Belgium, Luxembourg and the Netherlands, met in a village in Luxembourg called Schengen to sign an agreement to eliminate all internal border controls. This "Schengen agreement", which came into effect in 1995, eliminated border checks among its members and allowed foreign visitors to travel throughout the area using one visa. Today a total of 26 states, both within or outside the EU, are members (see map). But the future of the continent's passport-free zone is now under threat. Why?

Two forces are pulling Europe apart. In the summer of 2015 an unprecedented number of migrants have arrived on Europe's shores. They tend to go to countries where they are mostly likely to be allowed to stay, chiefly Germany and Sweden. The pressure on these countries is growing—Germany expects to receive 800,000 asylum application this year, nearly four times as many as in 2014. On August 20th Thomas de Maiziere, Germany's interior minister, warned that Germany's Schengen membership may be unsustainable unless other countries share the burden of accepting asylum seekers. Closed borders would mean that Germany could turn away people at its borders. Terrorism is also a factor. After last week's thwarted attack on a train from Amsterdam to Paris, the Belgian prime minister, Charles Michel, called for review of the Schengen rules in a way that would allow more checks to passengers' identity and luggage, in effect reinstating some border controls.



This is not the first time that the Schengen agreement has appeared to be in danger of fraying. In 2011, fearing an influx of North African refugees, Italy and France pushed for a review of the agreement. Earlier this year the Dutch prime minister threatened Greece with expulsion if it allowed migrants free passage to the rest of Europe. Neither eventuality came to pass.

Belgium or Germany would be within their rights to tighten their borders: the agreement allows Schengen countries to briefly reinstate border controls for reasons of national security. France put up its borders after the London tube bombings of 2005 and Portugal did it during the Euro 2004 football tournament. But if controls remain for more than short periods, they risk reversing decades of European integration. The effects wouldn't just be notional: various studies over the years have argued that the Schengen agreement led members to form closer trading partnerships, boosted both imports and exports, and drew tourists. **Schengen is among the most visible manifestations of European unity; its erosion would send a powerful signal.**

125,116

## En Grèce, neuf plans d'austérité, trois plans d'aide et une démission

Le Monde.fr | 30.06.2015 à 08h20 • Mis à jour le 21.08.2015 à 11h58 | Par [Pierre Breteau](#), [Alexandre Pouchard](#) et [Maxime Vaudano](#)



Après le vote du neuvième plan d'austérité en juillet et le versement de 86 milliards d'euros de prêt sur trois ans, Alexis Tsipras a annoncé jeudi 20 juillet [sa démission ainsi que celle de son gouvernement](#), provoquant la tenue d'élections anticipées. De la découverte, en 2009, par Georges Papandréou des comptes publics maquillés à la démission du gouvernement Tsipras, en passant par les neuf plans d'austérité, comprenez tout avec notre chronologie interactive.

**Pour afficher le détail, cliquer sur les flèches dirigées vers le bas ou simplement sur les titres.**

## 'I'm rumored to be a little stubborn'

Schäuble on Schäuble.

By [ZEKE TURNER](#)

8/25/15, 7:54 PM CET



When German Chancellor Angela Merkel asked [Wolfgang Schäuble](#) to be her finance minister in 2009, before accepting the offer he warned her, “You know, I’m not low-maintenance.”

He wasn’t kidding. The minister’s sometimes irascible character, as well as the turbulent times in which he worked — ranging from the 1989 fall of the Berlin Wall and his lead role in German unification to this summer’s fraught negotiations on rescuing Greece — come through in “[Schäuble – Between Power and Powerlessness](#),” a new television documentary.

In the program, which aired on ARD this week, the 72-year-old politician betrays a level of self-deprecation rare in such a powerful politician.

“I’m not so attractive for the media. I’m an old, pretty tired and sometimes grumpy-looking man, I can’t compete with such a popstar,” Schäuble says in the film, recalling his notorious first press conference with then-Greek finance minister Yanis Varoufakis. “But I said, ‘it doesn’t matter’.”

Knowing which details matter and which don’t has proven Schäuble’s strong suit throughout a career marked by a series of near-misses that kept him from taking the country’s most powerful posts. His hopes of becoming chancellor in the late 1990s were dashed thanks to Helmut Kohl’s indecision; his later ambition to be president in 2004 ended in disappointment when Merkel passed him over for the nomination.

“I have more marks and scars [than anyone], especially from public disputes,” Schäuble brags.

Some of those scars are more than metaphorical. After an assassination attempt in 1990 that left him paralyzed, he remembers lying in bed and thinking about asking his family and doctors: “Why did you let me live?”

**But the injury has not prevented him from becoming arguably Europe’s second-most powerful politician.**

The program gives some insight into the turmoil of recent months, with the [public dispute with Merkel](#) in July about the best way to rescue Greece in a way that would not cause a political earthquake back in Germany.

Schäuble came up with a controversial and completely unorthodox scheme, suggesting a temporary Greek exit from the euro. The filmmaker is in the airplane along with Schäuble and his top staffers, as they fly from Berlin to Brussels on a Saturday morning, when they decide to introduce ideas from their temporary Grexit strategy paper at a meeting of finance ministers.

But the weekend ends in Brussels with Schäuble again pushed out of the picture by Merkel, who scotched the temporary exit idea, adamant that a potentially fatal fraying of the euro under her watch be avoided.

Schäuble is again front and center earlier this month when it comes to selling the expensive and unpopular Greek rescue package in the Bundestag, specifically to his and Merkel’s increasingly skeptical conservative CDU/CSU party.

“I’m rumored to be a little stubborn,” Schäuble tells filmmaker Stephan Lamby. “But I’m loyal. I’m loyal with regard to my democratic assignment. I don’t use the power of my office to work against the person who called me into office.”

# <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/11822343/Mapped-Where-do-migrants-apply-for-asylum-in-Europe.html>

125,118

## **Mapped: Where do migrants apply for asylum in Europe?**

**MAP** <https://cartocdn-ashbu.global.ssl.fastly.net/cpalazzo/api/v1/map/4f3f66b22f11a3687f717d80963afdc5:1440491675711.61/0/3/4/2.png>

As the European Union welcomes Germany's decision to waive the Dublin Regulation in the case of Syrian asylum seekers, The Telegraph shows readers the distribution of asylum applications across Europe

By [Chiara Palazzo](#)

7:00PM BST 25 Aug 2015

Europe should give a unified response to the region's biggest migrant crisis since the Second World War, the leaders of France and Germany urged, as a new wave of refugees began entering the EU from Serbia.

While French President Francois Hollande said it was time to "put in place a unified system for the right to asylum," it emerged that [Germany had already suspended deporting asylum-seekers from Syria under the European Union's controversial Dublin Regulation](#).

Under the rule, migrants can only apply for asylum in the [first EU member state they enter, and face deportation if they try to apply in another](#).

Germany, having long complained that the Dublin system is failing, has now ordered its officers to process applications from Syrians even if they have made their way through other EU countries.

### Asylum applications submitted in Europe 2010-2014

Search:

| COUNTRY OF ASYLUM | 2014    | 2013    | 2012   | 2011   | 2010   |
|-------------------|---------|---------|--------|--------|--------|
| Germany           | 173,070 | 109,580 | 64,540 | 45,740 | 41,330 |
| Turkey            | 87,820  | 44,810  | 26,470 | 16,020 | 9,230  |
| Sweden            | 75,090  | 54,260  | 43,890 | 29,650 | 31,820 |
| Italy             | 63,660  | 25,720  | 17,350 | 40,360 | 10,050 |
| France            | 59,030  | 60,230  | 55,070 | 52,150 | 48,070 |
| Hungary           | 41,370  | 18,570  | 2,160  | 1,690  | 2,100  |
| United Kingdom    | 31,260  | 29,880  | 27,980 | 25,900 | 22,640 |
| Austria           | 28,060  | 17,500  | 17,410 | 14,420 | 11,010 |
| Netherlands       | 23,850  | 14,400  | 9,660  | 11,590 | 13,330 |
| Switzerland       | 22,110  | 19,440  | 25,950 | 19,440 | 13,520 |
| Serbia            | 16,490  | 5,070   | 2,720  | 3,110  | 520    |
| Denmark           | 14,820  | 7,560   | 6,190  | 3,810  | 4,970  |
| Belgium           | 13,870  | 12,500  | 18,530 | 26,000 | 21,760 |
| Norway            | 12,640  | 13,280  | 10,690 | 8,680  | 9,220  |

| COUNTRY OF ASYLUM      | 2014   | 2013   | 2012  | 2011  | 2010   |
|------------------------|--------|--------|-------|-------|--------|
| Bulgaria               | 10,790 | 6,980  | 1,230 | 890   | 1,030  |
| Greece                 | 9,450  | 8,220  | 9,580 | 9,310 | 10,270 |
| Poland                 | 6,810  | 13,760 | 9,170 | 5,090 | 6,530  |
| Spain                  | 5,900  | 4,510  | 2,580 | 3,410 | 2,740  |
| Finland                | 3,520  | 3,020  | 2,920 | 3,090 | 4,020  |
| Montenegro             | 2,310  | 3,550  | 1,530 | 240   | 10     |
| Cyprus                 | 1,730  | 1,350  | 1,630 | 1,770 | 3,160  |
| Romania                | 1,550  | 1,500  | 2,510 | 1,720 | 860    |
| Ireland                | 1,440  | 950    | 940   | 1,290 | 1,940  |
| Malta                  | 1,280  | 2,200  | 2,060 | 1,860 | 140    |
| Macedonia              | 1,260  | 1,350  | 640   | 740   | 180    |
| Luxembourg             | 970    | 990    | 2,000 | 2,080 | 740    |
| Czech Republic         | 920    | 490    | 510   | 490   | 490    |
| Croatia                | 450    | 1,090  | 1,190 | 810   | 290    |
| Portugal               | 440    | 510    | 300   | 280   | 160    |
| Albania                | 430    | 230    | 20    | 20    | 10     |
| Lithuania              | 390    | 280    | 530   | 410   | 370    |
| Latvia                 | 360    | 190    | 190   | 340   | 60     |
| Slovenia               | 360    | 240    | 260   | 310   | 250    |
| Slovakia               | 230    | 280    | 550   | 320   | 540    |
| Iceland                | 160    | 170    | 110   | 80    | 50     |
| Estonia                | 150    | 100    | 80    | 70    | 30     |
| Kosovo                 | 100    | 60     | 50    | 190   | 270    |
| Liechtenstein          | 70     | 100    | 70    | 80    | 110    |
| Bosnia and Herzegovina | 50     | 100    | 50    | 40    | 50     |

Showing 39 entries

[UNHCR](#)

In the map above, The Telegraph shows readers where asylum applications are made across Europe and which countries are the largest recipients of claims, [according to United Nations refugee agency \(UNHCR\) figures](#).

Germany is the largest recipient with more than 173,000 asylum applications in 2014 alone. Despite countries like Greece and Italy struggling with thousands of arrivals on their shores, they received respectively almost a third (63,660) and an eighteenth (9,450) of Germany's applications.

• [How the EU can solve the migrant crisis, in ten points](#)

The number of new asylum applications registered in Italy in 2014 was at its highest on record - well above its all time high reported in 2011 when some 40,000 people had requested refugee status.

But while [Syrians](#) and [Eritreans](#) were the top nationalities of those arriving by sea in Italy in 2014, only a small number of them applied for asylum during the year (500 and 480, respectively).

More than 43,500 people arrived in Greece in 2014, but only 9,450 asylum applications were filed, [UNHCR](#) said. The agency also said that in July 2015 alone 50,242 people arrived in the country.



This dramatic increase means that the total number of refugees and migrants arriving in [Greece](#) reached the 160,000 mark.

Reporting the second highest level on record with 75,100 asylum applications, [Sweden was the main destination for migrants](#), accounting for 70 per cent of all new claims registered in this region.

Between 2010 and 2014 Sweden also received, on average, the highest number of asylum-seekers compared to its national population: 24.4 applicants per 1,000 inhabitants.

---

#### Applications received 2010-2014

|      | GERMANY | ITALY | GREECE | SWEDEN | TURKEY | UK    |
|------|---------|-------|--------|--------|--------|-------|
| 2010 | 41330   | 10050 | 10270  | 31820  | 9230   | 22640 |
| 2011 | 45740   | 40360 | 9310   | 29650  | 16020  | 25900 |
| 2012 | 64540   | 17350 | 9580   | 43890  | 26470  | 27980 |
| 2013 | 109580  | 25720 | 8220   | 54260  | 44810  | 29880 |
| 2014 | 173070  | 63660 | 9450   | 75090  | 87820  | 31260 |

Asylum applications received

[UNHCR](#)

While the EU has welcomed Germany's decision as an "act of European solidarity" in waiving the Dublin Regulation in the case of Syrian asylum-seekers, it is still unclear how much that will affect the crisis.

## Führung ist teuer

**Deutschland steht gut da. Doch Führung ist teuer. Die Bürger werden sich nicht damit trösten lassen, dass ihr Land ein Hegemon sei.**

26.08.2015, von REINHARD MÜLLER

Siebzig Jahre nach dem von Deutschland begangenen Völkermord und einem Krieg, dessen Spuren in Europa noch heute zu sehen sind, wird Deutschland in der Welt als Führungsmacht angesehen. Nun war schon die alte Bundesrepublik wirtschaftlich ein Riese; doch damit ist die Lage des seit einem Vierteljahrhundert wieder vereinigten Landes nicht zu vergleichen. Heute ist Deutschland das einzige Land in Europa, das trotz weltwirtschaftlicher Turbulenzen anhaltend gut dasteht. Es ist das einzige Land, das eine solch abrupte Energiewende, bei der deutsche Romantik und Effizienz hoffentlich zu einem guten Ergebnis führen werden, überhaupt glaubhaft in Angriff nehmen konnte.



Autor: Reinhard Müller, In der politischen Redaktion verantwortlich für „Zeitgeschehen“ und für „Staat und Recht“. Folgen:

Das Wort dieses Landes hat auch auf anderen Feldern Gewicht – die Atomgespräche mit Iran und die Bemühungen zur Beilegung des Ukraine-Konflikts zeigen, dass Deutschland auf Augenhöhe mit den Hauptsiegermächten des Zweiten Weltkriegs handelt, die noch heute ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates sind.

Diese Lage kann freilich zu Fehlwahrnehmungen führen. **Hinter manchem Lob von außen steckt der nachvollziehbare Wunsch, von der deutschen Stärke zu profitieren: Sei es durch die Forderung nach einem europäischen Sozialstaat, auf den Frankreich hinarbeitet, das deshalb auch Deutschland jetzt großzügig mit dem Titel „Grande Nation“ bedenkt.** Sei es durch die Erwartung, ein Hegemon, ganz gleich ob gut- oder widerwillig, müsse eben den Euro-Raum zusammenhalten und das Flüchtlingsproblem größtenteils selbst schultern – koste es, was es wolle.

**Doch hat gerade die Griechenland-Krise auch gezeigt, dass Bewunderung schnell in Hass umschlagen kann und alte Feindbilder rasch wieder abrufbar sind.** Auch ist die Stärke Deutschlands keineswegs in Stein gemeißelt. So ist die Altersvorsorge vieler Deutscher in Gefahr, nicht zuletzt wegen der Euro-Krise. Die Aufnahme von (dauerhaft?) 800.000 Flüchtlingen pro Jahr mag ein Ausweis für wahrhaft humanitäre Weltmacht sein. Damit sind Chancen verbunden, aber natürlich auch Kosten, von der Unterbringung bis zur Konfliktverhütung, nicht zuletzt aber sozialer Art. Die Flüchtlinge müssen versorgt werden. Doch auch die Bürger haben Ansprüche gegen ihren Staat. Sie wird man nicht damit trösten können, dass Deutschland doch ein Hegemon sei.

## Ein wunderbarer Bösewicht

Es ist leicht zu verstehen, warum andere Nationen den alten Klischees vom hässlichen Deutschen frönen. Doch warum wird auch in Deutschland davon fabuliert, dass sich der deutsche Dr. Jekyll wieder in einen Mr. Hegemon verwandeln könnte?

26.07.2015, von **BERTHOLD KOHLER**



Bei der Fußball-Weltmeisterschaft im eigenen Lande vor neun Jahren ist Deutschland nur Dritter geworden. Dennoch sprach man überall vom „Sommermärchen“. Die Deutschen hatten sich ganz in Schwarz-Rot-Gold gehüllt, überfielen aber dennoch kein Nachbarland. Die Welt war erstaunt: Wie friedlich und verträglich diese Deutschen doch sind! Und wie fröhlich! Darüber freuten wir Deutsche uns dann wieder, als wären wir Weltmeister geworden. Die Welt mochte uns, und das machte uns glücklich. „Der Deutsche“ will nämlich gar nicht hässlich sein. Er will geliebt werden.



Autor: Berthold Kohler, Herausgeber. Folgen:

Mancher aber kommt mit dem hässlichen Deutschen viel besser zurecht als mit dem geliebten, das geht Deutschen und Nichtdeutschen so. Denn für den hässlichen Deutschen gilt der alte Persil-Spruch: Da weiß man, was man hat. Man kennt sie ja, diese Germanen in Sandalen und weißen Socken, die selbst noch Sonnenliegen am Pool besetzen müssen, weil ihnen ihr teutonischer Drang befiehlt, überall für Ordnung zu sorgen. Früher betrieben sie ihre Ordnungspolitik mit dem Panzer, heute tun sie es mit Handtüchern. Und natürlich mit dem Euro, der Fortsetzung der D-Mark mit anderen Zinssätzen. Und dem Stabilitätspakt. Und dem gusseisernen Rollstuhl von [Wolfgang Schäuble](#).

Dass andere Nationen den alten Klischees frönen, ist leicht zu verstehen. Deutschland ist ein wunderbarer Bösewicht. Er gesteht sofort, wenn man ihn an seine kriminelle Vergangenheit erinnert. Und verfällt in reuiges Verständnis. Muss man nicht immer noch Nachsicht mit den Russen haben? Und mit den Griechen? Sind wir nicht allen noch etwas schuldig, die einmal unter deutscher Herrschaft gelitten hatten? Dass auch Staaten und Nationen im Falle von Kontroversen den Hebel immer dort ansetzen, wo er die größte Wirkung verspricht, ist keine Überraschung. Doch warum wird auch in Deutschland selbst davon fabuliert, dass sich der deutsche Dr. Jekyll nach ein paar Jahrzehnten der mühsamen Selbstbeherrschung wieder in einen Mr. Hegemon verwandeln könne?

Die Nation in der Mitte des europäischen Kontinents hat in mancher Hinsicht noch immer nicht zur eigenen Mitte gefunden. Ihre Debatten sind marmoriert mit Selbstmisstrauen, ob es um Auslandseinsätze oder den Euro geht. Wie kompliziert ist auch alles geworden! Viele waren ganz zufrieden gewesen mit der deutschen Teilung, die mancher als gerechte Strafe und ewige Mahnung für die vorausgegangenen Verbrechen betrachtete. Und war es nicht gemütlich im Windschatten der Mauer? Selbst im Osten fand man seine Nischen. Das unsouveräne Westdeutschland konnte sich weitgehend ungestört von der schmutzigen Weltpolitik seinen Steckenpferden widmen: dem Geschäft und der Weltverbesserung, Letzterer natürlich nur in der Theorie.

Seit der Wiedervereinigung stellen sich den Deutschen aber all die Fragen, denen sie sich als geteilte Nation unter Kuratel nicht zu stellen brauchten: Wer sind wir (wenn wir nicht länger vor allem diejenigen sind, die einen verbrecherischen Krieg verloren haben)? Was wollen wir (wenn wir das selbst entscheiden können)? Was müssen wir dafür tun (wenn uns das andere nicht länger abnehmen)?

Das Projekt Europa gab den Deutschen über viele Jahre hinweg Antworten auf diese Fragen. Es verschaffte ihnen eine Ersatzidentität. Es schuf ihnen einen Raum, in dem sich ihre Wirtschaftskraft austoben konnte. Und immer stand das europäische Einigungsprojekt für den nur zu verständlichen Traum der Deutschen vom ewigen Frieden.

Den haben auch die anderen Europäer mitgeträumt. Doch je weiter die Integration voranschritt, desto drängender stellte sich die Frage, nach wessen Bilde das vereinte Europa denn geschaffen werden sollte: nach dem der Deutschen, der Engländer, der Franzosen, der Griechen? Der Euro hat sich nicht als ein Zauberstab erwiesen, der die mitunter höchst unterschiedlichen Vorstellungen vom Wesen und der Gestalt eines vereinten Europas unter einen Zylinder bringen kann. Um den weiteren Weg muss, wie übrigens bisher schon, gerungen werden. Dass dies in Verhandlungsnächten und nicht mehr auf Schlachtfeldern geschieht, ist eine derart große Errungenschaft, dass sie aus der Nähe oft nicht mehr erkannt wird.

Deutschland verschrieb sich aus guten Gründen so nachhaltig der Einigungsidee, dass es zum Zentrum des politischen Europas geworden ist – nicht zu seinem Diktator. Keine andere Nation hat, was solche Anwandlungen angeht, Läuterungsprozesse wie die deutsche hinter sich. Nun aber, fünfundzwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung und konfrontiert mit ganz grundsätzlichen Fragen, muss Deutschland endlich wissen, was es in Europa sein will: Führungsmacht? Mitläufer? Insolvenzverwalter? Sozialamt? Kein Wunder, dass da mancher mit Wehmut an die alte Rolle des Bösewichts denkt, die uns vertraut war wie keine zweite. Aber seien wir ehrlich: Richtig überzeugt haben wir als Schurke schon lange nicht mehr.

## Europa würde keine deutsche Hegemonie verkraften

Die Dominanz der Deutschen in der Griechenland-Krise war der Not geschuldet. Aber eine dauerhafte Vorherrschaft Berlins bleibt unvereinbar mit dem Geist der EU. Das führt zu echten Problemen.

Von [Dirk Schümer](#) Europakorrespondent

Deutschland ist die Vormacht Europas, und das ist gut so. So etwa könnte man die provokante These **Herfried Münklers** zuspitzen; in einem Beitrag in der "FAZ" hat der prominente Berliner Politikwissenschaftler die Zukunft der Europäischen Union bestürzend realpolitisch umrissen: **Die Rolle als unwidersprochene Zentralmacht der EU ist Deutschland nun einmal schicksalhaft zugefallen.**

Wer das Ringen um die Rettungspakete für Griechenland betrachtet, kann schwerlich zu einem anderen Ergebnis kommen. Alles lief auf einen Showdown der griechischen Pleitiers mit dem hauptsächlichen Geldgeber hinaus: Tsipras gegen Merkel, und vorher Schäuble gegen Varoufakis. Man könnte auch die Klischees der Medien am Mittelmeer wachrufen: Die Armen im Süden gegen das "Vierte Reich".

Münklers Pointe ist nun, dass er diese Rolle des europäischen Zucht- und Zahlmeisters gar nicht in der bisher üblichen Bescheidenheit von sich weist, sondern als politisches Credo der Bundesrepublik für die Zukunft verankern möchte. Dafür fordert er **eine große gesellschaftliche Debatte, "in der Chancen und Risiken der Zentralmachtrolle offen ausgesprochen werden"**.

Damit wäre der Kontinent wieder bei **Bismarcks gesamtdeutscher Machtpolitik** angelangt, deren Ergebnis – eine wirtschaftliche und politische Dominanz Europas – von den anderen Ländern in zwei immer fürchterlicheren Weltkriegen erfolgreich bekämpft wurde. Schon Henry Kissinger hat mit dem ihm eigenen Zynismus darauf hingewiesen, dass das jetzige Europa wieder an genau demselben Punkt angelangt ist – nur dass die Deutschen inzwischen vor ihrer eigenen Macht zurückschrecken und alles mögliche Nette sein wollen, nur kein Hegemon.

Münkler schwebt darum für Deutschland auch eher eine Art Posten als patenter Moderator in Europas Dauertalkshow vor. **Die neue Vormacht mit Sitz in Berlin muss dann allzeit auf die Einhaltung der Verträge pochen, großzügig vom eigenen Wohlstand abgeben und böse Buben notfalls mit Geld- und Liebesentzug wieder zur Raison rufen. Doch angenommen, die Deutschen machten diese Kehrtwende willig mit – ist das für den Rest des Kontinents überhaupt realistisch?**

Überall, wo die Euro-Währung die heimische Ökonomie hinter dem Norden herhecheln lässt, nimmt die Wut auf das "germanische Imperium" immer größere Ausmaße an. **Dass sich Europas "Club Med" nicht mit den Plätzen im Armenhaus (Münkler spricht gar von "Dritter Welt") abfinden will, ist offensichtlich.** Deutschland kann den kontinentalen Umbau zu einem modernen Industriestandort nicht ewig über knüppelharte Reformpläne zu erzwingen versuchen. **Wenn erst einmal Italien mit seinem komplett maroden Süden in ähnliche Zahlungsnot gerät wie Athen, dann tritt ohnehin Münklers rabenschwarze Vision ein, denn dann "wird es dieses Europa in fünf bis zehn Jahren nicht mehr geben".** Doch von einem radikalen Umbau der EU ist derzeit bei keinem Mitspieler ernsthaft die Rede.

### Kommt die Erste-Klasse-Union?

Im Gegenteil: **die Briten um David Cameron, aber auch Dänen, Polen, Ungarn wollen eine viel lockerere Union. Wie aber will man Italien oder gar das ebenfalls reformbedürftige Frankreich aus dem wirtschaftlichen Kerneuropa herauswerfen, das in Zukunft als eine Art Erste-Klasse-EU den Karren ziehen müsste? Und wie sollen Mezzogiorno und Peloponnes mit dem Euro je wieder auf die Beine kommen?**

Eine gesellschaftliche Debatte in Deutschland allein wird dieses Dilemma nicht lösen. Hinzu kommt, dass die Europäischen Verträge eine dominierende Supermacht überhaupt nicht gestatten. Das bis zum Surrealismus komplexe

Vetosystem des Balancierens und Bremsens, mit dem die EU sich seit Jahrzehnten durch die Krisen wurschtelt, hat man ja gerade erdacht, damit keine Großmacht über die Interessen der anderen, auch nicht der kleineren und ärmeren Partner, hinwegwalzt. **Die Europäische Union ist kein Imperium und sie wird – glücklicherweise – niemals deutsch sprechen.**

Es ist illusorisch zu glauben, die Mehrheit der kleineren und schwächeren Staaten würde sich zu einer Reform bereitfinden, die Deutschland dann sogar offiziell das letzte Wort bei allen Entscheidungen überließe. Ohnehin schon kracht es durch Angela Merkels realpolitische Dominanz schwer im Gebälk der Institutionen.

**Momentan bleibt den abgehängten Ländern und Regionen im Süden nur die Alternative, sich genau diejenige Verwaltung für Steuer, Bildung, Sozialpolitik zuzulegen, für die sie in vierzig fetten Jahren keinen Finger gerührt haben. Und selbst wenn das nun auf Kosten von Mentalität und Tradition miraculöserweise gelänge – wäre das verbeamtete Griechenland, wäre das von Mafia und Jugendarbeitslosigkeit geplagte Süditalien dann gegenüber dem Industriechampion Deutschland konkurrenzfähig?**

**Südeuropas Jugend bleibt nur, in den Schwarzwald auszuwandern**

Der gut ausgebildeten Jugend bleibt jetzt schon nur die Auswanderung in den Schwarzwald oder nach Niedersachsen, während den Investoren aus dem Norden auch noch die letzten Leckerbissen der südlichen Infrastruktur in den Schoß fallen. Der Erwerb der griechischen Flughäfen durch die deutsche Fraport, der hierzulande als normale Investition durchging, hat am ganzen Mittelmeer große Besorgnis erregt.

**Selbst wenn im Gegenzug deutsche Milliarden als Subvention in den Süden fließen – eine solche Transferunion raubt den ärmeren Europäern den Atem und ihre Würde dazu. Diese total verfahrenere Lage lässt sich nicht durch eine pure Willensentscheidung der deutschen Gesellschaft und Politik lösen, nach dem Motto: Einer muss es ja machen. Die Einmütigkeit, mit der die anderen Nationen in der [Griechenlandkrise](#) Merkel und Schäuble die Verhandlungsführung überlassen haben, täuscht und ist nur der Panik des Augenblicks zu verdanken.**

**Jetzt schon formiert sich der Widerstand gegen eine derart deformierte Union, und bei den Wahlen auf dem gesamten Kontinent siegen durchweg Neonationalisten. Tsipras' antideutsche Entgleisungen sind da erst der Anfang.**

**Herfried Münkler hat dieses Dilemma bei seiner Analyse der deutschen "Macht in der Mitte" durchaus verstanden. Dass die EU mit dem Euro gedeihlich weiterbestehen wird, hält er bereits für so gut wie ausgeschlossen und schwärmt eher von einem Kerneuropa nach dem Muster der alten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (die übrigens ohne Währungsunion funktionierte).**

Doch können wir uns wirklich durch die Hintertür zurück ins Paradies mogeln? **Wirklichkeitsnäher erscheint da die pessimistische Vision, auf die sich in Brüssel etliche Entscheider bereits einstellen: Europa wird weder die mediterrane Rückständigkeit noch eine deutsche Hegemonie auf Dauer verkraften. Die Nationalstaaten werden sich, angefangen bei Großbritannien, immer mehr Souveränität aus dem europäischen Verbund zurückholen, im Zweifelsfall sogar die eigenen Währungen neu beleben.**

**Das alles dürfte ohne Armut, Konflikte, ohne wechselseitigen Hass oder sogar Austritte nicht ablaufen. Doch erst nach einer solchen schmerzhaften Entflechtung wird ein Europa der Nationen wieder handlungs- und entwicklungsfähig werden – ohne deutsche Dominanz.**

## Amerikas Schulden sind auf Dauer nicht tragbar

Der Schuldenberg Amerikas schrumpft nur vorübergehend, warnen Budgetexperten. Steigende Sozialausgaben und höhere Zinszahlungen werden sich auswirken.

26.08.2015, von WINAND VON PETERSDORFF, WASHINGTON

Die Regierung der Vereinigten Staaten wird in diesem Jahr 60 Milliarden Dollar weniger Schulden machen als noch im März gedacht. Zu dem Ergebnis kommt das überparteiliche Congressional Budget Office CBO. Zum sechsten Mal in Folge schaffen es die Amerikaner ihr Defizit zu drücken. Das ist allerdings nur ein kleiner Trost: In wenigen Jahren wird das Defizit laut CBO automatisch wieder steigen, wenn es bei der aktuellen Rechtslage bleibt.



Autor: Winand von Petersdorff-Campen, Wirtschaftskorrespondent in Washington. Folgen:

**In Zahlen heißt das, die Regierung in Washington gibt dieses Jahr nur 426 Milliarden Dollar mehr aus, als sie ausgibt.** Die wichtige Kennziffer ist das Defizit im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung. Diese Kennzahl wird nach Berechnungen des Büros bei **2,4 Prozent** liegen. Letztes Jahr erreichten die Vereinigten Staaten **2,8 Prozent**. **Das 2015er Ergebnis ist damit unter dem Durchschnitt der letzten 50 Jahre in dem Land.** Das vergleichsweise gute Ergebnis ist der Tatsache geschuldet, dass dank des wirtschaftlichen Aufschwungs mehr Einnahmen produziert, der die zusätzlichen Ausgaben etwas für die staatliche Gesundheitsvorsorge mehr als ausgleichen.

### Streit um Schuldengrenze bleibt latent

Dieser Trend bricht 2018. Von dann an wird eine Kombination von Entwicklungen dafür sorgen, dass Defizite und damit Schulden wieder wachsen: **Es geht dabei um die steigenden Ausgaben für die Gesundheit und die Altersvorsorge und steigende Zinsen für die aufgenommenen Kredite. Das Schuldenniveau wird sich der Prognose zufolge von jetzt rund 74 Prozent des Bruttoinlandproduktes auf 78 Prozent bis 2025 bewegen.** Von 2016 bis 2025 werden die Vereinigten Staaten ein kumuliertes Defizit von sieben Billionen Dollar produzieren. Das Schuldenniveau liegt dann ungefähr doppelt so hoch wie der langfristige Durchschnitt der letzten Dekaden.

Das Kongressbüro warnt vor den Konsequenzen einer solchen Entwicklung. Sie könnte langfristig Zweifel an der Fähigkeit des Landes aufkommen lassen, die Schulden zu begleichen. Dann müssten die öffentlichen Stellen Sicherheitsaufschläge auf die Kreditzinsen zahlen.

Für das unmittelbare politische Geschäft hat die Prognose Relevanz: Das Finanzministerium trickst sich nämlich schon seit März durch das Budgetrecht, um das gesetzlich festgelegte Kreditlimit nicht zu verletzen. Die Regierung konnte den Kongress bisher nicht bewegen, das Limit anzuheben. Nach der frischen Prognose des Kongress-Büros erschöpfen sich die Haushaltstricks nun doch nicht schon im Oktober, sondern womöglich erst im Dezember.

## Deutschland sollte finanzielle Anreize für Flüchtlinge senken

Serbiens Ministerpräsident Aleksandar Vučić hat an Deutschland appelliert, die Bezüge für Flüchtlinge zu senken. Sie überstiegen den Durchschnittsverdienst in Serbien. So kämen weniger Flüchtlinge vom Balkan, sagte er der F.A.Z.

25.08.2015



© DPA Weniger Geld, weniger Flüchtlinge: Serbiens Ministerpräsident Vučić appelliert an Deutschland, die Bezüge zu senken.

**Der serbische Ministerpräsident Aleksandar Vučić hat an Deutschland appelliert, die Anreize für Flüchtlinge, die aus wirtschaftlichen Erwägungen in das Land kommen, zu senken. Diese Anreize überstiegen den Durchschnittsverdienst in Serbien von 400 Euro im Monat. „Deutschland sollte die Bezüge auf 200 Euro senken, dann kämen sofort 80 Prozent weniger Flüchtlinge vom Balkan“, sagt Vučić der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.**

Trotz des wachsenden Andrangs von Flüchtlingen an der Grenze zu Mazedonien will Serbien dort keinen Sperrzaun errichten. In Belgrad gebe es Politiker, die eine ähnliche Abriegelung forderten, wie sie Ungarn derzeit baue, sagte Vučić der F.A.Z. „Das werde ich nie zulassen! Sich derart zu verbarrikadieren, gibt ein verheerendes Bild von Europa ab.“ Seit Ungarn die Anlage baue, sei der Zustrom nach Serbien auf 3000 Neuankömmlinge am Tag gestiegen, auch die Verweildauer nehme zu.

Um sich für den Winter zu wappnen, baue sein Land drei neue Erstaufnahmelager und verdopple die Unterbringungskapazität, kündigte Vučić an. Bisher hat Serbien Vučić zufolge für die Flüchtlingsbetreuung erst 390.000 Euro von der EU erhalten. Er würde es begrüßen, wenn sich die Gemeinschaft an den neuen Unterkünften beteiligte, sagte er der F.A.Z. „Wir sind ein armes Land, und die Leute wollen ja gar nicht zu uns, sondern in die EU.“

Wichtiger als Geld ist dem Regierungschef nach eigenem Bekunden aber eine „paneuropäische Lösung“: Sofern sich die EU auf eine Asylpolitik mit verbindlichen Quoten verständige, werde auch Serbien Flüchtlinge aufnehmen. Vučić gestand gegenüber der F.A.Z. ein, dass auch Tausende Serben in die EU flüchten, darunter viele Roma: „Wir müssen diese Gruppen besser integrieren.“

## Frankreich will Währungsunion mit Finanzausgleich

Eine Eurozone, in der die Starken den Schwachen mit Finanztransfers helfen, einen mächtigen Euro-Kommissar in Brüssel und ein höheres Budget für die EU: Frankreichs Wirtschaftsminister Macron will eine grundlegende Erneuerung der Eurozone und setzt Berlin unter Druck.

31.08.2015



© AFP Emmanuel Macron: „Wollen wir die Neugründer Europas sein - oder seine Totengräber?“

Frankreichs Wirtschaftsminister Emmanuel Macron wirbt für eine grundlegenden Erneuerung der EU und der Eurozone. „Wir wollen eine Neugründung Europas“, **sagte Macron der „Süddeutschen Zeitung“**. Die Euro-Krise und die Verhandlungen um ein weiteres Rettungspaket für Griechenland hätten bewiesen, dass die **Währungsunion** nicht weitermachen könne wie bisher. **„Der Status Quo führt in die Selbsterstörung“**, sagte Macron, „die Fliehkräfte sind zu groß, politisch wie ökonomisch“.

Der 37 Jahre alte Minister sieht seine Generation vor einer fundamentalen Frage: **„Wollen wir die Neugründer Europas sein - oder seine Totengräber?“** Macron konkretisierte jüngste **Vorschläge des französischen Präsidenten Francois Hollande**, in der Euro-Zone eine sogenannte Wirtschaftsregierung zu etablieren. Auch EZB-Direktoriumsmitglied Benoît Coeuré hatte jüngst einen Vorstoß in eine ähnliche Richtung unternommen und **ein Finanzministerium für den Euroraum angeregt**. **Macron will nun einen neuen „Euro-Kommissar“ in Brüssel installieren, der die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der 19 Euro-Länder koordinieren soll.**

**„Je höher das Budget, desto glaubwürdiger Europa“**

„Die Euro-Regierung würde geführt von einem Kommissar mit weitreichenden Befugnissen“, sagte Macron. Der neue Posten „wäre nicht nur ein Euro-Finanzminister, sondern jemand, der auch Investitionsmittel vergibt oder in der Arbeitsmarktpolitik mitredet“. Der neue EU-Kommissar müsste aus Macrons Sicht deutlich mehr Finanzmittel erhalten als sie bisher im EU-Haushalt zur Verfügung stehen: „Je höher das Budget, desto glaubwürdiger wäre Europa.“ **Mehr Geld sei nötig, um die Mitgliedsstaaten vor Finanzschocks zu schützen und in armen Euro-Ländern vermehrt Investitionen zu fördern.**

**Macron räumte ein, dass sein Vorstoß „von Deutschland Tabubrüche verlangt“. Bisher lehnte Berlin Pläne für eine sogenannte Transferunion strikt ab.** Macron warnte jedoch: **„Falls die Mitgliedstaaten wie bisher zu keiner Form von Finanztransfer in der Währungsunion bereit sind, können wir den Euro und die Eurozone vergessen.“** Der französische Wirtschaftsminister fügte hinzu: **„Eine Währungsunion ohne Finanzausgleich - das gibt es nicht! Die Starken müssen helfen.“**

Die neue EU-Behörde will Macron parlamentarischer Kontrolle unterwerfen: **„Das würde ein Euro-Parlament leisten - eine neue Kammer, die aus den Abgeordneten des Europäischen Parlaments besteht, deren Länder der Eurozone angehören.“**

**„Wir brauchen einen großen Wurf“**

**Der Minister zeigte sich überzeugt, dass die Franzosen seine weitreichenden Pläne in einer Volksabstimmung billigen würden.** Ein Nein wie im französischen Referendum zur EU-Verfassung 2005 drohe nur, wenn der nötige neue EU-Vertrag zu kurz greife: „Fällt die Reform zu klein aus, dann werden die Menschen sie tatsächlich ablehnen.“ Die Bürger wollten „nicht mehr das Europa der Bürokraten, all das Klein-Klein. **Wir brauchen einen großen Wurf. Und eine offene Debatte, nicht wie bisher Europa nur von oben herab.“**

**Macron regte an, die radikale Reform bis spätestens 2019 in einem neuen EU-Vertrag zu verankern.** Nach entsprechenden Vorbereitungen könnten die Veränderungen ab Herbst 2017 nach der Präsidentschaftswahl in Frankreich und der Bundestagswahl in Deutschland umgesetzt werden.



HANS-WERNER SINN IM INTERVIEW

## "Man kann auch mit Geld reinkommen"

Moderation: Burkhard Birke

**Beitrag hören**



Der Präsident des ifo Instituts: der Ökonom Hans-Werner Sinn (picture alliance / dpa / Tobias Hase)

**Einwanderung nach Punkten regeln, mit besseren Chancen für Qualifizierte - so stellt sich Ifo-Institutschef Hans-Werner Sinn die Europäische Einwanderungspolitik vor. Und er spricht sich gegen einen gesamteuropäischen Finanzminister aus.**

**Deutschlandradio Kultur:** Tacheles heute mit Prof. Hans-Werner Sinn. Er ist der Präsident des ifo-Instituts. Herzlich willkommen, Herr Prof. Sinn.

**Hans-Werner Sinn:** Schönen guten Tag.

**Deutschlandradio Kultur:** „Die Ideen der Ökonomen und Philosophen, seien sie richtig oder falsch, sind mächtiger als man im Allgemeinen glaubt. Um die Wahrheit zu sagen, es gibt nichts anderes, das die Welt beherrscht.“ Das hat John Maynard Keynes gesagt. Herr Prof. Sinn, wie mächtig sind Sie? Immerhin die FAZ hat letztes Jahr gesagt, sie wären der einflussreichste Ökonom Deutschlands. – Ist das eher eine Last oder eine Ehre für Sie?

**Hans-Werner Sinn:** Na ja, gut, das ist schon auch eine Last. Aber wer ist hier mächtig? Nein, ein Ökonom ist nicht mächtig. Er kann natürlich die Dinge kommentieren. Und durch das ifo-Institut hat man ja auch ein gewisses Sprachrohr und dann wird man gehört.

**Deutschlandradio Kultur:** Bevor wir in die Tiefen der Probleme der Weltwirtschaft hinab oder in deren Höhen hinaufsteigen, gestatten Sie mir eine persönliche Frage. Im kommenden März werden Sie die Leitung des ifo-Instituts nach nahezu 17 Jahren abgeben – mit lachenden oder eher mit weinenden Augen?

**Hans-Werner Sinn:** Ach, man hat gemischte Gefühle. Aber ich habe dann das Gefühl, dass ich meine Arbeit getan habe und das ist dann auch ein gutes Gefühl, weil, es ist ja nicht ganz einfach, solch ein Institut zu führen, den öffentlichen Diskurs zu bestehen. Und wenn man dann nach 17 Jahren sagen kann, ich übergebe den Stab, und dann noch an einen Nachfolger, den ich ausgezeichnet finde, dann hat man Grund zur Freude.

**Deutschlandradio Kultur:** Der Nachfolger ist Herr Fuest, das sollten wir den Hörern und Hörerinnen nicht vorenthalten. Aber Sie haben ja das ifo-Institut von einem eher auf Service ausgerichteten Institut mehr in die Forschung gebracht.

Wenn Sie so zurückblicken, was war das Herausragende, was Sie erforschen konnten in den 17 Jahren?

**Hans-Werner Sinn:** Es waren die Reformen, die in Deutschland nötig waren, die Schröder-Reformen, also die Agenda 2010. Wir haben uns früher auch mit dem Thema Ladenschluss beschäftigt, das war so eine Nebengeschichte, dann Riester-Rente, solche Themen, und dann die ganze Rettungsarchitektur jetzt in den letzten sieben, acht Jahren der Krise.

Dann hat das ifo-Institut aber auch auf vielen anderen Gebieten sich geäußert. Wir haben sehr viel gemacht zum Thema Klima und Energie, zum Thema Bildungspolitik, wo wir ja sehr stark vertreten sind, wo also auch grundlegende Reformen angeregt werden und angemahnt werden aufgrund des Umstandes, dass wir also bei den OECD-PISA-Studien anfangs nicht sehr gut abgeschnitten haben.

**Theoretische Modelle können immer nur Einzelaspekte erfassen**

**Deutschlandradio Kultur:** Sie sind einer der herausragendsten Ökonomen in Deutschland. Was würden Sie sagen? Wo liegt das größte Manko der Ökonomie als Wissenschaft? Reichen die Erklärungsmodelle, die theoretischen, überhaupt aus, um das komplexe Geschehen an den Kapitalmärkten oder der Weltwirtschaft irgendwie zu erfassen?

**Hans-Werner Sinn:** Man kann in der Gesamtheit die Dinge schwer erfassen. Man kann immer nur Einzelaspekte erfassen. Insofern haben wir auch sehr viele theoretische Modelle, die immer nur diese Einzelaspekte erfassen. Also, wir haben mal den Versuch gehabt, schon vor Jahrzehnten, als die Computer aufkamen, so umfassende Weltmodelle zu machen, die alles erklären, aber das hat nicht gut funktioniert. Die Welt ist dafür doch zu kompliziert.

**Deutschlandradio Kultur:** Sie haben sich ja gerade in den Anfängen Ihrer akademischen Karriere auch viel mit Psychologie, mit Risikotheorie auseinandergesetzt. Kommt die Psychologie, die Irrationalität des Verhaltens der Marktteilnehmer eigentlich viel zu kurz in der Ökonomie?

**Hans-Werner Sinn:** Ja also, neuerdings jedenfalls nicht. Die letzten Jahre sind in der Forschung konzentriert gewesen auf die Erforschung irrationalen Verhaltens, Abweichung halt vom Homo Oeconomicus. Wir haben aber trotzdem mit dem Grundmodell des Homo Oeconomicus einen starken Ansatz, weil eben doch im Wirtschaftlichen die Menschen nach sich selber schauen im Wesentlichen und versuchen, auch ihre Entscheidungen richtig zu treffen.

Dass es davon Abweichungen gibt, die diskussionswürdig sind, steht außer Frage.

**Deutschlandradio Kultur:** Herr Prof. Sinn, Sie haben gerade die Computer erwähnt, die natürlich Ihre Arbeit als Wissenschaftler sicher erleichtern, aber die erleichtern natürlich auch die Arbeit der Spekulanten. Das heißt, in Millisekunden können Abermilliardenbeträge spekulativ um die Welt geschickt werden. – Inwieweit ist das ein Problem und wie könnte man es meistern?

**Hans-Werner Sinn:** Das ist ja geradezu absurd dieser Nanohandel. Ich kann also als Ökonom nicht erkennen, was da Nützlich sein soll. Dabei kommt es drauf an, dass die Computer, die da handeln, auch nahe irgendwie an der Börse stehen, weil also schon die Lichtgeschwindigkeit ein Faktor ist, den man berücksichtigen muss. Das Ganze grenzt ans Absurde.

Eigentlich müsste die Regulierung eingreifen und diese Art von Spekulation verhindern, zumal ja vielfach auch echtes Glücksspiel betrieben wird insofern, als diese Computer manchmal Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind. Und diese Gesellschaften machen dann riskante Geschäfte. Wenn's gut ausgeht, wird der Gewinn ausgeschüttet an den Eigentümer. Und wenn's schlecht geht, dann macht die Gesellschaft halt zu. Also, der Computer wird dann abgestellt als Rechtseinheit und die Verluste liegen bei jemand anderem. Aus dieser Asymmetrie heraus entsteht geradezu die Suche nach irgendwelchen riskanten Geschäften. Das ist alles außerordentlich unproduktiv.

#### **Finanztransaktionssteuer? - Ja, aber weltweit**

**Deutschlandradio Kultur:** Herr Sinn, Sie haben gesagt, das ist nicht genug reguliert oder man müsste es regulieren. Wäre da die Finanztransaktionssteuer, wie ja immer angedacht, aber nie richtig umgesetzt würde und wurde bis jetzt, ein geeignetes Mittel?

**Hans-Werner Sinn:** Ich glaube ja, dass die Finanztransaktionssteuer diesem Unsinn ein Ende bereiten würde. Das Problem ist nur, man kann sie ja nicht an einem Ort der Erde alleine einführen. Dann weichen die Computer anderswohin aus. Also, das muss natürlich eine koordinierte Aktion sein über die ganze Welt hinweg.

**Deutschlandradio Kultur:** Ist das eines der großen Probleme der Globalisierung, dass es immer einen gibt, der ausscheren kann, und dass man nicht so eine Regel, eine Governance, auch eine ökonomische Governance für die ganze Welt schaffen kann?

**Hans-Werner Sinn:** Ja, das ist wohl so. Ich meine, wir haben natürlich auch schon gewisse Ansätze. Wenn Sie mal an die Banken denken, da gibt es das Basel-System. Da sind die größten Länder der Welt alle erfasst und regulieren die Banken nach einem einheitlichen Standard. Aber der ist viel zu lasch und da ist sehr viel Verbesserungsbedarf da. Aber es ist nicht ganz hoffnungslos.

**Deutschlandradio Kultur:** Kommen wir mal ganz konkret zu dem, was gerade in der zurückliegenden Woche passiert ist, Herr Prof. Sinn. Da haben die chinesischen Börsen, ich will es mal salopp ausdrücken, Jojo gespielt, erst Talfahrt, dann haben sie wieder angezogen – mit Auswirkungen natürlich auch auf den Dow Jones, auf den DAX, auf die anderen großen Börsen der Welt.

Sie haben gesagt, bei der Vorstellung auch des ifo-Geschäftsklimaindex, der ja noch einmal von 108 auf 108,3 Punkte gestiegen ist, dass die deutsche Wirtschaft ein Fels in der Brandung bliebe. – Wie realistisch ist das, wenn die Turbulenzen an den Börsen in China anhalten und wenn die chinesische Wirtschaft weiter wackelt?

**Hans-Werner Sinn:** Das ist keine Prognose, was ich da gesagt habe, sondern eine Beschreibung der Vergangenheit, denn wir machen ja eine Umfrage bei 7.000 Unternehmen jeden Monat, also, Unternehmensteilen auch, und kriegen da die Antworten der Manager. Die haben sich eben unbeeindruckt gezeigt von der

Schwäche in China. Nun ist der Börsencrash vom letzten Montag da natürlich noch nicht drin, aber China schwächelt ja schon die ganze Zeit. Also, seit 2013 hat die Wirtschaft sichtbare Probleme.

Wir machen ja auch weltweite Umfragen bei Managern, die tätig sind in den verschiedenen Ländern. Häufig sind das Deutsche, die dort unterwegs sind. Die befragt wird und danach geht also die Konjunkturlage seit 2013 beständig nach unten in China.

Wir haben auch schon temporäre und partielle Zusammenbrüche von Häusermärkten gehabt in den Unterzentren. Darüber haben wir auch schon geschrieben. Jetzt scheint allerdings ein etwas größerer Crash da zu sein und man weiß nicht, wie sich das auswächst. China hat halt eine Blase gehabt. Überall auf der Welt gibt es mal Blasen. Amerika hat eine Blase gehabt am Immobilienmarkt. Südeuropa hat eine Blase gehabt. Diese Blasen platzen.

Was ist eine Blase? Eine Blase entsteht dadurch, dass man sehr schnell wächst. Die Leute merken, ihre Einkommen wachsen. Dann trauen sie sich, sich zu verschulden, weil sie denken, den Schuldendienst können sie mit wachsenden Einkommen finanzieren. Dann kaufen sie sich Immobilien. Die Immobilienpreise steigen. Die anderen sehen, dass die Preise steigen. Dann wollen sie auch gewinnen und auch Immobilien kaufen. So schaukelt sich das alles nach oben. Es ist aber nicht nachhaltig und durchsetzbar auf die Dauer, weil auf diese Weise ein Land dann auch zu teuer wird.

China hat seine Löhne sehr stark erhöht und es ist also heute auch nicht mehr billiger als zum Beispiel manche EU-Länder. Wenn ich an Bulgarien oder Rumänien denke, dann sind wir in ähnlicher Preislage.

### **"Auch China muss sich nach der Decke strecken"**

**Deutschlandradio Kultur:** In der Tat, man hat ja die Lohndifferenz auch zu den USA auf nur noch 15 Prozent berechnet, also den Lohnvorteil der Chinesen. Kommen dann die Transportkosten dazu, dann hebt sich das ja schon quasi auf.

**Hans-Werner Sinn:** Das sind Lohnstückkosten, muss man sagen. Ich habe jetzt die Stundenlöhne gemeint. Aber Sie haben Recht. Auch China muss sich nach der Decke strecken. Das ist einer der Gründe, warum nun auch die Währung abwertet.

**Deutschlandradio Kultur:** Ist das denn jetzt eine Bedrohung für die Weltwirtschaft. Und vor allen Dingen, die Frage, die ja tiefer liegt, ist: Ist das chinesische Modell, also, eines autokratischen Systems der Unfreiheit und einer kapitalistisch ausgerichteten Wirtschaft am Ende? Denn es war ja wohl auch System der chinesischen Führung, den Menschen die Unfreiheit mit Wohlstand zu bezahlen.

**Hans-Werner Sinn:** Ja, es ist zumindest gefährdet, denn es ist ja klar, ein politisches Regime kann sich halten, wenn die Wirtschaft läuft. Und wenn die Wirtschaft nicht mehr läuft, die Leute sind arbeitslos, unzufrieden, verlieren ihr Geld usw., dann richtet sich der Ärger sehr schnell gegen die Führung. Das war ja einer der Gründe, warum Chinas Führung also immer glücklich war, dass das Wachstum so hoch war in der Vergangenheit und sich dann halten konnte.

Ob das jetzt andere Weiterungen hat, wird man sehen. Ich glaube aber nicht, dass das ein fundamentales Problem ist. Man kann jetzt nicht sagen, dass wegen der Diktatur in China jetzt die Wirtschaft in Schwierigkeiten kommt. Das halte ich für falsch. Es wäre schön, wenn es so wäre. Das würde einen irgendwie gedanklich innerlich bestätigen, aber wir haben Blasen überall auf der Welt gehabt in allen möglichen Wirtschaftssystemen – und so jetzt eben auch in China.

**Deutschlandradio Kultur:** Prof. Sinn, aber China trägt ja zu 40 Prozent zum Wirtschaftswachstum weltweit bei. Das haben die Ökonomen errechnet. Zumindest war das so in den vergangenen Jahren. Wenn jetzt die Konjunkturlokomotive China stolpert, wenn der Motor stottert, heißt das, dass die ganze Weltwirtschaft in den Strudel einer Rezession geraten könnte? Denn die Auswirkungen sind ja in Ländern wie Brasilien, das viele Rohstoffe nach China geliefert hat, schon zu spüren. Die haben Rezession, minus drei Prozent Wachstum, also Rezession. Andere Länder kommen auch in diesen Strudel – Indonesien Währungsabwertungen. – Droht hier wirklich eine Gefahr für die Weltwirtschaft?

**Hans-Werner Sinn:** Also, das mit den 40 Prozent kann nicht stimmen. Das ist vielleicht mal eine Zahl gewesen, als die anderen Länder nun mal gar nicht wuchsen. In der Krise da kam ja das einzige Wachstum von China. Nein, nein, China ist lange nicht so bedeutend. Ein Einbruch in China wird zum Beispiel auf Deutschland einen direkten Nachfrageeffekt haben, der unter 0,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegt.

**Deutschlandradio Kultur:** Obwohl die deutsche Autoindustrie, wir kennen ja die Marktteilnehmer VW, BMW, so engagiert sind? VW hat gerade ein Drittel seines Gewinns und seiner Umsätze in China erzielt – trotzdem nur ein 0,1-Prozent-Effekt?

**Hans-Werner Sinn:** Weniger, wesentlich weniger als 0,1 Prozent. Ja, es ist eben nicht mehr. Man macht sich da was vor. Die Welt ist groß. Es gibt viele Handelspartner. Die deutsche Wirtschaft ist sehr gut unterwegs auf der ganzen Welt. Und im Moment profitiert sie sehr stark davon, dass die Vereinigten Staaten expandieren, ist dort sehr gut unterwegs. Und das kompensiert China. Die Vereinigten Staaten sind ja wesentlich wichtiger für uns als China.

**Die USA müssen raus aus den niedrigen Zinsen**

**Deutschlandradio Kultur:** In der Tat, gerade im zweiten Trimester dieses Jahres ist das Wachstum in den USA um 3,7 Prozent, also stärker als erwartet, gewesen. – Heißt das, dass Janet Yellen (Notenbankpräsidentin der USA Anm. der Red.) jetzt doch nicht die Zinsen in den USA erhöht?

**Hans-Werner Sinn:** Sie müsste es eigentlich tun. Sie müsste da eigentlich rauskommen aus diesen niedrigen Zinsen, wie die ganze Welt da raus muss. Denn das ist absolut ungesund. Allerdings jetzt wegen des chinesischen Börsencrashes wird sie sich das im Moment nochmal überlegen, auch wegen der Effekte auf die Wechselkurse. Denn die Amerikaner wollen natürlich jetzt nicht eine Aufwertung des Dollar gegenüber der chinesischen Währung, weil das schlecht wäre für ihren Export. Da achten sie immer sehr sorgfältig drauf.

Also, da wird im Moment nichts passieren.

**Deutschlandradio Kultur:** Das heißt, Sie als Ökonom, Herr Prof. Sinn, würden der amerikanischen Notenbank raten, momentan die Leitzinsen nicht zu erhöhen?

**Hans-Werner Sinn:** Ja, angesichts der Verhältnisse in China. An und für sich wäre es Zeit.

**Deutschlandradio Kultur:** An und für sich würde es Zeit – warum?

**Hans-Werner Sinn:** Weil es nicht gut ist, wenn die Zinsen im Bereich von Null herumkriechen. Dann werden Investitionsprojekte durchgeführt, die sich überhaupt nicht lohnen. Der Zins hat gar keine Funktion mehr für die Trennung zwischen guten und schlechten Investitionen. Der Zins sorgt dafür, dass eigentlich nur Investitionsprojekte, die rentabel sind, durchgeführt werden und solche, die Rentabilität haben, die zu klein ist, sich nicht lohnen. Aber wenn der Zins bei Null ist, kann ich alles Mögliche machen. Da wird dann sehr viel Geld in falsche Verwendungen gelenkt.

Es werden auch Blasen gebildet bzw. es wird eine Korrektur von Vermögenswerten, die in Blasen gebildet wurden, unterlassen. Das ist alles nicht sehr gut und führt dazu, dass die Wirtschaft sich fehlentwickelt. Also, es wäre gut, zu halbwegs normalen Zinsen zurückzukehren. Und das gilt auch für Europa.

**Deutschlandradio Kultur:** Herr Prof. Sinn, Sie haben gerade gesagt, es wäre auch gut, wenn in Europa die Zinsen wieder steigen würden. Das heißt, ist das auch aus der Befürchtung heraus, dass – wenn jetzt wieder eine Rezession käme oder eine Krise käme – wir unser Pulver schon verschossen haben und kein billiges Geld mehr anbieten könnten, um die Konjunktur zu stimulieren?

**Hans-Werner Sinn:** Ja. Ich frage mich, was dann ist. Welche Mittel hat dann die EZB überhaupt noch zur Verfügung? Die Zinsen werden ja deswegen niedrig gehalten, weil viele Banken und Staaten Südeuropas Pleite sind. Sie würden zu normalen Zinsen in enorme Schwierigkeiten kommen. Griechenland haben wir ja gesehen. Griechenland ist formell in Konkurs gegangen am 3. Juli. So hat es jedenfalls der europäische Rettungsschirm dann erklärt. Andere sind nicht wie Griechenland, aber sind doch auch gefährdet. Wir haben riesige Abschreibungsverluste, die eigentlich noch nicht verbucht sind, in den Bankbilanzen Italiens, Spaniens. Die Banken sind massiv angeschlagen und würden die Hälfte ihres Eigenkapitals verlieren möglicherweise.

Die Staaten Südeuropas sind angeschlagen und nun wird mit der Niedrigzins- und Nullzinspolitik alles am Leben gehalten. Es soll ja auch am Leben bleiben. Das ist ja nicht die Frage, aber die Frage ist, ob man nicht da andere Wege hätte, das zu erreichen. Solche anderen Wege würden in Schuldenschnitten bestehen.

Ich glaube, es ist an der Zeit, dass man der Wahrheit ins Auge schaut und erkennt, dass manche Banken und Staaten sich so nicht halten können und man über Möglichkeiten des Schuldenschnitts nachdenkt, die Schulden also zu Lasten der Gläubiger reduziert, was für die Gläubiger hart ist, aber auch nicht härter als die Fortsetzung des jetzigen Nullzinskurses. Denn was nützen mir Kreditforderungen, die ich habe, wenn sie mit null Zinsen bedient werden?

**Schuldenschnitt für Griechenland - nur, wenn das Land so wieder wettbewerbsfähig wird**

**Deutschlandradio Kultur:** Andererseits hat ja gerade die Bundesrepublik, der deutsche Staat von dieser Niedrigzinsphase massiv profitiert. Es gibt Ökonomen, die haben ausgerechnet, dass seit der Krise Herr Schäuble eben für seine Bundesanleihen hundert Milliarden weniger an Zinsen zahlen muss, wenn er sich verschuldet.

**Hans-Werner Sinn:** Ja, das mag ja sein. Der deutsche Staat ist halt Schuldner. Aber Deutschland ist kein Schuldner gegenüber dem Rest der Welt inklusive des deutschen Staates, sondern Nettogläubiger. Wir sind sogar nach China der zweitgrößte Nettogläubiger auf der ganzen Welt durch die großen Außenhandelsüberschüsse, die wir hatten. Und ein Gläubiger, also jemand, der per saldo anderen Geld leiht, verleiht, der kann ja nun nicht profitieren, wenn die Zinsen dafür runtergehen, sondern er verliert. Deutschland hat massiv durch diese Niedrigzinspolitik in der Gesamtheit verloren, obwohl Herr Schäuble gewonnen hat.

**Deutschlandradio Kultur:** Sie haben eben das Wort Schuldenschnitt und Sie haben das Wort Griechenland in den Mund genommen. Wir kennen Ihre Position zu Griechenland. Sie haben ja auch einen Ausstieg der Griechen aus der Eurozone, aus dem Euro angeregt – immer wieder – als eine der Lösungen. – Wann kommt und wann muss der Schuldenschnitt kommen? Der IWF fordert ihn, aber die EU zögert.

**Hans-Werner Sinn:** Ja, der IWF will ihn, aber nicht für sich selber. Also, er selbst will ja sein Geld wieder haben. Er sagt, die anderen sollen einen Schuldenschnitt machen. Da liegt schon ein Teil des Problems.

Wir hatten eigentlich die Kredite an Griechenland gegeben unter der Bedingung, dass das alles parallel zum IWF läuft, weil wir wissen, dass der IWF hart verhandeln kann und auch sein Geld im Zweifel eintreiben kann, Reformen erzwingen kann und all diese Dinge, was dann im Zweifel unschön ist und auf Proteste in dem jeweiligen Land stößt.

**Jetzt will der IWF, dass die anderen einen Schuldenschnitt machen. Also, da habe ich meine Probleme.**

Ich wäre dafür, einen Schuldenschnitt zu machen, wenn dann anschließend die Wettbewerbsfähigkeit von Griechenland wieder hergestellt wird.

**Deutschlandradio Kultur:** Das ist mit den jetzt ergriffenen Maßnahmen im Rahmen des dritten Hilfspaketes Ihrer Meinung nach gewährleistet?

**Hans-Werner Sinn:** Nein, gar nichts. Was ist denn beschlossen worden? Da ist viel Text geschrieben worden, lauter Details, die kein Mensch versteht, die irgendwie nur Insider in Griechenland verstehen können. Aber von den harten Maßnahmen ist gar nicht mehr viel da. Die ursprünglichen Privatisierungsaufgaben von 50 Mrd. Euro, die gibt's gar nicht mehr, ist alles verschwunden. Also, das ist kein hartes Programm, aber es ist keines, was die Griechen glücklich macht. Denn die 86 Milliarden kommen ihnen ja so direkt gar nicht zugute. Davon sind 54 Milliarden für die Ablösung alter Kredite. Und der Rest wird wahrscheinlich gebraucht, um die Banken zu retten, die sich verzockt haben.

**Deutschlandradio Kultur:** Dann gibt's aber doch diesen Privatisierungsfond von angeblich 50 Milliarden, aus dem dann 12 Milliarden in Investitionen fließen sollen, die das Wachstum fördern sollen.

**Hans-Werner Sinn:** Ja, das ist der Juncker-Fond. Das wäre nochmal zusätzlich. Da ist in den 86 Milliarden ja noch nicht drin. Da weiß man nicht, wie viel über den Juncker-Fond, der ja insgesamt 300 Milliarden hat, da nach Griechenland fließen wird.

**Nein, Griechenland hat ein Problem. Das lässt sich mit Geld nicht lösen.**

**Deutschlandradio Kultur:** Nämlich?

**Hans-Werner Sinn:** Das Land ist zu teuer. In Griechenland liegen die Stundenlöhne bei 15 Euro. In vergleichbaren Nachbarländern, die Wettbewerber von Griechenland sind, haben wir sehr viel niedrigere Löhne. In Rumänien, Bulgarien sind es 3 bis 4 Euro. In der Türkei sind es 5,50 Euro. Wie soll denn Griechenland als Wettbewerber, im Standortwettbewerb um Firmenansiedlungen bestehen gegenüber diesen Ländern? Da kann man sagen, die Türkei ist nicht in der EU, aber die anderen sind in der EU und kosten nur einen Bruchteil. Das ist das Problem. Wenn Griechenland jetzt irgendeine besondere Produktivität aufzuweisen hätte, um die höheren Löhne zu rechtfertigen, dann wäre es ja gut. Das ist aber nicht der Fall.

**Das ist das Grundproblem.** Griechenland kam in den Euro. Die Zinsen fielen von 25 Prozent auf 5 Prozent. Man konnte der Verlockung nicht widerstehen. Man hat sich verschuldet. Die Privatleute haben sich verschuldet. Der Staat hat sich verschuldet. Es gab also kreditfinanzierte Lohnerhöhungen, Erhöhung des Lebensstandards, die in keiner Weise durch die Produktivität in dieser Wirtschaft gerechtfertigt waren. Das Land wurde zu teuer und hat sich praktisch aus dem Markt herausgepreist.

**Deutschlandradio Kultur:** Wie kann es billiger werden? Durch die Drachme? Muss Griechenland wirklich länger-, mittelfristig aus dem Euro? Ist es im Euro zu halten?

**Hans-Werner Sinn:** Wenn es im Euro bleiben will, müsste es ja die Löhne senken und die Preise senken. Wie soll denn das gehen? Die Leute haben ihre Mietkontrakte. Die kann man nicht mit senken. Sie haben ihre Kreditkontrakte, Zahlungsverpflichtungen. Ich kann doch nicht einfach die Löhne senken. Das geht ja in die Hose.

**Der einzige Weg, der geht, ist, zurück zur Drachme. Dann ist die Miete in Drachme, dann ist der Kredit bei meiner Bank in Drachme. Alles ist in Drachme. Ich merke das gar nicht, wenn sie abwertet. Ich merke es allerdings durch die gestiegenen Importpreise. Und das ist auch gut so. Denn man reagiert dann darauf, indem man heimische Ware kauft. Dann kommen die heimischen Hersteller wieder zum Zuge, die Bauern, das Textilgewerbe, die Nahrungsmittelverarbeitung, alles, was da dran hängt, kommt dann wieder hoch. Es entstehen Arbeitsplätze. Und so kommt das Land wieder in Schwung.**

**Deutschlandradio Kultur:** Ganz klares Plädoyer also für den Ausstieg von Griechenland aus dem Euro. Herr Prof. Sinn, hat die EU, hat die Eurogruppe die richtigen Konsequenzen auch aus der Griechenlandkrise und aus der Verschuldungskrise gezogen? Frage: **Brauchen wir nicht dringend eine Wirtschaftsregierung?** Und sollte nicht ein europäischer Finanzminister endlich kommen mit einer eigenen Einnahmequelle, einer eigenen Steuer, die zumindest dann in der Eurogruppe gilt?

**Hans-Werner Sinn: Gott bewahre, kann ich nur sagen.** Denn das Problem ist doch, dass jetzt in der Krise die privaten Anleger, die ihr Geld in Südeuropa angelegt haben, ersetzt wurden durch öffentliche Gläubiger, die ganzen Rettungsschirme, auch das EZB-System. Griechenland hat ja für 344 Mrd. Euro öffentliche Kredite gekriegt. Das sind 192 Prozent seiner Wirtschaftsleistung.

Also, der Staat, andere Staaten sind an die Stelle der privaten Gläubiger getreten. Die haben sich aus dem Staube gemacht. Und jetzt haben wir also diese Schulden an der Backe, wenn ich so sagen darf – mit der Folge, dass der Streit, der normalerweise zwischen den Gläubigern und Schuldern stattfindet, jetzt stattfindet zwischen Griechenland und Frau Merkel. Hätte Frau Merkel die Rettungsschirme nicht gemacht, sondern hätte sie aus freien Stücken unilateral ein Programm für Griechenland gemacht, *hier habt ihrs, wir wollen auch nichts zurück*, hätte es diesen Streit nie gegeben. Aber Griechenland hätte sich dann allenfalls streiten müssen noch mit seinen privaten Anlegern. **Dieser ganze Weg in diese Rettungsarchitektur ist ein Weg in den Unfrieden in Europa.**

**Und wenn wir jetzt noch einen drauf setzen und eine Transferunion machen, indem wir ein gemeinsames Budget einrichten, wie das jetzt gefordert wird von der Europäischen Zentralbank und vom französischen Präsidenten, auf das hin man sich verschulden kann, da sollen ja Anleihen begeben werden, die dann auch wieder mit der Druckerpresse gekauft werden, dann kommt es zu einem systematischen Einkommenstransfer auf die Dauer von Nord- nach Südeuropa.**

Dann kann man sagen, das haben wir in Deutschland auch, Finanzausgleich. Ich bin auch nicht dagegen, ein bisschen so was anzudenken, wenn wir denn die Vereinigten Staaten von Europa gründen würden. Aber man kann doch nicht einfach so das ganze Geld hergeben, ohne dass man diesen politischen Schritt tut.

**Eurorettung nur um des Euros Willen? - Nein!**

**Deutschlandradio Kultur:** Aber kann der Euro überleben, wenn wir nicht eine harmonisierte Fiskal- und Wirtschaftspolitik haben?

**Hans-Werner Sinn: Weiß ich nicht. Ja, dann schaffen wir ihn halt wieder ab.** Ist denn der Euro ein Selbstzweck? Also, wir wollen Frieden und Prosperität in Europa. Ich denke schon, der Euro kann das schaffen. Ich bin auch nicht dafür, ihn abzuschaffen. Nur zu sagen: "Wir müssen jetzt um jeden Preis den Euro retten." - Also, ich bitte Sie, das ist eine Position, die halte ich für unverantwortlich. Denn der Euro wird dann zum Ziel erhoben. Er ist nicht mehr Mittel zum Zweck, sondern er ist Ziel in sich selbst. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Immer dann, wenn Systeme nicht mehr funktionieren, macht man sie zum Selbstzweck. Das war im Sozialismus auch so. Anfangs dachte man, der Sozialismus bringt Frieden und Prosperität für die Menschen und Freiheit. Und das war alles irgendwie nicht der Fall. Und dann musste man den Sozialismus an sich lieben, weil das andere nicht kam. Und wehe, man hat ein böses Wort gesagt dagegen. – Nein, also, das ist der falsche Weg.

**Deutschlandradio Kultur:** Herr Prof. Sinn, die andere große Herausforderung für die Europäische Union ist momentan die **Flüchtlingswelle**. Deutschland wird in den nächsten zehn Jahren 6,5 Millionen Arbeitskräfte verlieren. Wir brauchen Zuwanderung. Wie kann das Flüchtlingsproblem und wie kann unser Zuwanderungsbedarf unter einen Hut gebracht werden?

**Hans-Werner Sinn:** Ja, wir brauchen qualifizierte Zuwanderung auf jeden Fall. Ich habe lange dafür plädiert, ähnlich zu verfahren wie Kanada, wo ich gelebt habe. **Da gibt es ein Punktesystem.** Je nach dem, wie gut man ausgebildet ist, ob man in Bereichen ausgebildet ist, wo es Knappheit gibt, usw., kriegt man mehr oder weniger Punkte. Man kann auch mit Geld reinkommen. Wenn man genug Punkte zusammen hat, kann man emigrieren. Warum denn nicht?

**Deutschlandradio Kultur:** Also, wir brauchen ein Einwanderungsgesetz und schnell nach Punkten?

**Hans-Werner Sinn:** Ja. Das geht allerdings nur für Nicht-EU-Länder, weil ja innerhalb der EU Freizügigkeit hergestellt ist.

**Deutschlandradio Kultur:** Wie gehen wir mit den EU-Emigranten aus Bulgarien, Rumänien um?

**Hans-Werner Sinn:** Tja. Die haben natürlich das Recht zu kommen, ist ja gar keine Frage. Aber wir müssen da vielleicht darauf achten, dass wir nicht die Immigration in den Wohlfahrtsstaat zulassen. Das heißt, wir haben heute ein Wohnsitzlandprinzip. Das heißt, wer hier hin wandert, kriegt zwar anfangs kein Geld, aber er kriegt dann doch recht rasch ein Geld. Wenn er sagt, er sucht Arbeit, dann reicht das schon, um Hartz IV zu bekommen. Wenn er sagt, er kommt, um nicht zu arbeiten, um beispielsweise selbständig zu sein, dann kann er auf jeden Fall kommen. Und die Regel ist, wenn er fünf Jahre da war, hat er vollen Anspruch auf sämtliche Sozialleistungen.

Wenn also jemand zum Beispiel im Alter von 60 Jahren kommt, er schlägt sich fünf Jahre durch, er hat fünf Jahre in Deutschland gewohnt, dann hat er Anspruch auf Sozialhilfe bis zum Ende seiner Tage, denn ab 65 ist er ja nicht mehr arbeitsfähig. – **Das sind Regelungen, die problematisch sind.** Ich bin da mehr für ein **Heimatlandprinzip.** Das heißt, ich würde sagen, wenn ein EU-Emigrant bedürftig ist, Sozialhilfe braucht und in ein anderes Land gehen will, dann soll er das tun, aber er muss die Sozialhilfe von seinem Heimatland kriegen. Und dann soll er nicht beschränkt sein in seiner Freizügigkeit.

**Deutschlandradio Kultur:** Haben wir die ökonomische Kapazität, diesen Flüchtlingsstrom von geschätzten 800.000 in diesem Jahr zu bewältigen?

**Hans-Werner Sinn:** Jetzt reden wir nicht über EU-Emigranten, **jetzt reden wir über Asylanten, die also aus Syrien und aus Afrika reindrängen. Das ist ja auch ein ganz schwieriges Problem.** Wir haben sicherlich die Aufgabe, humanitäre Hilfe zu leisten, **aber Deutschland nimmt 43 Prozent der Asylanten aller EU-Länder auf. Und wir sind ja nur mal 16 Prozent der Bevölkerung. Also, irgendwie ist das sehr asymmetrisch.**

**Das geht so nicht. Man muss das dann gleichmäßig verteilen über die europäischen Länder. Denn das ist ja doch eine Last, die damit verbunden ist.**

Nun kann man sicher unter den Asylanten wiederum ein Auswahlverfahren auch ansetzen, wie ich das generell für Nicht-EU-Bürger tun würde, und sagen würde, hier habt ihr ein Punktesystem. Vielleicht könnt ihr euch ja qualifizieren und wir brauchen euch dann als Fachkräfte oder als Arbeiter bei uns. So würde ich also die Tür tatsächlich öffnen den Migranten, dass sie auch hier zum Teil arbeiten könne, aber nicht automatisch jedermann. Denn wenn man das macht, dann ist ja praktisch die gesamte Regelung unterlaufen.

**Deutschlandradio Kultur:** Prof. Sinn, die Zeit fliegt, wir sind schon fast am Ende unseres Gesprächs angelangt. Aber wenn Sie noch schlagzeilenhaft die größten Probleme der deutschen Wirtschaft oder das, was Sie von der Regierung erwarten würden, Steuersenkung, Investition, wenn Sie nur schlagzeilenhaft drei, vier Wünsche äußern könnten, welche wären das?

**Hans-Werner Sinn:** Also, **wir brauchen keine Maßnahmen zur Konjunkturbelebung in Deutschland.** Die läuft ja ganz prima. Es ist jetzt die Zeit zu konsolidieren. Das Steuersystem könnte durchforstet werden. Die Frage ist, ob wir nicht jetzt da mal den Tarif auf Räder stellen in dem Sinne, dass der Staat nicht mehr automatisch von Preissteigerungen und Realeinkommenssteigerungen profitiert, sondern dass der Anteil des gesamten Einkommenkuchens, der an den Staat geht, fixiert wird und nicht durch die Progression immer größer wird. Das wäre mal so eine Reform, die wichtig wäre.

**Die Infrastruktur in Deutschland ist verbesserungsfähig.** Da kann man sicher viel machen, aber **das sollte nicht über Schulden finanziert werden. Wir haben ein riesiges Problem mit unserer Demographie. Die Babyboomer sind 50, wollen in 15 Jahren die Rente.** Die haben sowieso Probleme, weil sie eine Rente wollen von Kindern, die sie nicht haben. **Wir können uns keine neuen Schulden leisten, das geht nicht, sondern wir müssen vielleicht sogar versuchen, Überschüsse im Staatsbudget zu entwickeln.**

**Hans-Werner Sinn** wurde am 7. März 1948 in Brake/Westfalen geboren. Er studierte Volkswirtschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster, promovierte und habilitierte an der Universität Mannheim. Seit 1984 ist Sinn Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Sinn lehrte auch in Ontario, Kanada, an der London School of Economics, Bergen (Norwegen), Stanford, Princeton, Wien und Jerusalem. Von 1997-2000 war Sinn Vorsitzender des Vereins für Socialpolitik und von 2006 bis 2009 Präsident des International Institute of Public Finance. Seit 1999 leitet Professor Sinn das ifo Institut für Wirtschaftsforschung, das er kommenden März altersbedingt verlassen wird. Der 2014 laut FAZ bedeutendste deutsche Ökonom ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder.

## Brüssel greift deutsche Sparer an

Deutschlands Sparkassen, Volksbanken und private Geldhäuser schützen Sparer über das gesetzliche Minimum hinaus. Diese Systeme werden geschwächt, wenn die Einlagensicherung in Europa vergemeinschaftet wird.

31.08.2015, von MARKUS FRÜHAUF

**Vom Versprechen der Politik, in der Bankenunion müsse kein europäischer Steuerzahler für marode Institute haften, ist bislang kaum etwas zu spüren.** Vielmehr scheint alles beim Alten geblieben zu sein. Für die Rettung der griechischen Banken stehen abermals die Steuerzahler aus Deutschland und anderen Euroländern gerade. Auch wenn die neue Haftungskaskade bei Bankenrettungen, mit der Eigentümer und Gläubiger zuerst herangezogen werden, erst im kommenden Jahr in Kraft tritt, **ist es unerklärlich, warum die Einlagen griechischer Reeder geschützt werden.**

**Dass Brüssel nun auch noch den Einlagenschutz deutscher Sparer schwächen will, beunruhigt nicht nur Banken und Sparkassen. Deren Gläubiger sind auch die Kunden mit ihren Einlagen.** Darauf wollen die Präsidenten der wichtigsten EU-Institutionen – Jean-Claude Juncker (Kommission), Donald Tusk (Rat), Martin Schulz (Parlament), Jeroen Dijsselbloem (Eurogruppe) und **Mario Draghi** (EZB) – zugreifen. **Sie schielen nach den Töpfen der deutschen Einlagensicherung, mit denen die Guthaben deutscher Sparer geschützt werden.**

**Um die Währungsunion zu vertiefen und vollenden, sollen diese Mittel nach Vorstellung der Präsidenten auch für Banken aus anderen Ländern bereitstehen.** Noch hält die **Bundesregierung** dagegen. Sie muss standhaft bleiben und die Vergemeinschaftung der Einlagensicherung auch in Zukunft ablehnen, weil sonst das Vertrauen der Bankkunden schweren Schaden nehmen wird.

### Bei Insolvenz kein Geld verlieren

Die deutschen Sicherungstöpfe sind im Euroraum die größten, **weil auf den Konten von privaten Haushalten und Unternehmen 3,4 Billionen Euro liegen.** Deren Schutz fällt nicht immer leicht. So mussten in den vergangenen Monaten Sparkassen und Landesbanken lange verhandeln, bis die nötigen 4,9 Milliarden Euro als Puffer für den gesetzlich garantierten Einlagenschutz von 100.000 Euro je Kunde und Institut zusammen kamen.

Aber nicht nur dafür sorgen Sparkassen, private Banken wie Deutsche Bank und Commerzbank oder die Volks- und Raiffeisenbanken vor. Sie gehen sogar weit über das gesetzliche Minimum hinaus. Das betrifft dann die Konten großer Unternehmen, die rasch Milliardenbeträge erreichen können. Doch die Ideen aus Brüssel gefährden diesen zusätzlichen Schutz.

Bislang sind die Kunden mit der deutschen Einlagensicherung gut gefahren. Nach den Erfahrungen beim Zusammenbruch der Herstatt-Bank riefen die privaten Banken 1976 einen Sicherungsfonds ins Leben. Seitdem hat kein Kunde mehr Geld verloren, wenn seine Bank in die Insolvenz rutschte.

### Weniger Schutz für deutsches Geld

Sparkassen und Volksbanken können sich schon länger damit brüsten. Denn sie fangen jedes Institut aus ihrem Verbund auf, wenn es nicht mehr überlebensfähig ist. Damit werden alle Einlagen geschützt, auch wenn die Rettungen von Landesbanken in der Finanzkrise gezeigt haben, dass die Solidarität im Sparkassenlager Grenzen hat. So mussten Bundesländer wie Bayern einspringen.

**Doch der Schutz durch die deutschen Sicherungssysteme wird geschwächt, wenn die Einlagensicherung in Europa vergemeinschaftet wird. Denn die Haftung für spanische Sparkassen oder italienische Regionalbanken verringert die Möglichkeiten deutscher Institute, auch Einlagen über der gesetzlichen Garantie hinaus abzuschirmen.**

Die Milliarden, die deutsche Banken für ihre Kunden zurückgelegt haben, dürfen nicht dazu dienen, marode Bankensysteme in Südeuropa zu retten oder gar die Einlagen griechischer Reeder zu schützen. **Anders als in Zypern werden in Griechenland keine Einlagen über der gesetzlichen Garantiegrenze von 100.000 Euro herangezogen.**

### Haftung für fremde Fehler

**Die 10 bis 25 Milliarden Euro, die nötig sind, um die Banken mit neuem Kapital auszustatten, stellt der Euro-Rettungsfonds ESM bereit. Den finanzieren die Steuerzahler der übrigen Euroländer. Das ist fragwürdig, weil für die Verluste nicht die reichen Griechen haften, sondern europäische Steuerzahler.**

Brüssel will künftig den deutschen Sparer anstelle des Steuerzahlers schröpfen. **Doch der Grundfehler bleibt: Haftung und Kontrolle fallen weiterhin auseinander.** Banken, die einem deutschen Sicherungssystem angehören, müssen sich von ihren Verbänden auf Herz und Nieren prüfen lassen. Dann zahlen sie Beiträge entsprechend ihrer Risikolage.

Das wäre **bei einer grenzüberschreitenden Haftung nicht mehr möglich. Vielmehr würden die deutschen Einlagen für die Fehler herangezogen, die andere Länder machen wie etwa eine zu hohe Staatsverschuldung.**

### Minen in Südeuropa

Das ist gefährlich, weil dann das Vertrauen der Kunden in ihre Banken erschüttert wird. Eine neue Vertrauenskrise kann das noch immer angeschlagene Bankensystem destabilisieren. Das müsste gerade EZB-Präsident Mario Draghi wissen, der seit einigen Monaten für die Bankenaufsicht zuständig ist.

**Wenn er den Zugriff auf deutsche Sicherungstöpfe unterstützt, weckt das den Verdacht, dass in den Bilanzen südeuropäischer Banken noch Minen liegen. Die Vorschläge aus Brüssel werden die Währungs- und Bankenunion nicht vertiefen. Vielmehr zielen sie auf eine Transferunion, die weder Steuerzahler noch Sparer wollen.**



## Weniger Geringqualifizierte in Deutschland

Das Statistische Bundesamt macht aus einer guten Nachricht eine schlechte: In Deutschland gibt es immer weniger Geringqualifizierte. Doch das Amt spricht nur über das höhere Armutsrisiko.

27.08.2015

Die Zahl der Geringqualifizierten ist in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren stark gesunken. Lag der Anteil der Menschen mit niedrigem Bildungsstand 2005 noch bei 16,9 Prozent der Gesamtbevölkerung, waren es 2014 nur noch 13,1 Prozent. Das geht aus neuen Zahlen hervor, die das Statistische Bundesamt am Donnerstag in Wiesbaden veröffentlicht hat.

Besonders stark zurückgegangen ist dabei der Anteil der weiblichen Geringqualifizierten. 2014 lag der Anteil in dieser Gruppe bei 14,9 Prozent. 2005 waren es noch 20,3 Prozent. Bei den männlichen Geringqualifizierten ging der Anteil von 13,4 Prozent auf 11,3 Prozent zurück. Geringqualifiziert ist nach Definition des Bundesamts, wer höchstens einen Realschulabschluss und keinen Berufsabschluss hat.

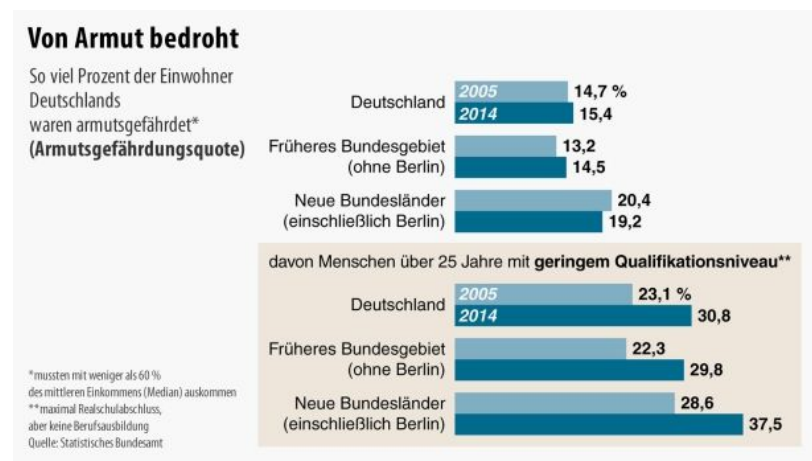
### Höheres Armutsrisiko für Geringqualifizierte

Zugleich stieg für diejenigen, die nach wie vor zu der Gruppe der Geringqualifizierten gehören, die Gefahr, in Armut abzurutschen. Beinahe ein Drittel der Geringqualifizierten im Alter von mehr als 25 Jahren galten 2014 als „armutsgefährdet“. 2005 waren es weniger als ein Viertel. Zwischen den alten und den neuen Bundesländern gibt es dabei große Unterschiede. So lag der Anteil der armutsgefährdeten Geringqualifizierten in Ostdeutschland bei 37,5 Prozent. In den alten Bundesländern (ohne Berlin) waren es 29,8 Prozent. Vor zehn Jahren lag der Anteil in den neuen Ländern bei 28,6 Prozent und in den alten bei 22,3 Prozent.

Allerdings: Weil der Anteil der Personen, die überhaupt als geringqualifiziert gelten, schrumpfte hat sich in Summe wahrscheinlich wenig an der Zahl der geringqualifizierten Armutsgefährdeten verändert.

### Armutsrisiko insgesamt seit Jahren stabil

Auch insgesamt ist der Anteil der Deutschen, die in die Armut abzurutschen drohen, in den vergangenen zehn Jahren stabil geblieben. Sie lag 2014 bei 15,4 Prozent. Vor zehn Jahren war die Quote mit 14,7 Prozent nur unwesentlich niedriger. Auch hier lag der Anteil zuletzt mit 19,2 Prozent in den neuen Bundesländern klar über dem in den alten Bundesländern mit 14,5 Prozent.



Als armutsgefährdet gilt, wer einschließlich staatlicher Hilfen wie Wohn- oder Kindergeld weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens erzielt. 2014 lag diese Schwelle für einen Einpersonenhaushalt nach Angaben des Statistischen Bundesamt bei 917 Euro im Monat.

## **EZB fordert Finanzministerium für Europa**

Wenn es um die Schaffung neuer EU-Institutionen geht, ist Deutschland traditionell skeptisch. Doch nun will die EZB ein europäisches Finanzministerium einführen. Und prompt bröckelt der deutsche Widerstand.

27.08.2015, von CHRISTIAN SCHUBERT, PARIS

Die **Europäische Zentralbank** hat sich für den Aufbau eines europäischen Finanzministeriums ausgesprochen. Das Direktoriumsmitglied Benoît Coeuré forderte in einer Rede vor den Botschaftern Frankreichs in Paris die Schaffung eines Finanzministeriums für den Euroraum unter der Aufsicht des Europäischen Parlaments. „Dieses Ministerium könnte dafür zuständig sein, wirtschaftliche Ungleichgewichte und Haushaltsungleichgewichte zu verhindern sowie Krisen im Eurogebiet zu bewältigen“, sagte Coeuré. Es solle ein eigenes Budget „steuern“ und die Regierungen des Euroraums in internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen vertreten, sagte der französische EZB-Vertreter.

Coeuré hat nach Angaben aus EZB-Kreisen für diese Forderung die Unterstützung von EZB-Präsident **Mario Draghi**, der sich in dieser Deutlichkeit bisher nicht geäußert hatte. Der Vorstoß soll die Debatte um die Neuordnung der europäischen Institutionen vorantreiben, die seit den dramatischen Verhandlungen um Griechenland intensiver geworden ist. Die Diskussionen sind neu entflammt, weil die Währungsunion sich monatelang fast nur mit der griechischen Krise beschäftigte, obwohl das Land lediglich zwei Prozent zur europäischen Wirtschaftskraft beiträgt. Seitdem gewinnt die Ansicht Unterstützung, dass die Entscheidungsmechanismen in Europa umgebaut werden müssen.

### **Änderung der europäischen Verträge wäre nötig**

Coeuré weiß, dass sich seine Vorschläge nicht von heute auf morgen verwirklichen lassen. Eine Änderung der europäischen Verträge wäre erforderlich, die bisher in vielen Ländern auf Ablehnung stieß. Ein erheblicher Kompetenztransfer auf eine zentrale Stelle wäre die Folge. In der Vergangenheit sind solche Ideen oft nur Ideen geblieben. Doch nach der Griechenland-Krise hoffen verschiedene, vor allem französische Entscheidungsträger, dass die Bereitschaft zu einem Souveränitätsverzicht zugenommen hat - auch in Frankreich, das sich bisher besonders stark dagegen stellte.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in den vergangenen Jahren zwar stark auf „intergouvernementale“ Lösungen zwischen den Regierungschefs gedrungen. Doch im Bundesfinanzministerium wurden in jüngster Zeit Überlegungen angestellt, die ein steuerfinanziertes Budget für ein europäisches **Finanzministerium** oder Schatzamt einschließen.

Präsident **François Hollande** hat vor einigen Wochen eine europäische Wirtschaftsregierung und die Einrichtung einer Parlamentskammer für die Länder des Euroraumes gefordert. „Wir brauchen Regeln, wir brauchen aber auch Institutionen, die sich an verschiedene ökonomische Verhältnisse anpassen, wie das die EZB erfolgreich in der Geldpolitik getan hat“, ergänzte der französische Wirtschaftsminister Emmanuel Macron in dieser Woche in einer Rede vor den Botschaftern der Bundesrepublik. Die europäische Wirtschaftsregierung solle mit einem Budget ausgestattet sein, das Investitionen finanziere und „Länder mit zeitweisen Schwierigkeiten im Fall eines ökonomischen Schocks stabilisiere“, so der Wirtschaftsminister. Das Budget sollte über gemeinsame Anleihen finanziert werden, meint Macron; eine Finanzierung über Steuern schließt er nicht aus, er sieht sie aber erst für einen späteren Zeitpunkt als sinnvoll. Macron will solche Anleihen nicht mit den bisher diskutierten „Eurobonds“ gleichsetzen, weil es nicht um die Finanzierung von Altschulden gehe. Vielmehr sollten damit neue wachstumsfördernde Projekte finanziert werden, die eine europäische Identität schaffen. Nur Länder, die Reformen vorantreiben, sollten Mittel erhalten.

„Wir brauchen mehr Verantwortungsbewusstsein im nationalen Umgang mit öffentlichen Finanzen, wir müssen aber auch akzeptieren, dass in einer Wirtschafts- und Währungsunion Transfers gebraucht werden - zum Segen aller ihrer Mitglieder“, sagte Macron. Dem Vernehmen nach soll der Wirtschaftsminister einer Änderung der europäischen Verträge nicht ablehnend gegenüberstehen. Das war in Frankreich bisher immer ein rotes Tuch. Harmonisierungschancen sieht Macron vor allem beim staatlichen Mindestlohn, bei der Körperschaftssteuer und bei den Herausforderungen des Internets für die Industrie.

### **„Euro muss unumkehrbar sein“**

Der EZB-Mann Coeuré betonte, dass der vorgeschlagene Zentralisierungsschritt erst erfolgen könnte, wenn die Mitgliedsländer der Währungsunion ausreichende wirtschaftliche Konvergenz erreicht haben. Dann kann er sich Entscheidungsmechanismen innerhalb eines europäischen Finanzministeriums vorstellen, die der EZB gleichen. Es könnte also mit einfacher oder qualifizierter Mehrheit über die Wirtschaftspolitik eines Landes abgestimmt werden, das dieses Votum dann unabhängig von seinen eigenen Wünschen umsetzen müsste. Auf die Frage, ob solche Vorstellungen nicht unrealistisch seien, verweisen EZB-Kreise auf den erheblichen nationalen Souveränitätsverzicht im Zuge der Europäischen Bankenunion, die innerhalb von nur zwei Jahren geschaffen worden sei. Heute etwa könnte die EZB jeden Bankchef im Währungsraum absetzen.

Coeuré forderte in Paris auch, dass der Euro zu einem unumkehrbaren Projekt werde. „Dieses ist umso wichtiger, da die jüngsten Griechenland-Verhandlungen sozusagen den Geist aus der Flasche gelassen haben, nämlich, dass ein Land aus dem Euroraum ausscheiden könnte.“ Für demokratische Kontrolle eines europäischen Finanzministeriums kann sich Coeuré vorstellen, dass neben einer Kammer des EU-Parlaments auch die nationalen Parlamente eingeschlossen werden.

## Die Währungsunion wackelt

Die Wirtschafts- und Währungsunion steht wie ein Flamingo nur auf einem Bein, doch sie kommt anders als der Vogel immer wieder aus dem Gleichgewicht. Ob ein europäisches Finanzministerium das verbessern kann?

28.08.2015, von **CHRISTIAN SCHUBERT**

Beim jüngsten Ringen um die Griechenland-Rettung haben sich alle Beteiligten schwere Blessuren zugezogen. Der siebzehn Stunden dauernde Verhandlungsmarathon Mitte Juli war ein Schauspiel, das jede Regierung ihren Bürgern am liebsten erspart hätte.



Autor: Christian Schubert, Wirtschaftskorrespondent in Paris. Folgen:

Überlegungen zu einer [Neuordnung der Entscheidungsmechanismen im Euroraum](#) sind daher berechtigt. Die Wirtschafts- und [Währungsunion](#) steht wie ein Flamingo nur auf einem Bein, doch sie kommt anders als der Vogel immer wieder aus dem Gleichgewicht. Die Europäische Zentralbank besitzt kein Pendant, das nicht ihre Unabhängigkeit aushöhlen soll, aber für eine Wirtschaftspolitik mit gemeinsamer Stoßrichtung sorgen könnte. Es gibt keine Beispiele für eine anders funktionierende Währungsunion.

Doch sind die Nationalstaaten zur Abgabe von so viel Souveränität bereit? Wie soll das neue Entscheidungsgremium demokratisch legitimiert werden? Wie wird sein Budget finanziert? Und nicht zuletzt: Auf welche wirtschaftspolitische Linie könnten sich die Regierungen überhaupt einigen? Weil all diese Fragen heute ohne Antwort bleiben, ist die Debatte unerlässlich. Ansonsten droht eine Sackgasse.

## Macron dément avoir critiqué les 35 heures devant le Medef

Par [Guillaume Errard](#)

Mis à jour le 28/08/2015 à 11:37



VIDÉO - Le ministre de l'Économie a estimé que la gauche était coupable d'avoir fait croire que «la France pourrait aller mieux en travaillant moins». Une sortie qui lui a valu un recadrage immédiat de Manuel Valls, qui a affirmé vendredi qu'il n'y aurait pas de «remise en cause du temps légal de travail». Macron a nié avoir visé les 35 heures.

[On se souvient du «J'aime l'entreprise» prononcé devant le patronat il y a un an jour pour jour par le premier ministre Manuel Valls.](#)

Ce jeudi, son ministre de l'Économie a réaffirmé cette déclaration d'amour à sa manière: «Vous avez l'amour, et vous avez les preuves d'amour», a déclaré Emmanuel Macron dans son discours de clôture de l'Université d'été du [Medef](#). Si le chef du gouvernement avait reçu une standing ovation, le ministre de l'Économie n'a profité que de quelques timides applaudissements de la salle et s'est contenté d'une moue dubitative du patron des patrons, [Pierre Gattaz](#). Il reconnaît les responsabilités du gouvernement dans la faiblesse de l'activité économique de la France, comme «on l'a suffisamment entendu».

«La gauche n'est pas exempte de critiques», admet-il. Elle est notamment coupable d'avoir pu croire que «la politique se faisait contre les entreprises» et que «la France pourrait aller mieux en travaillant moins.» Une critique voilée des 35 heures? Aucunement, a assuré ce vendredi le ministre à l'AFP, en dépit des apparences: «Je ne parlais pas des 35 heures mais du rapport au travail. Il en faut plus, pas moins. C'est le plus beau combat de la gauche car le travail, c'est le moteur de l'émancipation individuel». Un peu plus tôt, le ministre s'était fait recadrer par Manuel Valls. De Châlons-en-Champagne, où le premier ministre est en déplacement, il a réaffirmé qu'il n'y aurait «pas de remise en cause des du temps légal de travail et des 35 heures», at ajouté à destination d'Emmanuel Macron que les «petites phrases» font «mal à la vie publique».

Emmanuel Macron ne s'est cependant pas contenté de donner des preuves d'amour au Medef. Il n'a pas manqué de rappeler leurs engagements aux entreprises, [alors que la croissance peine à repartir en France](#) et [la courbe du chômage à s'inverser](#). «Il nous faut enrichir encore cette croissance en investissement et en emplois», a rappelé Emmanuel Macron, qui n'a pas hésité à user des mêmes outils que le président de la République pour tenter de convaincre les patrons: la fameuse anaphore. Le «moi, président...» a cédé le pas au «Ce n'est pas la faute des politiques si...».

**«Agir en politique en 2015, c'est réformer. Agir en entrepreneur en 2015, c'est investir»**

Emmanuel Macron

Le ministre de l'Économie y a dénoncé «le cynisme d'une partie de l'élite économique de notre pays», «des entreprises (qui se sont) rabougries», le «malheur des Français au travail», le manque d'innovation ou le chômage record chez les jeunes. «Ce n'est surtout pas la faute des politiques si certains des engagements que vous avez pris ne sont pas tenus: réduire le coût du travail, c'était notre engagement et il est tenu. Signer des accords de branche en contrepartie, c'est votre responsabilité, et c'est trop lent!». Actuellement, quinze branches professionnelles sur cinquante ont signé un accord ou un relevé de conclusions dans le cadre du Pacte de responsabilité. Ce qui équivaut à sept millions de salariés concernés. «Agir en politique en 2015, c'est réformer. Agir en entrepreneur en 2015, c'est investir. Investissez maintenant, prenez des risques maintenant», a-t-il déclaré, alors que selon l'Insee, les anticipations d'investissement des chefs d'entreprise dans l'industrie pour 2015 ont baissé.

Et reprenant l'une des plus fameuses déclarations de l'ancien président des États-Unis, John Fitzgerald Kennedy: «Ne vous demandez plus ce que votre pays peut faire pour vous, demandez-vous ce que vous pouvez faire pour notre économie. Car vous pouvez beaucoup».

## „Weg in den Schuldensozialismus“

Brauchen wir ein europäisches Finanzministerium? Nein, sagen CDU-Wirtschaftsrat und Eurokritiker. Nur SPD und Grüne loben den Vorstoß.

28.08.2015, von PHILIP PLICKERT

Benoît Coeuré, Direktoriumsmitglied der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB) elektrisierte am Donnerstag mit einem Vorschlag: [Ein europäisches Finanzministerium zu schaffen](#). Der Vorstoß ist in Deutschland auf überwiegend skeptische und ablehnende Reaktionen gestoßen. Der Wirtschaftsrat der CDU warnte vor einer solchen Euro-Finanzbehörde und vor „überhasteten Integrationsritten“. Die EU sei noch nicht reif dafür. „Damit die Bürger sich nicht weiter von Europa abwenden, müssen zunächst Risikohandlung und -haftung in Europa wieder zusammengebracht werden“, forderte der Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrats, Wolfgang Steiger, unter Anspielung auf die hohen finanziellen Risiken aus den bisherigen Euro-Rettungsmaßnahmen. Statt in „überstürzten Hauruck-Verfahren“ Integrationsritte vorzuziehen, sollten besser eine Insolvenzordnung für überschuldete Staaten und eine Austrittsmöglichkeit aus dem Euro geschaffen werden.



Autor: Philip Plickert, Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Der Volkswirt“. Folgen:

Aus der SPD kam hingegen Lob für Coeuré. „Der Vorschlag greift die offensichtlichen Probleme der unvollständigen Währungsunion auf“, sagte der Fraktionsvize und Haushaltspolitiker [Carsten Schneider](#). Es fehle bislang in der Eurozone an einem gemeinsamen Verständnis von nachhaltiger Finanzpolitik, durchschlagendem Einfluss auf die jeweilige nationale Finanzpolitik und wirkungsvollen Entscheidungsmechanismen zur Krisenbekämpfung.

Nach Vorstellung Coeurés soll der Euro-Krisenfonds ESM mittelfristig zu einem solchen [Finanzministerium](#) ausgebaut werden. Er hat dafür die Rückendeckung von EZB-Chef Mario Draghi. Die Grünen werben schon seit Jahren für die Gründung eines europäischen Finanzministeriums mit eigenem Budget, das Geld umverteilen und finanzielle Unterschiede ausgleichen soll.

AfD warnt vor „Schuldensozialismus“

Dagegen warnte die eurokritische AfD in scharfen Worten vor einem Euro-Finanzministerium. Dieses führe in den „Schuldensozialismus“, sagte der AfD-Vizevorsitzende Jörg Meuthen. Das Werben der EZB und des französischen Wirtschaftsministers für ein europäisches Finanzministerium sei gefährlich und für die Mitgliedstaaten der [EU](#) der falsche Weg. Hochverschuldete Staaten wollten sich auf diese Weise auf Kosten anderer sanieren. Letztlich gehe es um eine Transferunion, in der die weniger verschuldeten für die höher verschuldeten Mitgliedstaaten haften, kritisierte Meuthen. Dies widerspreche aber dem Geist der Währungsunion. Auch die FDP hat sich wiederholt eher skeptisch zur Idee eines Euro-Finanzministers und einer Wirtschaftsregierung für die Eurozone geäußert, die Paris nun wieder vorantreibt.

Finanzwissenschaftler Kullas: Vorstoß ist überraschend

Der Finanzwissenschaftler Matthias Kullas vom Centrum für Europäische Politik (CEP) in Freiburg nannte den Vorstoß aus Paris überraschend. Neben dem EZB-Direktoriumsmitglied Coeuré hatte sich auch der französische Wirtschaftsminister Emmanuel Macron für eine Euro-Finanzbehörde als Teil einer „Wirtschaftsregierung“ mit einem Budget ausgesprochen. Mit diesen Finanzmitteln sollten Länder im Falle wirtschaftlicher Schocks stabilisiert werden, forderte Macron. CEP-Ökonom Kullas sagte, er wäre überrascht, wenn es in Paris wirklich die Bereitschaft zu einem großen Souveränitätsverzicht in der Finanzpolitik gebe. Ob ein Euro-Finanzministerium wirksam Politik machen könne, sei unsicher.

„Die wirtschaftspolitischen Traditionen und Vorstellungen in Deutschland und Frankreich sind dafür zu unterschiedlich, so dass man nur schwer auf einen gemeinsamen Nenner kommen wird“, sagte Kullas. Auch er warb für eine Insolvenzordnung, um ein Regelwerk für Schuldenkrisen zu schaffen. Ein eigenes Finanzministerium zur Umverteilung von Mitteln in Krisenzeiten sei unnötig. Die Länder könnten sich – sofern sie nicht völlig überschuldet seien – eigenständig Geld am Kapitalmarkt beschaffen. Bei einer Vergemeinschaftung von Risiken drohten Fehlanreize.

## Es gibt keine Zauberformel

Die Empörung über die jüngsten Tragödien ist verständlich und richtig. Aber angesichts der großen Völkerwanderung dieser Tage trägt sie nicht weit. Denn in Wahrheit gelangt man in der Flüchtlingskrise von einem Dilemma zum nächsten.

28.08.2015, von **KLAUS-DIETER FRANKENBERGER**

Es ist entsetzlich: 71 Menschen, mutmaßlich Syrer, sind in einem Kühlwagen erstickt; sie hatten sich Schleusern anvertraut, die sie nach Österreich oder nach Deutschland bringen sollten. Vor der libyschen Küste sind wieder Schiffe gekentert; sie waren vollbesetzt mit Menschen, die (zunächst) nach Italien wollten. Von 200 Ertrunkenen ist die Rede. Wie oft wurde in den vergangenen Monaten nicht von gekenterten Schiffen und Booten berichtet? Und jetzt der grausige Fund im Burgenland! Wir sind entsetzt, und wir sind empört über die Skrupellosigkeit von Leuten, die die Not von Menschen ausnutzen, die vor Kriegsgeschehen auf der Flucht waren, und die daraus ein Milliardengeschäft machen. Diesen Verbrechern muss das Handwerk gelegt werden.



Autor: Klaus-Dieter Frankenberger, verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik. Folgen:

Aber angesichts der großen Völkerwanderung dieser Tage ist Empörung über die jüngsten Tragödien eine Reaktion, die, so verständlich und richtig sie ist, nicht weit trägt. Denn Ehrlichkeit gebietet es, sich einzugestehen, dass es keine Zauberformel gibt, um die Flüchtlingskrise schnell zu entschärfen, den Ansturm zu verringern, gleichzeitig die Not der Flüchtenden zu mildern und die Ursachen der Flucht zu bekämpfen. Und es gibt ja auch die Armutsmigration. Sowenig der Krieg in Syrien abgeschaltet werden kann, so wenig werden sich die Lebensumstände auf dem Balkan so ändern, dass junge Leute bleiben wollen.

In Wahrheit gelangt man von einem Dilemma zum nächsten. Die Außengrenzen müssen besser gesichert werden, richtig, Anlaufstellen seien zu schaffen. Ergebnis? Sie werden wirken wie riesige Magneten. Schleuser sollen bekämpft werden, richtig, siehe oben. Bislang wird das oft so getan, dass Retter zu Komplizen werden.

Und: Flüchtlinge sollen würdig und menschlich behandelt werden. Was denn sonst? Aber faktisch verwenden die Europäer viel (innen-)politische Energie darauf, wie die Zahl der bei ihnen Ankommenden möglichst klein gehalten werden kann; das ist der Kern des Verteilungsstreits in der EU. Bürger und Politiker müssen Anstand bewahren, sie dürfen sich nicht überwältigen lassen. Doch machen wir uns nichts vor: Die Vorstellung, der halbe Nahe Osten und Teile Afrikas siedeln um nach Westeuropa, lässt schon ein Gefühl der Bedrückung zurück. In jeder Hinsicht.

## Blocage de l'autoroute A1 ou l'Etat en miettes

Par [Alexis Théas](#)

Publié le 31/08/2015 à 17:37



FIGAROVOX/TRIBUNE - Alexis Théas revient le blocage de l'autoroute A1 par des gens du voyage, sans intervention de l'Etat. Il y voit une forme de clientélisme politique à l'égard des minorités.

---

*Alexis Théas est juriste et universitaire.*

---

Pendant plus de douze heures, du vendredi 28 août au soir au samedi 29 en fin de matinée, une soixantaine de gens du voyage ont bloqué l'autoroute A1, un axe européen majeur qui relie l'Europe du Nord à Paris ouvrant sur tout le sud de la France, l'Espagne, l'Italie, l'Allemagne par l'A4. Des centaines de milliers de personnes, touristes, professionnels, transporteurs avec leurs marchandises, se sont ainsi trouvés pris au piège, en cette période de retour de vacances. Le prétexte: les manifestants exigeaient la libération de l'un des leurs, incarcéré, pour assister aux obsèques de son père. Le blocage n'a pris fin qu'à la suite d'une décision de justice de la cour d'appel d'Amiens. En raison des dégâts commis sur la voie - incendies, arbres coupés - la circulation n'a pu être rouverte que progressivement dans la soirée de samedi.

Or, la liberté de circulation, d'aller et venir librement sur le territoire d'un pays est un principe fondamental, une liberté reconnue par l'article 13 de la déclaration universelle des droits de l'homme, l'article 2 de la convention européenne des droits de l'homme. L'article L 412-1 du code pénal punit de deux ans d'emprisonnement et 4500 euros d'amende une entrave à la liberté de circulation.

Il est de la responsabilité de l'Etat, garant de l'ordre public et du respect des libertés fondamentales de faire respecter ce principe.

Normalement, le pouvoir de police administrative, pour un dossier d'ampleur départementale appartient au préfet. C'est à lui qu'il incombe de prendre la décision d'évacuer par la force les auteurs du blocage. En cas de force majeure, il peut aussi décider de ne pas intervenir. Il lui revient de prendre sa décision au regard d'un arbitrage entre les enjeux en présence et les risques de violences.

Or, le choix de la préfète de la région Picardie de laisser faire l'entrave au trafic est difficilement compréhensible. L'impact du blocage était à l'évidence considérable, dans la mesure où était en cause la circulation sur l'un des principaux axes de circulation français et européens. Le coût de ce blocage, en termes de désagrément pour les automobilistes coincés, de sommes d'argent perdues en raison des retards et des saccages, enfin et surtout pour l'image de la France en Europe, semble incalculable. En face, une soixantaine de personnes à maîtriser, quelles que soient leur violence et leur détermination, cela constitue une mission à la portée d'un Etat digne de ce nom et de ses 220 000 policiers et gendarmes équipés et formés pour des missions de ce type. D'ailleurs, la revendication des manifestants exigeant une dérogation de nature judiciaire en faveur de l'un des leurs par rapport au régime carcéral, n'avait même pas lieu d'être entendue par les pouvoirs publics.

A l'évidence, les autorités de l'Etat, en refusant de procéder à l'évacuation des gens du voyage, ont failli dans leur mission d'assurer l'ordre public. La préfète n'est en aucun cas seule responsable de cette défaillance. Dans une affaire de ce type, engageant la circulation sur l'un des grands axes routiers européens, il ne fait aucun doute qu'elle aura tenu le ministre de l'Intérieur informé et qu'elle aura sollicité ses instructions. Le contraire n'est pas concevable. Il est également certain que le Premier ministre, responsable du pouvoir de police de l'ordre public sur le plan national, d'après l'article 21 de la

Constitution et le célèbre arrêt du Conseil d'état Labonne (1919), a été tenu étroitement associé au déroulement des évènements.

Cette dérobade s'explique sans doute par un contexte politique et idéologique. Les gens du voyage font partie de ce qu'il est convenu d'appeler les minorités. Or ces dernières sont au cœur des valeurs du politiquement correct. Le pouvoir d'Etat n'a pas voulu prendre le risque d'être accusé de réprimer une minorité, ou pire, d'avoir provoqué une blessure ou de décès dans l'intervention. En pleine «université d'été» du parti socialiste, la position du gouvernement semble avoir été motivée par des considérations politiciennes ou idéologiques contre l'intérêt général. **Le choix de la prudence a été celui du renoncement et de la faiblesse, au détriment de l'autorité de l'état. Il est symptomatique d'un pouvoir politique en déliquescence.**



<http://www.lefigaro.fr/actualite-france/2015/08/28/01016-20150828ARTFIG00308-violences-contre-les-gendarmes-et-policiers-20-victimes-par-jour.php>

125,145

## Violences contre les gendarmes et policiers : 20 victimes par jour

Par [Christophe Cornevin](#)

Mis à jour le 28/08/2015 à 20:19

Pas moins de 7603 membres des forces de l'ordre ont été blessés en opération l'an dernier. «Le tabou de l'autorité est en train de tomber», déplore Pascal Lalle, directeur central de la sécurité publique.

Selon un bilan porté à la connaissance du *Figaro*, pas moins de 7603 membres des forces de l'ordre ont été blessés en opération l'année dernière. Soit près de vingt victimes par jour. Depuis 2008, les chiffres ont explosé de 46 %. Alors que les gendarmes dénombrent 1769 victimes à la suite d'une agression, les policiers recensent de leur côté 5834 blessés en mission. Le mépris ne cesse de croître à l'égard des porteurs de l'uniforme. Comme si l'immense élan de sympathie du 11 janvier dernier au lendemain des attentats qui ont ensanglanté la région parisienne avait masqué la haine viscérale d'une frange de la population.

«Le tabou de l'autorité est en train de tomber dans certains secteurs géographiques, déplore Pascal Lalle, directeur central de la sécurité publique, à la tête de 66.000 hommes. [Le policier, représentant de l'État et des pouvoirs publics](#), focalise une certaine révolte de la part d'individus qui ne répondent plus aux injonctions, qui agressent avec parfois la volonté de tuer.» Selon nos informations, 805 gendarmes ont également été agressés avec des armes en 2014, soit un bond de 28% par rapport à la même période de l'année précédente. Il s'agit là de la hausse la plus significative jamais enregistrée depuis dix ans.

A suivre

## Das Internet ist die DDR von heute

Die Helden des großen amerikanischen Erzählers Jonathan Franzen hatten bisher alle ein Dach über dem Kopf. Jetzt zappeln sie im Netz der Manipulation. Franzens neuer Roman, „Unschuld“, sucht die Reinheit.

29.08.2015, von SANDRA KEGEL



© HELMUT FRICKE Legt seinen fünften Roman vor: Jonathan Franzen

Das Wesen der Manipulation ist paradox. Weil es ihr gelingt, sich durch das Fehlen sichtbarer Gewalt als jene Freiheit auszugeben, die sie in Wahrheit entzieht. Es kann daher kein Zufall sein, dass sich Jonathan Franzen nach seinem letzten Roman „Freiheit“ nun mit dieser subtilsten aller Einflussnahmen beschäftigt. Und was für ein Stoff gibt die verdeckte, unmittelbar auf die menschliche Seele wirkende Technik für einen Roman ab! Denn was für den Einzelnen gilt, gilt ja auch für die Masse. Bei Franzen sind in der Hand der großen Verführer alle Menschen knetbar – ob als Bürger, Geliebte, Internetnutzer oder Angestellte. Auf der Mikroebene des Privaten ist das schleichende Gift dabei so wirksam wie auf der Makroebene von Organisationen, Regierungen oder Wirtschaftsunternehmen. In „Unschuld“ wird manipuliert, was das Zeug hält, immer aber zum Zwecke eines fremden Vorteils. „Ihr war dabei“, heißt es über die junge Heldin Pip einmal, „als hätte man ihr den Schädel aufgeklappt und das Gehirn mit einem Holzlöffel umgerührt. Sie war noch immer weit davon entfernt, sich ihm zu unterwerfen, und doch war er einen Moment lang so tief in ihrem Kopf gewesen, dass sie spürte, wie es geschehen konnte.“



Autorin: Sandra Kegel, Redakteurin im Feuilleton. Folgen:

„Unschuld“ erscheint kommende Woche im Rowohlt Verlag. Es ist ein komplexer Roman voller Anspielungen und Referenzen, dessen aufwendige Konstruktion fast unsichtbar bleibt. Und sein Verfasser ist ein Seelenergründer, der alles, was in dieser fünfzig Jahre umfassenden Geschichte geschieht, aus den Figuren selbst entwickelt. So unterschiedlich ambivalent die Protagonisten in diesem Achthundert-Seiten-Panorama sind, die zu jeweils anderen Zeiten auf verschiedenen Kontinenten von Franzen wie von einem Kameramann umkreist werden, so ähnlich scheint ein Muster in ihren Psychopathologien: Bewusst oder unbewusst sind sie alle Meister darin, andere für ihre Zwecke einzusetzen. Deshalb sind es faszinierende Persönlichkeiten, die ihre Gefährlichkeit im Verborgenen halten. Der Stasi-Offizier, der seinen Opfern unsichtbare Fallen stellte, erweist sich dabei als ein Geistesbruder des Jahrzehnte später global verehrten Enthüllungshackers Andreas Wolf, der in der bolivianischen Hochebene einen Bienenstaat der Überwachung errichtet hat. Und die amerikanische Milliardenerbin Anabel, die in ihrem moralischen Absolutismus so weit geht, dass sie ihre ahnungslose Tochter unterhalb der Armutsgrenze aufzieht, ist, obwohl sie sich selbst als Opfer sieht, nicht weniger grausam als die einst in Ost-Berlin gefeierte Anglistin Katya, die ihren Sohn in einer fatalen ödipalen Umkehrung gefangen hält, die nicht zufällig an die Hamlet-Mutter Gertrude erinnert.

### Wikileaks mit moralischen Kategorien

Unschuldig ist niemand in „Unschuld“, dabei trifft die von Bettina Abarbanell und Eike Schönfeld besorgte deutsche Übersetzung den amerikanischen Titel eigentlich nicht. Denn „Purity“, wie der Roman im Original heißt, bedeutet Reinheit. Und von Reinheit, ob hygienischer oder moralischer, ist in dem Roman viel die Rede. Die junge Heldin heißt sogar Purity, die sich gleichwohl für diesen Namen schämt und von allen nur Pip genannt wird. Durch ihr Studium hoch verschuldet, lebt sie in einem besetzten Haus in Oakland. Unglücklich verliebt, dazu unzufrieden mit ihrem Job als Telefonverkäuferin, hat sie nur noch ein Ziel: Sie will ihren Vater finden, der jetzt wenigstens ihre Studienschulden übernehmen soll, nachdem er sich nie um sie gekümmert hat. Da ihre Mutter Anabel jegliche Auskunft über ihn verweigert, kommt es ihr gerade recht, durch Zufall ein Praktikum beim begehrten „Sunlight Project“ ergattert zu haben. Für die prominente Enthüllungsplattform, die unter der Maxime „Sonnenlicht desinfiziert am besten“ korrupte Regierungen ebenso an den öffentlichen Pranger stellt wie sexistisch entgleiste Männer, begeistert sie sich zwar eigentlich nicht. Aber da die Organisation über Spionagesoftware verfügt, die noch die kleinste Maus in der kalifornischen Bay Area orten kann, erhofft sie sich, das Geheimnis um ihren Vater zu lüften.

Dafür muss Pip allerdings nach Südamerika, denn seit der charismatische Sunlight-Gründer Andreas Wolf in fast allen Staaten per Haftbefehl gesucht wird, hat er sich in den Urwald Boliviens zurückgezogen. In Interviews prahlt er gern damit, dass er nicht wie Wikileaks alle Informationen ungefiltert ins Netz stelle, sondern moralischen Kategorien folge. Anders als sein Rivale Assange sei er also immer noch sauber. „Reinheit“ ist sein Markenzeichen. Was es Pip nicht einfacher macht, sich für sein Projekt zu begeistern. Denn auf Reinheit, genauer: auf Reinlichkeit, reagiert sie empfindlich. Ihre Mutter hat einen notorischen Sauberkeitsfimmel. „Geruch ist Fluch“, pflegt diese zu sagen, und dass sie ihre Geruchsumgebung kontrolliert, ist nur einer ihrer vielen Ticks. Doch auch in der Dschungelose kommt Pip mit ihrer Vater-Recherche anscheinend nicht weiter, und auch mit den jungen Männern dort, die in fensterlosen Räumen Programme entwickeln, und den jungen Frauen, die in aufgemöbelten Scheunen „Community-Building“ betreiben, wird sie nicht warm. Zu spitz ist ihr Mundwerk, und mit ihrer Ansicht, dass „Phrasen wie die Welt verbessern inzwischen doch von der Erdoberfläche wegironisiert“ worden seien, steht sie allein da.

## Ein wahlverwandtschaftliches Spiegelkabinett

Ausgerechnet Andreas Wolf, der in der Welt Ansehen genießt wie sonst nur Aung San Suu Kyi oder Bruce Springsteen, gefällt Pips Sarkasmus, wenn sie die Nase über Kool-Aid rümpft und über die olfaktorische Offenbarung der Geruchslandschaft Boliviens schwadroniert. Prompt beendet er die Affäre mit der Schauspielerin, die in einem Film, der gerade über ihn gedreht wird, seine Mutter spielt – eine der typischen Franzen-Volten, in denen er seine Motive immer weiterdreht.

Filmreif ist das Leben des 1960 in der DDR geborenen Verwandten des berühmten Spions Markus Wolf allemal. In jener Republik, über die der Deutschland-Kenner Franzen schreibt, sie sei „herzzerreißend“ deutsch gewesen, ist Andreas als Sohn eines Politbüromitglieds aufgewachsen, der als Staatsökonom noch Wachstum vorweisen musste, wo keines war, sowie der unentwegt Shakespeare zitierenden Mutter, die ihre „Interessantheiten beim Abendessen über den Tisch baumeln ließ wie eine süße, saftige Frucht“. Katyas Eskapaden werden von ihrem Mann so gut es geht vertuscht, und sei es, dass er allzu hartnäckige Liebhaber im Gefängnis verschwinden lässt. Dass Andreas' leiblicher Vater ein anderer ist, spielt in diesem wahlverwandtschaftlichen Spiegelkabinett keine kleine Rolle.

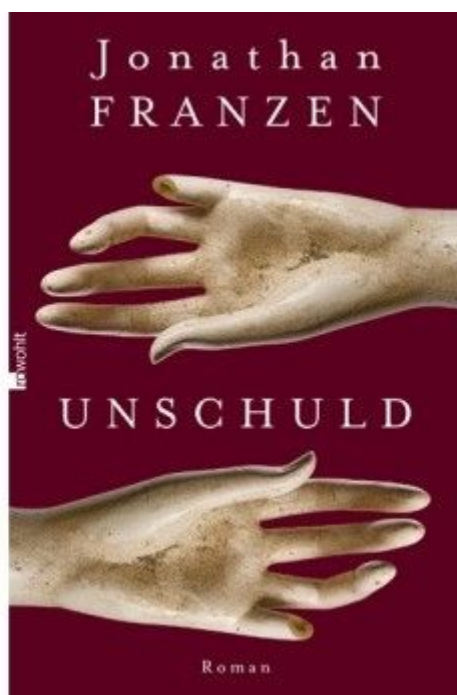
## Weder familiär, noch amerikanisch

Aber nicht deshalb, sondern weil er ein paar harmlos-unartige Gedichte veröffentlicht hat, muss Andreas sein Zuhause verlassen und landet im Keller einer Kirche, in der man sich um Jugendliche in Not kümmert. Rasch geht Andreas der Ruf als mutiger Kritiker des kommunistischen Regimes voraus, dabei tut dieser blonde Hamlet aus der Karl-Marx-Allee kaum etwas anderes, als mit Teenagern zu schlafen. Bis er eines Tages der fünfzehnjährigen Annagret begegnet, deren Schönheit so außerhalb der Norm scheint, dass er sie als „unmittelbaren Affront gegen die Republik des schlechten Geschmacks“ begreift. Vor allem erkennt er sich wieder in ihr, die von ihrem stasispitzelnden Stiefvater missbraucht wurde. Ihren verzweifelten Plan, den Mann zu ermorden, setzen sie gemeinsam in die Tat um und schaffen es sogar, unentdeckt zu bleiben. Doch die Tat belegt Andreas mit einem Fluch, dem er nicht mehr entkommt.

Von früheren Franzen-Romanen unterscheidet sich „Unschuld“ elementar. Denn alle sind Familienromane und spielen bis auf eine Ausnahme im Mittleren Westen. Die „27ste Stadt“ handelt von den Probsts, „Schweres Beben“ von den Hollands, „Die Korrekturen von den Lamberts, „Freiheit“ von den Berglunds. Immer kam dem Zuhause der Figuren eine besondere Bedeutung zu. Weil die Häuser stets mehr waren als bloß Staffage, vielmehr Ausdruck des vielschichtigen familiären Universums, ein Abbild dessen, wie Menschen sich buchstäblich einrichten in dieser Welt. Nun hat Franzen, selbst 1959 in Illinois geboren, nicht nur den Mittleren Westen verlassen. Der neue Roman spielt in Kalifornien, Texas und Philadelphia, in New York, Bolivien, und zu DDR-Zeiten sowie kurz nach dem Fall der Mauer in Leipzig, Ost-Berlin und Jena. Es gibt auch keine Häuser mehr, wie sie die Lamberts oder Berglunds bewohnten. Stattdessen haben wir es mit provisorischen Behausungen zu tun: gelebt wird in armseligen Holzhütten, besetzten Häusern, die kurz vor der Räumung stehen, Kirchenkellern oder im Dschungelcamp.

## Sein oder Nichtsein: Das Internet entscheidet

Dafür gibt es ein anderes Zuhause, dem die Protagonisten nicht entkommen, und es ist nicht lokalisierbar, weil es sich um zwei Systeme handelt, die Franzen, der in den achtziger Jahren in West-Berlin lebte, in einen waghalsigen Zusammenhang bringt: die DDR und das Internet. Kaum anders als die untergegangene Republik ihre Bürger einst einsperrte und ausspionierte, so die kühne These, strebt das neue Medium den totalitären Zugriff auf das Dasein an – nicht nur durch die Spionagesoftware von Unternehmen und Hackern. Sondern vor allem, weil dem Internet – nicht zuletzt über den Reiz der Zugehörigkeit – die Macht zugestanden wird zu definieren, ob wir existieren oder nicht.



© ROWOHLT VERLAG 

Franzens neuer Roman erscheint am 4. September in Deutschland.

Sein oder Nichtsein. Auf der Folie des Shakespeare-Dramas ziehen sich Begriffe wie Geheimnis, Verrat und Vertrauen, Schuld und Kontrolle durch die Textur des gesamten Romans. Dabei legt Franzen neben kunstfertig eingeflochtenen Binnenessays und eigenen Ansichten immer neue Stränge aus, um das Handwerk der subtilen Gewalt zu ergründen. So unterschiedlich die emotionale Stimulanz jeweils ausfällt, ob durch den Staatsapparat oder die digitale Technik, so sehr gleichen sich die Folgen für den Einzelnen: Immer führt es zu Ekstase, innerem Aufruhr und Angst.

## **Verschont von altbackener Krittelei**

„Die Republik hatte ihn geformt, und er existierte ausschließlich in Beziehung zu ihr“, heißt es einmal über Andreas. Dasselbe ließe sich für sein zweites Leben als Internetapologeten sagen, denn seine größte Gabe besteht darin, „in totalitären Systemen singuläre Nischen zu finden“. Hier wie da kann man sich dem System nicht entziehen. „Ersetze man Sozialismus durch Netzwerke, hatte man das Internet“, stellt Andreas fest. „Wie die alten Politbüros stellte sich auch das Neue als Feind der Elite und Freund der Massen dar, darauf aus, den Konsumenten zu geben, was sie haben wollten.“

Jonathan Franzen, der nach eigenem Bekunden nicht twittert und Facebook nicht mag, hat sich schon häufig internetkritisch geäußert. In seinem „Kraus Projekt“ (2013) nahm er Karl Kraus' Kritik an der unheilvollen Verbindung von Technologie, Kapital und Medien auf und übertrug sie auf die heutige Zeit. Von diesen und anderen Einlassungen, die gelegentlich nach der Krittelei eines im neunzehnten Jahrhundert verhafteten Romanciers klangen, hat er „Unschuld“ verschont. Weil Franzen hier seinen eigenen Anspruch erfüllt: anspruchsvolle, komplexe Romane unterhaltsam und spannend zu erzählen.

„Unschuld“ ist deshalb trotz aller essayistischen Exkursionen kein Thesenroman geworden, sondern eine in Raum und Zeit großangelegte Erzählung, die von Vögeln und Landschaften ebenso berichtet, wie sie Einblicke in eine amerikanische Eliteuniversität der siebziger Jahre oder die Machenschaften eines agrarwirtschaftlichen Megakonzerns à la Monsanto gewährt. Vor allem aber wird dieses Franzen-Land von Figuren bewohnt, die man nicht vergisst. Weil Franzen ihnen im Ausleuchten ihrer Ambivalenzen und Idiosynkrasien so viel Aufmerksamkeit widmet. Die investigative Journalistin Leila, die mit einem querschnittsgelähmten Schriftsteller verheiratet ist, der die Welt aus seinem Rollstuhl heraus proustartig kommentiert. Oder die stramme Rechtskonservative Clelia, die auch lange nach ihrer Flucht aus der DDR den amerikanischen Traum eisern verteidigt, obwohl der sich für sie nie erfüllte. Oder Tom Aberant, der Leiter eines in Denver ansässigen journalistischen Dienstes, für den Leila arbeitet und den sie liebt. Bei dem sie sich sicher fühlt, weil er nicht nur Ursache, sondern auch Linderung ihrer Schuldgefühle ist.

Dieser Tom Aberant mit seinem schildkrötenhaften Gesicht ist die Schlüsselfigur, bei der alle Fäden, von Pips Vatersuche über das Unglück ihrer Mutter Anabel bis zu Andreas Wolfs Abgründen, zusammenlaufen. Dass gerade seine Geschichte als einziges der insgesamt sieben Kapitel des Romans aus der Ich-Perspektive geschrieben wird, ist erzähltechnisch nicht unheikel. Schon in „Freiheit“ hatte Franzen dieses Verfahren für eine weibliche Figur gewählt. Und Toms Bericht bleibt mit stilistischen Unsicherheiten und seltsamen Redundanzen ein Fremdkörper im Roman. Dass es dafür eine Erklärung gibt, die Franzen sich bis zum Schluss aufhebt, zeugt von seiner Souveränität. Und auch von dem scheinbaren Happy End sollte man sich nicht in die Irre führen lassen. Zwar bedeutet to pip im Englischen, jemanden knapp besiegen. Pip steht also nicht Ophelias Schicksal bevor. Aber es ist eben nur ein knapper Sieg. Und im Hinterzimmer werden schon eifrig neue Holzlöffel gefertigt.

**Jonathan Franzens neuer Roman, „Unschuld“, erscheint am 4. September.**

## Das ist alles sehr deutsch

Was die Netzgemeinschaft denkt, interessiert ihn nicht. Kurz vor Erscheinen von „Unschuld“ spricht Jonathan Franzen über einen deutschen Überwachungsstaat und seine Verpflichtung gegenüber den Lesern.

30.08.2015, von FELICITAS VON LOVENBERG



© AP, „Ich wollte immer schon über Deutschland schreiben“: Jonathan Franzen, geboren 1959, wurde 2001 berühmt mit seinem dritten Roman: „Die Korrekturen“

**Herr Franzen, Ihr neuer Roman „Purity“, auf deutsch „Unschuld“, erscheint am Montag in Amerika und vier Tage später in deutscher Übersetzung. Es ist ein komplexes Werk mit vielen Themen, und es ist praktisch unmöglich, darüber zu sprechen, ohne einige der dramatischen Handlungsstränge zu erwähnen.**



Autorin: Felicitas von Lovenberg, Verantwortliche Redakteurin für Literatur und literarisches Leben. Folgen:

Ja, es gibt zum Beispiel einen Mord, der allerdings recht früh im Buch kommt. Natürlich gibt es auch später noch unerwartete Wendungen. Es ist leicht, Spannung zu erzeugen, indem man ein Geheimnis kreiert, das am Ende aufgelöst wird. Mir war wichtig, diese Art von Spannung zu vermeiden. Es fühlt sich für mich nicht richtig an, wenn man als Autor dem Leser wichtige Informationen vorenthält. Insofern habe ich den Roman so angelegt, das man viele brisante Fakten früh erfährt.

**Ist das auch der Grund, warum der Roman nicht chronologisch erzählt wird? Ihre Charaktere haben diesmal alle sehr sprechende Namen. Im Mittelpunkt steht Purity Tyler, genannt Pip, eine junge Frau, die nicht weiß, wer ihr Vater ist, wie sie ihre Studienschulden zurückzahlen soll und was sie beruflich machen will. Dann ist da der Ostdeutsche Andreas Wolf, der es mit seinem „Sunlight Project“ zum weltbekannten Whistleblower gebracht hat. Und Tom Aberant, ein Journalist in Denver, der als junger Mann sowohl Pips Mutter wie auch Andreas Wolf kannte. In seinem Nachnamen steckt das lateinische *errare*, irren. Woher kommen die Charaktere, und wie wählen Sie die Namen Ihrer Figuren?**

Die Charaktere sind in nicht realisierter Form schon lange in meiner Traumwelt herumgegeistert. Es sind Charaktere, die in meiner Vorstellung allmählich den Platz von Personen eingenommen haben, die ich früher tatsächlich gekannt habe, wenngleich sie nicht 1:1 für sie stehen. Ein Charakter setzt sich gewöhnlich zusammen aus drei oder vier Leuten, die mir begegnet sind. Und irgendwann bekommen sie auch Namen. Aberant wollte ich eigentlich schon die Hauptfigur der „Korrekturen“ nennen, Andy Aberant.

**Was ist aus ihm geworden?**

Er verschwand aus dem Buch. Ich konnte ihn irgendwie nicht gebrauchen, und die jetzige Figur des Tom hat auch nicht mehr viel mit ihm zu tun. Und über Tom und Anabel, Pips Mutter, hatte ich vor langer Zeit etwas geschrieben, von dem ich dachte, es würde in „Freiheit“ eingehen. Übrigens sollte auch Andy Aberant dort vorkommen, aber er funktionierte wieder nicht. Er hatte eine zerquälte Ehe mit einer Abigail, so dass Annabel gewissermaßen aus Abigail hervorging. Und Andreas – ich kannte einige Andreasse. St. Louis, zumal Webster Groves, wo ich aufgewachsen bin, ist ja eine sehr deutsche Stadt, ausgehend von den Einwanderern im neunzehnten Jahrhundert. Insofern war mir der Name Andreas vertraut, und Wolf – da dachte ich: das mache ich einfach mal.

**„Freiheit“ erschien 2010, neun Jahre nach den „Korrekturen“. Für „Unschuld“ haben Sie jetzt nur knapp fünf Jahre gebraucht. Ging Ihnen der Roman leicht von der Hand?**

Nach „Freiheit“ habe ich fast ein ganzes Jahr lang an einer Fernsehserie zu den „Korrekturen“ gearbeitet. Ich schrieb mit am Drehbuch, saß in Proben, traf Schauspieler, war beteiligt an der Produktion der Pilotfolge – und war total erleichtert, als die Sache schließlich abgeblasen wurde. Es war ein Fehler, mich da überhaupt einzubringen, letztlich waren die „Korrekturen“ für mich abgeschlossen. Sobald ich im März 2012 davon befreit war, beendete ich als erstes das „Kraus-Projekt“.

**„Unschuld“ und „Das Kraus-Projekt“ scheinen mir eng verwandt.**

Das sind sie unbedingt. Gegen Ende des Sommers, als ich mit dem Kraus-Buch praktisch fertig war, schrieb ich die Skizze zu „Unschuld“. Insofern kam sie direkt aus dem Kraus-Buch. Wenn man dann schreibt, ändert sich natürlich noch vieles. Aber Toms Mutter war in meinem Kopf bereits seit Mitte der Neunziger ein lebhafter Charakter, und ich hatte schon seit mehr als zwanzig Jahren über die Figur eines ostdeutschen Dissidenten nachgedacht.

## **Also praktisch seit Ihrer deutschen Studienzeit. Haben Sie damals jemanden wie Andreas Wolf gekannt? Oder gab es ein historisches Vorbild für die Figur?**

Als ich 1982/83 in Berlin lebte, kannte ich ein Mädchen, das gerade ein Forschungsstipendium bekommen hatte, um die Untergrundszene der DDR-Dichter zu studieren. Sie wohnte im Westen, fuhr aber jeden Tag in den Osten. Sie war eine sehr melodramatische Person, die sehr melodramatische Geschichten erzählte. Und eines Tages erzählte sie von einem jungen Dichter, der subversive Rätselgedichte geschrieben hatte. Seither geistert diese Dissidentengestalt in mir herum.

## **Ihr Andreas Wolf lebt in den achtziger Jahren im Keller einer Berliner Kirche und leistet Jugendarbeit. Vor allem aber verführt er die Mädchen, die zu ihm kommen. Er wird geschildert als ein Mann von enormem Charisma.**

Als ich meinen ostdeutschen Freunden Andreas Wolf beschrieb, oder die Figur, die ich im Kopf hatte, sagten sie: Das ist keine glaubwürdige Figur, er ist zu individualistisch, zu außergewöhnlich, die DDR war kein Land mit außergewöhnlichen Figuren. Also fragte ich mich, wie er so außergewöhnlich werden konnte. Und dann, Anfang des Jahres, traf einer meine Freunde jemanden, der zu DDR-Zeiten in der kirchlichen Opposition gewesen war, und beschrieb ihm Andreas. Und der sagte: Moment mal, da gab es jemanden, der in einer der Kirchen lebte und den Mädchen hinterherstieg. Also ist der Charakter total plausibel! Aber zu dem Zeitpunkt war das Buch ohnehin schon so gut wie fertig.

## **Pip ist vierundzwanzig. Es scheint Ihnen sehr leichtgefallen zu sein, sich in eine viel jüngere Frau hineinzusetzen.**

Ich glaube, die traurige Wahrheit ist eher, dass Schriftsteller nie wirklich erwachsen werden (lacht). Ich habe meine ganze Kindheit damit verbracht, erwachsen sein zu wollen, und jetzt lebe ich mit Mitte fünfzig eine Art von Studentenleben. Insofern war das nicht so schwierig, wie Sie denken. Ich kenne Leute in Pips Alter, ja, einige meiner Lieblingsmenschen sind in dem Alter, und ich verbringe viel Zeit mit ihnen. Ich glaube, man muss eine Figur einfach nur lieben, dann kann man auch über sie schreiben.

## **Nicht nur die Figuren, sondern auch das Thema der umfassenden Gegenwart des Internets scheint Sie schon lange zu beschäftigen, wenn ich an manche Fußnoten des „Kraus-Projekts“ denke.**

Ja und nein. Was sich beim Schreiben als das zentrale Thema des Buches erwies, war jugendlicher Idealismus. Und die Leute sind heutzutage nun einmal sehr idealistisch, was die Versprechungen des Internets angeht. Und nachdem der Roman sich vornimmt, jugendlichem Idealismus durch die Zeit zu folgen und zu schauen, was für Konsequenzen das hat, einige davon tragisch, andere lustig, war es nur natürlich, dass einige der Charaktere mit dem Internet zu tun haben würden. Aber trotzdem müssen die Figuren an erster Stelle kommen. Ich habe angefangen als ein Romancier, der ein Buch mit Ideen begonnen hat und gemerkt hat, dass das eine Sackgasse ist. Seitdem kommen für mich zuerst die Figuren, und diese Figuren brauchen nun mal Berufe. Nach dem „Kraus-Projekt“ war es nur folgerichtig, Andreas zu einem Internetaktivisten zu machen. Und weil ich gern Oppositionen aufsetze, schien es logisch, ihm gegenüber einige Journalisten alter Schule zu haben, die auf eine Art arbeiten, die den Methoden von Andreas ziemlich entgegengesetzt sind.

## **Andreas Wolf ist eine zwiespältige Figur.**

Sagen wir mal so: Dissidenten sind großartig. Aber es braucht einen gewissen Narzissmus, um einer zu sein. Man muss schon ziemlich viel von sich halten. Insofern gehörte die Idee des Narzissmus von Anfang an zu Andreas. Von da aus war es wiederum ein natürlicher Schritt zum Internet, denn das Netz ist so ziemlich das größte Instrument zur Förderung von Narzissmus, das je gebaut wurde.

## **Sie haben ja bereits Erfahrung mit den dort aktiven Kreisen. Zuletzt wurde dort im Frühjahr Ihr Essay „Climate capture“ sehr kontrovers diskutiert. Fragen Sie sich eigentlich, wie die Netzgemeinschaft auf „Unschuld“ reagieren wird?**

Nein, nicht wirklich. Wer es hasst, wird es schon sagen. Ich habe mein Buch aber nicht für diese Leute geschrieben, sondern für Leser. Das sind die Menschen, die mir wichtig sind. Und von denen gibt es eine ganze Menge. Und eine ganze Menge dieser Leser fühlt sich unsicher in ihrer Beziehung zu Technologie. Was Andreas angeht, so müssen Sie auf das Motto achten: Er bewirkt am Ende etwas Gutes.

## **Ist es überhaupt möglich, ein reines, unkontaminiertes Leben zu führen? Die Oberflächen-Schönheit von Internet und Smartphones ist ja letztlich nur eine Idee, die uns verkauft wird.**

Dafür gibt es viele Beispiele. Die Idee, dass Autoren nicht für ihre Inhalte bezahlt werden, dass Bezahlung überhaupt etwas Schmutziges ist – das alles geht davon aus, dass Geld als solches dreckig ist.

## **Fast alle Figuren versuchen, sich von etwas zu reinigen...**

Genau. Der junge Tom glaubt, dass er sich durch die Ehe mit Anabel von seiner Schmutzigkeit als Mann befreien kann. Andreas will den Schmutz seiner Vergangenheit durch seine reine Liebe zu Annagret kompensieren. Die Einzige, die nicht an jugendlichem Idealismus leidet, ist ausgerechnet die jüngste Figur des Romans.

## **Heißt das, Pips Generation vertritt einen realistischeren Idealismus?**

Ich glaube, den interessantesten jungen Leuten ist tatsächlich sehr bewusst, in was für einer kaputten Welt sie leben, und sie fühlen sich in erster Linie hilflos, daran entscheidend etwas zu ändern.

## **Gilt das auch fürs Internet?**

Die Idee, dass man sich dort einen sicheren Ort schaffen kann – als ob das in einer fundamental unsicheren Welt etwas bedeuten würde –, ist zumindest höchst fragwürdig. Ich rede hier von einer modernen politischen Idee von Unschuld. Im Internet wird alles überwacht. Man darf nicht mal mehr von männlich und weiblich reden, sondern es gibt sechs verschiedene Geschlechterkategorien. Es ist nicht so, als würde ich das abtun – wir haben in vielerlei Hinsicht, etwa was die Rechte von Homosexuellen angeht, eine viel bessere Situation, gerade weil es Menschen gibt, die auf diese Dinge achten und sie anprangern. Aber in der Echokammer des Internets ist das lächerlich, weil es keine echte Verbindung in die reale Welt gibt. Versuchen Sie mal, mit der katholischen Kirche oder dem „Islamischen Staat“ über sechs Geschlechterkategorien zu sprechen.

## **Geheimnisse spielen eine wichtige Rolle in „Unschuld“ – Anabel, die die Identität von Pips Vaters verheimlicht, Andreas Wolf, der einen Mord verbirgt, Pip, die Tom nicht wissen lassen will, dass sie sein Geheimnis kennt. Was alle Charaktere vereint, ist der Umstand, dass sie Geheimnisse haben, die es zu wahren gilt.**

Ja, Andreas sagt das auch in einem dieser recht abstrakten, deutschen Absätze. Da habe ich etwas getan, was ich normalerweise vermeide, nämlich ihn als Sprachrohr benutzt. Er fasst das ganz gut zusammen, denke ich: Wer keine Geheimnisse hat, ist nichts weiter als ein radikaler Exhibitionist ohne nennenswerte Identität. Der gegenseitige Austausch von Geheimnissen hingegen kann ein Weg sein, genuines Vertrauen und Intimität herzustellen.

## **Andreas Wolf beschreibt sein „Sunlight Project“ einmal als eine „Ruhmfabrik, die sich als Geheimnisfabrik tarnt“. Was halten Sie persönlich von Internetaktivisten wie Assange und Snowden?**

Ich glaube, sie haben einiges Gute bewirkt. Aber das kann man auch anders sehen. [Barack Obama](#) glaubt nicht, dass Snowden etwas Gutes getan hat, und seine Argumente sind es wert, gehört zu werden. Was Assange angeht, so gibt es diese absurde Idee in Silicon Valley, dass, wenn jeder alles weiß, die Welt wundervoll sein wird. Erzählen Sie das mal einem Diplomaten! Wenn wir alle Geheimnisse Irans kennen würden und Iran die unseren, heißt das ja nicht, dass wir uns bestens verstehen würden. Aber solche grotesken Theorien finden viel Gehör, zumal in Silicon Valley. Da sagt dann der CEO von Google, der Einzige, der durch die Aufhebung des Geheimnisses etwas zu verlieren habe, sei die Person, die etwas falsch gemacht hat. Wenn niemand mehr Geheimnisse habe, werde niemand mehr böse oder falsch handeln.

## **So reden auch die Internetleute in Dave Eggers' Roman „The Circle“. Hat Literatur die Aufgabe, Leser aufzurütteln?**

Meines Erachtens nicht. Der Leser ist mein Freund. Ich schreibe für Leute, die die Lügen und die albernen falschen Versprechen, die so viele andere zu schlucken scheinen, ungeduldig machen und die sich mit dieser Ungeduld alleine fühlen, ja sich ihrer vielleicht sogar schämen.

## **Im Buch spielen erste Lieben eine wichtige Rolle. Warum sind diese frühen Liebesbeziehungen so bestimmend?**

Annagret ist tatsächlich Andreas' erste große Liebe. Was mich angeht, so erinnere ich mich weniger an meine erste als an meine dritte Liebe (lacht). Aber ich glaube, einige Dinge sind nur möglich, wenn man jung ist, solange die Grenzen der Seele noch nicht klar definiert sind. Dann kann sich dort eine andere Person einnisten, wie man es mit vierzig oder fünfzig wohl nicht mehr zulassen würde. Und daraus kann eine derart starke Beziehung erwachsen, dass man den Rest seines Lebens nicht ganz davon loskommt. Man mag nur in seinen Träumen daran arbeiten, nachdem man schon lange geschieden ist – aber es beschäftigt einen immer noch. Insofern war das Kapitel über Tom und Anabel für mich eines der ersten des Buches. Ich musste ihre Geschichte kennen, um den Rest schreiben zu können.

## **Es ist das Einzige in der Ich-Perspektive.**

Erst habe ich versucht, es in der dritten Person zu erzählen, aber damit ließ sich vieles nicht ausdrücken. Und als mir dann klar wurde, dass es sich um ein Dokument handelte, das von anderen gelesen werden würde, musste es natürlich aus der Ich-Perspektive geschildert sein. Normalerweise vermeide ich das, weil ich nicht besonders gut darin bin, aber in diesem Fall war es notwendig. Eine solche Liebe lässt sich nicht aus der Distanz beschwören.

## **Die Figuren werden als auffallend gutaussehend dargestellt. Warum ist physische Attraktivität wichtig?**

Mir scheint, Annagret ist die einzige Person im Buch, die außergewöhnlich schön ist. Die anderen hingegen... Wissen Sie, das ist ein echtes Problem für uns Schriftsteller. Die Leute gehen ins Kino und sehen nichts als Menschen, die sehr gut aussehen, sogar in angeblich realistischen Dramen. Der Begriff Roman kommt ja von Romanze, und es liegt eine gewisse Romantik im Lesen selbst – man wird hineingezogen. Nun gibt es vieles, was den Leser anzieht. Menschen reden ja auch nicht so witzig und schlagfertig daher, wie sie es tun, wenn ich ihre Dialoge schreibe. Zu diesen Konventionen des Erzählens gehört eben auch körperliche Attraktivität.

## **Lassen Sie uns über Andreas Wolf sprechen, den Deutschen. Hätte er auch eine andere Nationalität haben können?**

Er musste Deutscher sein, weil ich schon lange einen Roman schreiben wollte, in dem Deutschland vorkommt. Ich habe viel Zeit im Land verbracht, ich spreche die Sprache, und die DDR hat mich seit langem gereizt, das ist einfach ein großes Thema, viel interessanter als etwa das kommunistische Polen, weil es so viel extremer zugeht: die Stasi, die Ausmaße der gesammelten Daten, die Zahl derjenigen, die dabei mitgemacht haben – das ist alles extrem. Sehr deutsch. Und das ist es, was der Romancier tut: er übertreibt. Wenn man dann auf etwas stößt, das schon in der Wirklichkeit eine Übertreibung darstellt, ist das geradezu unwiderstehlich.

## **Wie haben Sie recherchiert? Sich die Atmosphäre der DDR angeeignet?**

Über die DDR habe ich viel gelesen und mit Freunden geredet, die in der DDR aufgewachsen sind. Aber natürlich habe ich mir die DDR auch erfunden. Ich habe einige Filme gesehen, zwei Staffeln von „Weißensee“, einige der klassischen ostdeutschen Filme. Die Bücher von Thomas Brussig waren großartig, weil sie mir die Erlaubnis gaben, Dinge auszuprobieren. Bei ihm bekommt man einen Eindruck davon, was erlaubt war und was nicht. Ansonsten gilt, wie Flannery O'Connor einmal gesagt hat: Der Romancier tut das, womit er davonkommt. Wobei O'Connor natürlich gleich hinzugefügt

hat: Und niemand ist je mit viel davongekommen. Dennoch: Beim Schreiben geht es zunächst darum, die Grenzen zu finden, innerhalb deren sich die Imagination frei bewegen kann. Und das hat dann nicht so lange gedauert.

### **Für Andreas ist das Internet ein neuer Totalitarismus, also ein System, dem man sich nicht entziehen kann. Benutzen Sie ihn da auch als Sprachrohr?**

Ich denke, er hat einen Punkt. Ich habe das Buch aber nicht mit dem Gedanken begonnen, dass das Internet etwas Totalitäres hat und dass ich nun eine Figur erfinden werde, die genau das sagt.

### **Musste Andreas Wolf auch deswegen ein Deutscher sein, um die Engführung von der DDR als Überwachungsstaat und dem Internet als grenzenlosem Überwachungsinstrument zu verkörpern?**

Es hat sicherlich geholfen. Als ich das zweite Andreas-Kapitel begann, hatte ich einige der Internetkritiker gelesen wie Jaron Lanier und Evgeny Morozow.

Ihre Kritik an der Entwicklung des Internets war frisch in meinem Kopf, und da schien es geradezu zwingend, dass die neuen Apparatschiks Andreas Wolf an die alten Apparatschiks erinnern würden. Ich selbst bin ganz und gar nicht wie Andreas Wolf, aber was ich mit ihm teile, ist die Erfahrung, dass man seine Internet-Persona nicht kontrollieren kann. So viele Leute sagen mir, ich müsste auf Twitter sein und auf Facebook, müsste reagieren auf die Kommentare anderer. Aber das will ich nicht. Trotzdem habe ich den Eindruck, als lasse mir das System keine Wahl.

### **Erwiesenermaßen trainiert Literatur die Empathie. Indem ein guter Roman einen aus sich selbst herausholt und in die Haut eines anderen steckt, reinigt er uns auch von vielem, zum Beispiel ungefragten Meinungen, Beleidigungen, Bewertungen. Kennen Sie dieses Gefühl?**

Ja, das Gefühl erkenne ich absolut wieder. Für mich ist es oft schwierige Literatur, die diese Transformation bewirkt. Ich hatte zum Beispiel viele Schwierigkeiten mit Karl Kraus, aber wenn man sich einen Tag lang in seine Sprache versenkt, hat man am Abend den Eindruck, der ganze Kopf sei reorganisiert worden. Auch Don DeLillo gelingt das, allein durch seine Sprache. Und das sage ich, obwohl ich gar nicht darauf erpicht bin, über das Konzept von „Purity“ zu sprechen, was im Deutschen ja auch Reinheit bedeutet.

Die Fragen stellte Felicitas von Lovenberg



125,153

Jérôme Sainte-Marie:

## «En 2017 le clivage droite-gauche laissera la place au clivage peuple-élite»

Par [Vincent Tremolet de Villers](#)

Publié le 28/08/2015 à 17:10



FIGAROVOX/GRAND ENTRETIEN - Spécialiste de l'opinion et analyste politique Jérôme Sainte-Marie publie un passionnant essai sur la recomposition politique à laquelle nous assistons en France et en Europe.



*Diplômé de Sciences Po Paris et d'une licence d'histoire, Jérôme Sainte-Marie a travaillé au Service d'Information du Gouvernement et à l'institut Louis Harris. Il a ensuite dirigé ensuite BVA Opinion de 1998 à 2008 puis CSA Opinion de 2010 à 2013. Il a fondé en parallèle l'institut iSAMA en 2008. Il dirige actuellement Pollingvox, une société d'études et de conseil spécialisée dans les enjeux d'opinion, fondée en 2013. Il publie ces jours-ci, [Le nouvel ordre démocratique](#) (Editions du Moment).*

**En 1992, Charles Pasqua déclarait après la défaite du traité de Maastricht, «plus rien ne sera jamais comme avant». Il est mort au juillet 2015 et le clivage droite /gauche domine toujours la politique française...**

L'invariant dans une démocratie représentative, c'est la présence d'une majorité au pouvoir et d'une minorité dans l'opposition. Il s'agit d'un dispositif résultant de la logique électorale, rien de plus. Quant au clivage entre une gauche et une droite, s'il a structuré la vie politique européenne sur l'essentiel du XXème siècle, il n'a rien d'inévitable. Sur la durée, il est frappant de constater la variation du contenu idéologique de cette opposition formelle. Cependant, ce clivage s'est à peu près maintenu tant que les principaux partis de gauche et de droite ont réussi à persuader les citoyens qu'ils étaient en conflit sur les principaux enjeux. Le problème aujourd'hui est que l'opinion française a de plus en plus le sentiment qu'ils sont d'accord sur l'essentiel, tout en se disputant sur l'accessoire. La succession rapide des alternances à la tête du pays a favorisé cette perception, car les différences entre les politiques publiques réellement menées ont semblé très proches, et leurs résultats décevants. A l'inverse, une troisième force, qui est tenue en lisière du pouvoir, propose une vision du monde et une politique alternatives. En s'emparant de sujets sur lesquels la gauche et la droite de gouvernement ne se dissocient plus guère, le Front national déstabilise l'ordre électoral ancien.

**Vous considérez comme très probable la présence du FN au second tour en 2017. Pourquoi?**

Tout d'abord, depuis des mois les sondages d'intentions de vote indiquent tous la qualification de Marine Le Pen pour le second tour. Si certains d'entre eux enregistrent qu'elle serait talonnée ou même dépassée par le candidat principal de la droite, selon la personnalité testée comme candidat des Républicains, à chaque fois la candidate frontiste serait hors de portée du candidat socialiste. Cette raison n'est bien sûr pas suffisante, car l'on sait la fragilité d'un choix politique exprimé hors contexte électorale, et à près de deux ans de l'échéance. C'est pourquoi il faut se pencher sur les élections qui ont eu lieu depuis 2012, et à chaque fois l'affaiblissement de la gauche sur elle-même s'est amplifié, cependant que le

Front national raffermissait son emprise. Par exemple, le fait que les listes lepénistes aient rassemblé un quart des suffrages exprimés aux européennes comme aux départementales constitue un indice révélateur, car il s'agit dans les deux cas de scrutins moins favorables au Front national que ne l'est l'élection présidentielle. Enfin, si l'on considère les facteurs explicatifs de ses succès, et des revers de la gauche, on ne voit pas de raisons à ce qu'ils disparaissent d'ici au printemps 2017.

Sur la durée, ces épisodes tumultueux favoriseront l'idée d'un profond renouvellement idéologique, et rendront intenable l'ostracisme dont ce parti fait l'objet. En fait, le principal risque électoral serait plutôt que la normalisation du Front national aille trop loin, alors que son attractivité repose en partie sur son opposition affichée au système politique

### **Les querelles de famille peuvent-elles freiner cette ascension?**

Le vote pour le Front national n'est pas un mouvement d'humeur, mais un choix mûri et réitéré, autant que celui en faveur du Parti socialiste ou des Républicains. De plus, une majorité de Français estiment aujourd'hui que le parti dirigé par Marine Le Pen devrait être considéré comme «un parti comme les autres». A tort ou à raison, les positions frontistes sur l'immigration, l'identité nationale ou la sécurité sont largement approuvées. Il s'agit d'un socle solide. De plus, depuis plus d'un an, la quasi-totalité des sympathisants frontistes interrogés dans les sondages voient en Jean-Marie Le Pen un obstacle plutôt qu'un atout. Certes, la forme qu'a pris le conflit interne entre lui et la direction du parti aura troublé plus d'un militant. Le prix à payer pour Marine Le Pen pour son émancipation politique paraît cependant faible. Sur la durée, ces épisodes tumultueux favoriseront l'idée d'un profond renouvellement idéologique, et rendront intenable l'ostracisme dont ce parti fait l'objet. En fait, le principal risque électoral serait plutôt que la normalisation du Front national aille trop loin, alors que son attractivité repose en partie sur son opposition affichée au système politique.

### **A vous lire la gauche a perdu beaucoup d'intellectuels, d'ouvriers, une partie des professeurs, que lui reste-t-il?**

Le secret des renaissances successives de la gauche réside dans la croyance qu'elle était la protectrice du salariat, contre une droite qui aurait défendu la rente et le profit. Aussi près qu'en 2012, François Hollande avait réussi à se faire élire en brocardant son adversaire comme «Président des riches». Au second tour, parmi les ouvriers, 58% des suffrages exprimés se sont portés sur le candidat socialiste. Cette croyance en la gauche s'est aujourd'hui effondrée, le monde du travail ne se sentant guère défendu contre les assauts du chômage et la concurrence de la main d'œuvre étrangère, y compris dans le cadre européen. Les ouvriers et les employés sont bien plus critique à l'égard du pouvoir socialiste que ne le sont les cadres ou les retraités. Autre pilier, les fonctionnaires sont atteints par le doute, y compris les enseignants. Enfin le monde de la culture et du spectacle, très dépendant de la dépense publique, redoute la contraction de celle-ci et se sent moins défendu par la gauche. Les fidélités électorales envers le parti socialiste se défont, comme l'atteste lors des scrutins récents la sur-abstention de ses anciens électeurs. Or, si la gauche ne parvient plus à être identifiée comme la défenseuse de larges groupes sociaux, elle risque d'être ballotée au fil des élections comme un bateau sans quille. La proclamation de «valeurs» abstraites, hors sol, ne lui serait pas alors d'un grand secours.

### **Hollande est-il le fossoyeur de la gauche?**

Le tournant qu'a imposé à la gauche François Hollande avec la proclamation du «pacte de responsabilité» doit être pris au sérieux. Même si la concrétisation de celui-ci devait être modeste, le traumatisme subi par son électorat est considérable. La nouvelle ligne proclamée par le pouvoir socialiste revient à considérer que la gauche a eu tort durant des décennies en matière de politique économique et sociale. Son problème est qu'il n'a pas d'électorat de rechange. Il faut voir plus loin: c'est tout le clivage gauche-droite qui est miné par cette reddition idéologique. Et le recul annoncé de l'Etat amène les catégories sociales les plus vulnérables vers d'autres horizons que la sociale-démocratie, par exemple vers la préférence nationale. J'insiste sur le fait que l'aveu que constitue le «pacte de responsabilité» atteint la crédibilité du projet social de toute la gauche, et pas seulement du Parti socialiste.

A l'inverse, ailleurs, Podemos ou Syriza peuvent prétendre constituer des alternatives nouvelles.

### **Les gauches type Syriza ou Podemos ont-elles un avenir en France? Si ce n'est pas le cas, pourquoi?**

Vu la crise sociale et politique que connaît la France, le recul de toute la mouvance à gauche du Parti socialiste suscite l'interrogation. Beaucoup plus que les différences entre les systèmes électoraux ou bien entre les personnalités, je crois que la clef de cette énigme se trouve dans l'histoire politique des différents pays. Entre France, depuis 1945, l'extrême-

gauche, à commencer par le Parti communiste, a été intégré au régime, participant à la construction de notre système social, et parfois même au gouvernement. A l'inverse, l'extrême-droite en a été tenu à l'écart. La situation est tout autre, et même symétriquement opposée, en Espagne ou en Grèce. Le sentiment que la société française est dans l'impasse atteint pour cela toute la gauche, mais non le Front national, justement parce qu'il n'a pas de bilan à justifier. A l'inverse, ailleurs, Podemos ou Syriza peuvent prétendre constituer des alternatives nouvelles.

**Vous écrivez que la gauche fixe sa doctrine sur l'égalité et la droite sur l'identité, pouvez-vous préciser cette classification?**

En réalité l'une comme l'autre se sont d'abord attachés à promouvoir l'égalité, mais tandis que la droite mettait l'accent sur l'égalité civile entre les individus, la gauche se proposait d'établir l'égalité sociale entre les groupes. Il en va tout autrement aujourd'hui. L'identité nationale ou l'identité de classe ont été délaissées au profit d'une identité européenne évanescence, et d'identités religieuses, ethniques ou sexuelles virulentes. On reconnaît ici l'obsession contemporaine pour la «diversité» ou pour la «parité». L'imaginaire national et républicain s'en trouve bouleversé. Tout se passe comme si les reculs en matière économique et social devaient être compensés par la distribution de privilèges à des groupes ciblés, selon un modèle anglo-saxon. Les élites applaudissent, mais les catégories populaires s'inquiètent de cette reformulation du discours politique français, autrefois universaliste. Comme elle est au pouvoir et comme elle beaucoup plus engagé dans cette voie, la gauche est particulièrement déstabilisée par le «marché aux identités» qu'elle a ouvert.

**Vous ne croyez pas à la tripartition. A quoi peut ressembler la nouvelle bipolarité?**

A défaut de proportionnelle aux législatives et avec une élection du président de la République au scrutin

Contre le Front national, les débris de la force vaincue s'agrègeront à la force victorieuse, sur le modèle de l'union des tenants du « oui » contre ceux du « non » lors du référendum de 2005 à propos de l'Europe. Comme cela s'esquisse dans plusieurs pays européens, et comme cela s'observe dans nombre de villes et départements français, où le Parti socialiste a pratiquement disparu, le clivage gauche-droite aurait alors vécu.

universel direct, la tendance au clivage binaire est la plus forte. Sous le mandat de François Hollande, le Front national s'est hissé à un niveau électoral proche de celui de la gauche ou de la droite. Le génie est sorti du flacon où il avait été maintenu durant trente ans, avec des scores significatifs mais éloignés de la qualification pour le second tour, l'accident du 21 avril 2002 mis à part. Désormais, comme l'ont montré les élections départementales, le Front national impose sa présence au tour décisif. Telle est aussi l'hypothèse vraisemblable pour la présidentielle de 2017. Ce sera le moment de vérité. Le courant politique qui sera éliminé à l'issue du premier tour, la droite ou plus probablement la gauche, entrera dans une crise sans précédent. Contre le Front national, les débris de la force vaincue s'agrègeront à la force victorieuse, sur le modèle de l'union des tenants du «oui» contre ceux du «non» lors du référendum de 2005 à propos de l'Europe. Comme cela s'esquisse dans plusieurs pays européens, et comme cela s'observe dans nombre de villes et départements français, où le Parti socialiste a pratiquement disparu, le clivage gauche-droite aurait alors vécu.

**Comment définir le nouvel ordre démocratique?**

En premier lieu comme un ordre cohérent et moderne, correspondant bien mieux aux différences d'intérêts sociaux et d'émotions partagées que ne le fait l'ordre électoral actuel. De fait, si l'abstention atteint des hauteurs vertigineuses, c'est d'abord parce que le clivage entre la gauche et la droite ne renvoie plus aux représentations dominantes parmi les électeurs. Ensuite, le nouvel ordre décrit est avant tout vertical, opposant les catégories populaires aux élites, au sens très large, perpendiculairement au clivage gauche-droite. Ce nouvel ordre démocratique oppose deux forces, l'une dominée par le Front national, sous un vocable quelconque, l'autre faisant la synthèse de ce qu'il y a de commun au libéralisme économique et culturel professé dans les partis de gouvernement à gauche ou à droite. Selon ce schéma, le rapport à l'Europe, à la mondialisation et à l'identité nationale est bien sûr décisif dans le reclassement des uns et des autres. Le contexte actuel de paupérisation et de désarroi favorise l'émergence de ce nouvel ordre démocratique. Il est déjà présent par fragments, dans l'opinion publique, dans les résultats électoraux, et sur les territoires locaux. Mais l'opportunité de sa concrétisation complète et nationale en est le scrutin présidentiel de 2017.

[http://www.nytimes.com/2015/08/29/world/europe/europe-migrant-refugee-crisis.html?smid=nytcore-iphone-share&smprod=nytcore-iphone%20The%20escalating%20death%20toll%20has%20highlighted%20the%20bloc%E2%80%99s%20failure%20to%20quit%20squabbling%20and%20come%20up%20with%20a%20unified%20plan%20for%20a%20crisis%20on%20the%20making.?body&\\_r=0](http://www.nytimes.com/2015/08/29/world/europe/europe-migrant-refugee-crisis.html?smid=nytcore-iphone-share&smprod=nytcore-iphone%20The%20escalating%20death%20toll%20has%20highlighted%20the%20bloc%E2%80%99s%20failure%20to%20quit%20squabbling%20and%20come%20up%20with%20a%20unified%20plan%20for%20a%20crisis%20on%20the%20making.?body&_r=0)

125,156

## Europe's Halting Response to Migrant Crisis Draws Criticism as Toll Mounts

By STEVEN ERLANGER and ALISON SMALEAUG. 28, 2015



LONDON — The daily toll among refugees and migrants desperately trying to reach Europe — 71 suffocated in a truck in Austria and 150 drowned off Libya this week — has dramatically underscored the [European Union's](#) scattered, halting response to increasing waves of asylum seekers.

With tens of thousands of people leaving war-torn or impoverished countries to seek asylum or a better life in Europe, criticism of the bloc's division and dysfunction is now accelerating, as the number of deaths mounts, crossing 2,500 this year.

Chancellor Angela Merkel of Germany has said that the migration crisis is a bigger test for the [European Union](#) than even the Greek financial meltdown. She said on Friday that European interior ministers meeting this weekend would be looking into “rapid changes to the asylum system,” and that European leaders could hold an emergency summit meeting “if the preliminary work is done.”

Instead, with much of Brussels still on vacation, a kind of free-for-all has set in, with some countries welcoming and others not, some taking legal responsibility for refugees and others flouting international law.

“While Europe is squabbling, people are dying,” said [Alexander Betts](#), a professor and director of the Refugee Studies Center at Oxford University. “For the first time in its history, the E.U. is facing a massive influx of refugees from outside the region, and the E.U. asylum and immigration framework is poorly adapted for it.”

Front-line states like Greece, Italy and now Austria and Hungary are “overwhelmed and increasingly unwilling to take more responsibility,” Mr. Betts said. “Some European states are failing to keep to international law, and there needs to be a more equitable sharing of responsibility.”

In contradiction to the rules of the [Dublin Regulation](#), formerly known as the Dublin Convention, some countries are simply allowing migrants to freely pass through their territory to richer European states without even trying to ascertain whether they are [refugees entitled to asylum or economic migrants](#), who can be deported home.

Under the convention, the countries where migrants first enter are supposed to screen them to decide who is a legitimate asylum seeker or refugee, but those countries are overwhelmed.

Some countries, like Sweden and Germany, are being generous with their acceptance of refugees, but warn that they cannot be this generous forever. Other countries, like Britain, are strictly applying regulations to dissuade

migrants and asylum seekers, while opposing [a European Commission proposal](#) in June for mandatory quotas for settlement, to help share the burden.

The question of immigration is a visceral issue in a way the euro is not, dividing European governments from their electorates, member states from one another and the European Union from the values on which it was founded, said François Heisbourg, an analyst with the Foundation for Strategic Research in Paris.

More than 100,000 people arrived in the bloc in July alone, but European leaders “have agreed no coherent response,” he said [in a commentary](#) in The Financial Times.

The divisions among member states “are growing unsustainable,” Mr. Heisbourg said, with Germany taking about 40 percent of new asylum seekers, while France is taking only 8 percent and Britain, 4 percent.

One of the European Union’s fundamental principles is freedom of travel, especially within the borderless “Schengen area,” which includes much of Continental Europe.

But that achievement is in danger now, said the Austrian foreign minister, Sebastian Kurz, in an interview on Friday, demanding an urgent meeting of heads of state and government.

Schengen is also expected to be a subject of the interior ministers’ meeting this weekend after the [attempted attack on a Thalys train](#) headed to Paris.

On the Greek crisis, “we had one meeting after another at the highest level,” Mr. Kurz said. “Here, weeks, months go by — and

“We need a European response,” he added, sounding a common plaint. “Europe must wake up at long last and recognize that this is a serious problem.”

The German foreign minister, Frank-Walter Steinmeier, said on Thursday that “we must reform the Dublin Convention immediately, and find a way of creating binding and objective refugee quotas that take into account the ability of all member states to bear them.”

Costanza Hermanin, a senior analyst in migration and equality for the Open Society Foundations, said that [tragedies like the discovery of dead migrants in a truck in Austria](#) sometimes produce change, but that “there has been a big political reluctance to deal with the problem.”

The Dublin agreement was negotiated along with Schengen, Ms. Hermanin said, to balance freedom of movement for citizens with protections against migrants. “But after 25 years, it doesn’t work anymore,” she said.

Still, she said, the situation is evolving rapidly now. “Six to eight months ago it would have been completely unthinkable that states would call for a complete revision of E.U. asylum policy, as the Germans are doing,” she said.

The numbers are large — the [United Nations](#) reported that about 310,000 refugees and migrants have crossed the Mediterranean to Europe this year, about 40 percent more than in all of 2014.

But both Ms. Hermanin and Mr. Betts of Oxford University said that sharing even 310,000 people among the 28 countries of the European Union “should not be unmanageable,” and that the numbers pale when compared with the 3.5 million Syrian refugees that Jordan, Turkey and Lebanon alone are hosting.

“Europe needs a comprehensive global refugee policy,” Mr. Betts said, which should include more help to those neighboring countries to conflict that bear the brunt of the problem, so that refugees are better protected closer to home, making it more likely that they can return.

A more generous and law-abiding European response would encourage countries like Jordan and Lebanon not to close their own borders, he said. Ms. Hermanin said that tougher refugee policies now in those countries are prompting some refugees to leave and head for Europe.

Babar Baloch, the [United Nations](#) refugee agency spokesman for Central Europe, said that “Europe’s asylum mechanisms are dysfunctional” without proper reception facilities in most countries.

“They need to bring in a system in which wherever these people arrive they’re helped on the spot,” Mr. Baloch said. And given “the lack of legal avenues” for refugees to come to Europe, there is instead a growing network of criminal people smugglers along dangerous routes.

In a larger way, the migrant crisis is also a failure of geopolitics and the European Union’s own “neighborhood policy,” designed to stabilize the countries of North Africa and the Balkans with economic aid and advice. The point of the policy is not simply altruistic, but to encourage the people who live there to stay there.

The overthrow of Col. Muammar el-Qaddafi, which European nations assisted in, has produced a chaotic Libya. The result has been in essence a failed state very close to Europe, even as the Continent has been reluctant to deal with consequences it helped create.

Those effects have included large numbers of migrants and asylum seekers, both Libyan and foreign, who now use the territory as a launching pad, and a major criminal economy built on people smuggling.

Similarly, the West’s inability to stanch the long civil war in Syria is generating its own blowback, creating a security nightmare that has sent nearly half the country’s population fleeing for security.

That has also complicated arguments in Europe, because fear of migrants has been coupled with likely exaggerated fears that radical Islamic jihadists will mix with the migrant flow and bring terrorism into a borderless Europe.

Together with the long and unfinished euro crisis, these concerns are feeding right-wing and populist parties in Europe and undermining the credibility of the European Union, not just in Britain but in crucial member countries like France and Italy.

Steven Erlanger reported from London, and Alison Smale from Vienna. Reporting was contributed by Nick Cumming-Bruce from Geneva, and Kimiko de Freytas-Tamura and Palko Karasz from London.

## Kein gutes Geschäft

Frankreich wirbt für eine Transferunion im Euroraum. Leider hat es das Land mit eigenen Reformzusagen nie so genau genommen.

31.08.2015, von **MANFRED SCHÄFERS**, BERLIN

Wie kann der durch Griechenland erschütterte Euroraum stabilisiert werden? Die Suche nach einer Antwort auf diese Frage ist mehr als berechtigt. [Frankreichs smarterer Wirtschaftsminister Emmanuel Macron](#) bietet in diesem Zusammenhang den Deutschen ein politisches Geschäft an: **Reformen gegen Solidarität.**



Autor: Manfred Schäfers, Wirtschaftskorrespondent in Berlin. Folgen:

Auch wenn er in vielen Punkten im Unverbindlichen verharrt, lässt sein Vorstoß aufhorchen. **Denn es klingt so, als wenn die reichen Euroländer keinen Gemeinsinn gezeigt hätten. Doch schon immer wurde über den EU-Haushalt kräftig umverteilt.**

**Zudem sind viele Länder in der Eurokrise für andere ins Risiko gegangen.** Das alles reicht Macron nicht. Er warnt die Deutschen, in einer buchhalterischen Haltung zu erstarren. Damit riskiere man Revanchismus – wie einst nach dem Versailler Vertrag.

Anläufe in Richtung Transferunion gab es schon öfter. Ob gemeinsame Einlagensicherung für die Banken oder gemeinschaftliche Arbeitslosenversicherung – **das Ziel ist stets dasselbe: Man will an die vergleichsweise gut gefüllten Kassen des Nachbarn. Mit den eigenen Reformzusagen hat es dagegen Frankreich nie so genau genommen. Das spricht gegen das Geschäft.**

# Migrant or Refugee? There Is a Difference, With Legal Implications

By SOMINI SENGUPTA AUG. 27, 2015

In the first half of this year alone, [at least 137,000 men, women and children](#) crossed the Mediterranean Sea to reach the shores of Europe, according to the [United Nations](#). Thousands are traveling across the Balkans now.

**Q.** *Does it matter what you call them?*

**A.** Yes. The terms “migrant” and “refugee” are sometimes used interchangeably, but there is a crucial legal difference between the two.

**Q.** *Who is a refugee?*

**A. Briefly, a refugee is person who has fled his or her country to escape war or persecution, and can prove it.**

The [1951 Refugee Convention](#), negotiated after World War II, defines a refugee as a person who, “owing to a well-founded fear of being persecuted for reasons of race, religion, nationality, membership of a particular social group or political opinion, is outside the country of his nationality, and is unable to, or owing to such fear, is unwilling to avail himself of the protection of that country.”

Among those crossing the Mediterranean in the first half of 2015, the greatest numbers came from [Syria](#), [Afghanistan](#) or [Eritrea](#). Syrians are widely presumed to be refugees because of the civil war there, according to the [United Nations refugee agency](#). Many Afghans have been able to make the case that they are fleeing conflict, the agency added, and Eritreans can generally argue that they would face political persecution at home in [Eritrea](#), which is ruled by one of the world’s most [repressive regimes](#).

**Q.** *What does the distinction mean for European countries?*

**A.** Refugees are entitled to basic protections under the 1951 convention and other international agreements. Once in Europe, refugees can apply for political asylum or another protected status, sometimes temporary. By law, refugees cannot be sent back to countries where their lives would be in danger. “One of the most fundamental principles laid down in international law is that refugees should not be expelled or returned to situations where their life and freedom would be under threat,” the refugee agency [said in a statement on Thursday](#).

**Q.** *Who is a migrant?*

**A.** Anyone moving from one country to another is considered a migrant unless he or she is specifically fleeing war or persecution. Migrants may be fleeing dire poverty, or may be well-off and merely seeking better opportunities, or may be migrating to join relatives who have gone before them. There is an emerging debate about whether migrants fleeing their homes because of the effects of climate change — the [desertification of the Sahel region](#), for example, or the [sinking of coastal islands in Bangladesh](#) — ought to be reclassified as refugees.

**Q.** *Are migrants treated differently from refugees?*

**A.** Countries are free to deport migrants who arrive without legal papers, which they cannot do with refugees under the 1951 convention. So it is not surprising that many politicians in Europe prefer to refer to everyone fleeing to the continent as migrants.

**Q.** *Which term applies to the flood of people reaching Europe now?*



**A.** The [United Nations](#) refugee agency says that most of them are refugees, though some are considered migrants. “The majority of people arriving this year in Italy and [Greece](#), especially, have been from countries mired in war or which otherwise are considered to be ‘refugee-producing,’ and for whom international protection is needed,” the refugee agency said. “However, a smaller proportion is from elsewhere, and for many of these individuals, the term ‘migrant’ would be correct.” Human traffickers make no such distinctions, though; refugees and migrants are often jammed into the same rickety boats for the crossing.

**Q.** *How does the United States see the issue?*

**A.** Admitting refugees is somewhat different in the United States. The State Department vets a select number of people — lately, around 70,000 a year — and admits them as refugees. Others who arrive in the country without legal papers can apply for political asylum; in that case, a judge decides on the merits of their claims.

# Quand Angela Merkel merkele

Par [Nicolas Barotte](#)

Publié le 31/08/2015 à 21:46



**Merkeler, ou plutôt «merkeln», en allemand, est en passe de devenir un nouveau verbe d'usage courant.**

À la troisième tentative, le porte-parole d'Angela Merkel n'a pas eu l'air d'apprécier: pour savoir si la chancelière allait s'exprimer sur la crise des réfugiés, le journaliste a posé sa question «autrement», a-t-il souri, à la manière des jeunes Allemands. «Quand Angela Merkel arrêtera-t-elle de merkeler?» Un commentaire de la chancelière sur les attaques perpétrées contre les centres de réfugiés était attendu depuis 48 heures.

Merkeler, ou plutôt «merkeln», en allemand, est en passe de devenir un nouveau verbe d'usage courant, à l'image de «sagen», dire, ou bien «machen», faire. Ou plutôt, en l'occurrence, «nicht sagen» et «nicht machen». Merkeler, c'est de ne pas décider, ne pas agir, tergiverser... «Ce que la chancelière appelle gouverner», plaisantent les Allemands.

Cet été, l'éditeur Langenscheidt-Verlag a interrogé les jeunes Allemands pour définir le nouveau «mot de l'année 2015». Le verdict est attendu en octobre. Mais pour l'instant, «merkeln» arrive en tête des pronostics. Une page internet a même été ouverte pour développer la thématique. Le terme est censé décrire la façon d'agir de la chancelière qui déteste plus que tout décider sous pression, à la hâte ou dévoiler ses intentions. Il est talonné par «Smombie», une personne qui marche tête baissée, les yeux sur son smartphone, «tinderella», une jeune femme qui use trop des sites de rencontre, ou encore «krimmen», reprendre quelque chose qui avait été donné, un mot inventé à partir de la crise en Crimée, précise-t-on.

Lundi, à l'occasion de sa conférence de presse de fin d'été, Angela Merkel a enfin pu dire ce qu'elle pensait de son entrée dans le dictionnaire: elle en a pris connaissance «sans émotion», a-t-elle commenté. «J'essaie de faire mon devoir», a-t-elle ajouté. Bref, elle n'a réagi ni en bien en mal. Elle a merkélé.

# The dangerous politics of central banks

Aug 30th 2015, 13:14 BY BUTTONWOOD

THE sudden burst of stockmarket volatility last week follows a period of relative calm, as noted in the [last post](#). Much of that calmness must be down to central banks and their willingness to interfere in the markets to suppress long bond yields as well as short rates. The low level of the Vix reflected the confidence of investors that the authorities were in charge. And thus the rebound of the Vix reflects a fear that things are getting out of control again. The struggles of the Chinese authorities to manage their currency, stockmarket and financial sector are well-known. But investors clearly feared that the Federal Reserve was underestimating the extent of the global slowdown or the impact of a rate rise; hence the strong recovery in equities at the end of the week when a September rate increase seemed less likely.

The role of central banks is so important now that, inevitably, they are being dragged into political controversy, albeit for different reasons. In America, the "[audit the Fed](#)" is worried about the expansion of the central bank's balance sheet and wants to know from whom the Fed bought its massive security pile. In Europe, the ECB is demonised for being part of the hated [troika](#), deemed to be putting excessive pressure for fiscal austerity on Greece. And in Britain, the likely Labour leader Jeremy Corbyn's economic adviser wants to do away with the Bank of England's independence altogether as part of the "[people's QE](#)" policy.

It is hardly surprising that central banks have come into the firing line. For the right, the willingness of central banks to buy government debt has allowed spendthrift governments to get away with running huge deficits. For the left, central banks have bailed out the banks and the finance sector via quantitative easing, but not done enough to help the ordinary worker.

And it is surely a reasonable point that so much economic policy is being administered by bodies that are outside democratic control. Central bank independence was introduced as a way of preventing politicians using interest rates to affect the electoral cycle; creating pre-poll booms. Putting technocrats in charge of the timing of rate decisions was akin to allowing scientists to approve drugs via the Food and Drug Administration; you wouldn't want some senator to control a drug approval if it were produced in his state.

But QE, and indeed the whole raft of measures introduced during the EU debt crisis, mean that central banks are involved in decisions that can redistribute wealth on a grand scale, between classes and between nations. There is political control, of a sort. The mandate of the central banks is set by governments and they appoint the head of the bank. This still gives the banks a lot of latitude in terms of implementing policies. And, once appointed, central bank heads are pretty safe; for a government to dismiss the likes of Janet Yellen or Mark Carney for policy reasons would precipitate a financial crisis.

Richard Murphy, Jeremy Corbyn's ever-quotable adviser, thinks this notion of independence is a [charade](#). And indeed he thinks that central banks should be under the control of politicians; a Bank of England governor who [refused to carry out people's QE would be sacked](#). It is hardly surprising that politicians should regard the powers of modern central banks with envious eyes; why go through all the potential unpopularity of raising taxes to fund your spending plans when you can get a compliant central bank to do it for you?

However, this creates a paradox. The enhanced powers of central banks mean that it would be more dangerous than ever were politicians to take control. This is not just true of QE; what might have happened to the banking system in 2008 if politicians had been deciding whether to inject liquidity? Decision-making could have been frozen while the system crashed.

**Central banks are now major creditors of western governments, guarantors of the financial system, set the cost of borrowing, potentially control access to housing finance (via macroprudential policy) and, at the ECB, mediate between the claims of creditor and debtor governments. Their heads are well and truly over the parapet; they can expect years of being shot at.**